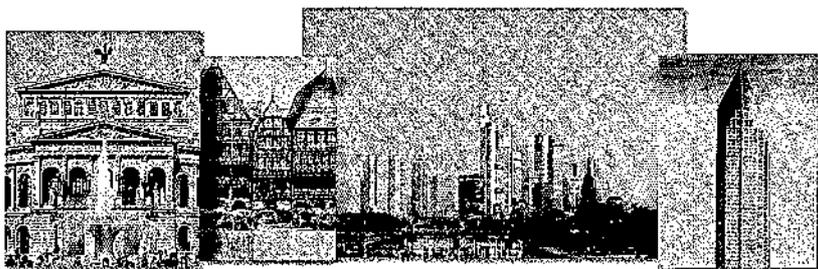


15. PARTEITAG DER CDU DEUTSCHLANDS

16.–18. Juni 2002
in Frankfurt am Main



PROTOKOLL





15. Parteitag
der
Christlich Demokratischen
Union Deutschlands

Niederschrift

Frankfurt, 17./18. Juni 2002

Herausgeber:

Christlich Demokratische Union Deutschlands,
Bundesgeschäftsstelle, Konrad-Adenauer-Haus
Klingenhöfer Straße 8, 10785 Berlin

Verlag und Gesamtherstellung:

Union Betriebs-GmbH, Egermannstraße 2,
53359 Rheinbach

I N H A L T	Seite
Eröffnung und Begrüßung: Dr. Angela Merkel, Vorsitzende der CDU Deutschlands	5
Wahl des Tagungspräsidiums	8
Beschlussfassung über die Tagesordnung	8
Grußworte	
– Petra Roth, Oberbürgermeisterin der Stadt Frankfurt am Main	9
– Roland Koch, Ministerpräsident des Landes Hessen	11
Bestätigung der Antragskommission	16
Wahl der Mandatsprüfungskommission	16
Wahl der Stimmzählkommission	16
Bericht der Vorsitzenden der CDU Deutschlands	28
Verleihung des Ehrenamtpreises	69
Bericht des Generalsekretärs der CDU Deutschlands	96
Grußworte	
– Wilfried Mertens, Präsident der Europäischen Volkspartei	111
– Prof. Dr. Hans-Gert Pötering Vorsitzender der Fraktion im Europäischen Parlament	113
– Dr. Michael Rogowski, Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie e. V.	146
Bericht der Mandatsprüfungskommission	118
Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Gruppe der EVP-Fraktion des Europäischen Parlaments	118
Wahl der CDU-Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder für den Vorstand der Europäischen Volkspartei (EVP)	126
Rede des Ministerpräsidenten des Königreichs Spanien José Maria Aznar Lopez, Präsident des Rates der Europäischen Union	126
Beratung und Beschlussfassung über sonstige Anträge	132

Wahl der Delegierten und stellvertretenden Delegierten zum XV. EVP-Kongress	132
Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Friedrich Merz	133
Konzepte und Kompetenzen Beiträge der Mitglieder des Kompetenzteams	150
Rede des Kanzlerkandidaten der Union Dr. Edmund Stoiber, Ministerpräsident des Freistaates Bayern	171
Schlusswort der Vorsitzenden der CDU Deutschlands, Dr. Angela Merkel	194
Namensverzeichnis	196

Montag, 17. Juni 2002
Erste Plenarsitzung
Beginn: 10.52 Uhr

Dr. Angela Merkel, Vorsitzende der CDU (mit Beifall begrüßt): Sehr verehrte Damen und Herren! Liebe Delegierte! Liebe Gäste! Hiermit eröffne ich den 15. Parteitag der CDU Deutschlands und heiße Sie hier in Frankfurt herzlich willkommen.

(Beifall)

Mein erster Gruß gilt selbstverständlich den Delegierten aus den Orts-, Kreis- und Landesverbänden unserer Partei. Sie stehen für viele Hunderttausende Mitglieder. Herzlich willkommen zu diesem Parteitag!

(Beifall)

Ich begrüße sehr herzlich die Oberbürgermeisterin dieser großartigen und großen Stadt Frankfurt, unsere Parteifreundin Petra Roth.

(Beifall)

Liebe Petra Roth, es ist schon bemerkenswert, dass erstmals ein Bundesparteitag unserer Partei in dieser geschichtsträchtigen Metropole tagt. Denn schließlich ist dies nicht nur die Stadt der Kaiserkrönungen, die Stadt der Nationalversammlung von 1848; es ist auch die Stadt, in der Ludwig Erhard 1948 Pflöcke für die Soziale Marktwirtschaft setzte. Heute steht Frankfurt für unsere Zukunft, für eine europäische Zukunft. Deshalb sind wir gerne hier.

(Beifall)

Ebenso herzlich wie die Oberbürgermeisterin begrüße ich den Vorsitzenden des Landesverbandes der Hessischen Union, den Ministerpräsidenten dieses Landes, unseren Freund Roland Koch.

(Lebhafter Beifall)

Roland Koch, Sie haben es geschafft, Rot-Grün hier in Hessen abzulösen. Wir wollen das auf Bundesebene nachmachen. Herzlich willkommen und danke, dass wir hier sein können.

Mit besonderer Freude begrüße ich unseren langjährigen Freund, den Premierminister des Großherzogtums Luxemburg, Jean-Claude Juncker, sowie unseren Altbundeskanzler Dr. Helmut Kohl.

(Anhaltender Beifall)

Wir freuen uns alle, dass beide uns die Bedeutung des heutigen Tages, des 17. Juni, noch einmal verdeutlichen werden.

Ich begrüße recht herzlich Rainer Barzel, den Vorsitzenden der CDU aus früheren Tagen. Herzlich willkommen, lieber Rainer Barzel!

(Beifall)

Für unsere bayerische Schwesterpartei begrüße ich ganz herzlich Thomas Goppel, den Generalsekretär. Michael Glos ist, so glaube ich, noch nicht da. Daher: Thomas Goppel, herzlich willkommen als Vorhut der CSU!

(Beifall)

Ich begrüße unter uns unseren Freund Wilfried Martens, den Vorsitzenden der Europäischen Volkspartei. Herzlich willkommen, wie schon so oft, lieber Wilfried Martens, auf unserem Parteitag.

(Beifall)

Von den vielen ausländischen Gästen, die unserem Parteitag die Ehre geben, möchte ich stellvertretend begrüßen: aus Bulgarien Nadeshda Mihaylova und aus Ghana den Verteidigungsminister Dr. Kwame Addo-Kufuor sowie den Wirtschaftsminister Dr. Kofi Apraku. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Aus Italien begrüße ich mit besonderer Freude den Minister für Europäische Angelegenheiten und Vorsitzenden der Christlichen Demokraten, Professor Rocco Buttiglione. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Des Weiteren heißen wir willkommen: von der Österreichischen Volkspartei die Generalsekretärin Maria Rauch-Kallat sowie aus Kroatien Ivo Sanader.

(Beifall)

Besonders herzlich begrüße ich natürlich auch die Repräsentanten der Kirchen und Religionsgemeinschaften. Ich möchte Bischof Prof. Dr. Franz Kamphaus und Kirchenpräsident Prof. Dr. Peter Steinacker und den Dompfarrer Raban Tilmann herzlichen Dank sagen, dass wir heute Morgen einen so beeindruckenden Gottesdienst, dazu noch mit den Limburger Sängern, hatten. Herzlichen Dank, dass Sie uns so auf diesen Parteitag eingestimmt haben.

(Beifall)

Ich begrüße die Prälaten Stephan Reimers und Karl Jüsten, die Sie stellvertretend für die Kirchen heute hier unsere Gäste sind.

Ich begrüße Paul Spiegel.

Herzlich willkommen alle, die Sie uns die Ehre geben.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, es ist Brauch und Sitte und gute Tradition bei uns, dass wir zu Beginn unseres Parteitages jener gedenken, die seit dem letzten Parteitag von uns gegangen sind.

Ich möchte stellvertretend Hans Burggraf nennen, geboren am 22. August 1927, gestorben am 31. Dezember 2001, seit 1957 Mitglied der CDU. Von 1979 bis 2001 war er Vorsitzender der CDU Dornbusch in Frankfurt/Main, von 1977 bis 1991 Stadtverordneter in Frankfurt/Main,

von 1975 bis 1991 Vorsitzender der Mittelstandsvereinigung Hessen, danach deren Ehrenvorsitzender. 1982 bis 1983 und 1991 bis 1999 gehörte er dem Hessischen Landtag an.

Ich denke an Siegfried Moerchel, geboren am 26. August 1918, gestorben am 11. Januar 2002, seit 1948 Mitglied der CDU. Von 1950 bis 1964 war er Vorsitzender des CDU-Kreisverbandes Salzgitter. Von 1952 bis 1964 und von 1981 bis 1991 war er Ratsherr in Salzgitter. Von 1953 bis 1957 gehörte er dem Deutschen Bundestag an.

Ich nenne Johannes Baidus, geboren am 14. November 1914, gestorben am 27. Januar 2002, seit 1956 Mitglied der CDU. Von 1956 bis 1968 und von 1974 bis 1986 gehörte er dem Stadtrat Betzdorf, Kreis Altenkirchen, an. Von 1971 bis 1974 sowie von 1978 bis 1981 war er Erster Beigeordneter der Stadt Betzdorf.

Ich erinnere an Franz Meyers, geboren am 31. Juli 1908, gestorben am 27. Januar 2002, seit 1948 Mitglied der CDU. Von 1950 bis 1970 gehörte er dem Landtag von Nordrhein-Westfalen an. 1952 war er für kurze Zeit Oberbürgermeister der Stadt Mönchengladbach, direkt anschließend bis 1956 Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen. Von 1957 bis 1958 gehörte er dem Deutschen Bundestag an. Als Ministerpräsident von 1958 bis 1966 baute er am modernen Nordrhein-Westfalen mit.

Ich nenne Hans Klingler, geboren am 5. Juni 1916, gestorben am 24. Februar 2002, 1946 Gründungsmitglied der CDU in Ludwigshafen am Bodensee. Hier war er von 1946 bis 1974 Bürgermeister. Von 1959 bis 1969 hatte er den Vorsitz im ehemaligen CDU-Kreisverband Stockach inne. Seit 1973 war er Ehrenvorsitzender der CDU in Koblenz.

Ich erinnere an Hartmut Emmerich, geboren am 3. Januar 1949, gestorben am 26. Februar 2002, seit 1998 Mitglied der CDU. Er war seit 2000 Mitglied des Kreisvorstandes der CDU Dessau und dort seit 2000 auch Vorsitzender der CDU-Fraktion im Stadtrat.

Ich nenne Karl-Heinz Westphal, geboren am 6. Juni 1926, gestorben am 24. März 2002, seit 1954 Mitglied der CDU. Er war lange Zeit Vorsitzender des CDU-Ortsverbandes Kiel-Gaarden und viele Jahre Vorstandsvorsitzender des CDU-Kreisverbandes Kiel. Von 1955 bis 1970 war er Ratsherr und von 1962 bis 1970 ehrenamtlicher Stadtrat der Landeshauptstadt Kiel.

Ich denke an Karl-Heinz Vetter, geboren am 30. März 1928, gestorben am 23. April 2002, seit 1947 Mitglied der CDU. Von 1947 bis 1988 war er Geschäftsführer des ehemaligen CDU-Kreisverbandes Malchin. Im dortigen Stadtrat war er für drei Jahre tätig.

Ich erinnere an Christine Kowallek, geboren am 6. November 1937, gestorben am 24. April 2002, seit 1961 Mitglied der CDU. Sie war von 1990 bis 1994 Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses. Nach ihrer Übersiedlung nach Brandenburg war sie seit 1997 Vorsitzende des CDU-Ortsverbandes Brück im Kreisverband Potsdam-Mittelmark und seit 1998 Vorsitzende der dortigen CDU.

Ich nenne Klara Kunz, geboren am 6. Februar 1913, gestorben am 3. Mai 2002, Mitglied der CDU seit 1973. 1976 gründete sie die Senioren Union im Enzkreis/Pforzheim und war dort von 1977 bis 1991 Kreisvorsitzende und zugleich Mitglied im Landes- und Bundesvorstand der Senioren Union.

Ich erinnere an Horst Waffenschmidt, geboren am 10. Mai 1933, gestorben am 7. Mai 2002, Mitglied der CDU seit 1954. Von 1967 bis 1987 war er Stadtverbandsvorsitzender in Waldbröl, seitdem Ehrenvorsitzender. Von 1973 bis 1997 hatte er den Vorsitz der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU/CSU inne. Dem CDU-Bundesvorstand gehörte er von 1977 bis 1994 an. Seit 1964 war er Stadtverordneter in Waldbröl, von 1962 bis 1972 Mitglied des Landtages von Nordrhein-Westfalen. Dem Deutschen Bundestag gehörte er von 1972 bis 1998 an; von 1982 bis 1997 war er Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister des Innern. Von 1988 bis 1998 setzte er sich als Aussiedlerbeauftragter der Bundesregierung mit unermüddlichem Engagement für die Belange der Aussiedler ein.

Ich denke an Wolfgang Nowak, geboren am 7. Juni 1944, gestorben vor zwei Wochen, am 4. Juni 2002. Seit 1972 war er Mitglied der CDU. Er war von 1995 bis 2001 Vorsitzender des CDU-Kreisverbandes Leipzig, seitdem Ehrenvorsitzender. Seit 1993 zählte er zum Landesvorstand der CDU Sachsen. Seit 1991 war er stellvertretender Landesvorsitzender der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung. Dem Sächsischen Landtag gehörte er seit 1990 an.

Liebe Delegierten, meine Damen und Herren, Sie haben sich zu Ehren der Verstorbenen erhoben. Ich bitte um eine Schweigeminute. – Ich danke Ihnen.

Liebe Freunde, wir kommen jetzt zu TAGESORDNUNGSPUNKT 2:

WAHL DES TAGUNGSPRÄSIDIUMS

Der Vorschlag des Bundesvorstandes findet sich in Ihren Tagungsunterlagen. Wer mit dem Vorschlag des Bundesvorstandes für das Tagungspräsidium einverstanden ist, den bitte ich, die Stimmkarte zu zeigen. Das ist jetzt gleichzeitig der Test, ob jeder seine Stimmkarte dabei hat. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Nach meiner Übersicht ist das Tagungspräsidium mit großer Mehrheit oder sogar einstimmig gewählt worden.

Damit gebe ich das Wort an den Verhandlungsleiter Roland Koch.

(Beifall)

Roland Koch, Tagungspräsidium: Frau Vorsitzende, liebe Angela Merkel! Meine Damen und Herren! Ich bedanke mich namens der Kolleginnen und Kollegen für das Vertrauen.

Sie haben bereits bemerkt: Es wird ein heißer Parteitag werden. Ich werde mir mit den Kolleginnen und Kollegen Mühe geben, dass es ein flotter Parteitag wird unter dem Gesichtspunkt, dass wir unsere Arbeit machen, zum richtigen Zeitpunkt auch zum Feiern kommen und im Übrigen das klare Signal setzen für den Aufbruch der Union in Richtung 22. September.

Wir haben über die Tagesordnung, die uns dahin führt, Beschluss zu fassen. Deshalb rufe ich TAGESORDNUNGSPUNKT 3 auf:

BESCHLUSSFASSUNG ÜBER DIE TAGESORDNUNG

Die vorläufige Tagesordnung für diesen Parteitag haben Sie mit der Einladung erhalten. Sie befindet sich in einer aktualisierten Form in Ihren Tagungsunterlagen in der großen schwarzen Tasche.

Wenn Sie mit dieser Tagesordnung einverstanden sind – andere Vorstellungen sind mir bisher nicht bekannt -, dann bitte ich Sie, das mit Ihrer Stimmkarte anzuzeigen. – Gegenstimmen! – Das ist nicht der Fall. Selbst wenn sich jemand enthalten haben sollte, ist die Tagesordnung damit genehmigt.

Meine Damen und Herren, damit wir in Frieden miteinander arbeiten, einige Hinweise zum zeitlichen und organisatorischen Ablauf dieses Parteitags. Ich möchte Ihnen dazu gerne eine Reihe von Vorschlägen unterbreiten.

Gemäß § 6 Abs. 2 unserer Geschäftsordnung können Initiativanträge zum Parteitag von 30 stimmberechtigten Delegierten eingebracht werden. Es gibt im Tagungsbüro Unterschriftenlisten für die Delegierten, die für die Einreichung der Initiativanträge verwandt werden sollen. Bitte benutzen Sie diese Listen; Sie machen es uns allen damit einfacher. Das geht von der Delegiertennummer bis zum Textverarbeitungssystem.

Damit diese Anträge ordnungsgemäß beraten werden können – wir wollen das ja morgen früh tun – muss der Parteitag eine Frist für deren Einbringung setzen. Das Tagungspräsidium schlägt Ihnen vor, den Antragsschluss für Initiativanträge auf heute, 15 Uhr, festzusetzen. Widerspricht dem jemand? – Das ist nicht der Fall. Dann ist das so beschlossen.

Zur Information teile ich Ihnen mit, dass entsprechend § 5 Abs. 1 unserer Geschäftsordnung Anträge bisher nicht eingegangen sind.

Die Antragskommission – so sie denn gebraucht wird – trifft sich um 17 Uhr zu ihrer ersten Sitzung im ausgeschilderten Besprechungsraum, im Saal Rotunde; das ist im ersten Rang dieser Festhalle, rechts von der Bühne aus.

Ich bitte Sie, für die allgemeine Aussprache und für die Aussprache zu den Anträgen die Wortmeldezettel aus Ihren Tagungsunterlagen zu benutzen und so rechtzeitig abzugeben, dass wir die Diskussion gemeinsam gut organisieren können. Auf der von Ihnen aus gesehen linken Seite der Bühne – von mir aus gesehen rechts - befindet sich eine Mitarbeiterin, die diese Wortmeldezettel entgegennimmt.

Sollten Sie an einem Mikrofon im Saal sprechen wollen – diese haben jeweils eine Nummer -, dann seien Sie bitte so freundlich und schreiben das mit auf Ihre Wortmeldung.

Wenn keine Einwendungen dazu vorliegen, rufe ich den TAGESORDNUNGSPUNKT 7 auf:

GRUSSWORTE

Ich freue mich, der Oberbürgermeisterin der Stadt Frankfurt am Main – sozusagen der Hausherrin dieser Festhalle -, Frau Oberbürgermeisterin Petra Roth, das Wort geben zu können.

(Beifall)

Frau Roth, bitte schön.

Petra Roth: Herr Tagungspräsident! Liebe Frau Bundesvorsitzende Merkel! Meine Damen und Herren Delegierte! Als CDU-Mitglied – und das nunmehr seit 32 Jahren – und Oberbürgermeisterin dieser gastgebenden Stadt möchte ich Ihnen im Vorstand der CDU Deutsch-

lands dafür danken, dass Sie Frankfurt am Main zum ersten Mal in der Geschichte der CDU Deutschlands ausersehen haben, Tagungsort des Bundesparteitages zu sein. Damit geben Sie mir als Oberbürgermeisterin die Chance, unsere Stadt darzustellen.

Ich möchte gleichzeitig darauf hinweisen, dass aus Frankfurt am Main schon viele Impulse für die Zukunft ausgegangen sind. Der aktuellste Impuls war, dass wir am 30. Januar die Auftaktveranstaltung mit dem Kanzlerkandidaten Edmund Stoiber in dieser Messehalle hatten. Dabei wurde den Bürgern das Signal gegeben, dass es eine Alternative zwischen dem jetzigen Kanzler und unserem Kanzlerkandidaten, Edmund Stoiber, gibt. Das wird durch seine wirtschaftliche Kompetenz begründet.

(Beifall)

Auch in Frankfurt und in Hessen wurde diese wirtschaftliche Kompetenz unter Beweis gestellt. 1995 haben wir in Frankfurt Rot-Grün abgewählt und 1999 geschah dies mit Roland Koch für das Land Hessen. Seit 1995 hat es in der Wirtschaftspolitik und in der sozialverantworteten Marktwirtschaft, die in dieser Stadt zu Hause ist, einen Paradigmenwechsel gegeben. In Frankfurt gibt es nur 5,2 Prozent Arbeitslose. Das heißt, 37 000 Männer und Frauen sind bei 650 000 Beschäftigten ohne Arbeit. Daneben gibt es eine große Anzahl offener Arbeitsstellen. Unsere Sozialhilfeempfänger sind alle durch kommunale Wirtschaftsförderungsunternehmen in Arbeit gebracht worden, sodass dadurch eine zusätzliche Entlastung geschaffen wurde und nicht noch Mittel aus der Sozialhilfe gezahlt werden müssen.

Meine Damen und Herren, in dieser Stadt sind im letzten Jahr 1,42 Milliarden Euro im Rahmen von Baugenehmigungen an die private Wirtschaft gegangen. Das sind 25 Prozent mehr als im Jahr zuvor. Wir haben in dieser Stadt die Eckdaten verbessert, die die Grundlage dafür sind, dass sich Unternehmen ansiedeln, dass sich die Menschen wohl fühlen und dass die Arbeitsplätze gesichert werden.

Diese Daten für den sozialen Bereich und den Arbeitsmarkt zeigen, dass wir eine Politik gemacht haben, die Sicherheit garantiert. Frankfurt hat sich auf Platz 6 der Kriminalitätsstatistik verbessert. Wir haben 25 Prozent weniger Delikte als in den vergangenen Jahren. Damit befinden wir uns auf dem Stand von 1982. Wir haben in Frankfurt ein Bußgeld bewehrtes Sicherheitspaket beschlossen – erstaunlicherweise mit Zustimmung aller, die in unserem Römer-Bündnis Verantwortung tragen. Ich möchte Sie in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, keine Kippen und Dosen wegzuerwerfen. Das kostet nämlich 20 Euro. Wir reden also nicht nur, sondern wir handeln.

(Beifall)

In dieser Stadt werden Serienstraftäter ausländischer Herkunft abgeschoben. In dieser Stadt wurden viele Ordnungskräfte, bezahlt aus kommunalen Mitteln, eingestellt, sodass das subjektive Sicherheitsgefühl der Bürger gestiegen ist. In dieser Stadt gibt es eine lebendige Kulturszene. Wir wissen, dass wir in die Kultur investieren müssen, nicht nur weil die Kultur der Raum ist, in dem Arbeitsplätze geschaffen werden, sondern auch, weil die Kultur für die großen Unternehmen bezüglich Schaffung attraktiver Arbeitsplätze dazugehört.

Meine Damen und Herren, Frankfurt ist die internationalste Stadt Deutschlands. Sie ist die Stadt der Europäischen Zentralbank. Sie ist vor allem die Stadt, in der unser Altbundeskanzler Helmut Kohl Ehrenbürger ist.

(Beifall)

Deshalb freue ich mich heute ganz besonders, lieber Herr Kohl, dass Sie heute wieder dabei sind.

(Beifall)

Wir haben eine großartige Auftaktveranstaltung für den Wahlkampf mit Ihnen in Frankfurt gehabt. Tausende von Menschen haben diese Veranstaltung besucht. Diese Menschen sind Multiplikatoren für die Darstellung unserer Politik. Als Kommunalpolitikerin sage ich – wir stehen wirklich an der Basis -: Es gibt die Bereitschaft in der Bevölkerung zu einem Wechsel. Mit unserem Kanzlerkandidaten, mit unserer Bundesvorsitzenden und mit unserem Programm einer Politik der sozial verantworteten Marktwirtschaft werden wir Deutschland wieder in das erste Drittel der europäischen Nationen unter Aufbietung aller Kräfte zurückführen, die wir haben. Das heißt: mehr Einschnitte und mehr Marktwirtschaft. Das bedeutet aber auch, dass wir uns für die Menschen verantwortlich fühlen und dass wir sie am Gestaltungsprozess teilhaben lassen.

(Beifall)

Dass diese CDU kommunale Wurzeln hat, sehen wir an den vielen Spitzenkräften, die aus diesem Bereich kommen und die über fünf Jahrzehnte diese Partei geführt haben oder für die CDU in anderen Positionen verantwortlich waren.

Weil ich auch für die Städte Deutschlands hier sprechen darf, freue ich mich, dass wie ein roter Faden der in blau geschriebene Text in unserem Wahlprogramm die Nähe der CDU zur Kommune dokumentiert. Das ist auch notwendig denn nur über die Rathäuser werden die Mehrheiten an der Spitze verändert. Nur durch die Glaubwürdigkeit der Kommunalpolitiker lässt sich die Seriosität von politischen Aussagen überprüfen.

Fühlen Sie sich in Frankfurt wohl. Wir geben unser Bestes. Frankfurt kann durch Ihre Anwesenheit nur gewinnen. – Herzlich willkommen.

(Beifall)

Hildegard Müller, Tagungspräsidium: Liebe Petra Roth, wir danken sehr herzlich für Ihr Grußwort. Es zeigt, was engagierte Christdemokraten im Land alles bewegen können.

Auch von meiner Seite ein herzliches Willkommen. Ich darf das Wort weitergeben und freue mich, den Ministerpräsidenten des Landes Hessen und Vorsitzenden der CDU Hessen, Roland Koch, begrüßen zu dürfen.

(Beifall)

Roland Koch: Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Delegierte und Gäste! Herzlich willkommen hier in Hessen auch von meiner Seite. Der Lan-

desverband Hessen der CDU ist stolz und freut sich, Gastgeber für einen solch wichtigen Parteitag in einer spannenden Zeit sein zu dürfen.

Wir haben noch alle – und das mit wenig Freude – das Jahr 1998 in Erinnerung. Wir haben auch in Erinnerung, wie die Linken in Deutschland und in Europa glaubten, dass mit der Bundestagswahl des Jahres 1998 ein neues linkes Jahrhundert, ein rot-grünes Zeitalter in der Bundesrepublik Deutschland beginnen würde. Wir Hessen hatten das Vergnügen, diesen roten Luftballon im Februar des Jahres 1999 zum Platzen zu bringen. Wir wollen mit Ihnen dafür sorgen, dass das für ganz Deutschland gilt.

(Beifall)

Wir glauben, dass wir in Hessen in den vergangenen dreieinhalb Jahren eine Grundlage dafür geschaffen haben, dass wir beim nächsten Wahlgang im Februar nächsten Jahres mit dem gleichen Selbstbewusstsein und mit der gleichen Ausgangsposition, dieses Land zu gestalten, antreten können. Wir tun das in einem ganz spannenden Bundesland, das Sie alle kennen, das, mitten in Deutschland gelegen, viele Vorteile seiner zentralen Lage hat und das in der Geschichte einmal ganz anders geordnet war; wir sind erst nach dem Krieg zusammengekommen. Wir haben manchmal ein bisschen an uns arbeiten müssen, um eine gemeinsame Identität zu finden. Es gibt einen hessischen Kabarettisten, der einmal gesagt hat: Das Problem der Hessen ist: Wir haben keinen direkten Zugang zum Meer, keinen unmittelbaren Blick auf die Alpen und sind ringsherum von Deutschen umzingelt. Aber, meine Damen und Herren, wir sind von Deutschen jetzt glücklicherweise so umzingelt, dass wir überall hinkönnen. Wir leben nicht mehr am Rande Deutschlands wie vor der deutschen Teilung. Thüringen ist heute unser Schwesterland. Wir sind um uns herum mit deutschen Freunden zusammen, und wir sind sehr stolz darauf, dass Hessen mitten in Deutschland liegt.

Deshalb will ich nicht verhehlen: Wir freuen uns sehr, dass dieser Parteitag, der hier am 17. Juni, über den wir gleich sprechen werden, stattfindet, diesen Gedenken nicht unterschlägt. Wir haben, wenn Sie an unsere nordhessische Metropole Kassel denken, im Westen viel darunter gelitten – unvergleichbar mit dem, was die Brüder und Schwestern des Ostens gelitten haben -, Strukturen nicht mehr zu haben. Point Alpha in Fulda war der Platz in Europa, an dem amerikanische und russische Truppen am nächsten zueinander standen. Heute gibt es in Deutschland nur noch eine Diskussion darüber, ob wir in unserem Land eine letzte Bundesgrenzschutzeinheit halten können, obwohl wir keine Grenze mehr haben. Denn wir haben hier die Arbeitsplätze und wir wollten sie in Eschwege unbedingt halten.

Meine Damen und Herren, wir leben in einem neuen Jahrhundert mit friedlichen Bedingungen und riesigen Chancen. Deshalb sage ich auch: Wir freuen uns, dass Helmut Kohl mitten unter uns ist.

(Beifall)

Wenn wir überlegen, was die Punkte der Auseinandersetzung waren und was sie heute sind, dann ist festzustellen, dass es im Jahre 1999 in Hessen eine Menge Menschen gab, die auf die Frage: „Seid ihr mit dem Platz zufrieden, den Hessen mit den großen Chancen, die es hat, im Wettbewerb Deutschlands einnimmt oder nicht?“ Sind wir 1998/99 in Hessen in der Bildung die Spitze gewesen hinsichtlich der Frage: Wollen alle Kinder unbedingt hier in die Schulen

gehen? Haben wir die besten Sicherheitsdaten von allen gehabt oder haben wir im Vergleich zu anderen Probleme gehabt? Waren wir im Wirtschaftswachstum vorne oder sind wir ins Mittelfeld abgerückt? Wir waren überall nur noch mittelmäßig. Wir haben die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes gefragt: Wollt ihr in der Mitte bleiben oder können wir gemeinsam eine Kraftanstrengung unternehmen, wieder an die Spitze zu kommen? Sie haben uns den Auftrag gegeben, wieder an die Spitze zu kommen.

Das ist mit der heutigen Situation vergleichbar. Wir müssen die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland fragen: Wollen wir mittelmäßig bleiben und nur auf die Fußballweltmeisterschaft hoffen oder wollen wir, alle in diesem Lande, Spitze werden? Wir können das, wenn wir es wollen und die richtigen Rahmenbedingungen dafür schaffen.

(Beifall)

Dieses Bundesland ist heute im Wirtschaftswachstum vorne. Aber es geht nicht nur um dieses Bundesland. Wir sind sehr selbstbewusst und stolz; aber manchmal muss man aufpassen, dass man es nicht übertreibt. Nur, meine Damen und Herren, wenn Sie die unionsregierten Länder in der Bundesrepublik Deutschland zusammenführen, dann würden wir in Europa woanders stehen. Schauen Sie auf Bayern, Baden-Württemberg, das Saarland, Thüringen, Sachsen und Hessen; auch Sachsen-Anhalt holt auf. Schauen Sie, was das Saarland in kurzer Zeit geschafft hat. Inzwischen ist das Saarland beim Wirtschaftswachstum unter die ersten vier Plätze gekommen. Lafontaine war hinten, Müller ist vorne. Das ist die Alternative in Deutschland, die wir in vielen deutschen Bundesländern zeigen können.

(Beifall)

Wir haben vor der Wahl den Bürgerinnen und Bürgern gesagt: Wir führen eine Unterrichtsgarantie ein. Das heißt, wir werden den Haushalt so neu ordnen, dass binnen vier Jahren genug Geld und Lehrerstellen zur Verfügung stehen, um den Kindern in den Schulen dieses Landes 100 Prozent des Unterrichts, der ihnen zusteht, zu geben. Das gab es hier drei Jahrzehnte nicht. Viele haben uns vor der Wahl gesagt: Seid vorsichtig! Unterrichtsgarantie, das kann man am Ende nachprüfen. Schreibt doch „mehr Lehrer“; das klingt auch ganz gut und ist am Ende viel leichter. Wir haben das nicht gemacht.

Jetzt will ich Ihnen einräumen: Als ich Ministerpräsident geworden bin und ich das Privileg bekam, Akten lesen und mich mit den ganzen Details, die man braucht, um eine Zusage einzulösen, vertraut machen zu dürfen, da hat es den einen oder anderen Abend gegeben, an dem ich gedacht habe: Verdammst noch mal, hättest du lieber „mehr Lehrer“ hineingeschrieben. Aber wir sind dabei geblieben. Am 12. August dieses Jahres, wenn die Schule in Hessen wieder anfängt, wird an allen hessischen Schulen 100 Prozent Lehrerversorgung vorhanden sein. Die Kinder, die jetzt in die Schule kommen, sind seit drei Jahrzehnten die erste Generation, die, wenn wir weiter regieren, die Gewissheit haben, dass sie den vollen Unterricht, der ihnen zusteht, bekommen. Das haben wir in dieser Zeit bewirkt.

(Beifall)

Wieder ist das nicht ein einzelnes Bild. In diesen Tagen wird viel über PISA gesprochen. PISA ist für Hessen nicht unproblematisch, weil die Kinder, die bei PISA getestet worden sind, sie-

ben Jahre in rot-grünen Schulen und drei Monate unter Karin Wolff in der Schule waren. Das ist eine vergleichsweise kurze Aufholzeit. Meine Damen und Herren, wenn jetzt über PISA geredet wird und es heißt, die Deutschen seien schlecht, dann ist festzuhalten, dass das sozialdemokratische Wahlpropaganda ist. Sie müssen in Deutschland die Länder, die seit langer Zeit von der Union regiert werden, von den anderen unterscheiden. Wir würden insgesamt viel besser abgeschnitten haben, wenn alle unter der Verantwortung der Union in Deutschland zur Schule gegangen wären. Das müssen wir an dieser Stelle deutlich und klar sagen.

(Beifall)

Wir sagen heute in unserem Programm – wir bleiben auch dabei -: Wir sind für Betreuung, wir wollen Ganztageeinrichtungen. Das ist in einer veränderten Zeit notwendig. Aber wer bei PISA das nächste Mal besser sein will, muss morgens, mittags und abends das Wort „Leistung“ in den Mund nehmen. Das gilt für Schüler, für Lehrer, für Eltern und für Politiker. Alle zusammen brauchen eine Kraftanstrengung, damit dieses Land im Wettbewerb besser sein kann.

(Beifall)

Ich möchte ein Letztes, das, wie ich glaube, ebenfalls für uns alle gilt, hinzufügen: Wir haben ein Wahlprogramm formuliert, in dem wir versucht haben genau zu beschreiben, was wir uns in vier Jahren zutrauen. Wir haben es Punkt für Punkt abgearbeitet, in den angenehmen und in den unangenehmen Teilen. Lehrer in Schulen zu bringen ist eine vergleichsweise angenehme Aufgabe. Eine neue Landebahn, die 50 Prozent der Kapazität des Frankfurter Flughafens erhöhen soll, ist auch in der Rhein-Main-Region wahrlich nicht leicht durchzusetzen.

Wir haben an beiden Punkten gesagt: Nehmt uns beim Wort, wie wir es vorher formuliert haben! Wir haben ein Recht, etwas durchzusetzen, auch wenn es vermeintlich nicht populär ist.

Wir lernen daraus übrigens, dass uns die Leute, wenn wir etwas Unangenehmes machen, dann ernster nehmen, wenn wir es vorher angekündigt haben. Das ist besser, als etwas wegzulassen, weil wir es nicht angekündigt haben. Die Frage lautet: Wie geht man damit um? Wir werden am Ende dieses Jahres, noch vor der Wahl, unser gemeinsames Regierungsprogramm ins Internet stellen. Wir werden jeden Satz dieses Programms mit grüner, gelber oder auch roter Farbe unterlegen: Grün, das ist alles, was wir schon erledigt haben; Gelb, das ist das, was wir bis zum Ende der Wahlperiode noch erledigen können; Rot, das sind ein paar Einsprengsel von Dingen, die wir noch nicht geschafft haben. Meine Damen und Herren, das wird das grünste Programm, das das Bundesland Hessen in seiner Geschichte je gehabt hat, und darauf sind wir als Christlich Demokratische Union hier, in Hessen, stolz.

(Beifall)

Wir haben in Hessen und in Deutschland gemeinsam nach einer schwierigen Zeit – schwierig war die Zeit wohl wahrlich – viel miteinander gearbeitet, gerungen und gestritten. Die Union hat in Dresden eine ausgezeichnete Plattform für das Arbeiten mit der Partei in der Zukunft geschaffen. Wir haben dabei zugegeben, dass wir manches gelernt haben und dass wir manches auch ändern müssen. Heute sind wir auf diesem Parteitag hier, in Hessen, Gastgeber, um ein Wahlprogramm zu beschließen, das uns in eine neue Zeit führen kann. Es handelt sich

um ein Wahlprogramm, das keine Drohung und keine Verheißung ist; vielmehr zeigt es einen realistischen Weg auf, wie man Schritt für Schritt und mit Anstrengungen etwas Neues bewegen kann. Dass dieses Wahlprogramm heute möglich ist, dass die CDU wieder in einer solchen Verfassung antritt, dass wir alle guter Laune sind, dass wir optimistisch sind, ohne dabei überheblich zu werden, ist zu einem beträchtlichen Anteil die Leistung unserer Bundesvorsitzenden, Angela Merkel, die ich an dieser Stelle ganz herzlich begrüße.

(Anhaltender Beifall)

Meine Damen und Herren, wir haben uns überlegt, was man dieser Parteivorsitzenden schenken kann. Wir haben uns gedacht: Die Wohnung mit immer neuen Gemälden aus zu staffieren, ist auf die Dauer ein bisschen schwierig. Wir haben in unsere Region geschaut. In meinem Heimatkreisverband, im Main/Taunus-Kreis, also in der Region zwischen Frankfurt und Wiesbaden, ist im Augenblick Erdbeersaison. Kriffel ist eine der Metropolen des Obstanbaus. Dort gibt es die Kriffeler Erdbeeren, die wirklich gut sind. Ich habe hier so viele, dass Sie am Ende wahrscheinlich teilen müssen. In einer christlichen Partei ist das aber kein völlig unübliches Verhalten; insofern dachten wir: Das geht. Angesichts der Wärme hier können die Parteitagsdelegierten etwas abbekommen.

Das Geschenk soll aber ein Symbol sein: Es soll Ihnen Kraft geben; es soll Sie mit Vitaminen für das, was vor uns steht, stärken; es soll Ihnen den notwendigen Rückhalt geben, gemeinsam mit unserem Kanzlerkandidaten, Edmund Stoiber, und dem Programm, das wir verabschieden, in die Zukunft zu gehen. Vor allen Dingen hat Folgendes eine große Wirkung: Sie können das bisschen Grünzeug herausreißen und, was den Rest angeht, mit viel Genuss dafür sorgen, dass Rotes weniger wird.

(Heiterkeit und Beifall)

Liebe Angela Merkel, meine Damen und Herren, die hessische CDU wünscht Ihnen eine gute Zeit in Frankfurt am Main. Sie wünscht Ihnen, dass Sie mit Tatkraft und Entschlossenheit in die nächsten Wochen gehen, mit der Botschaft: Wir können diese Wahl gewinnen. Wir haben sie noch nicht gewonnen; aber wir wollen sie gewinnen. – Vielen herzlichen Dank und herzlich willkommen.

(Lebhafter Beifall)

Hildegard Müller, Tagungspräsidium: Lieber Roland Koch, wir danken für das Grußwort. Ich bin sicher, der Parteitag dankt auch für die Erdbeeren.

Ich habe außerhalb der Tagesordnung eine kleine Mitteilung: Das Spiel USA gegen Mexiko ist mit 2 : 0 für die USA ausgegangen.

(Beifall)

Das heißt, der nächste Gegner der deutschen Nationalmannschaft sind die Vereinigten Staaten. Ich will an dieser Stelle nur eines sagen: Wir haben keine Angst, dass Deutschland Weltmeister wird. Im Gegenteil, wir würden uns darüber freuen. Auch das wird Gerhard Schröder am 22. September nichts nützen.

Wir kommen nun zum TAGESORDNUNGSPUNKT 4:

BESTÄTIGUNG DER ANTRAGSKOMMISSION

Der Bundesvorstand hat gemäß § 10 Abs. 3 der Geschäftsordnung eine Antragskommission für den Parteitag bestellt. Eine Namensliste finden Sie in den Unterlagen. Wenn Sie diesem Vorschlag zustimmen, so bitte ich um Ihr Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist der Vorschlag so angenommen.

Wir kommen jetzt zum TAGESORDNUNGSPUNKT 5:

WAHL DER MANDATSPRÜFUNGSKOMMISSION

Da keine Möglichkeit bestand, eine Mandatsprüfungskommission auf einem Kleinen Parteitag vor dem 15. Parteitag der CDU zu wählen, bitte ich jetzt, die Wahl der Mandatsprüfungskommission vorzunehmen. Eine Namensliste dazu finden Sie ebenfalls in Ihren Unterlagen. Wenn Sie diesem Vorschlag zustimmen, so bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe? – Enthaltungen? – Auch dieser Vorschlag ist einstimmig angenommen. Damit ist die Mandatsprüfungskommission gewählt.

Die Mitglieder der Mandatsprüfungskommission werden gebeten, sich nach dem Tagesordnungspunkt 8 – Bericht der Vorsitzenden der CDU Deutschlands – im Büro des Organisationsleiters einzufinden. Das Büro befindet sich im Forum, Raum Analog 2.

Es folgt der TAGESORDNUNGSPUNKT 6:

WAHL DER STIMMZÄHLKOMMISSION

Erfreulicherweise haben sich auch dieses Mal wieder viele Damen und Herren bereit erklärt, in der Stimmzählkommission für diesen Parteitag mitzuarbeiten.

Die Namen der vom Bundesvorstand vorgeschlagenen Personen können Sie auch in diesem Fall den Unterlagen entnehmen. Ich bitte Sie, auch diesen Vorschlag durch Ihr Kartenzeichen zu unterstützen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Die Mitglieder der Stimmzählkommission treffen sich ab sofort zu einer Vorbesprechung im Raum der Stimmzählkommission unmittelbar hinter der Bühne.

Ich freue mich nun, das Wort an unsere Vorsitzende, Frau Dr. Angela Merkel, zu geben.

Dr. Angela Merkel, Vorsitzende der CDU: Liebe Freunde! Die CDU kennt ihre Geschichte, die CDU kennt die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland und die CDU kennt die gesamtdeutsche Geschichte. Am 17. Juni des Jahres 1953 haben sich Menschen im damaligen Ost-Berlin erhoben, weil sie die Freiheit vermissten und weil sie auch das vermissten, was dann fehlt, wenn man keine Freiheit hat, nämlich den materiellen Wohlstand.

Es sei mir an dieser Stelle eine kleine Anmerkung gestattet: Wenn die IG BAU meint, dass ihr heutiger Streik irgendetwas mit den Motiven von damals zu tun hat, dann hat sie deutsche Geschichte nicht verstanden.

(Beifall)

Liebe Freunde, es war vielleicht manchmal hart, aber es war richtig: Deutsche Einheit und Freiheit gehörten zusammen. Deshalb war das Ereignis des Jahres 1989 möglich, als die deutsche Einheit in Freiheit und gemeinsam mit unseren europäischen Nachbarn gestaltet werden konnte. Dafür sind wir heute noch dankbar.

(Beifall)

Wir wollen heute des 17. Juni des Jahres 1953 gedenken. Manch einer von Ihnen war damals sicherlich schon dabei. Andere wurden später erst geboren. Es war ein Tag der Brutalität, aber gleichzeitig ein Tag der Ermutigung für die deutsche Geschichte, sodass wir heute mit Stolz auf den Weg Deutschlands vom 17. Juni 1953 hin zu einem Deutschland in einem vereinigten Europa zurückblicken können. Deshalb freue ich mich sehr, dass nach einem Film, den wir zunächst sehen, Helmut Kohl und Jean-Claude Juncker zu uns sprechen werden, um gemeinsam dieses Tages zu gedenken.

(Beifall – Filmvorführung – Beifall)

Bundeskanzler a. D. Dr. Helmut Kohl (mit Beifall begrüßt): Herr Parteitagpräsident! Liebe Frau Merkel! Lieber Jean-Claude Juncker! Verehrte Gäste! Meine Damen und Herren! Meine lieben Freunde! Heute vor 49 Jahren, am 17. Juni, spielten sich in Ost-Berlin – wir haben es gerade gesehen – unvergesslich dramatische Szenen ab: Sowjetische Panzer drangen in das Zentrum der Stadt vor, Mauersteine flogen, Schüsse fielen, Menschen flüchteten. Es gab Tote und Verletzte.

Über 100.000 Demonstranten, vor allem Bauarbeiter und Beschäftigte aus Großbetrieben, hatten sich auf der Leipziger Straße im Zentrum Berlins versammelt. Aber nicht nur Berlin, die ganze DDR war in Aufruhr. In vielen Städten kam es zu Massenkundgebungen. In Dessau, Leipzig, Chemnitz, Gera und Stralsund – überall gingen an diesem Tag die Menschen auf die Straße. Sie demonstrierten gegen die beabsichtigte Erhöhung der Arbeitsnormen. Der Protest richtete sich zugleich aber und dann immer mehr gegen die Unterdrückung durch das SED-Regime. „Kampf gegen die erhöhten Normen!“, riefen die Arbeiter; und: „Wir wollen frei sein. Wir fordern freie und geheime Wahlen!“

Wir bewunderten damals und, wie ich denke, auch heute den Mut unserer Landsleute, die für die Freiheit auf die Straße gingen und für diese ihr Leben riskierten. Wir wollen niemals vergessen: Bei der Niederschlagung des friedlichen Aufstands fanden in der DDR nach bisherigen Erkenntnissen über 125 Menschen den Tod, 68 wurden standrechtlich erschossen.

Über 7600 Personen wurden verhaftet, darunter – auch das wollen wir nicht vergessen – fast ein Drittel Beamte der Volkspolizei und auch SED-Funktionäre, die sich auf die Seite der Demonstranten gestellt hatten.

Die Vorgänge in der DDR erregten ein ungeheures Aufsehen in der Welt. Nicht zuletzt in Moskau und in Washington wurden sie mit größter Aufmerksamkeit verfolgt. Für das Ansehen der SED-Führung, für Walter Ulbricht waren dieser Aufstand und dieser Tag eine völlige Katastrophe.

Unter dem Eindruck dieses Ereignisses in der DDR wurde der 17. Juni am 4. August 1953 im Deutschen Bundestag durch Gesetz zum „Tag der Deutschen Einheit“ bestimmt. Im Text des Gesetzes heißt es:

Am 17. Juni 1953 hat ... das deutsche Volk in der sowjetischen Besatzungszone und in Ost-Berlin ... seinen Willen zur Freiheit bekundet. Der 17. Juni ist daher zum Symbol der deutschen Einheit in Freiheit geworden.

Meine Damen und Herren, viele von uns, auch ich, haben sich in diesen Jahrzehnten an vielen Orten in besonderer Weise an diesen Volksaufstand erinnert. Wir gedachten oft vor Ort der Opfer an der Gedenkstätte auf dem Friedhof in Berlin-Wedding. Wir haben dann auch erleben müssen, wie genau vor einem Jahr der mit den Stimmen der Nachfolgepartei der SED, der PDS, gewählte neue Bürgermeister von Berlin, Klaus Wowereit, dort einen Kranz niederlegte. Unvergessen sind mir die Fernsbilder von wütenden und verzweifelten Protesten der Angehörigen der Opfer. Sie riefen „Verrat!“ und sie hatten Recht.

(Beifall)

Denn es ist eine Schande, dass jetzt die Berliner SPD mit Billigung der Bundespartei der SPD und ihres Vorsitzenden Gerhard Schröder mit dieser PDS eine Koalition eingegangen ist.

(Beifall)

Die PDS ist die direkte Nachfolgerin der SED – und sie ist stolz darauf -, jener SED, die für die blutige Niederschlagung des Aufstands von 1953 mit verantwortlich ist.

Liebe Freunde, damals waren wir uns alle einig: Es kann und darf keine Zusammenarbeit mit den Kommunisten geben. Das war unter Kurt Schumacher so, das war auch noch unter Willy Brandt so. Gerhard Schröder hat diesen Konsens der Demokraten aufgekündigt.

(Beifall)

Es ist ein Verrat an unserer Geschichte, wenn die SPD jetzt die SED-Nachfolgeorganisation hofiert, als hätte es Mauer und Stacheldraht nie gegeben. Viele in der SPD scheinen vergessen zu haben, dass die Willkürjustiz der DDR und damit auch der SED über 200 000 – ich wiederhole die Zahl: über 200 000 – unserer Landsleute in diesen Jahrzehnten in die Gefängniszellen der Staatssicherheit brachte.

Die Sehnsucht der Männer und Frauen des 17. Juni nach Freiheit und Selbstbestimmung konnte das totalitäre SED-Regime auf Dauer nicht auslöschen. Das bewiesen die Menschen in der DDR 36 Jahre später bei den großen Demonstrationen im Herbst 1989. Auch diese Demonstrationen waren ein Aufbegehren gegen die Unterdrückung durch den totalitären SED-Staatsapparat.

Zu Hunderttausenden gingen Männer und Frauen in Leipzig, Dresden und anderswo unter großem persönlichem Risiko auf die Straße, um für die Freiheit einzutreten. Sie riefen erst „Wir sind das Volk!“ und dann – der Ruf wurde immer lauter – „Wir sind ein Volk!“. Anders als 1953 gelang es ihnen diesmal, die Macht des SED-Staates zu erschüttern und schließlich zum Einsturz zu bringen. Der Mut und die Taten unserer ostdeutschen Landsleute zählen zu den besten Kapiteln deutscher Geschichte, und das wollen wir nie vergessen.

(Beifall)

Liebe Freunde, dass die Wiedervereinigung unseres Vaterlandes gelang, verdanken wir auch und vor allem der Hilfe und der Unterstützung, die uns aus dem Ausland von unseren Partnern und Freunden zuteil wurde. Ich denke an den Mut und an die Weitsicht Michael Gorbatschows. Ich denke an die Freundschaft von George Bush, ohne den die deutsche Einheit nicht möglich gewesen wäre. Ich nenne die ungarische Regierung, die im Sommer 1989 die Grenzen ihres Landes öffnete. Zu den Wegbereitern der friedlichen Revolution gehörte auch die Solidarnosc-Bewegung in Polen. Sie sprengte zuerst die Ketten der Diktatur. Und auch das immer wieder zu sagen, finde ich wichtig, da es von manchen Beflissenen in Deutschland gerne vergessen wird: Wir vergessen auch nicht den wichtigen Anteil des polnischen Papstes am Umbruch in Deutschland und Europa.

(Beifall)

Es gelang uns innerhalb nur weniger Monate, die deutsche Einheit mit Zustimmung all unserer Nachbarn zu verwirklichen. Darauf bin ich und darauf sollten wir alle besonders stolz sein.

(Beifall)

Vergleichbares hat es in der europäischen Geschichte nie gegeben.

Meine Damen und Herren, weite Teile der politischen Linken – und auch das sollte nicht vergessen werden – wollten von der Wiedervereinigung aber nichts wissen. Sie hatten sich mit der Teilung Deutschlands abgefunden. Viele von ihnen wollten diese Teilung. Noch im August 1987 haben die Sozialdemokraten mit der SED ein so genanntes Grundwertepapier verabschiedet. Statt auf das Verfassungsgebot der deutschen Einheit zu verweisen, wurde in diesem Papier gesagt, beide Seiten – DDR und Bundesrepublik – sollten sich „auf einen langen Zeitraum“ einrichten, während dessen sie nebeneinander bestehen und miteinander auskommen müssten.

Diesem Denken verhaftet, meinte Gerhard Schröder am 12. Juni 1989, wenige Wochen vor dem Fall der Mauer – ich zitiere -:

Nach 40 Jahren Bundesrepublik sollte man eine neue Generation in Deutschland nicht über die Chancen einer Wiedervereinigung belügen. Es gibt sie nicht.

Die Leitfigur der Grünen, Joschka Fischer, meinte am 27. Juli, drei Wochen, bevor die Ungarn am 19. August in Sopron den Eisernen Vorhang zerschnitten – Zitat -:

Die Forderung nach der Wiedervereinigung halte ich für eine gefährliche Illusion. Wir sollten das Wiedervereinigungsgebot aus der Präambel des Grundgesetzes streichen.

Er sagte weiterhin:

Vergessen wir die Wiedervereinigung, halten wir die nächsten 20 Jahre die Schnauze darüber.

Hätte er sie nur gehalten, meine Damen und Herren!

(Heiterkeit und anhaltender lebhafter Beifall)

Liebe Freunde, ich erwähne dies alles, weil Ich immer wieder über die Kessheit und Unverfrorenheit erstaunt bin, wie diese Leute uns auch heute noch Vorhaltungen zum Thema deutsche Einheit machen.

Ich habe noch ein anderes Ereignis in Erinnerung, das mich damals besonders bedrückt hat. Ich möchte nicht, dass es in Vergessenheit gerät: Alle Bundesländer hatten im November 1961 in Salzgitter die Zentrale Erfassungsstelle eingerichtet. Der Sinn dieser Behörde war es, beweiskräftige Unterlagen über Menschenrechtsverletzungen und Straftaten des SED-Unrechtsregimes zu sammeln. Bis zum Ende der SED und zum Ende der DDR wurden hier 40 000 solche Straftaten gemeldet.

Wir wissen von damaligen Häftlingen der DDR-Gefängnisse – einige davon sind auch hier in diesem Saal -, dass allein der Hinweis, in Salzgitter würden die Schikanen und Quälereien dokumentiert, die gegen Gefangene durchgeführt wurden, beim Gefängnispersonal wenigstens gelegentlich zu Vorsicht führte. Es war kein Zufall, dass Erich Honecker mich immer wieder auf die Zentrale Erfassungsstelle in Salzgitter angesprochen hat und deren Auflösung forderte. Denn er wusste aus den Berichten Mielkes sehr genau, dass im Stasi-Apparat die Angst umging, man könnte möglicherweise zu einem späteren Zeitpunkt wegen der Verletzung der Menschenrechte zur Rechenschaft gezogen werden.

Deshalb ist es für mich bis zum heutigen Tag eine Schande, wie sich in diesem Zusammenhang die Ministerpräsidenten der SPD verhielten, allen voran der Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, Johannes Rau. Sie hatten in den Jahren 1988 und 1989 beschlossen, ihre finanzielle Unterstützung für die Zentrale Erfassungsstelle in Salzgitter einzustellen. Dabei hatten – merken Sie sich diese Zahlen – alle Bundesländer zusammen nur den lächerlichen Betrag von 250.000 DM aufzubringen. Der Anteil Nordrhein-Westfalens belief sich gerade einmal auf 56.000 DM.

Die Wahrheit war: Es ging der SPD-Führung bei der Streichung dieser Mittel nicht darum, zu sparen, sondern darum, Erich Honecker und dem Regime gefällig zu sein. Auch das wollen wir nicht vergessen, wenn über Menschenrechte in Deutschland gesprochen wird.

(Beifall)

Liebe Freunde, wir in der Union, in CDU und CSU, haben das Gebot der Einheit in unserer Verfassung nie aufgegeben. Als Erich Honecker 1987 in Bonn war, habe ich ihm in einer Rede, die direkt in die DDR übertragen wurde, gesagt:

Die Präambel unseres Grundgesetzes steht nicht zur Disposition, weil sie unserer Überzeugung entspricht. Die Präambel will das vereinte Europa, und sie fordert das gesamte deutsche Volk auf, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden.

Wir alle wussten nicht, wann die deutsche Einheit kommen würde. Aber wir waren immer davon überzeugt, dass sie kommen wird. Vor zwölf Jahren ist sie Wirklichkeit geworden. Der 9. November 1989 und der 3. Oktober 1990 zählen zu den glücklichsten Tagen in der Geschichte unseres Volkes.

(Beifall)

Bei der Herstellung der Einheit Deutschlands sind wir im letzten Jahrzehnt weit vorangekommen. Es ist Gewaltiges geleistet worden. Vor allem auch die Menschen in den neuen Ländern haben unter schwierigsten Verhältnissen einen neuen Anfang gemacht. Es ist wahr: Es sind auch Fehler gemacht worden. Wir haben nicht überall das erreicht, was wir uns erhofften. Meine Freunde, wer jetzt aber mit offenen Augen durch die neuen Bundesländer fährt, wird feststellen: Was dort in den letzten zwölf Jahren geschaffen wurde, ist ein riesiger Fortschritt. Das weiß die ganze Welt, mit Ausnahme von einigen in der Propagandamühle der Bundesrepublik Deutschland.

(Beifall)

Mit großem Einsatz, Fleiß und Kreativität sind an vielen Orten blühende Landschaften geschaffen worden.

(Beifall)

Liebe Freunde, die Wiedervereinigung unseres Vaterlandes ist erreicht. Jetzt geht es um die Vereinigung Europas. Ich bitte Sie, diesen Begriff so zu übernehmen. Die Vereinigung Deutschlands und die Vereinigung Europas gehören zusammen. Uns Deutsche verpflichtet das Geschenk der Einheit dazu, die Vereinigung Europas mit Überzeugung und mit Kraft anzugehen. Ohne die Politik der europäischen Integration, die seit Konrad Adenauer immer unsere Politik war, hätte es keine deutsche Einheit gegeben. Es gibt auch keine Alternative dazu. Jeder, der CDU/CSU wählt, muss wissen: Wir waren, wir sind und wir bleiben die Europapartei Deutschlands.

(Beifall)

Die deutsche Einheit und die europäische Einigung sind zwei Seiten ein und derselben Medaille. Bis zur Europäischen Union mit den Verträgen von Maastricht war es ein langer, oft von Enttäuschungen begleiteter Weg. Wir mussten uns gegen Kleinmut und Ängstlichkeit wehren, manchmal auch in den eigenen Reihen. Doch aus der 1957 geschaffenen Europäischen Gemeinschaft mit sechs Mitgliedern ist eine Europäische Union von 15 Staaten geworden.

In zwölf dieser Staaten wird jetzt mit einer einheitlichen Währung gezahlt. Mit dem Euro hat eine neue Epoche in der Geschichte der Europäischen Union begonnen. Für mich war die Entscheidung für den Euro von allergrößter Wichtigkeit. Denn durch die gemeinsame europäische Währung wird die europäische Einigung unumkehrbar gemacht. Generationen von Kindern, die jetzt in den Ländern Europas geboren werden, werden sich schon in wenigen Jahren nicht vorstellen können, dass es einmal anders gewesen ist. Der Euro wird zu einem Identifikationsmerkmal Europas, er ist ein Zeichen der Zusammengehörigkeit.

Gerade in diesen Tagen erinnere ich mich an manche Diskussion im Zusammenhang mit der Einführung des Euro. Es gab eine große Diskussion darum, wie sich der Euro wohl entwickeln werde und ob man nicht Angst um das Verhältnis zum Dollar haben müsse. Jetzt geht die Diskussion in die andere Richtung; man fürchtet, dass der Euro zu stark werden könnte. Aus all dem sieht man, dass es klug ist, sich bei einer Grundsatzentscheidung von der Tagespolitik nicht beeindrucken zu lassen. Der Euro wird neben dem Dollar und vor dem japanischen Yen die andere große Währung der Welt werden.

Meine Damen und Herren, die Wirtschafts- und Währungsunion ist vollendet. Nun gilt es, die politische Union voranzutreiben. Die barbarischen Terrorakte in den USA im letzten Jahr haben deutlich gemacht: Wir müssen in Europa in allen Bereichen, vor allem bei der Außen- und Sicherheitspolitik sowie in Fragen der inneren Sicherheit, noch viel enger und entschiedener zusammenarbeiten. Die europäische Außen- und Sicherheitspolitik kann doch Anerkennung nur dann finden und Gewicht mit sich bringen, wenn sie als eine geschlossene Politik vertreten wird.

Die zweite große Herausforderung ist die Erweiterung der Europäischen Union. Die europäische Einigung bliebe ein Torso, wenn allein Westeuropa dazugehörte. Die Länder Mittel-, Ost- und Südosteuropas sind Teil unserer Kultur. Liebe Freunde, wir in der Union werden uns nicht an der Heuchelei beteiligen, wo man sagt: Wir müssen uns Zeit lassen mit der Aufnahme weiterer Länder, weil wir genug eigene Probleme haben. Das Gegenteil ist zu tun: Es darf keine Zeit verloren werden. Wer jetzt die Einigung Europas und die Erweiterung der Union aufgibt, verrät die eigene Zukunft. Das gilt nicht zuletzt für die Deutschen.

(Beifall)

Die Vielfalt Europas ist die große Stärke Europas. Jedes Land hat seine Besonderheit, seine Identität. Gerade darin leistet es einen wichtigen Beitrag für das Zusammenwirken Europas. Ich sage dazu wenigstens einen Satz: Lassen wir uns als Deutsche in dem mit Abstand bevölkerungsstärksten Land Europas nicht in eine Richtung lenken, wonach wir die Bedeutung eines Mitgliedslands allein nach der Einwohnerzahl messen. Francois Mitterand und ich haben mit vielen anderen immer die Auffassung vertreten – sie ist und bleibt richtig -: Mehr noch als das Kriterium der Quantität gilt das Kriterium der Qualität. Zur europäischen Einigung gibt es keine Alternative. Diese Politik hat – in Verbindung mit der transatlantischen Freundschaft und Partnerschaft – eines erreicht, wovon wir nur träumen konnten: Wir leben heute, in der Mitte Europas, in der längsten Friedensperiode der deutschen Geschichte überhaupt.

Meine Damen und Herren, liebe Freunde, warum sollten wir verzagen? Die jetzt, im neuen Jahrhundert, anstehenden Aufgaben sind alle zu lösen – mit Mut, mit Tatkraft, mit Besonnenheit, auch mit Klugheit. Wenn wir sie mutig angehen, dann werden wir das leisten können. Das ist auch eine Frage an uns als CDU und CSU. In der jetzt 53-jährigen Geschichte der Bundesrepublik Deutschland haben wir 36 Jahre lang Regierungsverantwortung getragen. Bei allem Auf und Ab in der Geschichte waren dies gute Jahre. Wir dürfen stolz darauf sein.

(Beifall)

Liebe Freunde, man kann jetzt schon die Tage zählen: In 97 Tagen ist Bundestagswahl. Jeder spürt es, alle wissen es: Wenn wir wollen, haben wir alle Chancen, wieder die Regierungsverantwortung zu übernehmen. Ich denke, wir als Union sind dazu bereit. Wir haben ein hervorragendes Wahlprogramm. Wir haben mit Edmund Stoiber einen hervorragenden Kanzlerkandidaten, einen Mann, der in seiner bisherigen Verantwortung gezeigt hat, dass er klug und mit Erfolg regieren kann. Das ist Grund genug, kämpferisch in diese letzten Tage und Wochen zu gehen.

Lassen Sie mich die Gelegenheit nutzen zu sagen: Ich selbst werde im September nach 44 Jahren aus der parlamentarischen Arbeit ausscheiden. Ich konnte in dieser Zeit manches er-

reichen. Aber was ich geschafft habe, konnte ich nur mit Unterstützung meiner Partei und vieler Freunde schaffen. Ich danke allen sehr, sehr herzlich, die mir in diesen Jahrzehnten Vertrauen entgegengebracht und gehoffen haben. Genauso herzlich bitte ich Sie alle, dieses Vertrauen und diese Unterstützung auch unserer Vorsitzenden Angela Merkel zuteil werden zu lassen und unseren Kanzlerkandidaten Edmund Stoiber mit voller Kraft zu unterstützen.

(Beifall)

Liebe Freunde, es ist wichtig – dies ist nicht nur eine gern gebrauchte Floskel -, mit Blick auf die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land, die auf uns schauen, gemeinsam um jede Stimme zu kämpfen. „Kämpfen“ heißt für mich: den Menschen überall dort, wo wir die Chance dazu haben, zu begegnen, mit ihnen zu sprechen und sie zu überzeugen. Ich sage ganz einfach: Packen wir es an, packen wir es mit Freude an! Dort, wo ich mit meinen Mitteln mithelfen kann, tue ich dies, wie jeder verstehen wird, mit besonderer Freude.

(Anhaltender Beifall)

Roland Koch, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Helmut Kohl. Der Parteitag hat gezeigt, wie er es aufgenommen hat. Nun freuen wir uns auf Jean-Claude Juncker, einen der großen Europäer im heutigen Europäischen Rat, der mitwirkt, uns auf dem Parteitag zum 17. Juni die Einbindung in den Kontext Europas zu geben. Jean-Claude Juncker, Sie haben das Wort.

Jean-Claude Juncker (mit Beifall begrüßt): Herr Tagungspräsident! Lieber Roland! Liebe Frau Bundesvorsitzende! Liebe Angela! Lieber Helmut Kohl! Meine sehr verehrten Damen! Meine Herren! Liebe Parteifreunde und – das muss keinen Unterschied machen – Freunde!

(Beifall)

Ich war wie immer von dem beeindruckt, was Helmut Kohl hier vorgetragen hat. Ich glaube, man ist das besonders, wenn man am 17. Juni 1953 noch nicht geboren war – in meinem Fall darf ich hinzufügen: noch nicht einmal geplant war -, weil einem beim Zuhören deutlich wird, was in 50 Jahren in Europa passiert ist und was in 50 Jahren in Deutschland vonstatten gegangen ist. Ich gehöre scheinbar zu den wenigen, die sich der deutschen Sprache von Zeit zu Zeit bemächtigen und die nicht zu der Larmoyanz taugen, die normalerweise in deutscher Sprache zum Ausdruck gebracht wird.

(Beifall)

Ich gehöre zu den Exoten, die denken, dass die deutsche Wiedervereinigung ein Glücksfall des Nachkriegseuropas und seiner Geschichte ist. Ich lasse mich von meiner Meinung auch nicht abbringen.

(Beifall)

Wann immer ich zu einem Parteitag der CDU oder sonstigen Veranstaltungen in der Bundesrepublik anreise, tue ich das besonders gerne, weil ich nicht aus Luxemburg in die Bundesrepublik fliege, sondern aus Moskau, aus Prag, aus Budapest oder aus Warschau. Mich hindert niemand mehr an dieser Reise, und darüber bin ich bleibend froh.

(Beifall)

Deshalb gehören meine Jahrgänge, auch frühere, folgende auf jeden Fall, zu den glücklichen europäischen Generationen und dies verdanken wir auch Männern wie Helmut Kohl, dem ich auch im Namen der jüngeren Europäer Respekt und Dank sagen möchte.

(Beifall)

Wem verdanken wir dieses Europa? Selbstverständlich verdanken wir dieses Europa den Männern der ersten Stunde: Schuman, Adenauer, de Gasperi, Bech und vielen anderen, den klugen Staatsführern von damals, die die Lektionen aus dem Zweiten Weltkrieg verstehen gelernt hatten. Wir verdanken es auch den Männern und den Frauen, die sich 1947 in Den Haag zum ersten europäischen Kongress trafen und mit Winston Churchill, auf dem Höhepunkt seiner moralischen Macht und Autorität angekommen, zum Abschluss des Haager Treffens sagten, teils mit Resignation, teils mit Zittern in der Stimme, weil es nicht ging: Wir fangen jetzt im Westen an, was wir eines Tages im Osten zu Ende führen werden. – Jetzt dürfen wir es in Mittel-Osteuropa zu Ende führen.

(Beifall)

Wir verdanken dieses Europa, das wir heute haben, das wir am Gestalten sind, vor allem den Männern und Frauen der Kriegsgeneration, die von den Schlachtfeldern, die noch rauchten, zurückkehrten in ihre zerstörten Dörfer und Städte, die aus den Konzentrationslagern, man kann nicht sagen: zurückkamen, sondern zurück krochen in ihre Heimat. Die hätten jeden Grund gehabt, die Hände in den Schoß zu legen, die hätten jeden Grund gehabt, über dieses und jenes zu klagen. Aber diese Generation, auch die Generation meines Vaters, der gegen seinen Willen deutscher Soldat im Zweiten Weltkrieg sein musste, hat es angepackt und die Jüngeren sollen wissen: Wir sind nur die Erben jener, die zum ersten Mal in der europäischen Geschichte aus dem Satz: „Nie wieder Krieg!“ Ernst machten. Dieses Satz muss heilig bleiben.

Lebensgeschichte und Lebensweg dieser Menschen zeigen im Übrigen auch: Politik ist kein Spiel, Politik ist eine hoch ernste Sache. Es stört mich schon, dass jetzt derjenige als besonders klug gilt, der die Leute zum Lachen bringt. Ich sage Ihnen: Er wird sie auch zum Weinen bringen.

(Beifall)

Spaß muss sein. Aber Politiker sind beim Spaß besonders dann glaubwürdig, wenn sie über sich selbst lachen. Wenn sie sich aber über die Probleme, die Sorgen, die Nöte, die Hoffnungen und die Ängste der Menschen lustig machen, sich über das amüsieren, was wichtig ist, dann hört der Spaß auf. Die Spaßgesellschaft hört dort auf, wenn der Spaß in der Gesellschaft ankommt. Dies ist eine ernste Angelegenheit: über das Schicksal und das Wachsen und Werden von Menschen, Völkern und Kontinenten bestimmen zu müssen. Das ist nicht zum Lachen, das ist zum Anpacken. Schuhsohlen sind zum Laufen da, nicht zum Draufkritzeln.

(Beifall)

Wichtigster Meilenstein in den letzten 20 Jahren europäischer Geschichte war besonders jenen Zweifel die Einführung des Euro. Helmut Kohl und andere haben sich bleibende Ver-

dienste um die Einheitswährung gemacht und damit um die Irreversibilität europäischer Einigung. Dramatisch ist, dass die europäische Politik es nicht schafft, zurzeit den Menschen zu erklären, wieso und weshalb die Einführung des Euro uns auch heute schon schützt. Was wäre in Europa geworden, welches Währungsdurcheinander wäre das unsrige gewesen, wenn wir nach dem Kosovokrieg, dem ersten Krieg im Nachkriegseuropa, während des Afghanistankrieges, nach dem 11. September, während der Finanzkrisen in Südostasien, während der Finanzkrisen in Russland, in Mexiko, jetzt in Argentinien, diesen Schutzschild des Euro nicht gehabt hätten? Das Gegeneinander europäischer Währungen wäre von der Stunde Null an das einzige Gebot der Finanzmärkte und der spekulativen Gelder gewesen. So haben wir den Euro.

(Beifall)

Hätten wir den Euro in den letzten vier, fünf Jahren nicht gehabt, hätten wir auch während der Vorbereitungszeit auf den Euro diese Zielrichtung europäischer Währung nicht als die unsere gehabt, alle in Europa, auch hier, wären deutlich ärmer, als sie dies zurzeit sind.

Weil dies so ist, muss an diesem Werk weiter gearbeitet werden. Wir kriegen ja jeden Tag neuen Zulauf. Wenn ich mich noch an die Gründertage des Euro erinnere, an den Vertrag von Maastricht: Ich bin ja der einzige Übriggebliebene dieses Vertrages; Theo Waigel hört ja jetzt auch auf. Wir haben diesen Vertrag unterschrieben. Ich bin der einzige noch im Amt befindliche Finanzminister. Damals waren wir relativ allein. Heute kann sich der Euro vor Spätgeburten nicht mehr wehren. Wenn meine Kirche so viele Spätgeburten hätte wie der Euro, es gäbe keinen Priestermangel mehr.

(Heiterkeit und Beifall)

Auf diesem Euro-Weg, auf diesem europäischen Königsweg müssen wir weitergehen. Es geht jetzt um die Erweiterung, darum, mehrspurige Autobahnen in Richtung Zukunft anzulegen. Jeder sollte wissen: Die Zeit für nationale Sonderwege ist vorbei. Wer nationale Sonderwege geht, führt uns nicht per Autobahn in die Zukunft, sondern zurück auf die Landstraßen der 30er-Jahre. Dieser Rückmarsch muss verhindert werden.

(Beifall)

Die Menschen aus Ost- und Mitteleuropa gehören zu uns. Wir haben lange nach ihnen gerufen. Wenn sie jetzt an unsere Tür klopfen, dürfen wir nicht sagen, so war das nicht gemeint, sondern wir müssen die Türen und Tore öffnen. Ich sage dies auch in eine kritische Grundstimmung hinein, nicht nur in Deutschland, sondern überall im diesbezüglich gesättigten Europa. Es war nicht die Schuld dieser Menschen, dass sie unter einem schrecklichen Dekret der Geschichte während 50 Jahre von unserem Teil Europas ausgesperrt waren. Warschau, Budapest, Sofia sind europäische Städte wie Frankfurt, Luxemburg und Berlin auch.

(Beifall)

Bei allem Verständnis dafür, dass Nettozahler wie Deutschland, wie Luxemburg und einige andere Staaten auch nicht bis zum Gehnichts mehr belastbar sind, wir dürfen nicht – obwohl es ihn nicht mehr gibt – zu Pfennigfuchsern werden, wenn es um europäische Geschichte

geht. Wenn es um europäische Geschichte geht, soll man Geschichtsbücher lesen, keine Meinungsumfragen. Geschichtsbücher sind gefragt.

(Beifall)

Allen skeptischen Nettozahlern sage ich: Zehn Stunden Krieg sind teurer als hundert Jahre Frieden in Europa.

(Beifall)

Damit Frieden in Europa bleibt, müssen wir zurückfinden zu den eigentlichen Ursprüngen europäischer Integration, auch zu einigen Grundmechanismen europäischer Konstruktion. Wir müssen auch wieder neu lernen, dass Große und Kleine Europa gemeinsam schaffen müssen. Ich rede hier ja nicht für Luxemburg; das ist ja per definitionem kein Klein-, sondern ein Großherzogtum; ich rede für die kleinen Nachbarn Luxemburgs. Groß und Klein müssen zusammen können, sonst wird die Sache aus der Kurve getragen. Große müssen wissen, dass sie groß sind; Kleine wissen es eh. Man braucht ihnen das nicht jeden Tag zu erklären. Große sind umso größer, je weniger sie die Kleinen klein machen. Sie sind es ja schon, man braucht es überhaupt nicht zu tun.

(Heiterkeit und Beifall)

Denken Sie immer an die Elementargrundkenntnisse – PISA hin oder her – aus „Brehms Tierleben“: Ein Floh kann einen Löwen zum Rasen bringen. Bevor ein Löwe aber einen Floh verrückt macht, dauert es sehr lange. Daran sollten alle denken, wenn es um Groß und Klein geht.

(Beifall)

Viele, denen es zu schnell geht, plädieren jetzt dafür, bei der europäischen Einigung eine Pause einzulegen. Eine Pause darf es nicht geben. Die Erweiterung in Richtung Ost- und Mitteleuropa muss erfolgen. Ich mag das Wort Erweiterung oder Beitritt eigentlich nicht. Es geht hier um europäische Integration, um die Wiedervereinigung des europäischen Kontinents. Da darf keine Pause gemacht werden.

(Beifall)

Es darf auch in dem Sinne keine Pause gemacht werden, dass wir mit der Vertiefung der Europäischen Union jetzt Halt machen, dass wir wieder zurück ins Intergouvernementale abrutschen, der Europäischen Union einen gewählten Präsidenten des Europäischen Rates vor die Nase setzen aus dem Kreise ehemaliger Mitglieder. Nein, nicht zurück ins Intergouvernementale, sondern weitermachen mit der Vertiefung der Europäischen Union!

Das muss die jetzige Generation tun, die Erbgeneration, diejenigen, die 2030, 2040 unsere europäischen Nationen regieren, unsere europäischen Gesellschaften animieren. Für sie gilt: Wenn es jetzt nicht gemacht wird, wissen sie nicht mehr, worum es in der Substanz eigentlich ging, als dieses Abenteuer, das eine Erfolgsgeschichte ist, anfang. 2030 wird jeder Premierminister in Europa von Hitler und Stalin so wenig wissen wie ich heute von Clemenceau und von Wilhelm II. Ich vergleiche die beiden Paare nicht miteinander, ich beschreibe

den Weg historischer Distanz. Es muss jetzt gemacht werden, weil die, die nach uns kommen, weder eigene Erfahrungen haben mit dem Schrecklichen in Europa noch aus den Erzählungen ihrer Eltern wissen, wie es war und warum es gemacht werden musste. Deshalb keine Pause, sondern zügiger Fortschritt.

(Beifall)

Es geht darum, Europa auch inhaltlich zu gestalten. Es geht nicht darum, irgendeine Politik zu machen. Das gilt vor allem für uns als Christdemokraten. Wir müssen zeigen, dass wir nicht nur ein Europa für Konzerne, für Geld, für Banken, für Macht anstreben. Nein, wir brauchen auch ein Europa für Mittelständler, die wirtschaftliche Effizienz mit gesundem Menschenverstand zusammenbringen. Wir brauchen ein Europa für die Landwirte, für die Bauern, die man als Christdemokrat nicht im Regen stehen lassen darf, auch wenn alle anderen versuchen, sie in den Regen zu stellen.

Wir brauchen ein Europa für die Arbeitnehmer. Wo steht denn geschrieben, dass man Sozialist, Sozialdemokrat sein muss, um für das soziale Europa eintreten zu können? Wo steht denn das?

(Beifall)

Ich war ja einige Zeit lang die einzige schwarze Maus in Europa, gemeinsam mit unserem Freund José María Aznar. Wir konnten ja unsere Besprechungen in dem kleinsten aller nur denkbaren Vorzimmer, nämlich auf der Toilette abhalten, wenn die Christdemokraten in Europa zusammentrafen.

(Heiterkeit)

Wir hatten damals nicht darunter gelitten, dass Sozialisten, Sozialdemokraten uns erklärten, jetzt werde Europa rot werden. Wir haben es nur nicht geglaubt. Wir waren ja auch nicht die einzigen, die es nicht geglaubt haben. Inzwischen gibt es Millionen von Menschen, die an dieses rote Europa nicht glauben. Wir sind auch nicht diejenigen, die sagen, jetzt wird alles schwarz. Wir möchten Europa nicht dominieren. Europa ist eine gemeinsame Sache aller politischen Grundströmungen und Familien in Europa. Aber wir sagen: Europa wird jetzt besser, integraler gemacht, wird zügiger von der Stelle gebracht, als es in den letzten Jahren der Fall war.

(Beifall)

Wir müssen mit dem Europa der Bürger Ernst machen. Die Menschen glauben uns vieles nicht mehr. Sie sind auch nicht mehr durch die Kriegs- und Friedenthematik zu bewegen – sehr zu Unrecht; denn darum geht es immer noch. Wir müssen den Menschen zeigen, dass der Nationalstaat an seine Grenzen gestoßen ist, dass wir, die Staaten der Europäischen Union, um die grenzüberschreitende Kriminalität, die internationale Wirtschaftskriminalität, den internationalen Drogen- und Menschenhandel zu bekämpfen, den Schulterschluss üben müssen. Nicht die Gangster dürfen Europa beherrschen, sondern diejenigen müssen herrschen, die zum Kampf gegen das Verbrechen angetreten sind.

(Beifall)

Mein Eindruck ist: Immer mehr Menschen verstehen, dass man nicht Sozialist, Sozialdemokrat sein muss, um das soziale Europa gestalten zu können, dass man als Christdemokrat, fest stehend auf dem Boden historischer Leistungen, die europäische Zukunft auch gewinnen kann. Deshalb ist es auch nicht verwunderlich, dass den Sozialisten, Sozialdemokraten in vielen Staaten Europas die rote Karte gezeigt wird. Viele sind damit beschäftigt, für die Sozialisten, Sozialdemokraten den nächsten Boxenstopp vorzubereiten. Das finde ich auch gut so. Die Genossen in die Boxen und die Christdemokraten auf die Piste, damit die Menschen ans Ziel kommen – wie auch hier!

(Anhaltender Beifall)

Roland Koch, Tagungspräsidium: Sehr geehrter Herr Premierminister, lieber Jean-Claude Juncker, der Parteitag dankt Ihnen für Ihren Beitrag. Der Parteitag dankt unseren beiden Rednern vor allen Dingen dafür, dass sie folgenden Punkt klargestellt haben: Der 17. Juni sollte nicht Ausgangspunkt für eine historische Betrachtung von großartigen Leistungen der Union und ihrer Verantwortlichen in Europa sein. Die Ausführungen zum 17. Juni sollten vielmehr zeigen, vor welchem Hintergrund wir Europa zu Beginn des 21. Jahrhunderts gestalten wollen. Wir haben klare Vorstellungen und wir haben zu jeder Zeit die richtigen Männer und Frauen für diese Aufgabe. – Vielen Dank für die beiden Beiträge zu diesem Thema heute Morgen.

(Beifall)

Wir kommen damit zum TAGESORDNUNGSPUNKT 8:

BERICHT DER VORSITZENDEN DER CDU DEUTSCHLANDS DR. ANGELA MERKEL

(Präsentation auf Videoleinwand)

Das Wort hat Angela Merkel.

(Beifall)

Dr. Angela Merkel, Vorsitzende der CDU: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Noch 97 Tage bis zur Abwahl von Rot-Grün.

(Beifall)

Noch 97 Tage bis zum Wechsel für eine bessere Politik in Deutschland. Noch 97 Tage bis Edmund Stoiber Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland ist.

(Beifall)

Wir wenden uns heute von diesem Parteitag in Frankfurt an die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes und sagen ihnen: Wir, die Union aus CDU und CSU, sind bereit, die Verantwortung für Deutschland zu übernehmen. Wir, die Union aus CDU und CSU, treten an, diese Regierung des Misserfolgs abzulösen. Wir treten an, um mit einer besseren Politik dieses Land wieder nach vorne zu bringen. Wir treten an, um nach den vielen enttäuschten Erwartungen der letzten Jahre den Menschen wieder das zu geben, was sie verdient haben.

(Beifall)

Das ist eine ehrliche Politik, die nicht mehr verspricht, als sie halten kann. Das ist eine tatkräftige Politik, die Rat- und Hilflosigkeit nicht mit dem Wort von der ruhigen Hand kaschiert. Das ist eine sozial gerechte Politik, die die Gesellschaft zusammenhält, statt einzelne Gruppen dauernd gegeneinander auszuspielen. Das ist eine zukunftsgerichtete Politik, die nicht einfach nur das Hier und Jetzt verwaltet, sondern die die Chancen von morgen in den Blick nimmt.

Wir treten an, um der Politik in Deutschland wieder Maß und Mitte, Kompetenz und Orientierung zu geben. Wir laden alle dazu ein, dieses Werk mit uns gemeinsam in Angriff zu nehmen – auch und ausdrücklich diejenigen, die nicht schon aus Tradition bei uns sind und deren Hoffnungen und Erwartungen von Rot-Grün so schwer enttäuscht wurden. Wir setzen diesen Enttäuschungen Optimismus und Tatkraft entgegen. Wir, die Union aus CDU und CSU, werden eine Politik machen, die wieder Zuversicht gibt und die die Kräfte unseres Landes, die Talente, den Fleiß sowie die Leistungsfähigkeit seiner Menschen neu weckt – die einfach Deutschland wieder nach vorne bringt.

(Beifall)

Liebe Freunde, was immer die rot-grüne Regierung an Details in der Politik falsch gemacht hat – da kann man ihr eine ganze Menge vorzuwerfen -: Unser zentraler Vorwurf an Schröder und seine Leute lautet, dass sie nicht in der Lage sind, die schöpferischen Kräfte, die es in Deutschland gibt, die Leistungsfähigkeit, die Leistungsbereitschaft, die Talente und den Fleiß der Menschen zur Entfaltung kommen zu lassen. Sie können es nicht, weil sie den Menschen im Grunde nichts zutrauen. Sie können es nicht, weil sie den Einzelnen, den ganz normalen Bürger aus der Mitte der Gesellschaft, aus den Augen verloren haben. Das ist der Vorwurf, den man ihnen machen muss. Deshalb müssen sie abgelöst werden.

(Beifall)

Es ist die Wahrheit: Schröder und das rot-grüne Projekt hatten ihre Chance. Die Wahlentscheidung vor vier Jahren war klar und eindeutig. Sie war im Übrigen für uns bitter. Aber es gab Gründe dafür. Wer wollte das bestreiten? Vielen erschien es damals als der Beginn einer langen Ära von Rot-Grün. Vieles sollte moderner, leichter, schöner und besser werden. „Jedem Anfang wohnt ein Zauber inne“, sagt der Dichter. Dieser Zauber ist längst verfliegen. Ermüchterung, ja Enttäuschung haben sich breit gemacht. Längst ist offenkundig geworden: Rot-Grün hat seine Chance nicht genutzt. Die Bilanz ist enttäuschend. Die Koalition ist verbraucht; die Luft ist heraus. Die Zeit von Rot-Grün ist einfach abgelaufen.

(Beifall)

Man spürt ja, dass man das in der SPD genauso sieht. Lafontaine, der heimliche König in den Herzen vieler Sozialdemokraten, sieht angesichts der sozialdemokratischen Politik, wie überall die Wut wächst, während sich Schröder tapfer einredet, der Mut wächst. „Mut – wozu?“, möchte man fragen. In den Kulissen tobt schon der Kleinkrieg. Gabriel stänkert gegen Müntefering; Müntefering keilt zurück. Stolpe wird zusammengefaltet, weil er ausplaudert, dass man auch im SPD-Präsidium Rot-Grün längst abgeschrieben hat, als Auslaufmodell behandelt und sich letztlich in eine Große Koalition retten will. Schröder wäre dann weg vom Fenster. Er könnte nur dann Kanzler bleiben, wenn die PDS ihm dazu verhilft. Gysi hat seine Dienste – wie

immer – schon angeboten. Lassen wir uns nicht einflößen: Wenn sich die Möglichkeit dazu ergibt – Berlin hat es gezeigt –, werden sie es so machen. Liebe Freunde, wir werden aber verhindern, dass sie es so machen können.

(Beifall)

Wir sind nicht der Rettungsanker zur Verlängerung von SPD-Karrieren. Uns geht es nicht um Koalitionsspielereien und Pöstchenschachereien. Uns geht es um eine andere, eine bessere Politik für Deutschland. Deshalb braucht Deutschland am 22. September den Wechsel.

(Beifall)

Wir spüren, dass die Chancen gut stehen. Aber hüten wir uns vor Übermut! Jedes Spiel muss erst gespielt werden. Der Wahlsieg ist noch nicht unter Dach und Fach. Es liegen noch Wochen harter Arbeit und Überzeugungsarbeit vor uns. Aber das Ziel ist in Sichtweite. Wir haben uns beharrlich herangearbeitet, manchmal auch auf Umwegen. Was lange Zeit völlig außerhalb jeder Vorstellung lag, ist jetzt greifbar nahe.

Viele haben daran mitgearbeitet, dass wir so weit vorangekommen sind und dass wir uns zielstrebig und in großer Geschlossenheit dorthin vorgekämpft haben, wo wir heute stehen. Ich nenne stellvertretend Wolfgang Schäuble als meinen Vorgänger im Amt des Parteivorsitzenden.

(Beifall)

Ich nenne Friedrich Merz als Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

(Beifall)

Ich nenne Edmund Stoiber, unseren gemeinsamen Kanzlerkandidaten, an der Spitze unserer Schwesterpartei.

(Beifall)

Es war nicht immer leicht für uns in den zurückliegenden Jahren. Es schmerzt – das ist keine Frage –, wenn man erkennen muss, dass man nicht immer alles richtig gemacht hat und dass Fehler gemacht wurden, die wir jetzt korrigieren mussten. Es ist nicht bequem, wenn auch eigene Positionen und Argumente auf den Prüfstand zu stellen sind und verändert werden müssen, wenn sie der Überprüfung nicht mehr Stand halten.

Aber, liebe Freunde, wir sind diesen Weg gegangen. Es kann uns mit tiefer Genugtuung erfüllen, wenn wir heute feststellen: Diese Arbeit war richtig, sie hat Früchte getragen. Wir alle spüren, wie viel Hoffnung und wie viel Zutrauen wieder in die Union gesetzt werden. Das macht uns Mut, das spornt uns an, das gibt uns Kraft. In diesem Sinne arbeiten wir weiter.

(Beifall)

Und die SPD? Die SPD ist in einem „kläglichen Zustand: programmatisch ausgezehrt, politisch ausgelaugt, personell ausgeblutet“. Das sagen nicht wir, das schreibt der „Stern“. Da muss man einmal sagen: Wo er Recht hat, hat er Recht, was die Sozialdemokraten angeht.

(Beifall)

Deshalb sind bei den Sozialdemokraten auch alle so nervös, so verkniffen und so aggressiv. Dort spürt man natürlich die wachsende Enttäuschung und auch die Entfremdung der Wähler. Man kennt die Stimmung an der Basis. Der Göttinger Politikwissenschaftler Franz Walter, selbst SPD-Mitglied, charakterisiert diese Stimmung als „verzagt, verunsichert und kleinmütig“, weil die Mitglieder an der Basis – so ist es – „nicht wissen, ... warum sie sich für das einsetzen sollen, was die Regierung in Berlin macht“.

Das, liebe Freunde, ist für uns kein Grund zur Hämme und auch kein Grund dafür, dass wir übermütig werden. Allerdings sage ich auch: Mein Mitgefühl hält sich in Grenzen. Liebe Freunde, wenn man sich einmal überlegt, wie uns die Sozialdemokraten in dieser Legislaturperiode behandelt haben, wie Müntefering und Co. nicht zu feige waren, immer wieder unwahre Behauptungen aufzustellen! Ich kann dem Parteivorsitzenden der Sozialdemokraten nur eines sagen: Kümmern Sie sich um Saarbrücken, darum, dass sein Oberbürgermeister, der verurteilt ist und am Amt klebt, dort endlich wegkommt!

(Beifall)

Kümmern Sie sich um Schleswig-Holstein, wo eine Ministerpräsidentin vor sich hinmauschelt und erst ein Untersuchungsausschuss die Wahrheit an den Tag bringen muss! Kümmern Sie sich um Nordrhein-Westfalen, wo Politik wirklich käuflich ist! Das gilt es aufzuklären, Herr Bundeskanzler, Herr Parteivorsitzender. Dann können Sie etwas sagen, wenn es um uns geht. Das müssen wir immer wieder sagen.

(Beifall)

Aber was sollen die Leute der Kampa auch tun? Hochglanzbroschüren und teure Zeitungsanzeigen helfen nicht darüber hinweg, dass die Regierungsbilanz mager ist. Was ist davon geblieben, dass Schröder gesagt hat, er wolle nicht alles anders, aber vieles besser machen? Wo steht denn unser Land heute? Wenn man die Menschen in unserem Land fragt, wie sie die Regierungsarbeit dieser Bundesregierung bewerten, ist das Ergebnis: Nur 12 Prozent der Deutschen halten das Land heute für wirtschaftlich stabiler als vor vier Jahren. Noch schlechter ist das Ergebnis, wenn es um die soziale Gerechtigkeit geht: 11 Prozent halten die Versprechen von Schröder für erfüllt; die anderen sagen: Die soziale Kluft in Deutschland ist größer geworden. Und das unter einer rot-grünen Regierung! Das ist das Ergebnis desjenigen, der stolz darauf ist, der Genosse der Bosse zu sein.

(Beifall)

Aber das eigentliche Problem ist, dass zum Ende dieser Regierungszeit nicht nur keine Leistungsbilanz vorliegt, sondern dass auf die Fragen: „Was sind eigentlich die zentralen Projekte? Was will diese Bundesregierung, was will Rot-Grün von 2002 bis 2006 machen?“, Sende-pause herrscht. „Die führenden Köpfe der SPD bieten keine Perspektive, die mitreißen könnten, keine interessanten Gedanken“; das schreibt Albrecht Müller. Er war Wahlkampfberater Willy Brandts. Der Mann muss wissen, was er sagt; denn er hat Willy Brandt damals zum Sieg geführt.

Und Herr Struck sagte neulich so schön:

Unser oberstes Wahlziel ist: Gerhard Schröder muss Kanzler bleiben. Und wir wollen die rot-grüne Koalition fortsetzen.

Punkt. Aus. Ende. Keine Perspektiven, keine Inhalte, nichts. Unser Mann muss seinen Posten behalten, unsere Minister müssen im Amt bleiben. Das war es. Von der Programmpartei zum Kanzlerwahlverein in neuer Rekordzeit! Respekt, meine Damen und Herren!

(Beifall)

Liebe Freunde, diese Herrschaften haben so abgehoben, dass sie gar nicht merken, dass es den Leuten im Zweifel nicht so sehr darauf ankommt, wer auf welchem Stuhl sitzt, als vielmehr darauf, wer aus seinem Amt etwas macht, und zwar zum Wohle der Menschen.

Uns geht es um Politik, uns geht es um Kompetenz. Wir setzen auf die Überzeugungskraft der Argumente. Wir setzen auf die größere Tatkraft der Person. Wir haben das bessere Angebot, programmatisch und personell. Und das merken die Menschen. Deshalb gehen wir gelassen und mit Zuversicht dem 22. September entgegen. Kompetenz setzt sich am Ende durch.

(Beifall)

Wir haben heute Vormittag des 17. Juni 1953 gedacht. Wir haben Revue passieren lassen, was in dem halben Jahrhundert seitdem passiert ist. Heute geht es um die Lebenschancen für uns alle in einer Welt, die sich dramatisch verändert hat. Sie ändert sich wirtschaftlich und sozial, sie ändert sich politisch. Wir nennen und beschreiben das immer wieder mit dem Wort der Globalisierung. Was ist Globalisierung? Globalisierung ist im Grunde nichts anderes als ein permanenter Vergleichstest der Länder untereinander und miteinander. Dabei geht es nicht um irgendwelche abstrakten Zahlen, sondern ganz konkret um die Lebenschancen von Menschen. Wir wollen, dass im Zuge der Globalisierung die Menschen in Deutschland eine Perspektive haben und Nutzen daraus ziehen können. Das ist unser Anliegen. Deshalb sind Veränderungen kein Selbstzweck, deshalb sind Veränderungen keine Auswahl von Grausamkeiten, sondern Veränderungen sind Verheißungen dafür, dass es den Menschen besser geht und dass wir das Richtige daraus machen.

(Beifall)

Zum Teil haben die Menschen den Eindruck, dass die Politiker gar nichts mehr verändern können, dass sie gar nichts verändern wollen. Deshalb geht es um einen Gestaltungsanspruch. Politik hat die Aufgabe, den Anspruch zu erklären, dass wir die Veränderungen zum Wohle der Menschen gestalten wollen. Wir wollen den Veränderungen eine Richtung geben. Das ist das Anliegen der Christlich Demokratischen Union am Anfang des 21. Jahrhunderts. Deshalb haben wir programmatische Arbeit nicht als Selbstzweck betrieben. Deshalb haben wir unser Regierungsprogramm nicht als Selbstzweck entwickelt, sondern haben dieses Regierungsprogramm gemacht, um zu sagen: Jawohl, wir vertrauen in die Chancen der Globalisierung. Wir wissen, dass wir etwas verändern müssen, aber diese Veränderung muss eine Richtung haben, ihr muss Gestalt gegeben werden. Das wollen wir gemeinsam anpacken.

(Beifall)

Die Sozialdemokraten schreiben neuerdings auf ihre Plakate – ich weiß nicht, ob Sie das gesehen haben -: „Wir tun was für Deutschland.“ Das freut uns sehr, aber es verfehlt das Thema. Es geht nicht darum, irgendetwas für Deutschland zu tun, sondern es geht darum, das Richtige für Deutschland zu tun. Das ist die Alternative am 22. September. Darüber müssen wir mit den Menschen ausführlich sprechen.

(Beifall)

Wir tun das Richtige: im Arbeitsrecht, bei den sozialen Sicherungssystemen, bei der Steuer und den Bildungsangeboten. Wir tun das Richtige, um Chancen zu eröffnen und Sicherheit in unserem Leben mit Vielfalt zu ermöglichen. Denn, liebe Freunde, Vielfalt und Unterschiedlichkeit sind das Kennzeichen einer modernen Welt. Wir, die Christlichen Demokraten, wollen diese Vielfalt. Wir wollen keine Politik der Gießkanne und das Gleiche für ganze Gruppen und Schichten, die Einteilung der Gesellschaft schon vorher und von einer Zentrale ausgedacht. Wir sind froh über die Vielfalt. Das ist unser Verständnis von Freiheit und das leitet uns.

(Beifall)

Deshalb sagen wir von der Familienpolitik über die Sozialpolitik bis hin zu anderen Bereichen: Wir wollen den Menschen nicht vorschreiben, wie sie ihr Leben gestalten. Wir wollen ihnen die Möglichkeit geben, das Leben zu gestalten, aber wir wollen es ihnen nicht vorschreiben. Da liegt der massive, der eigentliche Unterschied zwischen Rot-Grün und uns Christdemokraten.

Es geht darum, wie wir die Weichen stellen. Der 22. September ist nicht mehr und nicht weniger als eine Weichenstellung für die nächsten zehn Jahre deutscher Politik.

(Beifall)

Wir wollen, dass Leistung der Menschen möglich ist, dass sich Leistung lohnt und dass aufgrund dieser Leistung neue Sicherheiten in unserer Gesellschaft entstehen. Genau deshalb heißt unser Regierungsprogramm: „Leistung und Sicherheit“. Dies sind die beiden Schlüsselbegriffe, mit denen wir ins 21. Jahrhundert gehen. Leistung nicht als Selbstzweck, sondern damit Menschen auch im 21. Jahrhundert wieder Sicherheit haben.

(Beifall)

Wenn wir von Leistungen sprechen, dann wissen wir, dass die Menschen etwas leisten können und dass sie etwas leisten wollen. Das gilt für die Krankenschwester, für den Unternehmer, für die Existenzgründerin, für den Polizisten, für den Facharbeiter und für den Universitätsprofessor – sie alle erbringen ihre Leistung für diese Gesellschaft. Das muss anerkannt werden.

Wenn wir von Leistung sprechen, dann meinen wir vor allen Dingen, dass sich Leistung wieder lohnen muss. Eines der Urprinzipien der Sozialen Marktwirtschaft lautet: Wer mehr leistet als der, der weniger leistet, der muss mehr in der Tasche haben. Das ist eine der elementaren Regelungen; ansonsten funktioniert die Gesellschaft nicht.

(Beifall)

Wenn wir von Leistung sprechen, dann blicken wir auch auf diejenigen Formen von Leistung, die man nicht einfach in Euro und Cent verrechnen kann, dann reden wir über Eltern, die ihre

Kinder erziehen, dann reden wir über Menschen, die ihre Angehörigen pflegen, dann reden wir über den Wert des Alters; dahinter steht nämlich geleistete Lebenserfahrung. All dies spielt in ihrem Leistungsbegriff dieselbe Rolle wie die materielle Leistung. Das ist unser Verständnis von Leistung.

(Beifall)

Die Soziale Marktwirtschaft war immer diejenige Ordnung, in der niemand zurückgelassen wurde. Sie hat sich doch – das ist im globalen Vergleich auch heute noch erkennbar – als diejenige gesellschaftliche Ordnung herausgestellt, in der die Menschen ein größtmögliches Maß an Entfaltung hatten und in der die Schwächeren gleichzeitig ein größtmöglichstes Maß an Unterstützung bekamen. In der deutschen Politik geht es darum, dass die Menschen die Sicherheit wieder bekommen. Dafür ist es notwendig, dass die Leistungsträger in diesem Lande bleiben und dass sich nicht so viele auswärts bessere Lebenschancen suchen, sodass wir uns anschließend hier, in diesem Lande, über die Verwaltung von nichts unterhalten; denn die Leistungsträger sind alle weg. Diese Aufgabe liegt vor uns; mit ihr müssen wir uns auseinandersetzen.

(Beifall)

Der demographische Wandel unserer Gesellschaft erfordert eben ein neues Denken. Wir müssen uns damit auseinandersetzen, damit die Älteren weiterhin eine sichere Rente erwarten können, was aber nicht auf Kosten der Jungen geschehen darf. Es muss vielmehr gemeinsam mit der jungen Generation geschehen. Die Christdemokraten waren immer stark, wenn es darum ging, Brücken zu bauen. Brücken zwischen den Generationen zu bauen, das ist einer der Aufträge im 21. Jahrhundert, damit Sicherheit weiterhin gelebt werden kann.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wenn wir von Sicherheit sprechen, dann geht es nicht zuletzt um den Schutz vor Kriminalität und Terror. Sicherheit im umfassenden Sinne für die Menschen in unserem Lande zu schaffen, das ist inzwischen fast eine soziale Frage. Ich möchte nicht in einer Gesellschaft leben, in der sich zum Schluss nur noch derjenige Sicherheit leisten kann, der im Taxi fährt, der ein eigenes Auto hat, weil man sich nicht mehr auf die Straße traut und weil man sich nicht mehr traut, den öffentlichen Nahverkehr in Anspruch zu nehmen.

Ich möchte nicht, dass wir anfangen, Bagatelldelikte irgendwie zu verharmlosen. Die Bundestagsfraktion hat einen Gesetzentwurf eingebracht, der es ermöglichen sollte, besser gegen Graffiti-schmierereien vorzugehen. Rot-Grün belächelt so etwas und nimmt es niemals an. Man kann in Deutschland noch ein Weilchen weiter schmieren, aber nicht länger als bis zum 22. September. Dann ist Schluss damit.

(Beifall)

Deshalb geht es eben auch darum, dass Polizisten, Bundesgrenzschutzbeamte und Bundeswehrsoldaten bei uns Anerkennung und Achtung bekommen, dass wir sie als Autoritäten sehen und dass wir verhindern, dass sich die Bundeswehr international lächerlich macht, weil sie kein Geld für die Mindestausstattung hat. Es dauert doch „einen armen Hund“ – man muss

das einmal sehen -, wenn unsere Soldaten 14 Tage brauchen, um von Deutschland nach Albanien zu kommen und sich zum Schluss in der Ukraine ein Flugzeug leihen müssen. Das wollen wir nicht. Wir wollen eine anständig ausgestattete Bundeswehr, anständig ausgestattete Polizisten und anständig ausgestattete Bundesgrenzschutzbeamte.

(Beifall)

1998 hat Gerhard Schröder – damals noch als Ministerpräsident – eine seiner großen Erklärungen abgegeben, nämlich dass sich diejenigen Ausländer, die sich nicht an Recht und Gesetz halten, aus Deutschland heraus müssen. Schauen Sie sich doch die Sicherheitspakete von Herrn Schily an. Wenn es um Worte geht, dann ist Herr Schily stark. Wenn es um die Frage „Welche biometrischen Merkmale kommen in den Ausweis?“ geht, dann schafft er es nicht, dafür zu sorgen, dass ein einfacher Daumenabdruck in den Ausweis kommt; denn weder er noch Rot-Grün noch der Bundeskanzler haben die Kraft, sich in der jeweiligen Partei durchzusetzen, oder weil man es nicht will. Aber egal, was der Grund ist: Es gibt keinen richtigen Schutz vor Kriminalität an diesem Punkt.

(Beifall)

Es ist auch unerklärlich, warum die Bundesregierung zwar erklärt, sie kämpfe gegen den Terror; aber wenn es darum geht, vermeintliche Terroristen auszuweisen, dann kann man nicht auf eine entsprechende Rechtslage zurückgreifen. Das werden wir ändern. Wir werden dafür sorgen, dass diejenigen Personen, die terroristischer Aktivitäten verdächtig sind, unser Land wieder verlassen müssen. Das ist eine ganz simple, normale Weisheit; es ist ein Teil des Kampfes gegen den Terrorismus.

(Beifall)

Liebe Freunde, natürlich haben wir nachgedacht, natürlich haben wir uns weiterentwickelt. Peter Müller hat zusammen mit vielen anderen ein Zuwanderungskonzept entwickelt. Wir sind in die entsprechenden Debatten gegangen. Wir haben nicht gesagt: Wir brauchen kein Zuwanderungsgesetz. Deutschland braucht eine geregelte und gesteuerte Zuwanderung. Unsere Vorschläge dafür lagen auf dem Tisch und unsere Vorschläge dafür werden umgesetzt werden.

Unabhängig davon, was der Bundespräsident demnächst bezüglich der Unterzeichnung des Zuwanderungsgesetzes macht – unterzeichnet er den Gesetzentwurf, dann klagen wir gemeinsam mit den Ländern in Karlsruhe; es ist vollkommen klar, dann wird der Fall geklärt: Wir werden die inhaltliche Auseinandersetzung über die Frage der Zuwanderung führen. An einem Punkt werden wir diese Auseinandersetzung natürlich intensiv und in ganz besonderer Weise führen: Es gibt 4 Millionen Arbeitslose; angesichts dessen kann es uns nicht kalt lassen, wie man mit diesen Arbeitslosen umgeht und welche Art von Zuwanderungen wir brauchen. Zuwanderung brauchen wir vielleicht in der Form, dass wir um die besten Köpfe kämpfen; aber wir brauchen mit Sicherheit keine Form von Zuwanderung, die es mit sich bringt, dass mehr Menschen in den einfachen Arbeitsmarkt eintreten, auf dem unsere eigenen Leute nicht richtig ausgebildet, umgeschult und wieder eingesetzt werden.

(Beifall)

Wir werden über PISA zu diskutieren haben. In diesem Zusammenhang wird sich die Frage der Integration und der Deutschkenntnisse stellen. Ob wir das ansprechen oder nicht: Die Menschen kennen das Problem. Natürlich wird es unsere Aufgabe sein, dass wir uns vor allen Dingen erst einmal um diejenigen ausländischen Kinder und Jugendlichen kümmern, die heute noch kein Deutsch kennen. Wir brauchen nicht mehr Zuwanderung, sondern erst einmal die Integration derer, die bei uns leben. Das ist unsere Aufgabe und danach muss unser Angebot ausgerichtet sein.

(Beifall)

Das Ganze darf aber nicht nach dem Strickmuster von Rot-Grün – der Bund beschließt, die Kommunen zahlen, obwohl die Kommunen vorher durch die Steuerreform von Herrn Eichel vollkommen ausgeblutet sind – vonstatten gehen, sondern mit einer fairen Lastenverteilung. Damit das ganz klar ist: Natürlich wird die Steuerung und Begrenzung von Zuwanderung ein Thema im Wahlkampf sein.

(Beifall)

Davor kann sich Rot-Grün so viel fürchten, wie es will. Rot-Grün hatte die Chance, ein Gesetz zu machen, das den Menschen die Probleme abnimmt. Rot-Grün hat das nicht getan und deshalb werden wir verhindern, dass die Menschen zum Schluss populistischen Rattenfängern hinterher rennen müssen, weil wir ihre Probleme nicht ansprechen. Wir werden ihre Probleme ansprechen, und zwar in verantwortlicher und klarer Weise. Wenn wir an der Regierung sind, dann werden wir das Zuwanderungsgesetz ändern. Das ist unsere Botschaft

(Beifall)

Meine Damen und Herren, weil sich die Welt verändert hat, von der Familienpolitik über die Zuwanderung bis hin zur Sozialen Marktwirtschaft, weil wir darüber nachgedacht haben, was an der Sozialen Marktwirtschaft neu ist, sind wir in der Lage, den Menschen im Hinblick auf die Bundestagswahl 2002 eine klare Alternative vorzuschlagen. Es wird ganz deutlich, worin die Unterschiede zwischen dem bestehen, was die Menschen zu wählen haben: Entweder es gibt weiterhin eine Politik der Ausgrenzung gesellschaftlicher Gruppen und des Gegeneinander-ausspielens von Interessen – das ist die Politik von Rot-Grün – oder es kommt zu einer Politik, die jedem Einzelnen in diesem Lande wieder eine Stimme gibt und dadurch die schweigende Mehrheit in dieser Gesellschaft wieder zu Wort kommen lässt. Das ist die Alternative, für die wir stehen. Deshalb hat Edmund Stoiber gesagt, er sei der Mann, von dem es heißt: Es ist Zeit für Taten und nicht für eine Politik der ruhigen Hand. Wir haben die Wahl zwischen Stillstand und „etwas tun“. Wir wollen etwas tun. „Zeit für Taten“ ist das Motto für die Zeit nach dem 22. September.

(Beifall)

Liebe Freunde, einer hat es uns vorgemacht: Wolfgang Böhmer, der neue Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt. Ihn möchte ich loben. Er hat eine Wahl gewonnen, nämlich die Landtagswahl in Sachsen-Anhalt. Das war ein grandioser Sieg.

(Beifall)

Mittlerweile ist Sachsen-Anhalt vom letzten Platz unter den Bundesländern endlich weggekommen.

Dieses Land hat es nicht verdient, Schlusslicht zu sein. Ich kann nur sagen: Lieber Eckhardt Rehberg, die Fortsetzung der Geschichte folgt. Mecklenburg-Vorpommern muss vom Rot-Rot befreit werden, Mecklenburg-Vorpommern muss wieder eine richtige Chance bekommen, Eckhardt Rehberg muss am 22. September Ministerpräsident werden. Glück auf! Oder besser gesagt: Volle Kraft voraus für den Norden der Bundesrepublik Deutschland!

(Beifall)

Meine Damen und Herren, so viel zu Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern. Das drängendste Problem der Menschen in Ost und West ist die Frage der Arbeitslosigkeit. Helmut Schmidt, so denke ich, hatte Recht, als er am 8. Juni in einer Rede sagte – ich zitiere -: „Arbeitslosigkeit hat nichts mit Globalisierung zu tun. Sie ist vollständig hausgemacht.“ Kürzer und knapper kann man dieser Bundesregierung nicht ins Stammbuch schreiben, wo sie versagt hat. Helmut Schmidt hat Recht, Schröder würde wahrscheinlich am liebsten wieder das machen, was er immer macht: Anderen die Schuld geben, diesmal Helmut Schmidt. Schröders Rechnung, immer anderen die Schuld zuzuschreiben, wird nicht mehr länger aufgehen. Als er noch Ministerpräsident in Niedersachsen war, betraf das Helmut Kohl. Jetzt, wo er in Europa nicht richtig vorankommt, sind es die Amerikaner. Eines Tages, wenn er UN-Generalsekretär werden sollte, sind es wahrscheinlich außergalaktische Individuen, die schuld daran sind, dass die Welt immer noch so aussieht, wie sie aussieht. Diese Ausreden werden wir nicht mittragen, meine Damen und Herren!

(Beifall)

Es ist ja zum Teil schon obskur, dass die Kampa, weil es so schlecht um die SPD steht, nur noch Verleumdungen und absurde Geschichten parat hat. Es wird immer wieder versucht, es uns so darzustellen, als ob da ein grober, rückständiger Hinterwäldler – gemeint ist Edmund Stoiber – aus finsternen bayerischen Wäldern aufgebrochen ist, um nach dem eigenen Volkstamm, den er schon seit vielen Jahren in Unglück und Depression hält, im heimtückischen Angriff auf die strahlenden Helden von Rot-Grün jetzt das gesamte Land unter seine Knute zu zwingen und das Elend einzuführen. Manchmal, liebe Freunde, sehe ich geradezu vor mir die endlosen Autokolonnen mit Menschen, die auf verstopften Autobahnen versuchen, aus Bayern, der wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen, ökologischen Wüste, in die gelobten SPD-geführten Länder zu entkommen. Liebe Freunde, für wie dämlich hält Müntefering eigentlich uns und die Menschen in Deutschland!

(Beifall)

Wer so auf das Schüren von Ängsten und auf Zerrbilder angewiesen ist, liebe Freunde, der hat schon verloren, und zwar zuerst den Anstand und den Stil, und dann, am 22. September, die Wahl! Das ist die Wahrheit.

(Beifall)

Deshalb, liebe Freunde, machen wir diese Art von Politik nicht mit. Wir haben eine Alternative. Diese Alternative besteht zuallererst darin, dass wir vor den Tatsachen nicht die Augen verschließen. Deutschland lag im Jahre 2001 erstmals bei der Arbeitslosigkeit über dem Durchschnitt der europäischen Länder. Deutschland nimmt in diesem Jahr den letzten Platz beim Wirtschaftswachstum ein. Das haben nicht wir uns ausgedacht, das sagen wir nicht, um schlecht über Deutschland zu reden, sondern diese schonungslose Analyse ist notwendig, damit die Therapie ansetzen kann.

Schauen wir uns einmal die Arbeitslosenzahlen an. Abgesehen davon, dass Schröder sein Versprechen von 3,5 Millionen Arbeitslosen bei weitem nicht erfüllt, wird auch im Vergleich der Zahlen zwischen Mai letzten Jahres und Mai dieses Jahres deutlich, dass es mehr Arbeitslose gibt. Ein Blick hinter die Kulissen zeigt aber dann das ganze Elend: Es gibt fast doppelt so viele Kurzarbeiter, es gibt nur halb so viele offene Stellen. Die Arbeitslosigkeit bei den älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern hat nur deshalb abgenommen, weil die Statistik bereinigt wurde. Dem gegenüber steht aber ein Anwachsen bei der Jugendarbeitslosigkeit, bei den unter 25-Jährigen, um 15,5 Prozent allein gegenüber dem Mai des Vorjahres. Da sagt dieser Bundeskanzler, er gebe der Jugend dieses Landes eine Chance. Das Gegenteil ist der Fall. Das müssen wir den Menschen sagen.

(Beifall)

Nun haben wir ein ganz konkretes Angebot formuliert; jeder, der das Regierungsprogramm liest, wird das so sehen. Dieses unser Programm wird in Angriff genommen, und zwar in den Zeitläufen, wie wir es im Regierungsprogramm beschrieben haben. Da gibt es keine Giftschranken, die noch nicht geöffnet wurden, da wird nichts verzögert, wenn die Wahl gewonnen ist. Wir werden dann einfach nur entsprechend dem Regierungsprogramm arbeiten. So, wie wir es heute sagen, werden wir es auch machen. Insofern erübrigt sich jede Diskussion über diese Frage.

(Beifall)

Wir werden das Gesetz über die Scheinselbstständigkeit abschaffen. Mit uns wird es keine fünfte Stufe und damit keine Erhöhung der Ökosteuer geben. Am 1. Januar 2003 gibt es mit uns keine Steuererhöhung. Diese Botschaft müssen wir den Leuten vermitteln. Wir werden den generellen Anspruch auf Teilzeitarbeit wieder abschaffen und einen Anspruch auf Teilzeitarbeit nur für diejenigen gesetzlich vorsehen, die Kinder erziehen oder Angehörige pflegen. Es wird aber nicht für jedermann einen Rechtsanspruch geben, mit dem sich der Mittelstand dann in Arbeitsgerichtsverfahren herumplagen muss. Das wollen wir nicht.

(Beifall)

Wir wollen auch etwas bei der Mitbestimmung ändern. Ich erinnere daran, die Union war es, die die Mitbestimmung in Deutschland eingeführt hat. Wir stehen weiterhin zur Mitbestimmung. Wir leben aber im 21. Jahrhundert. Warum eigentlich dürfen sich Arbeitnehmer und Arbeitgeber, Betriebsräte und Arbeitgeber nicht auf der betrieblichen Ebene einigen, wenn es um die Zukunft der eigenen Arbeitsplätze geht? Was für eine Vorstellung haben die Sozialdemokraten eigentlich von den Menschen? Wir wollen ein Vetorecht für die Gewerkschaften,

aber erst einmal sollen die Betroffenen die Möglichkeit haben, sich für ihren Betrieb, ihre Zukunft, ihr Leben und ihren Arbeitsplatz richtig einzusetzen. Das ist doch das Mindeste, was man den Menschen zutrauen kann.

(Beifall)

Denjenigen, die dann gleich rufen, hierbei handele es sich um die Amerikanisierung unserer Lebensverhältnisse, kann ich nur entgegnen, dass sie wahrscheinlich noch nicht einmal in Amerika waren. Dort ist von Mitbestimmung überhaupt keine Rede. Hier geht es darum, die Dinge so zu regeln, wie wir sie regeln wollen.

Es war doch eine abartige Geschichte, dass VW 5 000 Arbeitsplätze für 5 000 DM Bruttolohn anbot, aber die Gewerkschaften das am liebsten verboten hätten. Es bedurfte höchster politischer Autorität, damit die 7 000, 8 000, 9 000 bzw. 10 000 Bewerber um diese Stellen die Chance bekamen, eine solche zu bekommen. Wir wollen, dass die Menschen das machen können, was ihnen richtig erscheint. Wir wollen, dass sie Arbeitsplätze bekommen.

(Beifall)

Zum Kündigungsschutz – darüber haben wir ja in Dresden lange diskutiert – sage ich ganz klar: Warum sollen denn die 50-Jährigen, die heutzutage leider scharenweise entlassen werden und keine Chance auf dem Arbeitsmarkt mehr haben, nicht die rechtliche Möglichkeit bekommen, sich mit dem Arbeitgeber darauf zu einigen, dass sie eingestellt werden, aber auf der Basis einer Abfindung auf den normalen Kündigungsschutz verzichten.

Liebe Freunde, wir wollen den Menschen wieder Chancen eröffnen. Deshalb zeigen wir an dieser Stelle ganz klare Alternativen auf. Wir haben noch weitere Alternativen: Die 630-DM- oder 325-Euro-Arbeitsverhältnisse sind einfach zu bürokratisch. Tausende und Abertausende von diesen Arbeitsverhältnissen gibt es heute nicht mehr, weil Schröder in diesem Bereich ein Bürokratiemonster installiert hat. Das werden wir wieder ändern, und zwar unmittelbar am Tag nach der gewonnenen Wahl.

(Beifall)

Wir werden im Niedriglohnbereich von 400 bis 800 Euro – also bei Tätigkeiten im Haushalt oder mit geringer Bezahlung, die viele Arbeitnehmer heute deshalb nicht aufnehmen, weil sie ab dem 325. Euro sofort 25 Prozent Lohnnebenkosten bezahlen müssen und es sich damit für sie nicht mehr lohnt – schrittweise die Sozialversicherungsbeiträge anwachsen lassen, damit dort wieder mehr Beschäftigung möglich wird. Damit können wir 800.000 neue Jobs schaffen. Wir wären doch wirklich mit dem Klammerbeutel gepudert, wenn wir eine solche Chance nicht nutzen und das ausprobieren würden, sondern gleich wieder nur auf die Risiken hinwiesen. Das sind unsere Alternativen.

(Beifall)

An dieser Stelle komme ich zu einem ganz wichtigen Vorhaben, nämlich zum Familiengeld. Wie ist denn heute die Situation derjenigen, die im unteren Lohnbereich arbeiten und die zwei oder drei Kinder erziehen? Die stellen am Monatsende fest, dass sie weniger in der Tasche haben als diejenigen, die von der Sozialhilfe leben. Gleichzeitig haben wir in der Bundesrepu-

blick Deutschland die Situation, dass eine Million Kinder von der Sozialhilfe abhängig sind. Das heißt, dass in vielen Fällen die Entscheidung für ein Kind eine Entscheidung für die Sozialhilfe ist. Mit beidem wollen wir aufräumen. Das ist unsere Aufgabe. Deshalb, allein deshalb, haben wir gesagt, wir wollen für die ersten Lebensjahre eines Kindes ein Familiengeld von 600 Euro einführen. Es ist nämlich die Wahrheit, dass diejenigen, die von Sozialhilfe abhängig sind, für ihr Kind 300 Euro Erziehungsgeld bekommen und anschließend noch 300 Euro aus der Sozialhilfe; das macht 600 Euro. Wir wollen nichts weiter, absolut nichts weiter, als erreichen, dass derjenige, der einer Beschäftigung nachgeht, für sein Kind genauso viel Geld in der Tasche hat wie derjenige, der von der Sozialhilfe abhängig ist. Das ist fair und entspricht dem Prinzip, dass sich Leistung in diesem Land wieder lohnen muss.

(Beifall)

Wenn der Bundeskanzler ein solches Familiengeld als „Prämie“ bezeichnet – er meint wohl „Geburtenprämie“ –, dann hat er, so kann ich nur sagen, von Familienpolitik wirklich überhaupt nichts verstanden. Wir schreiben den Menschen nicht vor, wie sie leben sollen. Für uns ist eine Mutter oder ein Vater, der sich für die Erziehung seiner Kinder entscheidet und nicht erwerbstätig ist, genauso akzeptiert wie ein Vater oder eine Mutter, die die Vereinbarkeit von Beruf und Familie leben will. Aber wir schreiben es ihnen nicht vor; wir freuen uns über die Vielfalt.

(Beifall)

Wir wissen, dass die Zukunft unserer Gesellschaft von der Erziehung von Kindern abhängt. Deshalb wird es mit uns bei aller Toleranz, bei aller Offenheit eine steuerliche Gleichstellung von homosexuellen Partnerschaften mit Familien und Ehen nicht geben. Meine Damen und Herren, wir sagen an dieser Stelle, was wir wollen und wo die Zukunft liegt!

(Beifall)

Weil wir möchten, dass die Menschen von ihrem Leben etwas haben, weil wir möchten, dass sie auf Veränderungen reagieren können, haben wir uns das Projekt 3 x 40 vorgenommen. Das Projekt 3 x 40 funktioniert aber nur dann, wenn wir im Jahre 2003 bürokratische Hemmnisse abbauen. Ich habe Ihnen Beispiele dafür genannt. Gehen Sie nach draußen und sagen: Das ist unsere Alternative. Wir bringen 2003 das Wachstum in diesem Land wieder in Gang, indem wir Bürokratie wegnehmen, indem wir von bestimmten Dingen befreien, indem wir dem Mittelstand wieder eine Chance geben und indem wir die Leute nicht durch immer längere Formulare kujonieren, sondern ihnen die Hoffnung machen, dass man auch einmal etwas selbst entscheiden kann. Das ist unsere Alternative!

(Beifall)

2004 nehmen wir dann eine große Steuerreform in Angriff, eine Steuerreform, die einfacher, gerechter und transparenter ist, eine Steuerreform, die nicht mehr die Mittelständler gegen die Kapitalgesellschaften ausspielt. Was ist das für eine ideologische Borniertheit, zu sagen, den Unternehmen will ich helfen, aber den Unternehmern nicht! Soziale Marktwirtschaft funktioniert nicht, wenn die Menschen nicht honoriert werden, die bereit sind, ein Risiko einzugehen, die bereit sind, ein Unternehmen zu gründen, die hier in Deutschland etwas schaffen wollen und die damit auch Arbeitsplätze schaffen.

Diese Steuerreform hat nicht nur den Anspruch, den Spitzensteuersatz auf unter 40 Prozent zu bringen. Sie hat auch und vor allem den Anspruch, dass nicht anschließend die Menschen Jahr um Jahr mit der kalten Progression in den Spitzensteuersatz hineinwachsen. Wir wollen ein gerechtes Steuersystem, bei dem der normale Einkommensteuerzahler wieder mehr im Säckel hat als heute. Das ist die Voraussetzung für vieles andere, was wir machen wollen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, die zweite 40, das ist die Staatsquote. Bei der Staatsquote beginnt ja nun die Verleumdung durch die Sozialdemokraten, indem sozusagen nach dem Pawlow-schen Reflex verfahren wird. Nun muss man erst einmal wissen, dass der Herr Bundeskanzler im Jahre 1999 auf der Grundlage eines Wirtschaftsberichts seines Wirtschaftsministers auf die Frage, ob auch die Sozialdemokraten jetzt 40 Prozent Staatsquote richtig finden, gesagt hat, dies sei für einen Sozialdemokraten kein Paradigmenwechsel, sondern das sei eine Anpassung an die Realität. Damit kann das Ziel so ganz falsch ja nicht sein. Heute aber, wo er merkt, dass er mit seiner Politik dieses Ziel nicht erreicht, beginnt er, uns zu verleumden und zu erklären, der Sozialstaat gehe Bankrott, wenn die Staatsquote sinkt.

Meine Damen und Herren, die Staatsquote ist nichts anderes als das, was wir in diesem Lande erwirtschaften, und von dem, was jeder Einzelne erwirtschaftet, heute erst einmal 50 Prozent zum Staat gehen und von dort wieder umverteilt werden. Wir sagen: Wir wollen, dass es 40 Prozent sind. Wir können darauf verweisen, dass zu Zeiten von Gerhard Stoltenberg die Staatsquote Jahr um Jahr um ein Prozent gesunken ist. Und wissen Sie, was passiert ist? Das Sozialbudget ist in dieser Zeit um 36 Prozent gestiegen. Es sind nämlich zwei Millionen neue Arbeitsplätze entstanden. Damit kam Wohlstand in unser Land, und daran wollen wir wieder anknüpfen. Diesen Weg wollen wir wieder gehen, auch wenn er ehrgeizig ist, auch wenn er schwierig sein sollte.

(Beifall)

3 x 40, das heißt dann auch: 40 Prozent oder weniger bei den Lohnnebenkosten. Die Lohnnebenkosten setzen sich aus Gesundheitskosten, Kosten der Arbeitslosigkeit und Kosten für die Rente zusammen. Die Gesundheitspolitik, die dieser Bundeskanzler gemacht hat, hat dazu geführt, dass die einfache Familie durch höhere Krankenkassenbeiträge im Augenblick all das wieder bezahlen muss, was sie durch die Steuerreform vielleicht erlassen bekommt. Wir wollen, dass durch mehr Wettbewerb, durch Transparenz, durch Klarheit, durch Vorsorge, aber auch durch Eigenverantwortung ein Gesundheitssystem entsteht, das besser funktioniert. Wenn dieser Bundeskanzler uns vorwirft, wir wollten eine Zweiklassenmedizin einführen, dann kann ich nur sagen, er und die Sozialdemokraten waren es, die in Deutschland in dieser Legislaturperiode leider eine Zweiklassenmedizin eingeführt haben. Meine Damen und Herren, damit wird wieder Schluss sein!

(Beifall)

Was unser Denken auszeichnet, ist, dass wir auf der einen Seite sagen, wir wollen mit 3 x 40 den Menschen mehr in der Tasche lassen und ihnen mehr Spielraum geben. Auf der anderen Seite werden wir ihnen sehr ehrlich sagen, dass sie in bestimmten Bereichen mehr Eigenvor-

sorge betreiben müssen. Was wir aber nicht machen können, ist, den Menschen immer mehr Eigenvorsorge abzuverlangen und gleichzeitig die Beiträge steigen zu lassen. Deshalb ist unser Konzept 3 x 40 mit mehr Eigenvorsorge ein in sich schlüssiges und durchdachtes System.

Liebe Freunde, wer noch dabei erwischt wird – ich sage wirklich: erwischt wird -, zu sagen, wir hätten keine Alternative, dem rate ich, im Regierungsprogramm nur einmal all diese Punkte zusammenzuzählen. Sie werden merken, dass für uns die Vielfalt keine Drohung ist, dass von uns der Einzelne ernst genommen wird und dass wir genau auf Grund dieses Menschenbildes, genau aus dieser Betrachtung heraus in der Lage sind, die Veränderungen des 21. Jahrhunderts so zu gestalten, dass für die Menschen zum Schluss mehr dabei herauskommt. Das ist unser Ansatz.

(Beifall)

Wir werden in den nächsten Wochen eine weitere Diskussion dazubekommen. Im 21. Jahrhundert, in der Wissensgesellschaft, ist das Thema Bildung mit absoluter Sicherheit das entscheidende Thema. Annette Schavan hat in einer brillanten Art und Weise dem Herrn Bundeskanzler ins Stammbuch geschrieben, dass es nicht um ein paar nette Sätze geht, sondern um Taten in der Bundesrepublik Deutschland. Herzlichen Dank, Annette Schavan!

(Beifall)

Roland Koch hat es schon gesagt: Sie fürchten sich natürlich vor der Nachweisbarkeit, vor der Überprüfbarkeit ihrer eigenen Leistungen. Deshalb waren sie so gegen PISA. Annette Schavan hat diesen wunderbaren Satz des früheren Kultusministers aus Hessen noch einmal zitiert. Der hatte gesagt: Das Schwein wird nicht fett vom Wiegen. Ja, meine Damen und Herren, fett vom Wiegen wird es nicht, aber dabei kommt heraus, dass es keinen Speck auf den Rippen hat. Wir wollen eine anständige Bildung, die anständig Speck hat, die anständig Fleisch hat, die jungen Menschen in unserem Lande eine Chance gibt. Das ist die Aufgabe, die wir anpacken werden.

(Beifall)

Wie sehen denn die messbaren Ergebnisse aus? Roland Koch hat es geschafft: Er hat gesagt, dass mit dem neuen Schuljahr in Hessen das durchgesetzt wird, was er versprochen hat, nämlich eine Unterrichtsgarantie an den hessischen Schulen. Lieber Christian Wulff, ich kann nur sagen, es muss gelingen, dass du Ministerpräsident in Niedersachsen wirst, damit auch die Leute im Land von Gabriel endlich eine anständige Schulbildung bekommen und die Lehrer nicht mehr als faule Säcke verschrien sind.

(Beifall)

Man hat ja den Eindruck, als würde diese Bundesregierung ihre Amtszeit gerade beginnen und nicht beenden, wenn man Frau Bulmahn hört. Nun will sie ganz große bildungspolitische Aktivitäten starten. Meine Damen und Herren, diese Frau hat Jahre damit verbracht, nur ein einziges Ziel zu verfolgen, nämlich das Verbot von Studiengebühren irgendwie in das Hochschulrahmengesetz zu schreiben. Wir haben das Gott sei Dank verhindert. Ich bin dafür, dass – wie in Baden-Württemberg – Studenten, die nach dem 13., 14. oder 15. Semester mit dem

Studien nicht fertig werden, ruhig Langzeitstudiengebühren bezahlen. Das ist ein fairer Umgang auch mit denen, die Ressourcen des Staates in Anspruch nehmen.

(Beifall)

Wichtig ist dann aber natürlich auch, dass das, was eingenommen wird, den Hochschulen auch wieder zugute kommt.

(Beifall)

Nun gucken Sie sich einmal die Situation in Nordrhein-Westfalen an. Herr Ministerpräsident Clement mit seiner Einschreibengebühr, die natürlich der Finanzminister einvernehmen wollte, weil er sonst kein Geld mehr in der Kasse hat, ist jämmerlich und kläglich an seiner Parteibasis gescheitert. Nordrhein-Westfalen heißt Stillstand. Deshalb, lieber Jürgen Rüttgers, weiterbohren, weitermachen und in Nordrhein-Westfalen endlich nicht nur in den Kommunen, sondern auch im Land den Wechsel herbeiführen!

(Anhaltender lebhafter Beifall)

Wir müssen aus dem, was wir forschen und was wir wissen, dann natürlich auch etwas machen. Die Bundesregierung hat in weiten Teilen der Forschungspolitik Entwicklungen verschlafen. Ich nenne an dieser Stelle nur die grüne Gentechnologie. Es gibt dort ein Moratorium. Meine Damen und Herren, Deutschland ist in Saatgutunternehmen auf allen Ebenen führend. Deutschland wird aber den Anschluss verlieren – ich kann Ihnen das heute schon sagen -, wenn Rot-Grün weiter an der Macht bleiben sollte, was glücklicherweise nicht geschehen wird. Man hat sich jahrelang schwer getan, die rote Gentechnologie überhaupt zu akzeptieren. Auf dem Gebiet der grünen Gentechnologie ist sogar absolute Ebbe. Das muss sich in Deutschland ändern.

Wir müssen es natürlich auch wieder einmal schaffen, dass wir eine Erfindung wie den Transrapid nicht in China bei Staatsbesuchen bestaunen, sondern ihn hier auf die Schiene, besser gesagt: auf die Magnetbahn bekommen. Der Transrapid ist von dem Ingenieur, der ihn entwickelt hat, einem klugen deutschen Ingenieur, nicht als Zug für den öffentlichen Personennahverkehr, als Zug, der alle zwei Minuten hält, entwickelt worden, sondern als Zug, der lange Strecken schnell fahren kann. Deshalb ist die Idee, ihn im Ruhrgebiet einzusetzen, nun wirklich das Allerallerdümmste, was man sich ausdenken kann, wenn man in Deutschland Verkehrspolitik betreiben will.

(Lebhafter Beifall)

Liebe Freunde, wenn ich über Bildungspolitik spreche, die Schröder übrigens zur Chefsache machen will – eine der größten Drohungen, die einem passieren können; ich erinnere an die Erfahrungen, die in Bezug auf den Osten gemacht worden sind; jetzt soll auch noch die Bildungspolitik zur Chefsache gemacht werden -,

(Beifall)

hat dies sehr viel mit dem zu tun, was die Menschen unter Heimat und unter Kultur verstehen. Es hat sehr viel damit zu tun, was die Menschen für Wurzeln haben, wo ihre Herkunft ist, wo

sie ihre Traditionen haben und ob sie etwas darüber wissen. Wir dürfen Naturwissenschaften und Geisteswissenschaften doch nicht unentwegt gegeneinander ausspielen. Wir brauchen vielmehr Brücken zwischen den verschiedenen Wissenschaftsgebieten, damit wir unsere eigene Heimat, unsere eigene Kultur auch gestalten können. Für mich, liebe Petra Roth, und andere beginnt Heimat in den Kommunen, in den Regionen, dort wo wir leben. Ich glaube, dass die schlimmste Last aufgrund der Politik der rot-grünen Bundesregierung die Last ist, dass die Kommunen ausgezehrt, ausgedörrt und finanziell abhängig gemacht wurden und deshalb ihre eigenen Spielräume überhaupt nicht mehr nutzen können, was zu einem massiven Politikverdruss führt.

(Beifall)

11,5 Prozent weniger Gewerbesteuereinnahmen, Körperschaftsteuerausfälle von über 23 Milliarden Euro im vergangenen Jahr – Fehleinschätzungen massiver Art durch eine absolut ungerechte Steuerreform. Was bedeutet das? Das ist das Unsozialste, was passieren kann. Da müssen Schwimmbäder geschlossen werden. Da müssen Bibliotheken geschlossen werden. Schulbusse können nicht mehr fahren. Alles, was für die Menschen vor Ort wichtig ist, kann von der Kommunalpolitik nicht mehr geleistet werden, weil Herr Eichel eine Politik auf dem Rücken von Kommunen, Gemeinden und Ländern gemacht hat.

(Beifall)

So werden eben alle gegeneinander ausgespielt: die Kommunen gegen den Bund, die Älteren gegen die Jüngeren, die Arbeitgeber gegen die Arbeitnehmer, die Mittelständler gegen die Kapitalgesellschaften.

Eine Gruppe hat es nun besonders schwer. Das sind die Bauern.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich habe in meinem ganzen Leben nie zuvor eine Ministerin erlebt, die es sich zum Ziel gesetzt hat, ihr Ministeramt dazu zu missbrauchen, die Gruppe, die ihr anvertraut ist, möglichst viel zu beschuldigen, zu bezichtigen, anzugreifen und niederzumachen. So etwas darf es nicht geben!

(Lebhafter Beifall)

Diese Dame kann ja nichts dafür, dass sie in der Stadt aufgewachsen ist und dass sie deshalb von der Kuh nicht mehr versteht, als dass sie muh macht.

(Heiterkeit)

Meine Damen und Herren, diese Dame hat aber die Pflicht, sich einzuarbeiten und nicht dauernd Keile zwischen die Bauern zu treiben und falsche Vorstellungen von Verbraucherschutz und Ökolandwirtschaft zu entwickeln.

(Beifall)

Es ist eben falsch, den Eindruck zu erwecken, ein Ökobetrieb sei ein Höfchen mit ungefähr drei Hühnern und fünf Hähnen oder umgekehrt. Es gibt heute Biobetriebe mit 240.000 Lege-

hennen und 180.000 Eiern am Tag. Ich habe ja nichts dagegen, dass das so ist. Mir ist das Recht. Wer hat denn aber das Wort von der Agrarfabrik erfunden, als es den Bauern am schlechtesten ging? Der Bundeskanzler deckt Frau Künasts Tätigkeiten und ist deshalb selber Schuld daran, dass die Bauern in Deutschland einen so schlechten Stand haben und dass es den ländlichen Regionen damit schlecht geht. Wir werden das ändern, meine Damen und Herren. Wir werden eine Politik für die ländlichen Räume machen.

(Anhaltender Beifall)

So wird dann eben auch – das muss man ganz klar sehen – der Osten gegen den Westen ausgespielt. Die Schere hat sich geöffnet. Für Herrn Schröder war die deutsche Einheit angeblich Chefsache. Sie ist zur Nebensache verkommen. Herzenssache war sie für diesen Mann sowieso noch nie, weil er von der deutschen Einheit nichts verstanden hat, weil er sie nicht gewollt hat und weil er sie bis heute nicht gelebt hat – abgesehen von der Erfindung von drei Cousinen. Das ist das einzige Werk von Aufbau Ost, das einmal geklappt hat. Von diesen drei Cousinen war aber eine auch noch bei der Stasi. Auch das muss man sagen.

(Heiterkeit und Beifall)

Ich sage dies in aller Ernsthaftigkeit: Mit der Berufung von Lothar Späth in das Kompetenzteam von Edmund Stoiber hat die Soziale Marktwirtschaft für die Menschen in den neuen Bundesländern endlich ein Gesicht bekommen. Es ist wichtig, dass in den neuen Bundesländern klar wird, dass die Soziale Marktwirtschaft eine Ordnung ist, die für uns alle von gesellschaftlichem Nutzen ist. Deshalb begrüße ich es, dass Lothar Späth, der gezeigt hat, dass er einen Betrieb führen kann, dass er von Politik etwas versteht, jetzt in die Politik zurückkommt, um die deutsche Wirtschaft wieder in Schwung zu bringen und mehr Arbeit zu schaffen. Das ist ein hervorragendes Signal.

(Lobhafter Beifall)

Liebe Freunde, Gerhard Schröder hat 1998 angekündigt, eine Politik neuen Stils – so wörtlich – einzuführen. Was ist daraus geworden? Zunächst einmal gab es Stil ohne Politik. Wir erinnern uns daran: Spaßveranstaltungen am laufenden Band. Jean-Claude Juncker hat das Richtige dazu gesagt. Meistenteils gab es in dieser Legislaturperiode dann aber Politik ohne Stil. Wir haben eine bislang nicht gekannte Attitüde moralischer Überheblichkeit erlebt, politischen Aktionismus nach dem Motto: rein in die Kartoffeln, raus aus den Kartoffeln, politischen Opportunismus nach dem shakespeareschen Motto: „Wie es euch gefällt“ und politisches Nichtstun nach dem Motto der ruhigen Hand.

Meine Damen und Herren, deswegen hinterlässt Rot-Grün neben den vielen materiellen Schwächen ein ganz schwieriges Erbe. Das sind die immateriellen Schäden. Wer allen alles verspricht, dann aber eine Serie beispiellos gebrochener Versprechen hinterlässt, der verschüttet Vertrauen nicht nur in der eigenen Partei, sondern für Politik insgesamt.

Wer Opportunismus zur Richtschnur seines Regierungshandelns macht, mag zwar zeitweise als besonders wendig daherkommen, aber er stößt viele Menschen, gerade junge Menschen, ab, die nach Werten, nach Idealen, nach Orientierung suchen. Deshalb machen mir diese Folgen von Rot-Grün mehr Sorgen als andere. Auch daran zeigt sich, vor welcher gewaltiger Her-

ausforderung wir als Christliche Demokraten stehen, und zwar nicht erst seit dem 11. September des vergangenen Jahres, obwohl dieser Tag die Dinge noch einmal klarer gemacht hat. Immer mehr Menschen suchen nach Halt, suchen nach Orientierung, suchen nach Werten.

Ich glaube, wir können mit Fug und Recht sagen, dass wir die einzige Kraft sind, die eine wer-tegebundene Volkspartei in der Mitte unserer Gesellschaft ist. Wir haben eine Mission und deshalb werden wir gebraucht. Nach meiner festen Überzeugung gehört es zu unserer bleibenden und immer wieder neu anzugehenden Aufgabe, für eine Politik zu werben, deren Bindung an Werte klar erkennbar ist. Auch in einer Zeit, in der die Bindungskraft der Kirchen und Glaubensgemeinschaften zurückgegangen ist, bleibt die Orientierung am christlichen Menschenbild modern wie eh und je.

(Beifall)

Die zentralen Ideen dieses Menschenbildes, die Idee der persönlichen Würde, die Idee der Einzigartigkeit und Verantwortlichkeit des Menschen, vermögen – davon bin ich vollkommen überzeugt – auch jene zu faszinieren, die keine Christen sind. Die vollkommene Humanität des christlichen Bildes vom Menschen ist auch außerhalb des Glaubens mit der Vernunft erfassbar:

Wir Christliche Demokraten bekennen uns dazu, dass den Menschen in allen Stufen ihres Lebens ungeteilte Menschenwürde als Ebenbild Gottes zukommt.

(Beifall)

Wir Christliche Demokraten wissen: Nicht alles, was der Mensch kann, darf auch gemacht werden. Deshalb führen wir umfassende Diskussionen über die Fragen der modernen Gentechnologie und deshalb bleibt das Embryonenschutzgesetz für uns gültig und wird nicht einfach aufgegeben.

(Beifall)

Wir Christliche Demokraten leiten unsere Politik aus den Grundwerten ab, aus Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit. Da kann es keinen Raum für platten Populismus geben. Da kann es keine Instrumentalisierung dumpfer Ressentiments geben. Da kann es keinen leichtfertigen Umgang mit den Empfindungen der Juden in Deutschland und Israel geben – und schon gar keine antisemitischen Töne.

(Beifall)

Es ist wichtig und unsere Aufgabe, alle demokratischen Kräfte in die Mitte zu integrieren. Dabei müssen wir die Sorgen der Menschen kennen, sie ernst nehmen und mit ihnen in einer verständlichen Sprache darüber reden. Integrieren darf aber nicht damit verwechselt werden, einfach bestimmte Parolen zu bedienen. Das wird es mit uns nicht geben.

(Beifall)

Wir Christliche Demokraten sehen – das war immer unsere Stärke – unser Land in der ethischen Pflicht, wo immer möglich in der Welt für die Einhaltung der Menschenrechte einzutreten und einen Beitrag zur Bekämpfung von Hunger, Krankheit und mangelnder Bildung zu leisten,

Liebe Freunde, dieses feste Wertefundament unterscheidet uns fundamental von unseren politischen Konkurrenten. Es verbindet uns zugleich fest mit unserer bayerischen Schwester. CDU und CSU bilden im Deutschen Bundestag eine starke Fraktionsgemeinschaft. Unsere beiden Parteien eint eine tief verwurzelte Wertegemeinschaft. Im Bundestagswahlkampf bilden CDU und CSU eine – das sage ich ausdrücklich – schlagkräftige Kampfgemeinschaft. Lassen Sie uns gemeinsam kämpfen!

(Beifall)

Was ist nicht alles geschrieben und gemutmaßt worden: „CDU und CSU – das geht nicht gut im Wahlkampf, das gibt Krach, Eifersüchteleien und Fingerhakeln.“ „Die Merkel und der Stoiber – das geht schief, die können nicht miteinander.“ Liebe Freunde, wir haben gezeigt: So viel Union wie heute gab es – das behaupte ich einmal – in der Geschichte von CDU und CSU noch nie.

(Beifall)

Edmund Stoiber ist unser gemeinsamer Kanzlerkandidat. Er wird von uns allen mit großer Geschlossenheit, mit voller Einsatzbereitschaft und aus fester Überzeugung getragen und unterstützt. Edmund Stoiber konnte sich bis jetzt auf die CDU verlassen, er kann sich bis zum 22. September auf die CDU verlassen und er wird sich nach dem 22. September als Kanzler der Bundesrepublik Deutschland auf die CDU verlassen können. Das versprechen wir ihm und geben wir ihm mit ins Gepäck.

(Beifall)

Liebe Freunde, wir sind gut gerüstet. Von diesem Parteitag in Frankfurt geht unser Signal hinaus ins Land: Wir sind kampfbereit für den Wahlkampf, wir sind handlungsbereit für die Regierungsübernahme, wir sind verantwortungsbereit für Deutschland.

Noch aber ist die Ernte nicht in der Scheuer. Ich rufe deshalb gemeinsam mit Laurenz Meyer all unseren Amts- und Mandatsträgern unserer Partei, all unseren Mitgliedern, all unseren Freunden zu: Geht bis zum 22. September auf die Straße, geht zu den Menschen und sprecht darüber, dass wir das richtige Programm haben, dass wir das haben, was am 22. September die richtigen Weichenstellungen ermöglicht. Das muss unser Ziel sein.

(Beifall)

Machen wir die Bundestagswahl zu einer Entscheidung der Zuversicht! Wir wollen gemeinsam etwas leisten für unser Land. Deutschland braucht jetzt eine Regierung mit Kompetenz. Deutschland braucht eine Regierung der Chancen für den Einzelnen und für das Land. Deutschland braucht eine Regierung mit einer klaren Strategie für einen neuen Aufschwung und neue Sicherheit. Deutschland braucht eine Regierung, die Werte verkörpert und zu Prinzipien ihrer Politik macht. Dazu zählt die Orientierung am christlichen Menschenbild und dazu zählt auch die Liebe zum eigenen Land.

Mit der Mehrheit der Menschen verbindet uns eine Einsicht und ein Wille: Es ist Zeit für Taten. Es ist Zeit, dass unser Land wieder effizient und tatkräftig regiert wird. Das ist das Angebot, das wir den Menschen in Deutschland machen. Kompetenz entscheidet.

Wir rufen alle Bürgerinnen und Bürger auf: Gehen Sie wählen! Nutzen Sie Ihre Stimme am 22. September! Lassen Sie uns gemeinsam mehr aus Deutschland machen! Es ist Zeit für Taten. Es ist Zeit für die Union. Es ist Zeit für den Wechsel. Es ist Zeit für einen Bundeskanzler Edmund Stoiber – Herzlichen Dank.

(Lang anhaltender lebhafter Beifall – Die Delegierten erheben sich)

Roland Koch, Tagungspräsidium: Liebe Angela Merkel, herzlichen Dank. Ich glaube, dass niemand einen Beifall in diesem Ausmaß kommentieren muss. Er ist ein Rekord auf den Parteitagen der letzten Jahre. Da ich eine gute Uhr dabei habe, kann ich das beurteilen. Er ist auch besser als die Wettkampfbeifälle des Rekords des letzten Jahres. Es ist ein gemeinsamer Beifall von allen, ein Push für die Bundestagswahlen: Wir wollen gemeinsam gewinnen und wir brauchen Sie, um diesen Sieg für Edmund Stoiber und die ganze Union möglich zu machen!

(Beifall)

In Ihrem Sinne, denke ich, gibt es, nachdem Sie den Genuss des „Roten Weniger“ begonnen haben, jetzt 40 plus X Pfund Erdbeeren an alle Parteitage delegierten, damit wir gemeinsam ans große Werk gehen können.

Meine Damen und Herren, ich rufe dann im harten Arbeitsrhythmus, den wir verabredet haben, unmittelbar danach auf:

AUSSPRACHE ZUM BERICHT

Ich hatte darauf hingewiesen, dass Wortmeldezettel abgegeben werden können. Einige der Delegierten haben das inzwischen auch getan.

Ich erteile als Erstem dem neu gewählten Landesvorsitzenden der CDU Berlin, Herrn Professor Dr. Stölzl, das Wort und werde anschließend das Wort an Jürgen Rüttgers erteilen. Herr Professor Stölzl, Sie haben das Wort.

Dr. Christoph Stölzl (von Delegierten mit Beifall begrüßt): Sehr verehrtes Tagungspräsidium! Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Vielen Dank, Angela Merkel, für diese kämpferische Rede. Das war ein Erdbeben und vor meinem Auge sehe ich deutlich den Noch-Kanzler Gerhard Schröder im schönen neuen Kanzleramt sitzen, sorgenvoll die neuen Fensterscheiben betrachtend, ob sie nur wackeln oder ob sie noch zu Bruch gehen. Ich danke aber besonders Angela Merkel für etwas Historisches. Sie haben die Erinnerung an den 17. Juni an den Anfang dieses Parteitages gestellt. Wir können keine Politik für die Zukunft machen, wenn wir nicht wissen, woher wir kommen. Solange Menschen die Geschichte der Freiheit schreiben, werden sie sich an die jungen Männer erinnern, die die Steine auf die Panzer geworfen haben. Die Freiheit ist das Entscheidende, was auch für die Zukunft unser gemeinsames Bekenntnis ist.

Ich danke herzlich Helmut Kohl, dass er mit unnachsichtiger Genauigkeit festgehalten hat, was die rot-grünen Pharisäer von heute vor gar nicht langer Zeit zu Einigkeit und Recht und Freiheit zu sagen hatten, nämlich: gar nichts. Ich danke herzlich auch Jean-Claude Juncker, dass er uns gemahnt hat, dass Politik nicht Infotainment für die jeweilige Abendschau ist. Er

hat daran erinnert, dass die Großen, von heute aus gesehen Alten, die Europa nach den Schrecknissen des Zweiten Weltkriegs neu gegründet haben, von tiefem sittlichen Ernst geprägt waren. Deren Worte muss niemand zurücknehmen. Das ist der große Stolz der Union bis heute.

Gestatten Sie mir Erfahrungen und Erinnerungen auch aus Berliner Sicht kurz vorzutragen. Gestern vor einem Jahr hat eine rot-rot-grüne Mehrheit die Regierungsverantwortung der Union in Berlin beendet. Daraus wurde Rot-Rot. Dies war kein kommunalpolitischer Betriebsunfall, sondern der endgültige Abschied der schwarz-rot-goldenen SPD von unseren Vätern, Großvätern und Urgroßvätern aus dem bundesrepublikanischen demokratischen Konsens. Was da geschah, hat keinen Segen gehabt, denn wer historisch kein Mandat, keine Legitimation hat, dem gelingt auch nicht die kleinste Alltagspolitik.

Was lehrt das Berliner Beispiel für diesen Wahlkampf, meine sehr verehrten Damen und Herren? Wir dürfen kein Wort von all den Schwüren glauben, dass nicht eine rot-rote Regierung gebildet wird, und auch die Grünen werden dies, wenn es Not tut, mittragen. Die Enttäuschung aller Berliner über das, was da geschehen ist, wird hoffentlich auch in den Bund hinein weiter wirken.

Ich bitte Sie alle sehr herzlich, damit aus dem Berliner rot-roten Bazillus keine deutsche Krankheit wird: Lassen Sie uns gemeinsam kämpfen, mit Herz und Verstand und mit einem Motto, dass der Dresdner, der Berliner, der Münchener Erich Kästner den Deutschen beim Neubeginn der Demokratie nach 1945 ins Stammbuch geschrieben hat: „Es gibt nichts Gutes, außer man tut es“. Danke schön.

(Beifall)

Roland Koch, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Professor Stölzl. Viel Erfolg im neuen Amt in Berlin.

Das Wort hat nun Jürgen Rüttgers.

Dr. Jürgen Rüttgers: Liebe Freunde! Liebe Angela Merkel! Dieser Parteitag dient dazu, uns auf die Schlussphase des Bundestagswahlkampfes vorzubereiten. Jeder hat gemerkt, dass wir alle am 22. September gewinnen wollen. Wir wollen, dass Edmund Stoiber Kanzler der Bundesrepublik Deutschland wird.

(Beifall)

Ich weiß nicht, ob es Ihnen heute Morgen genauso gegangen ist wie mir. Ich habe mich an den Parteitag in Dresden erinnert, jetzt etwas mehr als ein halbes Jahr her. Damals haben wir schon gesagt: Wir treten jetzt an, wir wollen die Menschen begeistern. Es gab allerdings viele, die sich noch nicht vorstellen konnten, dass die Amtszeit von Gerhard Schröder schon nach vier Jahren zu Ende geht. Dass wir das in diesem halben Jahr geschafft haben, ist eine ungeheure Leistung. Wir sollten jetzt einfach weitermachen und uns nicht durch die Kampaufhalten lassen. Wir haben alle Chancen zu gewinnen. Wir haben zwar noch nicht gewonnen, aber wir können gewinnen, wenn wir gemeinsam kämpfen, liebe Freunde.

(Beifall)

Dazu muss jeder seinen Teil beitragen.

Wir haben bei uns im Westen bei der Bundestagswahl 1998 erlebt, dass die SPD dort 5,1 Millionen Stimmen bekommen hat. Wenn Gerhard Schröder heute noch Kanzler ist, dann hat das damals in Nordrhein-Westfalen begonnen. Deshalb hat sich die CDU in Nordrhein-Westfalen vorgenommen, in den nächsten Wochen und Monaten von morgens bis abends zu kämpfen. Wir haben auch einen ganz persönlichen Grund – manchmal kann man das jetzt schon im Fernsehen sehen -: Wir als Nordrhein-Westfalen freuen uns vor allen Dingen auf den Abend, an dem das Grinsen von Herrn Müntefering endlich von der Bildfläche verschwindet, liebe Freunde.

(Beifall)

Wir werden alles tun, um das, was in unseren Kräften steht, zum Wahlsieg von CDU und CSU beizutragen. Manches kann man selber tun, manches machen die anderen. Die Tatsache, dass die SPD zurzeit eine in Skandale verstrickte Partei ist, ist nicht unser Verdienst. Aber wir werden nicht zulassen, dass die SPD jetzt versucht, die Sache als kleines Kölner Regionalproblem einzukapseln. Nein, wir stellen bei uns im Land fest: Es gibt ein flächendeckendes System, in Köln, in Oberhausen, in Gladbeck, in Bielefeld und vor allen Dingen in Wuppertal. Liebe Angela Merkel, das, was heute in Saarbrücken der Fall ist, haben wir bei uns in Wuppertal. Es kann nicht sein, dass Amtsträger, dass Oberbürgermeister im Amt bleiben, dass keine Disziplinarverfahren vom zuständigen SPD-Minister eingeleitet werden, bloß weil man Angst vor Nachwahlen in der Kommune hat. Wir wollen ein sauberes Nordrhein-Westfalen und deshalb muss die SPD in NRW eine Niederlage bekommen. -

(Beifall)

Angela Merkel hat das eine oder andere an Problemen angesprochen. Das sind die Themen, über die wir diskutieren. Das fängt beim Metrorapid, bei der Straßenbahn im Ruhrgebiet für 3,2 Milliarden Euro an. Das geht über die Studiengebühren bis hin zur Tatsache, dass der Landeshaushalt von Nordrhein-Westfalen pleite ist. Über all dies wollen wir in den nächsten Wochen diskutieren.

Wir haben aber nicht nur eine SPD, die am Ende ist, sondern wir haben – Sie haben das mitbekommen – in den letzten Tagen und Wochen bei uns in Düsseldorf eine intensive Debatte im Zusammenhang mit Jürgen Möllemann gehabt. Ich finde, auch das muss hier noch einmal angesprochen werden; Angela Merkel hat die ersten Sätze dazu gesagt. Viele von uns stellen sicher die Frage: Was machen eigentlich die Unionsleute, wenn sie die Wahl gewinnen? Viele Bürger fragen: Geht es euch nur um Posten oder was ist eigentlich das Projekt, das ihr umsetzen wollt?

Ich glaube, darauf kann man relativ leicht eine Antwort geben, liebe Freunde. Wir wollen der Politik der postmodernen Beliebigkeit von Gerhard Schröder eine wertegebundene Politik entgegensetzen. Und wertegebundene Politik hat auch etwas mit dem Antisemitismusstreit zu tun. Es ist ja nicht wahr – wie gesagt worden ist -, dass man Israel in Deutschland nicht kritisieren könne. Man konnte zu jeder Zeit, seit sich Konrad Adenauer und David Ben Gurion getroffen haben, die Politik Israels kritisieren. Aber was nicht geht, ist, mit antijüdischen und an-

tiisraelischen Ressentiments Politik in Deutschland zu machen. Das hat etwas mit Werten zu tun und nicht nur mit der Geschichte unseres Landes.

(Beifall)

Deshalb bin ich unglaublich stolz darauf – es ist doch völlig klar: wir wären alle nicht in der Politik, wenn wir nicht auch über die Frage nachdenken würden, welche Wirkung es hat, wenn etwas passiert –, dass wir nicht darüber nachgedacht haben, ob wir an den Rändern irgendetwas abfischen können. Wir haben vielmehr nur die Frage gestellt, was richtig ist. Und richtig ist, dass Israel nicht nur wegen der Geschichte unsere besondere Verantwortung verdient. Israel ist Teil der westlichen Wertegemeinschaft. Auch das ist eine Frage, die etwas mit Werten zu tun hat. Deshalb darf es da keinen Zweifel geben.

(Beifall)

Frieden wird es im Nahen Osten nur geben, wenn es einen Ausgleich zwischen Israel und den Palästinensern gibt. Aber ich bin nicht bereit, Israel und Palästina auf eine Stufe zu stellen. In Israel haben gerade 40.000 Menschen gegen die Politik von Sharon demonstriert. Man kann diese Politik, ja man muss sie kritisieren. Aber ich bin erst bereit, Palästina mit Israel auf eine Stufe zu stellen, wenn auch im Gazastreifen 40.000 Menschen gegen Arafat demonstrieren. Denn dann ist auch da Demokratie eingekehrt und nicht nur eine Quasidemokratie.

(Beifall)

Deshalb ist es ungeheuer wichtig, dass wir in den nächsten Wochen und Monaten hinsichtlich der konkreten Punkte des Regierungsprogramms, die Angela Merkel angesprochen hat, immer wieder den Wertebezug deutlich machen. Wir werden über PISA reden. Das heißt für mich unter Wertegesichtspunkten nicht nur, dass es unerträglich ist, dass zum Beispiel bei uns in Nordrhein-Westfalen viele Absolventen von Schulen nicht rechnen, schreiben und lesen können. Das ist angesichts von Tausenden fehlender Unterrichtsstunden im Vergleich zu süddeutschen Ländern ja auch nicht verwunderlich.

Was mir wichtig ist, ist, dass wir in unseren Schulen konkret anfangen mit Erziehung. Erziehung ist aber wertegebunden. Man muss sich dann entscheiden. Es geht nicht nur darum zu lernen, dass es irgendwann einen wie Jesus, Mohammed, Buddha oder wen auch immer gegeben hat. Vielmehr geht es darum, sich zu entscheiden für die Werte des christlichen Abendlandes. Auf ihnen beruht unsere Kultur. Das muss man irgendwann im Leben einmal lernen. Dazu ist die Schule als Erziehungsanstalt auch da. Sie muss sich dieser Aufgabe auch stellen.

(Beifall)

Dazu gehört dann auch, dass man in der Schule lernt, dass es bestimmte Dinge gibt, die völlig inakzeptabel sind. Deshalb müssen wir wieder dafür sorgen, dass sich Lehrerinnen und Lehrer an der Schule wieder durchsetzen können, was heute nicht der Fall ist. Unsere Schulen müssen Orte von null Toleranz sein gegen Drogen und Kriminalität, was heute nicht sichergestellt ist, zumindest nicht an den Schulen, vor denen man Drogen kaufen kann.

(Beifall)

Lassen Sie mich abschließend zwei weitere Punkte ansprechen; ich finde, auch das hat etwas mit Werten zu tun. Wir liegen in unmittelbarer Nachbarschaft zu den Niederlanden. Wir kennen die Freunde in den Niederlanden sehr gut. Aber eins muss bei aller Freundschaft klar sein: Mit der Union wird es kein Gesetz für die Einführung der aktiven Sterbehilfe in Deutschland geben. Wir wollen nicht, dass Menschen das Leben von anderen Menschen beenden.

(Beifall)

Was wir wollen, ist, das Sterben wieder zum Teil des Lebens zu machen. Wir wollen das Sterben nicht in irgendeine Altenheime oder kleine Räume von Krankenhäusern abschieben.

Deshalb finde ich auch wichtig – diesen Kampf hat die Bundestagsfraktion ja schon begonnen; leider hat sie keine Mehrheit gefunden -: Nach dem 22. September muss in Deutschland Schluss sein mit dem Skandal von Spätabtreibungen. Das ist eine Wunde, die geschlossen werden muss. Es muss verboten werden, dass Menschen, die lebensfähig sind, vor der Geburt getötet werden, liebe Freunde.

(Beifall)

Bei aller Forschungsfreundlichkeit – auch das will ich sagen -: Wir sind dafür, dass die Gentechnik Erfolge erzielt. Es gibt aber Grenzen. Und Grenzen heißt: Der Mensch darf nie andere Menschen verzwecken, was im Klartext heißt: Wir sind für gentechnische Forschung, aber wir sind gegen die verbrauchende Embryonenforschung. Menschen – und das heißt auch Embryonen – dürfen nicht getötet werden, um Forschung zu betreiben.

(Vereinzelter Beifall)

Liebe Freunde, wenn wir dafür eintreten, machen wir nicht nur das Projekt deutlich, für das wir antreten – eine wertegebundene Politik als Alternative zur Politik der postmodernen Beliebigkeit -, sondern wir knüpfen damit auch an die Politik von Konrad Adenauer an, der immer gesagt hat: CDU-Politik, christlichdemokratische Politik kämpft gegen jede Form von Materialismus und tritt für einen christlich-abendländischen Humanismus ein. Das sind die Werte, die wir auch in Europa umsetzen wollen.

Deshalb treten wir auch dafür ein, dass in die neue europäische Verfassung das Wort Gott aufgenommen wird, so wie wir es heute Morgen im Gottesdienst gehört haben.

(Beifall)

Roland Koch, Tagungspräsident: Vielen Dank, Jürgen Rüttgers. Als Nächste hat das Wort Frau von Wnuk-Lipinski, Bundesvorsitzende des RCDS. Nach ihr spricht der Kollege Schönbohm.

Barbara von Wnuk-Lipinski, Bundesvorsitzende des RCDS: Vielen Dank. Liebe Frau Merkel, zunächst möchte ich Ihnen nicht nur für Ihre hervorragende Rede, sondern auch dafür danken, dass Sie die Partei dazu gebracht haben, sich geschlossen auf die Wahl vorzubereiten. Wenn Fröbel sagt, Erziehung sei Beispiel und Liebe, so darf ich Ihnen aus der Sicht eines studentischen Jugendverbandes aus voller Überzeugung sagen: Sie leben genau das, nämlich eine Kultur der Diskussion, vor. Wir haben diskutiert und gestritten. Jetzt stehen wir geschlossen für einen Wechsel am 22. September. Herzlichen Dank dafür.

(Beifall)

„Wir werden nicht alles anders, aber vieles besser machen.“ Erinnern Sie sich noch an diesen Satz? Ich brauche wohl nicht zu sagen, wer ihn vor ungefähr vier Jahren gesagt hat. Dieser Satz – er wurde leichtfertig en passant geäußert, wie es bei der betreffenden Person üblich ist – hat heute in Bezug auf die Bildung einen wahren Sinngehalt. In der Bildungspolitik dieses Landes darf es nicht, wie bei Rot-Grün üblich, mit roher Ideologie zugehen. Die PISA-Studie zwingt uns nämlich, bildungspolitisch vieles besser zu machen. Sie zwingt uns, die Grundlage in der schulischen Ausbildung in Deutschland gründlich zu überdenken, kritisch vieles von dem zu hinterfragen, was jahrzehntelang einfach so gehandhabt wurde, weil man es schon immer so gemacht hat. Sie zwingt uns auch dazu, in der öffentlichen Diskussion nicht auf die Gleichmacherei von Rot-Grün abzustellen, sondern mit innovativen Konzepten und mit sinnvollen Reformen voranzuschreiten.

(Beifall)

Ich will die Einzelheiten hier nicht wiederholen. Sie sind inzwischen bekannt. Eine Frau wie Annette Schavan – das muss man einmal in Richtung Presse und sozialdemokratischer Partei sagen – ist in unserer Partei nichts Ungewöhnliches. Wir haben viele starke Frauen an der Front und eine davon ist sicherlich Annette Schavan. Frau Schavan hat vergangene Woche im Bundestag zu Recht darauf hingewiesen, es gehe letztlich um eine neue Kultur des Lehrens und des Lernens. Als Kultusministerin hat sie dies seit vielen Jahren erfolgreich umgesetzt. Darum ist ihre Berufung auch für den Ring Christlich Demokratischer Studenten ein sichtbarer Beleg dafür, dass nur bei einer unionsgeführten Bundesregierung mit einem Bundeskanzler Edmund Stoiber bildungspolitisch vieles besser wird.

(Beifall)

Warum sage ich das als Bundesvorsitzende des größten politischen Studentenverbandes? Ich sage dies, weil viele Schüler von heute Studenten von morgen sein werden. Seit Jahren klagen viele Professoren und Dozenten über die mangelnde Studierfähigkeit ihrer Abiturienten. Lückenhafte Sprachkenntnisse müssen in zeitaufwendigen Kursen notdürftig behoben werden. Fehlendes Wissen um die elementarsten Grundlagen in der Mathematik führen oft dazu, dass technische und naturwissenschaftliche Studiengänge die höchsten Abbrecherquoten aufweisen. So werden wir lange brauchen, um uns nicht nur wirtschaftlich, wie Lothar Späth gesagt, sondern auch bildungspolitisch aus der Abstiegszone zumindest ins Mittelfeld der Europoliga wieder vorzuarbeiten – von der Weltklasse ganz zu schweigen.

(Beifall)

Vieles besser machen heißt nicht, die sozialdemokratische Gleichmacherei aufzunehmen, sondern heißt, individuell zu fördern und nicht alle über einen Kamm zu scheren. Das heißt, mehr zu investieren, ohne das Geld nach einem Gießkannenprinzip zu verteilen. Das heißt auch, sich an internationalen Standards zu orientieren, ohne dass wir die Unterschiede in den gewachsenen Traditionen der Bundesländer einebnen. Wir haben eine Kultur, mit der wir leben müssen.

Rot-Grün demonstriert, wie man es nicht machen sollte. Bildungsministerin Edelgard Bulmahn hat gesagt, dass die Länder und der Bund im Zuge der neuen PISA-Studie, die bald ver-

öffentlich wird, zusammenstehen müssten. Aber auf der anderen Seite bringt sie ein Gesetz ein, das absolut verfassungswidrig ist, in dem sie sich gegen Studiengebühren wendet. Sie sagt, Studiengebühren gehören verboten. Das ist aber verfassungswidrig, weil der Bund den Ländern das nicht vorzuschreiben hat. Das ist der erste Fakt.

Der zweite Fakt. Noch in der letzten Woche hat die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen beschlossen, so genannte Einschreibengebühren einzuführen. Das sind versteckte Studiengebühren, die jeder Student zu bezahlen hat. Sie tut es aber nicht, um in die Bildung zu investieren und um beispielsweise größere Hörsäle zu schaffen oder um bessere Bibliotheken aufzubauen, sondern um die Haushaltslöcher von Clement zu stopfen. Wie sollen wir diese Gebühr nennen? Vielleicht ein Notopter Clement?

(Beifall)

Es ließen sich noch mehr Widersprüche in der Bildungspolitik von SPD und Grüne aufzählen, von den so genannten demokratischen Sozialisten gar nicht erst zu reden. Sie werden letztlich alle nur das eine bewirken: Deutschland wird Schlusslicht in Europa bleiben und wird die schlechtesten Schüler, die ältesten Studienabsolventen, die frustriertesten Lehrer und Dozenten haben. Liebe Frau Bulmahn, ihre Politik versündigt sich an den zukünftigen Generationen unseres Landes. Da kann ich nur sagen: danke schön.

(Beifall)

Kritik ist für den Ring Christlich Demokratischer Studenten niemals ein Selbstzweck, sondern sie ist immer Aufforderung, etwas besser machen zu wollen. Wir sind die Jugend und dürfen deshalb ein bisschen „pieksen“. Ich möchte Sie alle ganz herzlich bitten, nach dem 22. September, wenn wir in der Regierungsverantwortung sind, für das Gesagte einzustehen, damit wir nicht in einen Reformstau kommen und damit wir nicht in einen Trott gelangen. Wir müssen das Werk der CDU gemeinsam voranbringen und umsetzen. Das sind meine große Bitte und mein Appell an Sie.

(Beifall)

Liebe Freunde, der RCDS weiß um die Chance, die der 22. September bietet. Wir sind zuversichtlich, diese Chance gemeinsam mit Ihnen nutzen zu können. Doch das sind erst der Anfang und die erste Etappe. Danach beginnt die eigentliche Arbeit. Rot-Grün hat vier Jahre lang die Hoffnung der Menschen enttäuscht, hat ihnen Illusionen vorgegaukelt, wo ehrliche Wahrheiten gefragt sind, hat ihnen schöne Schlagzeilen produziert, wo ernsthaftes Arbeiten erforderlich wäre.

Die Union muss das ändern und sie wird es ändern. Edmund Stoiber wird es als Kanzler nicht bei Lippenbekenntnissen belassen, sondern er wird für unser Land und für eine gemeinsame starke Fraktion handeln. Der Satz, der vor vier Jahren ausgesprochen wurde, nämlich nicht alles anders, aber vieles besser zu machen, erwies sich als leere Worthülse. Sorgen wir dafür, dass es nicht so bleibt! Das liegt im Interesse der Menschen, unseres Landes und unserer Zukunft. – Danke.

(Beifall)

Roland Koch, Tagungspräsidium: Vielen Dank. Bei dieser Gelegenheit bedanken wir uns bei den Mitgliedern und Mitstreitern des RCDS. Ihre Arbeit ist zwar nicht mehr so gefährlich, wie es aus früheren Kampfzeiten gelegentlich erzählt wird. Aber es ist immer noch keine bequeme Position für den RCDS, bei Wahlkämpfen anzutreten. Inzwischen konnte er aber einige Mehrheiten sammeln. Kompliment dafür und viel Erfolg bei der weiteren Arbeit. Herzlichen Dank.

(Beifall)

Das Wort hat nun Herr Minister Schönbohm. Anschließend spricht Herr Ministerpräsident Peter Müller.

Jörg Schönbohm: Herr Tagungspräsident! Meine lieben Freunde! Wir haben mit unserem starken Beifall für die Rede unserer Vorsitzenden Angela Merkel gezeigt, dass wir gemeinsam am 22. September das Experiment der 68-er Fischer und Schröder beenden wollen. Wir müssen es aber auch machen – und zwar gemeinsam.

(Beifall)

Sie hatten gesagt, sie wollten nicht alles anders, aber vieles besser machen. Was ist daraus geworden? Beliebigkeit statt Glaubwürdigkeit; heute so, morgen so; Figaro hier, Figaro da; Spaßgesellschaft statt Ernsthaftigkeit; heute Brioni, morgen Armani. Auf jeden Fall keine grauen Haare; denn wer Spaß hat, bekommt keine grauen Haare.

Versprochen – gebrochen. Wir kennen die entsprechende Liste. Dann sagen Schröder und Fischer: Weil es beim ersten Mal nicht klappte und es nicht so richtig funktioniert hat, wollen wir noch einmal vier Jahre Zeit haben. – Dazu sage ich nur: Es gibt eine alte deutsche Volksweisheit, die da lautet: Was Hänschen nicht lernt, lernt Hans nimmermehr. Es gibt keinen Grund für eine weitere Chance. Wir können sie uns nicht mehr leisten.

(Beifall)

Ich möchte zwei entsprechende Beispiele nennen, nämlich aus dem Bereich der inneren Sicherheit und aus dem Bereich der Zuwanderung. Angela Merkel hat deutlich gemacht, wo die Defizite in der inneren Sicherheit liegen. Es geht jetzt darum, dass Taten folgen und dass nicht mehr so viel geredet wird. Im Juni 2001 habe ich nach Absprache mit der Bundestagsfraktion im Bundestag ein Artikelgesetz eingebracht und begründet, in welchen Bereichen die innere Sicherheit durch gesetzliche Maßnahmen verbessert werden kann. Mit Häme und Ablehnung haben die SPD und die Grünen reagiert und gesagt: Nein, das wollen wir nicht; das ist ein Griff in die Mottenkiste. Dieselben Leute haben nach dem 11. September gesagt, dass sich im Antiterrorpaket viele unserer Vorstellungen wieder gefunden haben. Das zeigt: Sie weisen keine Kontinuität auf und haben keinen Kompass. Sie wollen vielmehr spontan reagieren. Aber innere Sicherheit hängt nicht mit Spontaneität zusammen, sondern mit Wertebewusstsein, Überzeugung und Konsequenz. Das sind die Grundlagen der inneren Sicherheit.

(Beifall)

Nachdem wir gesagt haben, was alles gemacht werden muss, hat es einige Verbesserungen gegeben. Aber es gibt nach wie vor keine Neuauflage der Kronzeugenregelung, keine wirk-

same Bestrafung von Graffiti-Sprayern, keine konsequente Nutzung der DNA-Analyse, keine Erhöhung der Strafen bei Kindesmissbrauch, keine Möglichkeit zur Telefonüberwachung bei Straftaten des Kindesmissbrauchs. Außerdem ist man nicht in der Lage, biometrische Daten im Ausweis einzutragen.

Noch im Juli 2001 forderte Gerhard Schröder mit Blick auf Sexualstraftäter, die sich an kleinen Kindern vergehen, in einer Schlagzeile der Zeitung mit den großen Buchstaben: Wegschließen, und zwar für immer. Als der Gesetzentwurf „Wegschließen, und zwar für immer“ im Bundesrat eingebracht wurde, ist er von den SPD-geführten Ländern abgelehnt worden und stand das in den Zeitungen mit den kleinen Buchstaben. Das hat aber keiner mehr gelesen. Darum müssen wir die Sozialdemokraten stellen und deutlich machen, wo die Differenz zwischen Ankündigung und Tat liegt. An diesem Beispiel kann man das erläutern.

Wir wollen den Schutz der Kinder und werden aus diesem Grunde eine bundesweite Initiative „Bündnis für Kinder gegen Gewalt“ ins Leben rufen. Wir werden nicht mehr viel reden. Wir werden handeln und dies gemeinsam tun. Das muss unsere Aufgabe sein: Wir müssen hier etwas bewegen. Wir wollen die konsequente Anwendung der DNA-Analyse zur Strafverfolgung.

Der erste Gesetzentwurf zu Graffiti-Schmierereien ist von Rot-Grün abgelehnt worden, den zweiten werden wir sowohl durch den Bundestag als auch durch den Bundesrat bringen. Dann ist mit der Diskussion, ob Graffiti Kunst ist, endgültig Schluss. Graffiti ist Sachbeschädigung und Straftaten werden bestraft; das ist der entscheidende Punkt. Alles andere lassen wir sein.

(Beifall)

Schilys markige Worte sind Blendwerk. Er ist auf der einen Seite ein Vertreter des starken Staates; aber auf der anderen Seite hat er sich den rot-grünen Fundis zu beugen. Das ist der entscheidende Punkt: Das, was er öffentlich ankündigt, hat er nicht durchgesetzt. Wir sind gegen jede Gewalt und gegen jeden Extremismus – von rechts und von links. Die SPD hat sich zum Aufstand der Anständigen bekannt; aber sie ist nicht etwa zweiäugig, sondern einäugig. Wir müssen sagen: Jede Gewalt und jeder Extremismus wird von uns abgelehnt. Wenn wir Verantwortung haben, wollen wir dies deutlich machen.

Am 1. Mai in Berlin hat man gegen die Chaoten deeskaliert und beim Besuch des amerikanischen Präsidenten George W. Bush gegen ihn demonstriert. Das ist Rot-Grün, Schamrot in Reinkultur. Wir müssen deutlich machen: Dieser Spuk muss weg.

(Beifall)

Innere Sicherheit lebt von Konsequenz, von Kontinuität und von Prinzipien und nicht von kurzfristig eingebrachten Vorschlägen. Unsere Partei steht für Sicherheit als Voraussetzung zur Wahrnehmung der Freiheitsrechte. Wir sind für einen starken Staat, für die wehrhafte Demokratie nach innen und außen. Wir haben Vertrauen darin, dass diejenigen, die dafür arbeiten, ihre Arbeit richtig machen. Darum bedanken wir uns bei Polizeibeamten, Richtern und Staatsanwälten dafür, dass sie sich in diese Aufgabe eingebracht haben. Es ist unsere Aufgabe, deutlich zu machen: Das sind Menschen, die etwas für uns tun.

Wir haben Sorge vor zu viel Straftätern und nicht Sorge davor, dass der Staat zu stark wird. Ich denke, nach dem 22. September können wir die entsprechenden Regelungen ändern, weil wir im Bundestag und im Bundesrat die Mehrheit haben, das Notwendige zu tun.

Jetzt möchte ich etwas zum Thema Zuwanderungsbegrenzung sagen. Der Zusammenhalt unserer Gesellschaft darf nicht durch mehr Zuwanderung gefährdet werden. Wir wollen keine zusätzliche Zuwanderung in unser Sozialsystem, wenn, dann kontrolliert in unseren Arbeitsmarkt. Wir wollen Menschen, die hier Hand anlegen, und nicht, die die Hand aufhalten, um es auf einen ganz einfachen Nenner zu bringen.

(Vereinzelt Beifall)

Das rot-grüne Zuwanderungsgesetz wird zu deutlich mehr Zuwanderung nach Deutschland führen. Es hätte im Vermittlungsausschuss einen Kompromiss geben können. Aber es konnte ihn nicht geben, weil Rot-Grün-regierte und PDS-mitregierte Länder nicht dazu gewillt waren. Wenn es nach Schröder, Schily, den Grünen und der PDS geht, wird der bestehende Anwerbestopp aufgehoben, werden sich Ausländer ohne Arbeitsplatz und Bedarfsprüfung wieder dauerhaft hier niederlassen können und können Illegale durch Zeitablauf ein Daueraufenthaltsrecht erwerben. Kurzum: Die Begrenzung der Zuwanderung nach Deutschland findet nicht statt.

Das widerspricht eklatant Schilys früheren Erkenntnissen. Er sagte noch im November 1998: Die Grenze der Belastbarkeit Deutschlands durch Zuwanderung ist überschritten. Wo er Recht hat, hat er Recht. Er hat das nur wieder vergessen, hat sich in die babylonische Gefangenschaft der Grünen und der PDS begeben und ist von dem abgegangen, was er selber einmal für Richtig erkannt hat. Das ist die Halbwertszeit der Zusagen. Darauf muss man aufmerksam machen.

(Vereinzelt Beifall)

Nach außen ist er markig und nach innen ist er schlapp. Wir werden dies an Beispielen im Wahlkampf herausarbeiten.

Um seinen so genannten Otto-Katalog zur Terrorismusbekämpfung durchzubekommen, hat er sich beim Zuwanderungsgesetz auf Kompromisse mit den Grünen eingelassen. Der Grund ist: Die Grünen haben keine Vorstellung von der Nation. Sie wollen die Nation so wenig, wie sie die Einheit gewollt haben. Jetzt haben wir die Einheit und sie ertragen die Nation. Wir aber bekennen uns zur Nation im zusammenwachsenden Europa. Sie ist ein Teil unserer Identität und ein Teil unserer Politik für die Zukunft. Die Grünen wollen Multikulti und diffamieren Integration als Assimilation.

Meine Damen und Herren, liebe Freunde, die rot-grüne Operation am 22. März im Bundesrat war darauf angelegt, das Zuwanderungsgesetz mit 35 : 34 Stimmen im Bundesrat durchzudrücken und damit die große Koalition in Brandenburg zu beenden. Das ist nicht gelungen. Die Union hat zusammengestanden, das Gesetz wird nicht wirksam und die Koalition in Brandenburg hat gehalten.

(Vereinzelt Beifall)

Das ist für mich persönlich, und, glaube ich, für uns alle eine wichtige Grundlage für die weitere Politik, weil wir im Bundesrat stabile Mehrheitsverhältnisse haben. Angelegt war das Ganze darauf, dass in Brandenburg die große Koalition durch eine schamrote Koalition ersetzt wird, die im Bundesrat gefolgstreu hinterhergelaufen wäre. Dieses Spaltungsgesetz sollte dazu führen, dass wir mit beginnendem Wahlkampf sozusagen hüftlahm geschossen werden. Dass dies nicht gelungen ist, ist eine wichtige Voraussetzung dafür, dass wir die Geschlossenheit in diesem Zusammenhang erhalten haben. Ich gehe davon aus, dass wir diesen Zusammenhalt auch in Zukunft weiter haben werden.

Ich habe vor der Bundesratssitzung Nein gesagt, in der Bundesratssitzung Nein gesagt, danach Nein gesagt, beim Gespräch mit dem Bundespräsidenten davor und danach Nein gesagt. Da mich viele gefragt haben, warum ich bei der zweiten Abstimmung gesagt habe: „Herr Präsident, Sie kennen meine Auffassung“, möchte ich dies ganz kurz erläutern. „Herr Präsident, Sie kennen meine Auffassung“ bezieht sich auf meine Rede, in der ich gesagt hatte: Der Wahlgang ist geschlossen und damit sind die Stimmen von Brandenburg ungültig. Danach hat der Präsident den Wahlgang wieder eröffnet und den Ministerpräsidenten gefragt. Ich hatte vorher ausgeführt, dass die Nachfrage an den Ministerpräsidenten Stolpe unzulässig, rechtlich nicht zulässig ist, sodass sich meine Aussage: „Herr Präsident, Sie kennen meine Auffassung“, darauf bezog: Die Nachfrage war unzulässig und es galt das, was ich vorher gesagt hatte: Nein.

Die Genossen können die Abstimmung im Bundesrat in Zeitlupe oder im Schnelldurchlauf sehen: Nein bleibt Nein – im Bundesrat und nach dem Bundesrat. Dieses Gesetz ist grundgesetzwidrig zustande gekommen. Es hängt jetzt am Bundespräsidenten, ob er dieses Gesetz verabschiedet.

Es gab im Bundesrat ein sozialdemokratisches Theaterstück unter der Regie von Rot-Grün und der Beteiligung der PDS. Das ist das, worum es eigentlich gegangen ist.

Ich meine, wir können die Entscheidung des Bundespräsidenten in Ruhe abwarten. Wir sind in einer Win-win-Position, wie man das Neudeutsch so schön sagt. Wenn er das Gesetz ablehnt, haben wir Recht bekommen. Wenn er dieses Gesetz verabschiedet, dann haben wir ein Thema, bei dem wir im Wahlkampf deutlich machen können, worin wir uns von den Sozialdemokraten unterscheiden. Dann werden wir auf jeden Fall im Wahlkampf Recht bekommen, spätestens beim Bundesverfassungsgericht.

Ich kann nur sagen: Was die Menschen bewegt, werden wir im Wahlkampf sagen. Es heißt immer: Das sind Stammtische. – Das Volk sitzt an den Stammtischen; an den Bistrotischen sitzen die ewigen Tugendwächter und Weltverbesserer mit den handgedrehten Zigaretten unter Beimischung einiger Hanfprodukte. Ich bin stolz darauf, auch einmal an einem Stammtisch zu sitzen.

(Beifall)

Ich glaube, wir brauchen die Auseinandersetzung um dieses Thema nicht zu scheuen. Wahlen sind die Stunde von Abrechnung und Bilanz. Wenn man Bilanz zieht, stellt man fest: Die Sozialdemokraten haben zwei große Reformvorhaben umgesetzt. Eines war die Staatsangehörigkeitsrechtsreform und das andere war die Reform der gleichgeschlechtlichen Leben-

spartnerschaften. Wenn das alles ist und das Zuwanderungsgesetz das Dritte sein soll, dann haben wir für den Wahlkampf eine hervorragende Ausgangslage, um Rot-Grün zu sagen: Was da war, war heiße Luft, aber ein Luftballon mit grüner heißer Luft gefüllt. Damit, meine ich, können wir wirklich umgehen.

(Vereinzelt Beifall)

Genug ist genug, liebe Freunde. Es bleibt dabei: Was Hänchen nicht lernt, lernt Hans nimmermehr. Was für Hans gilt, gilt auch für Gerhard. Seine vierjährige Übung war für Deutschland zu teuer. Wir können es uns nicht mehr leisten, dass er weitermacht. Wir wollen es richtig machen und darum müssen wir es anders machen. Wir müssen bis zum 22. September gemeinsam darum kämpfen; denn bis dahin ist Wahlkampf. Nach diesem Wahlkampf geht es nicht mehr darum, in die Hände zu klatschen, sondern in die Hände zu spucken. Nach dem 22. September werden wir gemeinsam unsere müden und wundgelaufenen Füße im Bundeskanzleramt kühlen. Herzlichen Dank.

(Beifall)

Roland Koch, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Jörg Schönbohm. – Das Wort hat nun Peter Müller.

Peter Müller: Liebe Parteifreundinnen! Liebe Parteifreunde! Angela Merkel hat heute Morgen gesagt: So viel Einheit wie jetzt war in der Union noch nie. Wir sollten dem hinzufügen: Dass das so ist, ist insbesondere ihr Verdienst. Wir sollten ihr für dieses Verdienst um die Einheit der Union ein aufrichtiges Dankeschön sagen.

(Beifall)

Dies ist die Voraussetzung für einen Erfolg, für ein Bestehen des vor uns liegenden Wahlkampfes. Wir sollen, wir werden und wir müssen ihn erfolgreich bestehen, weil es in Deutschland ein paar Dinge gibt, die so nicht weitergehen dürfen. Ich muss Ihnen sagen: Die schlimmste Veranstaltung in den letzten Wochen und Monaten war für mich die Reise eines ganzen Ausschusses des Deutschen Bundestages, nämlich die Reise des Untersuchungsausschusses nach Kanada. Der Ausschuss fuhr dorthin, um sich die Lügenmärchen eines in Deutschland mit Haftbefehl Gesuchten anzuhören und auf der Grundlage seiner Aussage den Versuch zu unternehmen, gegen die Union zu polemisieren. Wo sind wir in Deutschland denn hingekommen, wenn das Wort irgendeines Hallodri, irgendeines potenziellen Halunken mehr als die Aussagen derjenigen gilt, die in Deutschland rechtschaffen ihre Arbeit tun?

(Beifall)

Das Geld, das diese Aufführung gekostet hat, hätten wir uns wirklich sparen können. Ich kann nur sagen: Es wirft ein bezeichnendes Licht auf die Verzweiflung von Roten und Grünen, dass sie zu solchen Mitteln greifen. Ich jedenfalls habe es satt, nach einer solchen Veranstaltung das Gesicht des Herrn Ströbele sehen zu müssen, der die Union diffamiert. Im Übrigen haben die Grünen Herrn Ströbele mittlerweile selbst satt. Er wird uns künftig erspart werden.

Wo sind in dieser Situation die Sozialdemokraten? Wo ist Herr Müntefering mit seinem treuherzigen Dackelblick? Beim Abschluss des Untersuchungsausschusses wird jetzt plötzlich

über die „politische Korruption“, mit der man sich beschäftigen müsse, schwadroniert. Wenn die Sozialdemokraten sich mit Korruption beschäftigen wollen, dann haben sie in Köln und in Wuppertal genügend zu tun, dann sollen sie vor ihrer eigenen Tür kehren, statt andere unberedhtigterweise zu diffamieren.

(Beifall)

In der Landeshauptstadt meines Bundeslandes, in Saarbrücken, gibt es einen Oberbürgermeister, der nicht nur angeklagt, sondern auch wegen zwei Fällen der Untreue zum Nachteil der eigenen Stadt erstinstanzlich verurteilt ist. Dieser Mann ist noch immer im Amt. Die Sozialdemokraten haben einem Abwahlverfahren nicht zugestimmt; die notwendige Mehrheit kam nicht zustande. Kein führender Sozialdemokrat in Deutschland hat auch nur ein einziges Wort dazu gesagt. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wer sich so verhält, wer so etwas durchgehen lässt, der darf sich über Politikverdrossenheit in Deutschland nicht wundern. Sozialdemokraten, die sich so verhalten, haben wirklich jeden Anspruch verloren, mit dem Finger auf andere zu zeigen. Kehrt vor der eigenen Tür; denn da ist jede Menge zu tun!

(Beifall)

Ich glaube, dass in Deutschland auch andere Dinge aufhören müssen. Kann es wirklich wahr sein, lieber Kollege Stözl aus Berlin, dass der amerikanische Präsident seinen Besuch in Deutschland ankündigt und der Regierende Bürgermeister von Berlin – ausgerechnet der Regierende Bürgermeister von Berlin! – erklärt, er habe keine Zeit, den Präsidenten der USA zu empfangen; er müsse nach Australien. Man braucht mit der amerikanischen Politik wahrhaft nicht in allen Punkten einverstanden zu sein: Aber gerade die Berliner haben doch allen Grund, einem amerikanischen Präsidenten für die Leistung der Vereinigten Staaten mit Blick auf die Freiheit in dieser Stadt Dankeschön zu sagen. Deshalb darf sich Derartiges bei uns nicht wiederholen.

(Beifall)

Es muss damit Schluss sein, dass unser Generalsekretär in die Nähe des Rechtsradikalismus gerückt wird, weil er sich zu dem Satz „Ich bin stolz, ein Deutscher zu sein“ bekannt hat. Wenn diesen Vorwurf gegenüber unserem Generalsekretär ein veritabler Bundesminister zum Ausdruck bringt, dann behaupte ich: So jemand kann sein eigenes Land nicht lieben und wer sein Land nicht liebt, der kann ihm auch nicht dienen; deshalb muss diese Regierung weg.

(Beifall)

Viele aus der Truppe sind schon weg. In der Politik ist es ja anders als im Fußball: Beim Fußball darf man nur drei Spieler austauschen; danach ist das Auswechsellkontingent erschöpft. Die jetzige Bundesregierung hat in dieser Legislaturperiode schon sieben Minister ausgetauscht. Aber wer ist eigentlich noch übrig? Welche Truppe ist immer noch auf dem Spielfeld? Ich muss Ihnen sagen: Weiterhin von Hans Eichel entschuldete, von Riester verrentet, von Schily geschützt und von Scharping verteidigt zu werden, darauf habe ich jedenfalls keine Lust. Wir brauchen eine andere Truppe, eine andere Mannschaft. Wir brauchen einen Neuanfang in Deutschland.

(Beifall)

Unsere Chancen sind gut. Ich habe gesehen, dass der DGB-Bundesvorsitzende, Herr Sommer, unter uns ist. Das finde ich gut und das finde ich richtig. Die CDU gehört auf den Kongress des DGB. Der DGB-Vorsitzende ist uns ein willkommener Gast; schließlich sind wir nach wie vor für das Prinzip der Einheitsgewerkschaft. Einheitsgewerkschaft heißt aber auch: keine einseitige Parteinahme. Einheitsgewerkschaft heißt ebenfalls: Auch ein Christdemokrat muss seine Beiträge an den DGB guten Gewissens zahlen dürfen; er muss davon ausgehen dürfen, dass sie nicht verwendet werden, um einseitig Parteipolitik zu machen.

(Beifall)

Ich finde es gut, dass der DGB-Vorsitzende da ist. Das ist eine wunderbare Geschichte. Auch er hat beim DGB-Kongress die Vermutung geäußert, dass man nicht zwingend davon ausgehen kann, dass es am 22. September mit Rot-Grün weitergeht. Dazu sage ich: Wenn schon der Sommer weiß, dass im Herbst alles anders wird, dann ist das für uns eine gute Situation; wir haben allen Grund, optimistisch in die Auseinandersetzung zu gehen.

(Beifall)

Wir müssen bis zur letzten Minute kämpfen. Ich kann das aus eigener Erfahrung sagen. Vor der Landtagswahl im Saarland, in meinem Bundesland, standen wir, was die Prognosen anging, als Verlierer da, sogar am Wahlabend. Aber beim Abpfiff haben wir gewonnen, und zwar mit 6 000 Stimmen Vorsprung. Manche haben gesagt, das sei ein knapper Wahlsieg gewesen. Das stimmt nicht. Mit 6 000 Stimmen Vorsprung kann man locker vier amerikanische Präsidentschaftswahlen gewinnen. Liebe Parteifreundinnen, liebe Parteifreunde, am 22. September können hinter der 6 ruhig ein paar mehr Nullen als drei sein. Lassen Sie uns gemeinsam kämpfen! Deutschland braucht einen Neuanfang. Der frühere Bundespräsident Roman Herzog hat recht, wenn er sagt: Durch Deutschland muss ein Ruck gehen. Ein Ruck wird in Deutschland nur mit uns möglich sein. Die Regierungsübernahme ist unser gemeinsames Ziel. – Vielen Dank.

(Beifall)

Roland Koch, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Peter Müller. – Als Nächster hat Fritz Niedergesäß das Wort.

Fritz Niedergesäß: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Als die rot-grüne Laienspielgruppe vor vier Jahren angetreten ist, hat sie der Bevölkerung in Deutschland mehr Gerechtigkeit versprochen. In der letzten Zeit ist das Tariftreuegesetz im Bundestag diskutiert worden. Die ganze Heuchelei und die ganze Verschleierung auf diesem Gebiet haben die rot-grüne Regierung und die Fraktionen von SPD und von Bündnis 90/Die Grünen so richtig zum Ausdruck gebracht.

Was ist das für ein Zustand in Deutschland, das viele Menschen unter Tarif arbeiten müssen, dass die mittelständischen Betriebe kaputtgemacht werden und dass die rot-grüne Regierung keinerlei Rezepte hat und Möglichkeiten sieht, gemeinsam mit den Gewerkschaften eine klare Linie zu erarbeiten, die tragfähig ist, die allen gleiche Chancen einräumt und die letztendlich dazu führt, dass die hart arbeitenden Menschen, vor allen Dingen im Baugewerbe, aber auch in anderen Bereichen wie im Frühgewerbe, in der Gastronomie und woanders, gerechte Löhne bekommen?

Wir, die CDU, haben uns erst einmal gegen das Tariftreuegesetz ausgesprochen. Warum? Weil es einfach nur eine potemkinsche Farce ist, die aufgebaut worden ist. Schon durch die bestehenden Gesetze ist sichergestellt, dass die Tariftreue eingehalten werden muss. Von 1 000 gefassten Leuten werden zwei strafrechtlich verurteilt. Das alles kann es ja nicht sein. Ich sehe auf diesem Gebiet einen großen Handlungsbedarf, dem unsere verantwortlichen Personen nach dem 22. September nachkommen werden.

Meine Damen und Herren, hier handelt es sich um ein Gebiet, bei dem Hunderttausende, wenn nicht sogar Millionen betroffen sind. Ich denke schon, dass wir, wenn wir das klarer artikulieren, als wir es in der Vergangenheit getan haben, uns dezidierter äußern und in Abstimmung mit den Gewerkschaften auch zu klaren Abmachungen kommen, ein Riesenpotenzial von Wählern erreichen können. Es kann ja nicht sein, dass die Leute, die wirklich an der Basis arbeiten, noch um den gerechten Lohn für ihre harte Arbeit betrogen werden. Das darf unter Führung der CDU auf keinen Fall so weitergehen.

Es kann auch nicht sein, dass letztendlich dadurch, dass die Tarife und die Löhne so weit absacken, Schwarzarbeiter und Menschen, die von sonst wo herkommen, hier Arbeit finden und damit letztendlich den Arbeitsmarkt unterlaufen, und die Deutschen, die sonst für zwölf DM pro Stunde gearbeitet haben, nunmehr zu Hause sitzen und andere für sechs oder acht DM die Arbeit machen. Das ist ein sozialer Sprengstoff, der auch völkerrechtlich in Zukunft für Konsequenzen in Europa und vor allen Dingen bei uns in Deutschland sorgen wird. In Ostdeutschland ist das alles noch viel ausgeprägter als in den alten Bundesländern. Deshalb bitte ich unsere verantwortlichen Leute, wenn wir die Regierung übernommen haben, eine breite Diskussion nicht nur mit den Gewerkschaften und den anderen gesellschaftlichen Gruppen, sondern vor allen Dingen erst einmal innerhalb der CDU und über die Landesverbände über diese Fragen zu entfachen, damit wir endlich einmal zu einer ehrlichen Auseinandersetzung darüber kommen. Der Mittelstand und die vielen Menschen, die heute unter Tarif arbeiten, werden es uns danken. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Roland Koch, Tagungspräsidium: Vielen Dank. Als Nächste hat Hildegard Müller, die Bundesvorsitzende der Jungen Union, das Wort. Anschließend spricht Hildigund Neubert.

Hildegard Müller: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist heute schon zu Recht viel darüber gesagt worden, warum dieses Land eine neue Regierung braucht. Ich möchte einen weiteren Punkt hinzufügen, weil insbesondere aus junger Sicht festzustellen ist, dass diesem Land Zukunft und Perspektiven genommen werden. Was ist uns im Vorfeld der letzten Wahl nicht alles versprochen worden. Es wurde versprochen, die Fehler der Unionsregierung bei Renten, Kündigungsschutz und Lohnfortzahlung zu korrigieren. Es ist mehr soziale Gerechtigkeit im Land versprochen worden.

Was kam bei einer Fülle von Gesetzen und Regulierungen, die es dem Arbeitsmarkt in Deutschland, der ohnehin schon sehr belastet ist, noch weiter schwer gemacht haben, heraus? Wir haben in der letzten Legislaturperiode eine Lockerung des Kündigungsschutzes vorgenommen. Diese wurde von Rot-Grün mit der Begründung zurückgenommen, gerade älteren Arbeitnehmern eine Chance auf dem Arbeitsmarkt zu geben und auch jüngeren die Chan-

ce zu geben, auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. Nichts davon ist passiert. Stattdessen ist die Arbeitslosenquote der 55- bis 64-Jährigen in Deutschland bei über 14,1 Prozent ange-
langt. In den Niederlanden zum Beispiel liegt sie bei nur 2,5 Prozent.

Ein weiterer Skandal: Arbeitnehmer über 58 Jahre finden in der deutschen Arbeitslosenstati-
stik keinen Platz mehr. In einem Land, dessen Bevölkerung immer älter wird und in dem die
Generation älterer Menschen engagiert und motiviert bei der Sache ist, halte ich es für einen
politischen Skandal, Menschen über 58 Jahren zu sagen, sie hätten in unserem Land auf dem
Arbeitsmarkt keine Chancen mehr. Deshalb müssen wir hier wieder Veränderungen vorneh-
men. Es geht auch nicht an, vor den Problemen der Menschen die Augen zu verschließen.
Wenn sich die Biografie und die Demografie der Erwerbstätigen in unserem Land ändern,
dann können wir unsere sozialen Sicherungsinstrumente nicht auf Dauer durch solche Kon-
strukte wie die Ökosteuer querfinanzieren. Das stellt eine Mogelpackung dar und belastet im
Übrigen eindeutig nur Familien und sozial Schwache.

(Beifall)

Die Anzahl der Kinder, die in unserem Land ganz oder zumindest teilweise von Sozialhilfe ab-
hängig sind, liegt bei über einer Million. Auch das ist eine noch nie gekannte Zahl. Die Privat-
vorsorge, die ja nun mit erheblichen Mühen im Zuge des so genannten Riester-Modells ein-
geführt worden ist, erweist sich als bürokratischer Flop. Ich arbeite im Bankbereich und weiß,
dass die Menschen nicht wissen, was dort auf sie zukommt und wie das zu händeln ist. Wir
brauchen Produkte, die unbürokratisch und einfach jedem die Chance geben, sich entspre-
chend seinen Möglichkeiten sozial abzusichern.

Die Schere zwischen Arm und Reich geht in unserem Land weiter auseinander. Eine beson-
ders erschütternde Feststellung der PISA-Studie ist für mich, dass wir es nicht geschafft ha-
ben, gerade jungen Menschen aus sozial schwächeren Familien die gleichen Bildungschan-
cen zu geben. Was haben wir in diesem Land nicht alles von Gleichheit und Chancengerech-
tigkeit gepredigt! Wir haben die Leistungsanforderungen in unserem Bildungswesen immer
weiter nach unten nivelliert, dabei ist aber nicht herausgekommen, dass sich für unsere Kin-
der, die das Kreativpotenzial unserer Gesellschaft darstellen, die besten Chancen eröffnen.
Wenn die Jugendlichen keine gute Schulbildung oder gar keinen Abschluss haben - zehn Pro-
zent verlassen jährlich ohne Abschluss die Schule -, also nicht ausbildungsfähig sind, dann
krankt auch die Wirtschaft. Der Mittelstand braucht dringend Arbeitskräfte, die motiviert, en-
gagiert und gut ausgebildet sind. Unsere Schulen sind leider oft genug nicht in der Lage, jun-
ge Leute mit dem nötigen Rüstzeug auszustatten.

Der Mittelstand in diesem Land ist ohnehin gebeutelt. Er schafft Arbeitsplätze, aber da, wo
er stirbt, fallen auch Arbeits- und Ausbildungsplätze für junge Menschen weg. In diesem
Jahr wird es bereits 40.000 Insolvenzen geben, weit mehr als im letzten Jahr. Überall da, wo
ich zurzeit unterwegs bin, spüre ich im Mittelstand eine Stimmung, die dramatisch ist und
fast depressive Züge annimmt - und das in einer Gruppe, aus der eigentlich die Kraft für
Veränderungen und Erneuerung in unserem Land kommen soll. Wir müssen es schaffen,
den Mittelstand auf gesunde Füße zu stellen, denn die großen Unternehmen geben uns
nicht das Geld für die Sozialkassen, da sie keine Steuern mehr zahlen, und können uns

auch nicht alleine zukunftsichere Arbeitsplätze geben. Deshalb müssen wir auch hier zu Verbesserungen kommen.

Ein ganz besonders dramatischer Aspekt in diesem Bereich ist für mich die Abwanderung junger Menschen aus Ostdeutschland, die dort keine Perspektive haben, weil es dort kaum noch funktionierende mittelständische Unternehmen gibt. Die Schaffung von Perspektiven vor Ort und der Aufbau Ost müssen der Union ein Herzensanliegen sein – das war es immer und wird es mit einem Kanzler Edmund Stoiber auch wieder sein. Wir wollen den jungen Menschen keine Prämien dafür bezahlen, dass sie das Land verlassen. Wir wollen es den Mittelständlern ermöglichen, junge Menschen auszubilden und einzustellen, indem sie von einem einsetzenden Wirtschaftswachstum profitieren.

Es wurde nun genug getönt. Ob Schröder sich nun die Haare färbt, ist allen in diesem Land egal. Wir haben wirklich andere Sorgen. Uns regen aber die falschen Versprechungen und die Schönfärberei seiner Politik auf. Den Worten folgen letztendlich keine Taten. Deshalb sage ich, dass in diesem Land genug getönt wurde. Wir brauchen endlich Stoiber; wir brauchen endlich den Regierungswechsel hin zu einer Unionsregierung, damit es in unserem Land aufwärts geht und auch die Jugend wieder eine Chance erhält. – Vielen Dank.

(Beifall)

Roland Koch, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Hildegard Müller. Sie sind zwar jetzt auf dem Wege in den Deutschen Bundestag, aber da die Junge Union im Herbst, vor unserem nächsten Parteitag, einen neuen Vorsitzenden oder eine neue Vorsitzende wählt, ist es, wie ich denke, nicht unfair, Ihnen, die Sie jetzt über viele Jahre die Jugendorganisation aus unserer Sicht gut geleitet haben, was nicht immer nur einfach ist, dafür jetzt ein herzliches Dankschön auszusprechen.

(Beifall)

Ich rufe Frau Hildigund Neubert auf. Ihr schließt sich die Bundestagsabgeordnete Katherina Reiche an.

Hildigund Neubert: Sehr geehrte Damen und Herren! Lieber Herr Tagungspräsident! Die CDU steht in der Tradition des 17. Juni. Das wurde heute schon mehrfach gesagt. Meine Freunde und ich aus dem Bürgerrechtslager sind vor einigen Jahren in die CDU eingetreten, weil wir dies gesehen und erkannt haben.

(Beifall)

In der jetzigen Situation gibt es aber ein Problem. In der Öffentlichkeit entsteht der Eindruck, dass ausgerechnet die CDU die Aufarbeitung der Vergangenheit, insbesondere die Novellierung des Stasi-Unterlagen-Gesetzes, bremst. Dabei war doch die CDU die einzige Partei, die über 40 Jahre an einem Deutschland in Einheit und Freiheit festgehalten hat. Auch an der Basis der CDU-Ost fand man immer wieder diese Haltung, nämlich das Eintreten für Deutschland als Ganzes. Mit ihrem Bekenntnis zu uns Bürgerrechtlern hat die CDU das auch dokumentiert. Wir haben das anerkannt und durch unseren Eintritt noch einmal unterstützt.

Die Ehrenpension, die im Regierungsprogramm steht, ist ein ganz starkes Signal dafür, dass

die CDU in dieser Tradition steht. Sie ist die einzige Partei, die so etwas im Programm hat und gewillt ist, die Verfolgten besser zu stellen, denen es noch immer sehr schlecht geht. Das ist vor allem Günther Nooke zu verdanken. Das wird uns, liebe Freunde, aber nicht viel nützen, wenn der Eindruck entsteht, die CDU wolle kein neues Stasi-Unterlagen-Gesetz, die Akten schließen und die weitere Aufklärung über den Unterdrückungsapparat an der Stelle beenden, wo auch Spitzel im Westen in den Blick kommen.

Der Entwurf der CDU zur Novellierung des Stasi-Unterlagen-Gesetzes ist nur ein Anfang. Natürlich muss der Opferschutz eine ganz hohe Priorität behalten. So, wie es jetzt gehandhabt wird, können zum Beispiel weder die Helden des 17. Juni noch die Schurken, die sie verfolgt und umgebracht haben, benannt werden.

Der ehemalige Staatsfunktionär, der Bürgermeister und der Schuldirektor können selber entscheiden, was sie denn nun getan haben wollen und was nicht. Diese Praxis kann höchstens so einem wie Herrn Diestel gefallen, der Vorworte für Bücher von Stasi-Offizieren schreibt.

Die Ehrenpension und die Fortsetzung der Aufarbeitung gehören untrennbar zusammen. Das eine wird ohne das andere einfach unglaubwürdig, und das hat die CDU nicht nötig. Deswegen muss jetzt entschlossen eine schnelle Neuregelung des Stasi-Unterlagen-Gesetzes erfolgen, damit die Praxis der Aufarbeitung wieder in Gang gesetzt wird. – Danke schön.

(Beifall)

Roland Koch, Tagungspräsidium: Vielen Dank. Das Wort hat jetzt Katherina Reiche aus Brandenburg, anschließend Hartmut Schauerte.

Katherina Reiche: Herr Tagungspräsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Menschen in den neuen Ländern haben das Vertrauen in die rot-grüne Bundesregierung verloren. 1989 haben die Menschen in den neuen Ländern – Helmut Kohl hat es vorhin in seiner Rede ausgeführt – den Kommunisten das Land entrissen. Jetzt, im Jahre 2002, müssen wir sehen, dass die alten Kommunisten mit alten Funktionsträgern und alten sozialistischen Parolen Bundesländer wie Mecklenburg-Vorpommern oder Berlin regieren, bis vor kurzem auch Sachsen-Anhalt, und das ist bitter. Aber Sachsen-Anhalt hat auch eines gezeigt: dass die Menschen es satt haben, dank SPD und PDS das Schlusslicht in Deutschland zu sein.

Nirgendwo sonst wird das Scheitern der rot-grünen Bundesregierung so deutlich wie bei der angeblichen Chefsache des Aufbaus Ost. Wie wichtig Gerhard Schröder die Länder sind, zeigt sich unter anderem an dem Beispiel, dass die Koalitionsfraktionen in den vergangenen vier Jahren nicht einen Antrag zum Aufbau Ost in den Deutschen Bundestag eingebracht haben.

Die wirtschaftlichen Fakten sprechen eine eindeutige Sprache. Der Aufbau Ost ist unter Gerhard Schröder aufs Abstellgleis geraten. Zum ersten Mal seit der deutschen Einheit schrumpfte die Wirtschaft in den neuen Ländern. Die Schere zwischen Ost und West geht weiter auseinander – nach einer sehr erfolgreichen Aufholjagd in den ersten Jahren. Die Arbeitslosigkeit im Osten ist fast zweieinhalb mal so hoch wie im Westen, und nach Berechnungen des Instituts für Wirtschaftsforschung in Halle werden die Arbeitslosenzahlen in den neuen Bundesländern in diesem Jahr auf den höchsten Wert seit der Wiedervereinigung steigen. Dasselbe gilt für die Jugendarbeitslosigkeit. Das sind die Arbeitslosen von Gerhard Schröder!

Hinzu kommt, dass immer mehr junge, qualifizierte und motivierte Menschen aus den neuen Ländern ihre Heimat verlassen und angesichts von Perspektivlosigkeit gen Westen abwandern. So lag der Abwanderungssaldo im Jahre 2000 bei über 60 000 jungen Menschen – so hoch wie seit 1992 nicht mehr und doppelt so hoch wie 1998 beim Antritt von Rot-Grün.

Rot-Grün ist beim Aufbau Ost erstarrt. Lethargie und Tatenlosigkeit herrschen. Wir wollen gemeinsam mit den Menschen in den neuen Ländern wieder die Zukunft gestalten. Wir und die Menschen in den neuen Ländern wissen, dass die Union mit Helmut Kohl die Partei der deutschen Einheit ist und bleibt.

Meine Damen und Herren, ich habe den SPD-Parteitag vor einigen Wochen teilweise verfolgt. Ich habe auch die Rede des SPD-Bundesvorsitzenden Gerhard Schröder verfolgt – auch teilweise, weil man ja nur begrenzt leidensfähig ist. Aber das, was er zur Familie und zur Familienpolitik gesagt hat, habe ich mir sehr genau angehört. Dazu hat er insbesondere zwei Aussagen getroffen. Zum einen hat er das CDU-Familienbild diffamiert, und zum anderen hat er, was Leistungen für Familien betrifft, gelogen. Denn es kommt ja wohl nicht von ungefähr, dass eine Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Emnid aussagt, dass 58 Prozent der Befragten mit der Familienpolitik der Regierung Schröder unzufrieden sind und meinen, Rot-Grün tue zu wenig für Familien und Kinder. In den neuen Ländern sind es sogar 68 Prozent.

Die rot-grüne Bundesregierung verweist bei jeder sich bietenden Gelegenheit auf die teuren Wohltaten, mit denen sie die Eltern in den vergangenen Jahren angeblich bedacht hat. Tatsächlich sprechen auch hier die Fakten eine ganz andere Sprache. Bereits 1999 hat Rot-Grün mit der Steuerreform 2002 die Weichen dafür gestellt, dass trotz mehrfacher Kindergelderhöhungen Familien gegenüber Kinderlosen weiterhin finanziell schlechter gestellt werden und weiter in Rückstand geraten sind. Heute muss eine Familie mit zwei Kindern noch etwa 5.000 Euro im Jahr mehr versteuern als vier Erwachsene mit einem vergleichbaren Einkommen. Die Erhöhung des Kindergeldes hat mehr als 30 Prozent der Alleinerziehenden nicht erreicht, weil es mit der Sozialhilfe verrechnet wurde. Die steuerliche Abzugsfähigkeit von Kindermädchen wurde reduziert, die von Haushaltshilfen ersatzlos gestrichen. Noch nie ist die relative Einkommensposition von Familien so stark abgefallen wie seit 1998.

Heute verfügen Familien im Durchschnitt nur über ein Pro-Kopf-Einkommen, das ungefähr 50 Prozent dessen beträgt, was kinderlose Paare erzielen können. Kinderreiche Familien werden zudem benachteiligt, weil das Kindergeld für das dritte und weitere Kinder gar nicht erst angehoben wurde, ganz zu schweigen von der Ökosteuer, die ein tiefes Loch in die Familienkasse reißt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, von Gerhard Schröder noch als einfachem MdB stammt der Satz: Topfblumen und Kinder gehören in keinen anständigen Haushalt. Wer das sagt, wer so höhnt, von dem ist keine anständige Familienpolitik zu erwarten.

Wir sind uns einig: Familienpolitik ist eines der zentralen Themenfelder der Christlich Demokratischen Union. Die Familie muss in den Mittelpunkt des politischen Handelns rücken. Das Thema liegt mir persönlich nicht zuletzt deshalb am Herzen, weil ich aus täglichem Erleben weiß, welche Hürden man zu überspringen hat, um Familie und Beruf miteinander in Einklang zu bringen. Wir wollen die Wahlfreiheit für Familien. Wir können und wollen niemandem vor-

schreiben, wie er seine Familie plant oder organisiert. Eltern sollen frei entscheiden können, ob sie ihre Kinder selbst betreuen möchten oder ob sie sie, wenn sie einer Erwerbsarbeit nachgehen, betreuen lassen möchten. Da ist das Familiengeld ein ganz wichtiger Baustein. Damit können Eltern leichter die Kosten von Erziehungsbetreuung bestreiten oder eben auch leichter auf Erwerbsarbeit zugunsten der Kindererziehung verzichten.

Eines ist ja wohl immer noch richtig: Erziehung und Wertevermittlung, Liebe und Geborgenheit, moralische Kompetenz für das Einfache „Was darf man, und was darf man nicht?“, das lernt man in der Familie. Kinder zu bekommen ist ein ganz besonderes Glück, und damit das nicht aufhört, wenn man sie erst einmal hat, muss ein Ruck durch Deutschland gehen – nicht nur für die Wirtschaft, sondern eben auch für die Familien. Es geht um die Aufwertung der gesellschaftlichen Arbeit, die täglich von Müttern und Vätern geleistet wird. Es geht auch um die Anerkennung und Förderung der ideellen Leistungen von Familien in der Gesellschaft. Das ist mindestens ebenso wichtig wie die finanzielle Ausstattung. Familien zu entlasten heißt eben zum Beispiel auch, den zubetonierten Arbeitsmarkt aufzubrechen. Ein Beispiel hierfür ist die Aktivierung der privaten Haushalte als möglicher Arbeitgeber.

Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern, einen fairen finanziellen Ausgleich zu schaffen und die Erziehungskompetenz der Eltern zu stärken, das sind die drei Säulen unserer Familienpolitik. Ich möchte, dass Kinderlärm wieder Zukunftsmusik wird, und deshalb brauchen wir am 22. September einen Politikwechsel. Vielen Dank.

(Beifall)

Roland Koch, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Katherina Reiche.

Die letzte Wortmeldung kommt, wie schon angekündigt, von Hartmut Schauerte. Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Damit schließe ich die Rednerliste zur allgemeinen Aussprache.

Das Wort hat Hartmut Schauerte.

Hartmut Schauerte: Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Lage der Wirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland ist dramatisch und bitter ernst. Alle 15 Minuten gehen im Moment Unternehmen in Deutschland in den Konkurs – ein bitterer, ein schlimmer, ein schmerzhafter Weg für Eigentümer und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der betroffenen Unternehmen.

Eine Konjunkturwende wird zwar für die nächste Zukunft von vielen erwartet, ist aber nicht wirklich in Sicht. Die Wirklichkeit sieht anders aus. Schlagen Sie die Wirtschaftsabteilungen aller Zeitungen auf, und Sie werden eine Hiobsbotschaft nach der anderen finden. Die Sorge nimmt zu, dass sich das festsetzt.

Der einzige Hoffnungsschimmer ist: Man setzt auf Amerika und wartet darauf, dass die Lokomotive endlich wieder anspringt. Das ist eine sehr interessante Geschichte:

Gerade rot-grüne Politiker gehen landauf, landab und erklären, amerikanische Verhältnisse wollten sie unter keinem Gesichtspunkt. Zu Hause sagen sie aber heimlich: Hoffentlich senken die Amerikaner die Steuern, hoffentlich flexibilisieren sie ihre Arbeitsmärkte, damit wir

anschließend im Schatten dieser Lokomotive unsere Vorteile generieren können. – Das ist ein verdammt unredlicher Ansatz.

(Beifall)

Die Volkswirtschaft in Deutschland muss schon ihre eigenen Anstrengungen unternehmen, ihre eigenen Modernisierungsschritte tun. Wir sind mit 80 Millionen Bürgern mitten in Europa ein unverzichtbarer Block dafür, damit es in Europa und bei uns wieder weitergehen kann.

Was wird denn passieren, wenn diese Regierung im Amt bleibt? Die Politik der so genannten ruhigen Hand wird fortgesetzt. Es ist kein neues Rezept in Sicht. Das heißt, die dramatisch schlechte Entwicklung wird weiter anhalten. Deswegen – es wurde hier bereits mehrfach gesagt – müssen wir gewinnen.

Nun gibt es in der Wirtschaft und im Mittelstand ein bisschen die Sorge, ob die CDU vielleicht zu viel Kreide gefressen habe, ob sie vielleicht zu zart herangehe, ob sie den Umbau eigentlich wirklich noch wolle. Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang die textlichen Fragen, also das, was in den Programmen steht, einmal hintanstellen. Ich bin lange genug dabei, um zu wissen, dass es auf die Persönlichkeiten ankommt, die die Handlungen vornehmen müssen, die die Regierungsverantwortung übernehmen müssen. Dies steht für mich gegenüber dem, was in den Programmen steht, im Vordergrund.

Machen Sie nun bitte einen kleinen, kurzen Ausflug mit mir. 1998 hatten wir fünf Persönlichkeiten im Politikangebot: Helmut Kohl, Theo Waigel, Norbert Blüm, Wolfgang Schäuble und Peter Hintze. Einer von den Fünf hatte eine Kernkompetenz in der Modernisierung des Staates. Das war Wolfgang Schäuble. Alle anderen hatten durchaus ebenfalls ihre Kernkompetenzen, aber nicht auf diesem Feld.

Nun treten wir mit Stoiber, Merkel, Merz, Schäuble, Meyer und Späth an. Der Einzige, der damals schon eine Kernkompetenz zur Erneuerung unserer Gesellschaft hatte, Wolfgang Schäuble, ist wieder dabei, alle anderen nicht. Ich sage Ihnen in großer Gelassenheit und in großer Fröhlichkeit – ich gucke jetzt gar nicht mehr in die Programme -: Mit diesen sechs Leuten haben wir so viel Kompetenz zur Modernisierung unseres Landes, wie sie noch nie an der Spitze von CDU und CSU vereinigt war.

(Beifall)

Das ist die eigentliche Hoffnung, die ich habe und über die wir mit unseren Wirtschaftsleuten reden müssen. In diesen Persönlichkeitsstrukturen liegt das eigentliche Erfolgsrezept. Sie werden die Wende schaffen, die wir brauchen. Das ist das Signal für die deutsche Wirtschaft. Das ist die einzige Garantie, dass von einer Konjunkturwende nicht nur geredet wird, sondern dass wir sie bekommen, dass wir die Arbeitslosigkeit mit vernünftiger Wirtschaftspolitik wirklich wieder in den Griff bekommen. Dafür wollen wir arbeiten.

Wenn diese Botschaft im Mittelstand ankommt, haben wir verlässliche Truppen in den vor uns liegenden drei Monaten, die diese Nachricht, diese Meinung, diesen Optimismus mittragen und den Druck in Richtung eines Wechsels erhöhen helfen. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Petra Roth, Tagungspräsidium: Ich danke Herrn Schauerte aus Nordrhein-Westfalen.

Meine Damen und Herren, liebe Delegierte, das war der letzte Wortbeitrag in der Aussprache zum Bericht der Vorsitzenden.

Wir kommen nun zum nächsten Tagesordnungspunkt. Ich rufe auf:

VERLEIHUNG DES EHRENAMTSPREISES

Das Wort zur Einführung übergebe ich dem sportlichen Generalsekretär.

Laurenz Meyer, Generalsekretär der CDU: Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Bürgersinn und ehrenamtliches Engagement, persönliches Engagement sind für uns tragende Grundpfeiler des Gemeinwesens auch in unserer modernen Informations- und Kommunikationsgesellschaft, in der modernen Industrie- und Wissensgesellschaft. Der solidarische Einsatz in Vereinen, in Verbänden, in Initiativen und Selbsthilfegruppen ist die Grundlage dafür, dass unsere Gesellschaft ihr menschliches Gesicht wahren kann.

Bundesweit organisieren sich 20 Millionen Menschen, um zu helfen, um uneigennützig Verantwortung zu übernehmen und damit nach unserer Grundphilosophie auch ein Stück weit einen Beitrag zur Zukunft des Landes zu leisten. Die CDU hat sich vorgenommen, ein solches bürgerschaftliches Engagement nicht nur in Sonntagsreden zu fördern. Sie hat einen Ehrenamtspreis ausgelobt. Wir wollen damit zum Ausdruck bringen, dass Freiheit und Verantwortung, Solidarität und Subsidiarität ganz wesentliche Grundpfeiler unserer Partei sind. Wir wollen bürgerschaftliches Engagement unterstützen. Wir wollen mehr ehrenamtliches und freiwilliges Engagement in unserer Gesellschaft fördern. Wir wollen die Menschen ermutigen, weiterzumachen, oder neue ermutigen, dazuzukommen. Deshalb wird jetzt der CDU-Bürgerpreis verliehen, und zwar für besonders kreative und nachahmenswerte Beispiele von ehrenamtlichem Engagement.

Liebe Freunde, wir haben auch politisch gehandelt. Allerdings sind wir dabei von der rot-grünen Mehrheit im Bundestag regelmäßig abgeblockt worden. Es gab von uns Anfragen und Gesetzesinitiativen zum Beispiel zu den schädlichen Auswirkungen bei der Änderung des 630-DM-Gesetzes oder bei der Scheinselbstständigkeit. Ich verweise des Weiteren auf unsere Mitarbeit in der Enquete-Kommission „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“. Wir haben dort ein sehr detailliertes Sondervotum eingebracht, weil die rot-grüne Regierung auf diesem Felde leider Gottes eine ganz andere Vorstellung hat als wir. Unsere Gesetzesinitiativen – ich sagte es bereits – haben keine Mehrheit gefunden. Wir werden deshalb unmittelbar nach der Bundestagswahl die Wiedereinführung der geringfügigen Beschäftigung beschließen. Das ist insbesondere für Vereine, Verbände und Organisationen eine frohe Botschaft und dies sollte in den kommenden Wochen auch in den kommunalpolitischen Diskussionen herausgestellt werden.

Unsere Kampagne rund um den Bürgerpreis war sehr erfolgreich. Die CDU hat im letzten Jahr über mehrere Monate in ihren Verbänden und Gliederungen in ganz Deutschland Aktionen rund um das Ehrenamt durchgeführt. Wir wollen heute die Landesstieger alle noch einmal gemeinsam ehren, sie auf die Bühne bitten und dann den Bundessieger bekannt geben, die –

manchmal war die Entscheidung sehr knapp; manche Entscheidung hätte sicher so oder so ausgehen können – heute hier ausgezeichnet werden sollen.

Ich übergebe nun das Wort an Herrn Grindel, der diesen Programmteil moderieren wird.

(Beifall)

Petra Roth, Tagungspräsidium: Danke schön, Herr Meyer. – Herr Grindel, the floor is yours.

Reinhard Grindel: Liebe Delegierte! Meine Damen und Herren! Es geht jetzt um den Bürgerpreis für ehrenamtliches und freiwilliges Engagement – Bürger machen Staat. Um zu unterstreichen, dass wir diesen Teil der Veranstaltung würdig und gelungen gestalten wollen, möchte ich jetzt auch die Delegierten und Parteifreunde, die sich an den Bildschirmen befinden, herzlich einladen, zu uns in den Saal zu kommen, damit dies auch für die Landessieger eine tolle Veranstaltung wird.

Der Anlass für diesen Bürgerpreis – Laurenz Meyer hat es gesagt – war das Internationale Jahr der Freiwilligen.

Wie es bei jeder guten Verleihung der Fall ist, so gibt es auch hier unterschiedliche Kategorien, für die der Bürgerpreis ausgeschrieben worden ist. Die erste Kategorie heißt „Vor Ort“. In diesem Bereich werden wir lokale Initiativen prämiieren.

Die zweite Kategorie lautet „Im Netzwerk“. Dort geht es um Projekte, die freiwilliges Engagement fördern, vernetzen und verbinden.

Die dritte Kategorie ist die Kategorie „International“. Dabei geht es um grenzüberschreitende Projekte.

Die vierte Kategorie heißt „E-Community“. Dabei geht es um Internetprojekte.

Es sind, wie gesagt, einzelne Projekte, Vereine, Einzelpersonen, kommunale Initiativen nominiert worden, übrigens nicht nur von CDU-Orts- und -Kreisverbänden, sondern auch von engagierten Einzelträgern. Der Wettbewerb um diesen Bürgerpreis ist ein großer Erfolg gewesen. Es hat insgesamt 2 000 Vorschläge für die Prämierung gegeben. In den Landesverbänden ist der Bürgerpreis den Landessiegern bereits verliehen worden. Bundesgeschäftsführer Willi Hausmann hat den Preis soeben hier nebenan im Steinernen Saal den Siegern auf Bundesebene verliehen.

Es ist eine Jury gebildet worden, die aus dem Kreis der Landessieger die Bundessieger in den einzelnen Kategorien ermitteln sollte. Diese Jury war sehr prominent besetzt. Angela Merkel hat sie geleitet. Unter anderem waren Friede Springer, Johannes B. Kerner und Klaus Töpfer dabei. Wir haben alle Landessieger nach Frankfurt eingeladen. Einen Hinweis möchte ich Ihnen jetzt schon geben, meine Damen und Herren. Es gibt in der Nähe dieser schönen Halle eine Ausstellung, in der sich die einzelnen Initiativen präsentieren. Ich möchte Sie alle herzlich einladen, diese Ausstellung zu besuchen. Wenn Sie in dieser Region als Abgeordneter oder vielleicht auch als Kreistagsmitglied Verantwortung tragen, können Sie noch ein Foto für Ihre Heimatpresse machen. Dann hat jeder sozusagen eine gute Presse von diesem Parteitag und die Initiativen haben noch einmal die Gelegenheit, sich auch örtlich darzustellen.

Wir werden die Bundessieger nicht einfach nur bekannt geben und ihnen eine Urkunde in die Hand drücken, sondern wir tun mehr. Das Besondere ist, dass die vier Bundessieger einen Paten aus der Führungscrew der CDU bekommen werden.

Dieser Pate wird sein Know-how weitergeben, wird seine Kontakte nutzen, um dieser Initiative, die wir für vorbildlich gehalten haben, auch in Zukunft zur Seite zu stehen.

Nun ist der Moment, wo die langen Vorreden aufhören. Ich bitte jetzt alle Landessieger – insgesamt 45 an der Zahl – zu mir hier auf die Bühne zur Verleihung des Preises.

Meine Damen und Herren, ist das ein Bild! 45 Landessieger des CDU-Bürgerpreises. Das ist, glaube ich, noch einen kräftigen Applaus wert.

(Beifall)

Sind Sie schon ein bisschen nervös, wer von Ihnen jetzt Bundessieger wird? – Vielleicht hat sich schon einiges herumgesprochen. Ich hätte fast gesagt, es ist ein bisschen wie bei der Oscar-Verleihung. Allerdings: CDU und Oskar, das passt nicht ganz zusammen. Ich will Ihnen aber sagen, was zusammenpasst, nämlich der Pate und die Kategorie „Vor Ort“. Der ist auch viel besser als ein Oskar, das hat er schon bewiesen. Der Pate für die Kategorie „Vor Ort“ ist Ministerpräsident Peter Müller. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Lieber Herr Ministerpräsident, was bedeutet ehrenamtliches Engagement für Sie ganz persönlich?

Peter Müller: Ohne ehrenamtliches Engagement kann diese Gesellschaft nicht menschlich bleiben. Das Ehrenamt ist ein Stück des Kittes, der die Menschheit zusammenhält. Ohne die vielen Ehrenämter, die es bei uns gibt, wäre es in Deutschland kälter. Wenn wir wollen, dass es menschlich bleibt, dann brauchen wir Menschen wie die, die jetzt hier auf der Bühne stehen.

(Beifall)

Mir ist es nun eine Freude, den Bundessieger in der Kategorie „Vor Ort“ vorstellen zu dürfen. Es ist ein Verein, der sich eine sehr schwierige Aufgabe gestellt hat. Dieser Verein begleitet auf ehrenamtlicher Basis Menschen, die krank sind und nicht mehr gesund werden können. Der Verein hat es sich zur Aufgabe gemacht, Menschen in den letzten Tagen, in den letzten Wochen, in den letzten Monaten ihres Lebens zu unterstützen, diesen Menschen Hilfe und Trost zu spenden. Der Bürgerpreis in der Kategorie „Vor Ort“ geht an eine ehrenamtliche Organisation aus meinem Bundesland, dem Saarland. Er geht an das Paul-Marien-Hospiz in Saarbrücken.

(Beifall)

Liebe Delegierte, vielleicht darf ich noch einen Satz zu dieser Initiative sagen. – Wir diskutieren zurzeit – vor dem Hintergrund der Gesetzgebung in Belgien – politisch sehr intensiv über die Zulässigkeit der Hilfe zum Sterben. Ich glaube, bevor wir über aktive Sterbehilfe, über Hilfe zum Sterben reden, sollten wir überlegen, wie wir den Menschen beim Sterben helfen kön-

nen, wie wir sie begleiten können. Das macht das Paul-Marien-Hospiz. Es setzt damit ein Zeichen für Humanität und Menschlichkeit. Deshalb, lieber Herr Schneider, darf ich Ihnen als Vertreter dieses Hospizes ganz herzlich gratulieren. Ich freue mich, Pate bei dieser Organisation sein zu dürfen, und wünsche Ihnen bei Ihrer schwierigen und wichtigen Arbeit in der Zukunft alles Gute. Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall)

Günter Schneider: Ich möchte mich für diesen Preis ganz herzlich bedanken. Er wird unsere Motivation stärken, uns auch weiterhin unserem Projekt zuzuwenden.

Neben dem Dank möchte ich Sie alle ganz herzlich aus Saarbrücken, der Hauptstadt des Aufsteigerlandes Saarland, grüßen.

(Beifall)

Wir haben in Saarbrücken eine Wohnstation mit 16 Betten und kümmern uns dort um Schwerstkranke, vor allem um solche in der Finalphase, die bis zu ihrem Lebensende betreut werden. Darüber hinaus lernen wir Angehörige zur Pflege an, sodass manche Bewohner wieder nach Hause entlassen und dort betreut werden können, um dann zu Hause sterben zu können. Das ist unsere Philosophie: die Solidarität der Gesunden mit den Schwerstkranken. Das ist unsere Aufgabe.

Ich bedanke mich für diesen Preis. Er ist eine Bestätigung für unsere Aufgabe.

(Beifall)

Reinhard Grindel: Herr Schneider, wir bedanken uns für Ihre Tätigkeit. Ich wünsche Ihnen viel Kraft für Ihre Initiative. Peter Müller wird Ihnen sicherlich helfen. Wenn es einem Land wirtschaftlich besser geht, dann eröffnen sich auch mehr finanzielle Möglichkeiten, ehrenamtliches Engagement zu unterstützen.

Wir kommen jetzt zur zweiten Kategorie, nämlich der Kategorie „Im Netzwerk“. Für diese Kategorie haben wir eine kompetente Patin. Sie hat ihre Kompetenz gewissermaßen schriftlich bestätigt bekommen, denn sie ist im Kompetenzteam, die Kultusministerin des Landes Baden-Württemberg, Annette Schavan. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Frau Ministerin, wie kann man denn in Baden-Württemberg als Ministerin ehrenamtliches Engagement fördern?

Annette Schavan: Baden-Württemberg ist das Land, welches im Bundesschnitt relativ die meisten ehrenamtlich tätigen Bürgerinnen und Bürger hat, nämlich 34 Prozent. Ehrenamtliches Engagement lässt sich fördern: von den Abgeordneten des Parlamentes, indem diese oft vor Ort in den Vereinen und Verbänden sind und innerhalb der Landesregierung, indem hier und da eine Unterstützung erfolgt. Denn die ehrenamtlich Tätigen brauchen gewisse Hilfestellungen, sie brauchen Zeichen der Öffentlichkeit, mit denen man anerkennt, was sie tun. So gesehen muss auch im Landeshaushalt ein bisschen Platz dafür sein.

Ich gebe nun die Gewinner in der Kategorie „Im Netzwerk“ bekannt. Die Gewinnerin ist eine tolle Schule in Stuttgart. Es ist eine Schule, die ein umfassendes Bildungsverständnis hat. Dazu gehören solide Kenntnisse, solides Wissen, soziale Kompetenz, eine ausgeprägte Persönlichkeitsbildung und die Bereitschaft, im Ernstfall Verantwortung zu übernehmen. Die Schülerinnen und Schüler an dieser Schule in Stuttgart reden nicht nur über Verantwortung; dort werden nicht nur Appelle ausgesprochen. Nein, seit 40 Jahren, seit 1962, gibt es an dieser Schule die tolle Initiative, dass Schülerinnen und Schüler am Nachmittag Senioren unterrichten: in Fremdsprachen, in Geschichte, in Kunst oder Musik, sogar im Sport. Regelmäßig seit 40 Jahren bildet die junge Generation die alte Generation. Da sind Senioren und junge Leute, die sich prächtig verstehen. Beide Seiten haben viel davon. Ich finde, das ist eine tolle Initiative – es ist die Initiative des Fanny-Leicht-Gymnasiums in Stuttgart.

(Beifall)

Ganz herzlichen Glückwunsch! Ich freue mich sehr.

Reinhard Grindel: Nun auch von Ihnen ein paar Worte.

Alexander Teske: Ich vertrete hier den Sozialen Arbeitskreis des Fanny-Leicht-Gymnasiums. Wie Sie bereits von Frau Annette Schavan gehört haben, unterrichten wir als Schüler – wir sind mittlerweile 50 Schüler – ehrenamtlich Senioren am Nachmittag. Jetzt fragen Sie sich: Was für Fächer werden die denn unterrichten? Bei uns gibt es eigentlich nichts, was es nicht gibt. Bei uns gibt es Denksport, Geschichte, Schach, wir haben auch die Biologie, also Naturwissenschaften, komplett abgedeckt. Die Hauptinitiatorin unseres Projektes, die es, wie gesagt, seit über 40 Jahren leitet und damals ins Leben gerufen hat, ist Frau Schneider. Ich glaube, ohne sie liefe diese AG nicht. Sie ist sowohl Kompetenzperson und Ansprechpartner für die Senioren und Ansprechpartner für uns Schüler.

Mein Hauptanliegen ist es jetzt, dass man so etwas auf alle Schulen ausweiten könnte.

(Beifall)

Ich habe einmal mit meiner Oma – sie wohnt jetzt in Niedersachsen – gesprochen und ihr damals, als ich mit dem Projekt angefangen habe, davon erzählt. Ich hatte damals die 8. Klasse angefangen. Sie fand das einfach toll. Sie hat gefragt: Warum gibt es das nicht auch anderswo, warum nur an dieser Schule? Ich kenne zig Leute in ganz Deutschland, die so etwas gerne aufziehen würden, denen aber einfach die Wege, die Mittel nicht bewusst sind, wie man so etwas macht. Deshalb: Wenn Sie Fragen haben, wenn Sie so etwas bei sich machen wollen, dann sprechen Sie uns einfach an. Wir helfen Ihnen gern, wo wir können. – Danke.

(Beifall)

Reinhard Grindel: Prima. Vielen Dank. Den gesamten Beifall geben wir an Frau Schneider weiter, die das alles initiiert hat. Vielleicht kann ich bei dieser Gelegenheit sagen: Wenn Sie so etwas bei sich in Ihrer Gemeinde oder in Ihrer Stadt machen wollen: Wir haben eine Internetseite „www.buerger-machen-staat.de“ eingerichtet. Da können Sie die Kontaktadressen und auch ein bisschen über das Projekt selbst erfahren und können dann so etwas, wie gesagt, vielleicht auch bei Ihnen vor Ort machen.

Kategorie 3, die Kategorie „International“. Da bitte ich einfach meinen Landesvorsitzenden und meinen zukünftigen Ministerpräsidenten auf die Bühne, Christian Wulff.

(Beifall)

Christian, wir alle haben deinen Auftritt bei Johannes B. Kerner gesehen. Es war, wenn ich das sagen darf, sehr eindrucksvoll, es war eine ganz andere Seite. Ehrenamtliches Engagement ist für dich weiß Gott gelebte Solidarität. Weshalb ist es auch wichtig, dass wir so etwas über die Grenzen hinweg machen?

Christian Wulff: Wichtig ist, wie Ehrenamtliche in unserer Gesellschaft wahrgenommen und behandelt werden. Vielfach ist es so, dass, wenn sich jemand zu Hause verabschiedet und sagt: „Ich gehe zur Mitgliederversammlung des Sportvereins“, jemand hinterher ruft: „Muss das etwa schon wieder sein? Aber lass dir bloß kein Amt andrehen!“ Es hat, glaube ich, jeder von uns schon einmal erlebt, dass so etwas hinterher gerufen wird. Wir müssen das Bewusstsein verändern, dass quasi hinterher gerufen wird: „Sieh zu, dass du dort ein Amt bekommst, dann bekommst du eine verantwortliche Aufgabe und kümmerst dich nicht nur um die eigenen Angelegenheiten, sondern auch um die Angelegenheiten der Allgemeinheit, andere, die unserer Hilfe bedürfen.“ Ich glaube, dieses Signal ist im Zusammenhang mit Ehrenamt wichtig.

(Beifall)

Reinhard Grindel: Du hast den Preisträger der Kategorie „International“ und kannst vielleicht noch etwas dazu sagen.

Christian Wulff: Ich darf vorweg sagen, dass ich allen 45 Bundessiegern gratulieren möchte. Wenn man sie hier so sieht und im Internet liest, was sie so auf die Beine stellen, dann würde ich gern zu jedem hier Stellung nehmen. Es fällt mir sehr schwer, jemanden herauszugreifen. Im Übrigen danke ich auch Ruprecht Polenz und Laurenz Meyer, dass Sie diese großartige Idee über zwei Jahre verfolgt und umgesetzt haben.

In der Kategorie „International“ hat eine Gruppe den ersten Preis gewonnen, die vor vielen Jahren angefangen hat, die Hilfe in Litauen zu intensivieren, am Anfang über Sachspenden, Lebensmittelspenden und im Fortgang durch ganz konkrete Hilfestellungen für ein Familienzentrum, für Kindergärten. Inzwischen wird eine Behindertenwerkstatt eingerichtet. Es zeigt sich dort, dass einerseits rasche Hilfe in Notsituationen wichtig ist. Aber mindestens ebenso wichtig ist die Hilfe zur Selbsthilfe als Ansatz, der besondere Unterstützung verdient.

Den ersten Preis in der Kategorie „International“ hat die Kolping-Familie Wildeshausen aus dem Bundesland Niedersachsen, meinem Bundesland, errungen, und zwar nennt sich diese Initiative „Aktion Litauenhilfe“. Die Litauer sind dankbar für diese Art der Partnerschaft und Unterstützung. Wir wünschen viel Erfolg. Anwesend ist Herr Lambertz und nimmt den Preis für die Gruppe entgegen.

(Beifall)

Reinhard Grindel: Ein kurzes Wort auch von Herrn Lambertz.

Rolf Lambertz: Herzlichen Dank für diese Auszeichnung. Sie wird uns sicher für die nächsten Jahre weiterhin die nötige Ausdauer geben, den Menschen in Litauen zu helfen, denn sie brauchen diese Hilfe. Wenn man bedenkt, dass in einer Armenküche von mehreren in der Stadt Marijampole circa 450 Menschen zum Essen kommen, hauptsächlich Alte und Kinder, wenn in einem Kindergarten einer Kommune circa 150 Kinder betreut werden, von denen Zweidrittel körperlich oder geistig behindert sind, so ist dies schon sehr traurig. Deshalb werden wir diese Hilfe auch in den nächsten Jahren fortsetzen. – Danke schön.

(Beifall)

Reinhard Grindel: Vielen Dank, Herr Lambertz.

Meine Damen und Herren, wir kommen zur vierten und letzten Kategorie, der Kategorie „CDU-E-Community“. Das macht jemand, der für Zukunftstechnologien wirklich verantwortlich war und ein Herz dafür hat und sehr viel dafür gemacht hat, der Landesvorstand der CDU Nordrhein-Westfalen, Jürgen Rüttgers.

(Beifall)

Jürgen Rüttgers, sind Sie denn mit der Internetnutzung in Deutschland und auch in unserer Partei zufrieden?

Dr. Jürgen Rüttgers: Es kann immer noch besser werden. Wir haben einmal ganz weit zurückgelegen, dann haben wir das noch in unserer Regierungszeit angepackt. Inzwischen ändert sich das. Ich finde es auch ganz toll, wie viele Initiativen es in der CDU gibt, wenn etwa in der Senioren-Union Kurse angeboten werden, wenn es in der Frauen-Union gemacht wird, wenn innerhalb von CDU-Stadtverbänden Informationen angeschoben werden. Wir haben es jetzt sogar bei uns in der Landtagsfraktion geschafft, Einladungen per E-Mail zu schicken.

Reinhard Grindel: Der Fortschritt ist nicht aufzuhalten, die Zukunft auch nicht. Bitte geben Sie bekannt, wer in dieser Kategorie gewonnen hat.

Dr. Jürgen Rüttgers: Ich weiß nicht, liebe Freunde, ob Sie wissen, was ein Frühchen ist. Frühchen sind Kinder, Babys, die zu früh zur Welt gekommen sind. Jeder von uns hat schon einmal die Erfahrung gemacht, dass, wenn man Probleme hat und damit fertig werden muss, dies viel, viel leichter ist, wenn man Menschen hat, mit denen man darüber reden kann. Die „Virtuelle Selbsthilfegruppe Fruechen-Netz“ aus Hamm hat sich genau dies zur Aufgabe gemacht. Man chattet zusammen, man tauscht Informationen über das Internet aus, man sagt, welche Probleme man hat und fragt die anderen, die angeschlossen sind: „Habt ihr eine Antwort? Habt ihr schon diese Erfahrung gemacht?“ Es ist ein völlig neuer Versuch, mit einem der wichtigsten Probleme, die unser Land hat, fertig zu werden, Kindern Zukunftschancen zu geben, in diesem Fall denjenigen, die es gar nicht erwarten konnten, auf die Welt zu kommen. Insofern herzlichen Glückwunsch dem Fruechen-Netz aus Hamburg!

(Beifall)

Reinhard Grindel: Auch von Ihnen ein paar Worte zu Ihrer Arbeit.

Anette Hartmann: Zunächst möchte ich sagen, dass wir nicht allein aus Hamm stammen, sondern überregional tätig sind. Ich bin aus dem Landkreis Kaiserslautern, mein Mitstreiter, Herr Mandel, ist aus Hamm und hat dort auch die Bewerbung eingereicht. Unser Dritter im Bunde ist der Herr Ballentin aus Berlin. Meine beiden Mitstreiter können heute leider nicht hier sein. Ich vertrete sie hiermit.

Ich möchte Ihnen danken, dass wir ausgewählt und auf Bundesebene ausgezeichnet wurden. Vor knapp zwei Jahren habe ich aus eigener Betroffenheit eine Mailingliste gegründet, da es im deutschsprachigen Raum noch keinen Austausch in dieser Weise für Eltern von frühgeborenen Kindern gab. Ich bin erfreut, dass es regen Zuspruch fand und dass es rasch gewachsen ist. Wir haben mittlerweile eine eigene Homepage, einen Chatroom und sammeln dort eifrig Informationen, die wir von anderen Eltern bekommen. Wir hören immer wieder, dass gerade, weil eine solche Situation sehr überraschend eintritt, Eltern sehr dankbar sind, hier Zuspruch zu finden und eine Zukunft für ihre Kinder zu sehen, die klein und hilflos in ihren Brutkästen liegen und von denen keiner weiß, wie es weitergehen kann und wird.

Der Anfang ist mit unserer Selbsthilfegruppe im Netz, in der E-Community gemacht, aber gerade im Nachsorgebereich und in der Betreuung der Eltern ist noch vieles zu tun. Ich hoffe, dass wir mit unserem Paten, dem Herrn Rüttgers, tatkräftige Unterstützung finden, um weitere Projekte durchführen zu können. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Reinhard Grindel: Meine Damen und Herren! Liebe Delegierte! Das war die Verleihung des CDU-Ehrenamtspreises „Bürger machen Staat“. Ich glaube, allen, den Landessiegern und den Bundessiegern, tut es gut, wenn wir sie jetzt ihnen einen kräftigen Applaus mit nach Hause geben.

(Beifall)

Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, dass Sie sich die Ausstellung der einzelnen Initiativen anschauen sollten. Das ist sehr interessant. Helfen Sie Ihrer örtlichen Initiative, die sich hier präsentiert. Ich habe auf die Internetseite hingewiesen.

Ich denke, wir werden jetzt mit den Paten, mit der Bundesvorsitzenden, mit dem Fraktionsvorsitzenden und dem Generalsekretär noch ein Gruppenbild machen.

Das war es. Weiterhin eine gute Beratung. – Schönen Dank.

(Beifall)

Petra Roth, Tagungspräsidium: Danke schön, Herr Grindel, für die einfühlsamen Worte.

Auch vom Tagungspräsidium ein Glückwunsch an die Preisträger. Ich möchte dabei auch den Blick auf die 500.000 in der CDU und der CSU ehrenamtlich tätigen Mitglieder richten. Auch das ist ein Ehrenamt, das wahrgenommen werden muss. Deshalb im Namen des Parteitags vielen Dank und Glück auf für zu Hause.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wir kommen zu Punkt 7 der TAGESORDNUNG:

GRUSSWÖRTE

Ich freue mich, dass ich den Präsidenten des Zentralrates der Juden in Deutschland unter uns begrüßen kann. Herzlich willkommen, Paul Spiegel!

(Beifall)

Paul Spiegel ist ein häufiger Gast in der Stadt Frankfurt am Main und ein gern gesehener Besucher im Rathaus. Wir schätzen Ihren Rat und Ihre Dialogfähigkeit, Herr Spiegel.

Sie haben das Wort.

Paul Spiegel: Frau Tagungspräsidentin! Frau Dr. Merkel! Meine Damen und Herren! Von der CDU zu einem Grußwort eingeladen zu werden, das ist in diesen Tagen für mich als Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland nicht nur eine Ehre, sondern in der Tat auch eine politische Demonstration.

(Beifall)

Denn ich werte es als ein Zeichen Ihrerseits, dass ich sehr wohl zu würdigen weiß. Aber es stimmt mich gleichzeitig auch nachdenklich. Nachdenklich, weil es zu Beginn des 21. Jahrhunderts in Deutschland wohl leider wieder notwendig geworden ist, sich mit der jüdischen Gemeinschaft in einer Form zu solidarisieren, wie es unter Demokraten selbstverständlich sein sollte – ohne besondere Signale, ohne besondere Zeichen.

Dies hier vor der CDU zu erwähnen ist mir besonders wichtig; denn – und das vergessen wir Juden in Deutschland ganz gewiss nicht – es waren auch Bundeskanzler der CDU, die den Ausgleich, das Gespräch, den Dialog mit Juden und mit dem Staat Israel gesucht und in die Wege geleitet haben. Die Leistungen Konrad Adenauers und Ludwig Erhards in den Anfangsjahren der Republik können gar nicht hoch genug eingeschätzt werden.

(Beifall)

Und auch Helmut Kohl hat gemäß der Tradition seiner Vorgänger gehandelt. Ich möchte da vor allem an die zweite Israelreise des Kanzlers erinnern, bei der zwischen Helmut Kohl und dem damaligen Premierminister Israels, Yitzhak Rabin, Übereinstimmung in allen Fragen ihrer Zeit bestand.

Es ist ja kein Geheimnis: Für die Juden in Deutschland ist dieses Land eine schwierige Heimat. Die Ambivalenz, im so genannten Land der ehemaligen Täter zu leben, hat jedoch mit zunehmendem Zeitabstand zum Holocaust und natürlich auch durch den Generationenwechsel weiter abgenommen, wenngleich sich ein gewisses Unbehagen bei entsprechenden politischen Ereignissen oder öffentlichen Debatten, die mit antijüdischen Untertönen versehen sind, immer wieder abzeichnet. Dennoch, ich werde auch in diesen Tagen nicht müde, immer wieder aufs Neue zu betonen: Wir Juden fühlen uns wohl in diesem Land, das inzwischen für bereits zwei Generationen von Juden zu ihrem Geburtsland geworden ist.

(Beifall)

Allerdings hat die Shoah Folgen gezeitigt, denen wir Juden uns nicht mehr entziehen können. Wir nehmen nichts mehr als selbstverständlich hin, weder die friedliche Koexistenz zwischen Juden und Nichtjuden noch die Demokratie, diese beste aller Staatsformen, die in der Menschheitsgeschichte entwickelt worden ist. Als Minorität, die wir seit Jahrtausenden in der Diaspora sind, ist es kein Wunder, dass Juden eine Art sechsten Sinn, eine besondere Sensibilität für Abweichungen selbst der kleinsten Art im anfälligen und zerbrechlichen Gefüge menschlichen Miteinanders entwickelt haben. Kritiker nennen diesen sechsten Sinn gerne Hypersensibilität oder gar Hysterie. Wir sehen das anders.

Diese besondere Wachsamkeit, die für uns zur zweiten Natur geworden ist, ja werden musste, hat uns häufig das Leben gerettet. Seitdem sind wir gewarnt, seitdem wissen wir, dass wir stets auch das Udenkbare mitdenken müssen, wenn es um unsere Sicherheit und die anderer Minderheiten geht.

Doch diese Sensibilität reicht inzwischen noch weiter. Wir müssen das Unvorstellbare mitdenken, wenn es um das Wohl aller Menschen geht. Der 11. September ist ein trauriges Beispiel für dieses Udenkbare. Es ist also nicht mehr nur eine jüdische Frage, die uns beschäftigt, sondern eine menschliche. Heinrich Heine hat einst gesagt, wo Bücher verbrannt würden, werde man eines Tages Menschen verbrennen. In Abwandlung dieses Wortes sagen wir heute: Dort, wo Juden angegriffen werden, werden wohl eines Tages alle Menschen angegriffen. Es ist dieser universalistische Blick, der uns als Demokraten beschäftigen sollte.

Meine Damen und Herren, wir erleben in diesen Wochen eine hitzige Diskussion, die sich vor allem dadurch auszeichnet, dass Dinge behauptet werden, die kein Mensch gesagt hat. Dazu gehört unter anderem die Behauptung, wir, also der Zentralrat, würden eine demokratische Partei insgesamt als antisemitisch brandmarken. Wenn ein solcher Politiker in der Öffentlichkeit relativierende und noch dazu sachlich völlig unhaltbare Vergleiche zwischen der israelischen Terrorismusbekämpfung und Methoden des Naziregimes anstellt und außerdem noch antijüdische Klischees verbreitet, dann ist Widerspruch dringend gefordert.

(Beifall)

Stattdessen aber mussten wir feststellen, dass diese Äußerungen auf Verständnis und zum Teil auf Zustimmung stießen und sogar in der sachlich falschen Feststellung gipfelten, die Juden in Deutschland wollten Kritik an israelischer Regierungspolitik mit der Walserschen Auschwitzkeule verhindern; im Übrigen seien die Juden durch ihr Verhalten doch selbst schuld am Antisemitismus. Damit wird unzweifelhaft versucht, Jahrhunderte alte antijüdische Klischees wieder salonfähig zu machen.

Lassen Sie es mich ganz unmissverständlich zum Ausdruck bringen: Sachliche Kritik an der israelischen Regierung ist kein Sakrileg und bestimmt auch kein Antisemitismus.

(Beifall)

Wenn aber antijüdische Klischees zur Grundlage einer solchen Kritik werden, dann ist Widerstand gegen solche Kritik nicht nur angezeigt, sondern gefordert.

(Beifall)

Weder die israelische Bevölkerung noch die Juden in aller Welt sind mit allen Maßnahmen und Entscheidungen der Regierung Scharon oder israelischer Parteien einverstanden. Diese Kritik wird für jeden erkennbar geäußert. Aber der Kampf gegen die terroristischen Selbstmordattentäter und die scheinheilige Politik Arafats berühren die Existenzfrage des Staates Israel. Für den Frieden im Nahen Osten gibt es keine militärische und keine terroristische, sondern nur eine politische Lösung.

(Beifall)

Zum Frieden im Nahen Osten gibt es keine Alternative. Ohne gegenseitige Anerkennung des Existenzrechts Israels und eines palästinensischen Staates kann es keine friedliche Koexistenz und damit auch keinen Frieden geben, den wir alle für die Menschen im Nahen Osten so dringend herbeisehnen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich nach diesem Exkurs in den Nahen Osten zur Rolle der demokratischen Parteien in Deutschland zurückkommen. Wir wissen sehr genau, was wir allen demokratischen Parteien in diesem Land verdanken, unabhängig davon, wo politisch unser Herz individuell auch schlagen mag. Wir wissen, welchen Beitrag die SPD für den Aufbau von Vertrauen zwischen Juden und Nichtjuden in diesem Land geleistet hat. Wir wissen, was liberale Außenpolitik der FDP im Verhältnis zwischen Deutschland und Israel heißt. Wir wissen auch, was die Grünen im geistigen Diskurs bewirkt haben. Wir wissen sehr genau, was CDU und CSU getan haben, um mit der schwierigen Last der Vergangenheit verantwortungsvoll umzugehen. Gerade bei uns Älteren hat sich das Bild von Bundeskanzler Adenauer und Mosche Scharett, dem früheren israelischen Außenminister, bei der gemeinsamen Unterzeichnung des Luxemburger Abkommens im Jahre 1952 unauslöschlich eingepreßt. Das war ein Ereignis, von dem aus sich das gesamte deutsch-jüdische Verhältnis immer stärker zum Positiven entwickelt hat. Auch Ihre Partei hat immer wieder entscheidende Schritte unternommen. Wenn ich das einmal so sagen darf: Ihre Partei kann mit Genugtuung darauf zurückblicken; denn sie hat damit nicht nur etwas für die Juden in diesem Land getan, sondern in erster Linie für Deutschland selbst, dessen Ansehen in aller Welt durch seinen verantwortungsvollen Umgang mit der Vergangenheit stetig gewachsen ist.

Allerdings werden wir als jüdische Gemeinschaft auch weiterhin unseren sechsten Sinn in dieser Republik bewahren müssen. Die letzten Wochen haben uns gezeigt, dass gewisse Kreise Entwicklungen fördern wollen, die nicht nur uns Juden schaden, sondern der deutschen Demokratie im Ganzen. Wir mussten beobachten, dass viele Menschen und auch manche Politiker die Gefahren bestimmter Äußerungen und Vorgehensweisen nicht erkannt haben oder – schlimmer noch – nicht erkennen wollten.

Ich möchte hier nicht den problematischen Begriff des Mitläufertums bemühen. Doch es ist bestürzend zu sehen, wie rasch wahrhaft demokratische Politiker um der Macht willen auf klare, entscheidende Worte verzichten. Es ist bestürzend, zu sehen, wie Politiker, deren gesamter Lebenslauf keinerlei Zweifel an ihrer moralischen Gesinnung gestattet, in ihrem Protest gegen rassistische und antisemitische Entwicklungen auf halber Strecke erlahmen, weil sie aus Gründen der Parteiräson im Wahljahr nichts riskieren möchten.

Es ist bestürzend zu sehen, wie andere Parteien in ihren ablehnenden Äußerungen überaus vorsichtig vorgehen, weil sie meinen, dass es sich um Probleme einer anderen Partei handelt, die in erster Linie parteiintern gelöst werden müssten. Dabei verkennen sie, dass diese Probleme die ganze Republik betreffen und dass klare Grenzziehungen zwischen den einzelnen demokratischen Parteien zwar sehr angenehm wären, aber eben doch unmöglich sind.

Meine Damen und Herren, was wir in diesen Wochen erleben ist ein möglicher – ich betone: ein möglicher – Wandel im demokratischen Konsens in der Bundesrepublik Deutschland – nicht mehr, aber auch nicht weniger. Selbst wenn wir in den Zeitungen schon wieder andere Schlagzeilen lesen können, ist die Frage, ob antisemitische Formulierungen – seien es auch nur angedeutete – Einzug in die deutsche Politik halten können, noch nicht endgültig negativ beantwortet. Im schlimmsten Fall kann es so kommen, dass eine Partei der demokratischen Mitte Regierungsverantwortung übernimmt und sich von einem führenden Mitglied, dessen antijüdischen und antisraelischen Äußerungen sattsam bekannt sind, nicht trennt. Bitte machen Sie sich bewusst, was das bedeutet.

Ich möchte es noch einmal in aller Deutlichkeit sagen: In einem solchen Fall wäre Antisemitismus als Teil offizieller deutscher Politik wieder denkbar und ermöglicht worden. Das wiederum heißt, es würde wahrscheinlich bei diesem Einzelfall nicht bleiben. Wenn man nicht sofort den Anfängen wehret: Wann dann? Irgendwann – das ist nur eine kurze Wegstrecke – ist der point of no return erreicht. Was dann, meine Damen und Herren?

(Beifall)

Wir als Demokraten – und somit auch Sie, die Politiker der CDU und der CSU – sind alle besonders gefragt, nicht nur, weil es Ihre Partei ist, die nach einem möglichen Wahlerfolg eine von Ihnen in Aussicht gestellte Koalition eingehen würde, sondern vor allem deshalb, weil damit all das, was Ihre eigene Partei in mehr als 50 Jahren mühevollster Kleinarbeit aufgebaut hat, vielleicht mit einem Schlag gefährdet werden könnte, weil Sie damit die Anstrengungen Adenauers, Erhards und Helmut Kohls infrage stellen. Das hätten diese Männer, das hätte Ihre Partei und das hätte dieses Land wahrlich nicht verdient.

Lassen Sie mich dazu noch einen Gedanken anfügen. Es ist nicht damit getan, wie das Kaninchen auf die Schlange zu starren, in diesem Falle auf jene andere Partei, die im Kreuzfeuer der Kritik steht. Der Blick ins Innere der eigenen Partei ist mindestens ebenso entscheidend. Sie alle kennen sicherlich den bedrückenden Bericht der letzten Panorama-Sendung in der ARD. Der Beitrag, den ich anspreche, deckte erschreckende Verbindungen zwischen CDU-Politikern und rechtsextremistischen Kreisen auf. Das kann und das darf eine demokratische Partei nicht zulassen. Man darf mit Recht erwarten, dass diesbezüglich Konsequenzen gezogen werden. Das gebietet der demokratische Anstand; das ist das Minimum, was von einer demokratischen Partei erwartet werden kann.

(Vereinzelter Beifall)

Meine Damen und Herren, in den Medien konnte man in den letzten Wochen immer wieder hören, wir Juden seien arrogant, einflussreich und übermächtig. Wir hätten die Dreistigkeit, einer bestimmten Partei vorzuschreiben, was sie zu tun und was sie zu lassen habe. Solche

Vorwürfe sind töricht, dumm und im Grunde sogar diskriminierend. Der Zentralrat der Juden kann natürlich niemandem irgendetwas diktieren. Aber wir machen von unserem Recht als Bürger dieses Landes Gebrauch, unseren Widerstand und unseren Protest gegenüber Entwicklungen auszudrücken, die wir für falsch und gefährlich halten. Wir wären froh, wenn dies viel mehr Menschen und viel mehr gesellschaftliche Gruppen täten, als dies in den letzten Wochen geschehen ist. Wochenlang schwieg zum Beispiel die große Mehrheit der Intellektuellen, die ansonsten immer sehr schnell mit antiisraelischen oder antiamerikanischen Äußerungen zur Stelle ist. Wir werden nie mehr schweigen, wenn wir angegriffen werden, wenn man uns beleidigt oder wenn man uns bedroht.

(Beifall)

Wir sind nicht mehr in der Situation von 1933. Wir befinden uns im Jahre 2002. Wir Juden werden uns nie mehr verstecken, uns nie mehr beugen und werden nie mehr schweigen. Damit muss diese Gesellschaft um ihres demokratischen Selbstverständnisses willen umgehen können. Gleichzeitig darf sie aber stolz darauf sein, dass es so und nicht anders ist. Denn unser öffentlicher Protest ist ein Zeichen für unser Vertrauen in die Demokratie dieses Landes, ein Zeichen unseres Engagements für das Wohl dieses Landes und seiner Menschen. Das alles haben Sie, hat die CDU, in nur 57 Jahren nach Auschwitz im Wesentlichen mit erreicht. Das ist viel, sehr viel.

(Vereinzelt Beifall)

Ich versichere Ihnen, wir möchten nicht in die Situation geraten, unseren mittlerweile 100.000 Mitgliedern in 83 jüdischen Gemeinden davon abraten zu müssen, in Deutschland zu leben. Dies zu verhindern, ist vor allem die Aufgabe der Politik. Wir vertrauen darauf, dass gerade die CDU/CSU, die immer ein verlässlicher Partner nicht nur für uns Juden in Deutschland, sondern auch für den Staat Israel und seine Bewohner war und ist, dies nicht zulassen wird. – Ich danke Ihnen.

(Anhaltender Beifall)

Petra Roth, Tagungspräsidium: Herr Präsident, Herr Spiegel, der Parteitag und das Tagungspräsidium danken Ihnen für das Grußwort. Sie haben als Präsident des Zentralrates der Juden in Deutschland für die gesamte Organisation gesprochen.

Ich möchte als Oberbürgermeisterin der gastgebenden Stadt sagen, dass Frankfurt am Main vor dem Unrechtsregime der Nationalsozialisten ein blühendes bürgerliches jüdisches Leben hatte und viele Stiftungen und Organisationen, die wieder erblüht sind, den Gründern jüdischer Familien in Frankfurt am Main zu verdanken sind. Es ist nach dem Krieg mit weniger als 100 Juden, die nach Frankfurt wiedergekommen sind, gelungen, vor vier Jahren den 50. Geburtstag dieser blühenden Gemeinde mit 8.000 Mitgliedern gemeinsam mit der Stadt Frankfurt zu begehen. Frankfurt ist nach Berlin heute die zweitgrößte jüdische Gemeinde. Wir sehen in der jüdischen Gemeinde in Frankfurt einen stabilen Partner in der Gestaltung der Sozialinfrastruktur, der Bildungsinfrastruktur, der Betreuung von Kindern in Kindergarten und Hort, von alten Menschen in Altenpflegeheimen, aber auch des Bildungsbereichs, in dem private Schulen selber finanziert werden und für die Allgemeinheit offen sind. Das ist in Frankfurt

am Main eine Basis, auf der wir weiterarbeiten werden. Selbst der älteste Sportklub der Stadt Frankfurt am Main ist von Juden und von der gleichen Familie die Bürgeruniversität 1912 gegründet worden.

Jetzt kommen wir zum nächsten Grußwort; das ist zum Sport. Manfred von Richthofen, Sie haben das Wort.

(Beifall)

Manfred von Richthofen, Präsident des Deutschen Sportbundes: Sehr geehrte Frau Tagungspräsidentin! Liebe Frau Merkel! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der organisierte Sport, die größte Bürgerbewegung unseres Landes, nutzt gerne die Gelegenheit, dem Konvent einer großen Volkspartei seine Aufwartung zu machen. Ich bedanke mich, liebe Frau Dr. Merkel, sehr herzlich für die Einladung zum Parteitag und übermittle Ihnen die Grüße des Deutschen Sportbundes und seines Präsidiums.

(Beifall)

Ich tue das, meine sehr verehrten Damen und Herren, in der Hoffnung und Erwartung, dass bei Ihren Diskussionen und weitreichenden politischen Weichenstellungen auch den Belangen des Sports als einem gesamtgesellschaftlich bedeutsamen Faktor die notwendige Aufmerksamkeit gewidmet wird.

Dies gibt mir Anlass zu einer freundschaftlich gemeinten, aber kritischen Anmerkung. Wir waren beim Deutschen Sportbund darüber enttäuscht, dass die CDU in ihrem umfangreichen Wahlprogramm den Sport nur in wenigen Zeilen erwähnt hat. Entsprechende Rückmeldungen haben wir aus unseren Mitgliedsorganisationen bekommen. Ich denke, hier hat man in einigen wichtigen Politikfeldern die Chance verpasst, den Sport mit seinen vielfältigen Möglichkeiten zur Stärkung und Förderung des Gemeinwohls angemessen zu positionieren. Doch nicht nur in den Monaten des Wahlkampfes gibt es sicher noch genügend Anlässe, hier zu korrigieren und nachzubessern. Sie haben insgesamt große Chancen vor sich.

Ich nutze deshalb gerne die Gelegenheit, Sie mit den jüngsten sportlichen, sprich: sportpolitischen Entwicklungen vertraut zu machen. Der organisierte Sport hat vor wenigen Wochen eine bedeutsame Botschaft ins Bewusstsein der Öffentlichkeit gebracht. Sie lautet ebenso selbstbewusst wie viel versprechend: Sport tut Deutschland gut.

(Beifall)

Das ist das Motto der neuen Gesellschaftskampagne des Deutschen Sportbundes, seiner Verbände und Vereine. Diese Kampagne soll in den nächsten Jahren den hoch gesteckten Anspruch des Sports verdeutlichen, der Gesellschaft in vielen Aktionsfeldern und Problembereichen vielleicht noch mehr als bisher dienlich sein zu können.

Der Bundespräsident höchst persönlich hat die Schirmherrschaft für diese Kampagne übernommen. Es ist sicher ein gutes Omen, wenn das Staatsoberhaupt als Kronzeuge gesamtgesellschaftlicher Bemühungen des Sports in Erscheinung tritt. Aber wir betrachten das auch als eigene große Verpflichtung. Wir wecken nämlich weit über sportliche Belange hinaus Erwartungen, denen wir in Zukunft gerecht werden müssen. Natürlich ist es nicht so, dass Verbän-

de und Vereine in der Vergangenheit an gesellschaftlichen Bedürfnissen vorbeigearbeitet hätten: Im Gegenteil: In Jahrzehnten ist vieles bewirkt und angestoßen worden, was dem Gemeinwohl zugute kam. Aber es ist zu selten in seiner ganzen manchmal vielleicht sogar staatstragenden Dimension beim Namen genannt worden.

Mit der neuen Gesellschaftskampagne wollen wir das jetzt ändern. An breiter Front der Gemeinnützigkeit soll überzeugend dargelegt und begründet werden, warum der Sport Deutschland gut tut. Da reicht das Spektrum von den Ambitionen im Spitzensport bis zu den vor allem vom Ehrenamt getragenen Segnungen im Breiten-, Gesundheits- und Freizeitsport für viele Millionen Menschen – eine Größenordnung, die gerade in der politischen Landschaft auf tief greifende und dauerhafte Resonanz stoßen muss. Ob Vorschulerziehung, Schulsport, Elitebildung, Jugendhilfe, Seniorenpolitik, Sportstättenversorgung, Integration, Gesundheitspolitik, Sozialengagement, Kulturpflege oder Naturschutz – es gibt riesige Arbeits- und Wirkungsfelder des organisierten Sports, die bei angemessener Förderung und richtiger politischer Instrumentalisierung noch ungeahnte Kräfte für die gesamtgesellschaftliche Entwicklung mobilisieren können.

(Beifall)

Jahrelang haben wir uns in Verbänden und Vereinen selbst ermahnt, dass der Sport auf allen Ebenen politikfähiger werden müsse. Ich denke, wir sind inzwischen so weit, gelegentlich von der Politik zu fordern, dass sie sportfähiger werden muss, und zwar deshalb, weil sonst große gesellschaftliche Potenziale nur ungenügend genutzt werden oder sogar brachliegen bleiben. Das wiederum wäre unverantwortlich.

Bei der Vorbereitung der neuen Kampagne haben wir uns von folgenden zentralen Fragen leiten lassen:

Kann der Sport einen Beitrag leisten, die gesamtgesellschaftlichen Anforderungen unserer Zeit, die zweifellos immer vielfältiger werden, zu bewältigen? Kann der Sport mitwirken, die Kinder und die Jugendlichen für die Herausforderungen der künftigen Welt fit zu machen? Kann der Sport mithelfen, der immer größer werdenden Zahl der Älteren Lebenssinn und Lebensgewinn zu geben? Kann der Sport Weichen stellen, um den Kostenberg vermeidbarer Krankheiten durch Prävention ein Stück weit abzutragen? Kann der Sport eine Kultur der Mitverantwortung im sozialen Leben fördern, wie sie in ehrenamtlicher Tätigkeit zum Ausdruck kommt? Kann der Sport das Verständnis für die Rolle der persönlichen Leistungen im Leben und im sozialen Ganzen entwickeln helfen, die eine Gesellschaft im globalen Wettbewerb benötigt?

Das sind nur einige Aspekte, die uns bei der Entwicklung der Kampagne „Sport tut Deutschland gut“ bewegt haben. Finden wir überzeugende Antworten auf die gestellten Fragen? Ich denke, wir können selbstbewusst mit Ja antworten, wenn wir die Möglichkeiten wie die Grenzen des Sports richtig einschätzen. Der Sport versteht sich nicht als Reparaturwerkstatt für alle Übel dieser Zeit, aber er versteht sich als ein dynamischer Ort des gesellschaftlichen Geschehens, an dem sich natürliche menschliche Fähigkeiten, etwa im Spiel, entfalten, verbinden und verstärken können – in freiwilliger Form und ohne Zwang, wohlgemerkt.

Ergebnisse und Positionen der Wissenschaft untermauern unseren Standpunkt. Sie bestätigen die bedeutende Rolle des Sports für das soziale Wohlergehen der Menschen. Wissenschaftlich bewiesen ist, dass der Sport umfangreiche Leistungen zur sozialen Integration erbringt und dass er die meisten Menschen für das Ehrenamt rekrutiert. Er trägt entscheidend dazu bei, das soziale Netz in unserem Land enger zu knüpfen. Seine erheblichen Gesundheitsfunktionen finden erfreulicherweise ebenso zunehmend Beachtung wie seine wachsende Bedeutung als wirtschaftlicher Faktor. Meine Damen und Herren, es geht also darum, in Zukunft das ganze sportliche Potenzial für das Wohlergehen unseres Landes zu entfalten. Mit dem Motto „Sport tut Deutschland gut“ bringen wir dieses Bemühen gewissermaßen auf den Punkt.

Lassen Sie mich die Aktualität der Kampagne und gleichzeitig deren geradezu historische Bedeutung mit drei Beispielen abschließend stärker hervorheben:

Erstens: Packen wir die Zukunft beispielsweise an in Sorge um die Kinder und Jugendlichen, die, wenn sie nicht in einem Sportverein aktiv sind, durch zu wenig Alltagsbewegung und mangelnden Schulsport doppelt geschädigt werden.

(Beifall)

Keine Generation in der Menschheitsgeschichte war in der Zeit des erH

Heranwachsens biologisch so benachteiligt wie die jetzige.

Zweitens: Lassen Sie uns in Sorge um ein aus den Fugen geratenes Gesundheitssystem handeln, in dem jährlich an die 300 Milliarden Euro ausgegeben werden! Ein Viertel bis ein Drittel davon ließe sich präventiv, zum Beispiel durch moderate sportliche Aktivität und vernünftige Ernährung, einsparen.

(Beifall)

Stellen Sie sich vor, meine Damen und Herren Delegierten, wie viel Geld wir für Schulen, Soziales, Natur und Kultur zusätzlich hätten, wenn wir diese 75 Milliarden Euro bis 100 Milliarden Euro auf dem nationalen Konto behielten!

Drittens: Uns ist bewusst, wie sich die Zusammensetzung unserer Gesellschaft verändert hat und weiterhin verändert. Menschen aus über 100 Ländern leben bei uns. Die Zahl der ausländischen Mitbürger ist auf weit über sieben Millionen gestiegen. Miteinander zu sprechen ist bei den vielen verschiedenen Sprachen und Kulturen – das haben in der Zwischenzeit auch die Kultusminister festgestellt – oft nicht möglich und schwierig; aber die Sprache des Sports kennt keine Grenzen und seine Regeln sind universal.

(Beifall)

In einem Journal der Kampagne sind viele Beispiele für das soziale Engagement zu finden, das in Tausenden von Turn- und Sportvereinen längst zum Alltagsgeschehen gehört. Dort ist zu lesen, dass Vereine längst „Völker-bunt-gemischt“ wie die Vereinten Nationen sind. Es wird dokumentiert, dass mehrere Millionen Senioren einen Ort der Lebensgestaltung finden, dass Ideen des Umweltschutzes sogar ökonomische Lösungen anstoßen und warum für eine

große Anzahl von Menschen das Ehrenamt regelrecht Karrieren öffnet, die in vielen Berufen heute gar nicht mehr möglich sind.

Nicht zuletzt wird deutlich gemacht, warum wir die Elitförderung groß schreiben, warum wir den sauberen und manipulationsfreien Hochleistungssport wollen, warum wir auch weiterhin einen Spitzenplatz im internationalen Leistungsvergleich anstreben.

(Beifall)

Das geballte Engagement des Sports und sein noch zu erschließendes Potenzial sind wohl eine Kampagne wert. Dank der Möglichkeiten ihrer Ausgestaltung lassen sie noch einiges erwarten. Ich denke, wir dürfen guten Gewissens behaupten: Sport tut Deutschland gut. Ich wünsche der CDU, dieser großen Volkspartei, einen weiteren gelungenen Parteitag. – Haben Sie Dank.

(Beifall)

Eckhardt Rehberg, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Manfred von Richthofen. Ich glaube, dass die Besuche unserer Bundesvorsitzenden, Angela Merkel, in Olympiastützpunkten und auch die substanzielle programmatische Arbeit des Bundesfachausschusses Sport der CDU deutlich gemacht haben, dass der Sport uns am Herzen liegt. Herr von Richthofen, die Sportler des Freistaates Thüringen waren bei den Olympischen Winterspielen sehr erfolgreich.

(Beifall)

Vielleicht kann man dort lernen, was man in Deutschland insgesamt beim Sport verbessern kann, um gerade im Elitebereich Erfolge zu erzielen. Von anderen zu lernen soll noch nie verkehrt gewesen sein.

Ich freue mich, dass ich den Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Herrn Michael Sommer, zu einem Grußwort bitten kann. Bitte, Herr Sommer, Sie haben das Wort.

Michael Sommer: Sehr geehrter Herr Rehberg! Bei Ihnen ist es gut warm. Man könnte fast meinen: Es ist Sommer-Zeit. Es ist wirklich sehr warm bei Ihnen.

Sehr geehrte Frau Merkel! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Für den Deutschen Gewerkschaftsbund gehört es zur guten Tradition, sich mit allen im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien offen und klar auseinander zu setzen. Für mich hat das etwas mit Dialogfähigkeit und Dialogwillen zu tun. Dialoge brauchen natürlich einen geeigneten Rahmen. Sie brauchen einen Rahmen, der jenseits von Verkürzungen in den Medien, jenseits von Polarisierungen Ort und Zeit zum Zuhören und zum Nachfragen bietet. So gesehen sind Wahlkampfzeiten für gute Dialoge, für echte Dialoge nicht gerade die besten Zeiten. Dennoch hat der DGB auf seinem Bundeskongress im Mai in Berlin den Bundestagsparteien viel Zeit gegeben, ihre Wahlprogramme vorzustellen. Er hat den beiden ernsthaften Kanzlerkandidaten die Gelegenheit gegeben, sich und ihre politische Zukunftsprojekte zu präsentieren.

Heute danke ich Ihnen für die Einladung zu Ihrem Parteitag und für die Chance, unsere Vorstellungen, also die Vorstellungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes und seiner Gewerk-

schaften zu skizzieren. Ich möchte aufzeigen, was wir von einer zukünftigen Regierung erwarten. Diese Erwartungen sind hoch. Sie wechseln nicht von Parteitag zu Parteitag, nicht von Auftritt zu Auftritt, auch nicht von Partei zu Partei.

Ihr Kanzlerkandidat, der Ministerpräsident des Freistaates Bayern, Dr. Edmund Stoiber, hat in seiner Rede auf unserem Bundeskongress die Bedeutung sozialer Gerechtigkeit für den gesellschaftlichen Zusammenhang hervorgehoben und zur Richtschnur seines politischen Handelns erklärt.

(Beifall)

Soziale Gerechtigkeit stellt sich jedoch nicht von selbst ein – das wissen Sie und das muss eine Partei wissen, die mit der Idee der Sozialen Marktwirtschaft groß und erfolgreich geworden ist. Das muss eine Partei aber auch konkret beweisen, deren Grundwerte auf dem christlichen Menschenbild basieren: Ja, der Mensch und seine Würde, seine Freiheit und Sicherheit sind das Maß aller Dinge. Ja, erst muss der Mensch und dann der Markt kommen. Diese Grundwerte leiten auch unser gewerkschaftliches Handeln. Sie sind allerdings in unserer Gesellschaft weiß Gott keine Selbstverständlichkeit. In Sachen sozialer Gerechtigkeit haben wir einen ungeheuren Nachholbedarf.

Deshalb fordere ich einen neuen, modernen Sozialkontrakt – und zwar als Strategie für eine sozial gerechte Modernisierung unserer Gesellschaft, als Gegenentwurf zu Standortlogik, Deregulierung und Entstaatlichung. Soziale Gerechtigkeit – das heißt für uns, dass Frauen wie Männer gleiche Chancen in dieser Erwerbsgesellschaft haben müssen. Soziale Gerechtigkeit heißt für uns auch, dass wir das eine Drittel unserer Gesellschaft, die sozial Schwachen, die Arbeitslosen, die Sozialhilfeempfänger, die Menschen mit Kleinstrenten, eben nicht deklassieren und diffamieren dürfen. Wir müssen sie auffangen und in die Zukunft mitnehmen.

(Beifall)

Soziale Gerechtigkeit zwischen Ost und West wird es erst dann geben, wenn die ökonomische Spaltung unseres Landes überwunden wird. Wir müssen alle gemeinsam daran arbeiten, dass die Vision blühender Landschaften im Osten Wirklichkeit wird. Es dürfen keine menschenleeren Einöden entstehen und die neuen Bundesländer dürfen nicht zum Mezzogiorno Deutschlands werden.

(Vereinzelt Beifall)

Soziale Gerechtigkeit setzt auch einen modernen, leistungsfähigen öffentlichen Dienst voraus. Wir brauchen Modernität und Bürgernähe und keine weitere Einschränkung öffentlicher Aufgaben. Sozial gerechter wird unsere Gesellschaft auch dann, wenn jeder bzw. jede in jeder Lebenslage ein menschenwürdiges Leben führen kann, wenn sie oder er lernt und sich ausbilden lässt, wenn sie oder er eine junge Familie zu ernähren hat, wenn sie oder er arbeitslos werden oder sich weiterbilden, ja auch, wenn beide alt sind. Wir dürfen von lebensbegleitendem Lernen nicht nur reden, sondern es möglich machen. Jeder Mensch muss eine Chance auf Ausbildung und Arbeit haben.

(Beifall)

Ich lade Sie herzlich ein, mit uns bzw. mit mir über einen solchen modernen Sozialkontrakt zu reden. Wir, die Gewerkschaften und ihr Dachverband, wollen einen neuen Gesellschaftsvertrag, der aus mehr besteht als aus unverbindlichen Verabredungen in lockeren Gesprächsrunden. Das muss meiner Meinung nach ein Sozialkontrakt sein, in dem das Verhältnis von Geben und Nehmen klar ist, der für alle verbindlich ist und nicht beliebig aufgekündigt werden kann. Alle – ich betone: alle -, die Verantwortung für Arbeit und soziale Gerechtigkeit tragen, müssen ihren Beitrag leisten, damit wir einen Rahmen schaffen können für viele Teilprojekte, die sich aus der Änderung der Arbeitswelt ergeben. Dazu ist es nötig, tarifpolitische Initiativen mit gesetzlichen Regelungen zu verzahnen, Bundesgesetze mit Ländergesetzen, Betriebsvereinbarungen mit Initiativen in der Europäischen Union.

Bei alledem muss aber auch klar sein: Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer brauchen eine Teilhabe am Haben und eine Teilhabe am Sagen. Das heißt gerechtere Verteilung und das heißt Mitbestimmung. Die Menschen dürfen nicht länger bloßes Objekt gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Veränderungsprozesse sein. Nein, es ist notwendig, der Politik den Primat in unserer Gesellschaft zurückzugeben. Nicht die Ökonomie darf die Politik beherrschen – es muss umgekehrt sein.

(Vereinzelt Beifall)

Teilhabe am Haben und am Sagen braucht konkrete Rahmenbedingungen. Das gilt ebenso für die Eigenverantwortung, die ja in Ihrem Wahlprogramm einen großen Stellenwert einnimmt. Eigenverantwortung ist in der Tat ein wichtiger Wert und auch wir, die Gewerkschaften, wollen Selbstbestimmung und Eigenverantwortung. Ja, wir wollen mehr Freiheit für die arbeitenden Menschen, übrigens auch im Betrieb und nicht nur in der Gesellschaft. Aber ein politisches Konzept der Eigenverantwortung darf nicht dazu führen, dass Arbeitnehmerrechte abgebaut, der Kündigungsschutz eingeschränkt, Billigjobs und Scheinselbstständigkeit gefördert und der Sozialstaat ausgehöhlt werden. Weder dürfen Tarifnormen untergraben noch der Tarifvorbehalt eingeschränkt werden. Denn Selbstverantwortung und Freiheit haben nach meiner Meinung eine ganz wichtige Grundvoraussetzung: Sie brauchen Sicherheit – soziale Sicherheit. Fehlt diese Sicherheit, verkehrt sich der Wert von Eigenverantwortung und Freiheit in ihr Gegenteil – dies führt zur Entsolidarisierung und Unfreiheit.

Meine Damen und Herren, Ihr Wahlprogramm trägt den Titel „Leistung und Sicherheit – Zeit für Taten“. Auch beim Thema Tariftreue geht es um Leistung und Sicherheit; und die Zeit ist überreif für Taten. Ich kann daher nicht akzeptieren, dass die Unionsparteien das Tariftreuegesetz im Bundestag verhindern wollten und dass die CDU/CSU-regierten Länder im Bundesrat den Vermittlungsausschuss angerufen haben; denn in diesem Gesetz geht es um Lohndumping. Lohndumping verzerrt aber nicht nur den Wettbewerb, sondern führt auch zu sozialem Unfrieden. Das kann auch eine große Volkspartei wie die Union nicht wollen. Übrigens, Billigjobs – das sagen die Bauarbeiter, die seit heute streiken – machen arbeitslos; sie sind das Gegenteil einer guten Beschäftigungspolitik. Also ist es Zeit für Taten. Das Tariftreuegesetz ist längst überfällig. Helfen Sie bitte mit, es auf den Weg zu bringen. Akzeptieren Sie es in seinem Kernelement, nämlich dass der am Ort repräsentative Tarifvertrag die einzige tarifliche Orientierungsgröße bei der Vergabe öffentlicher Aufträge ist. Ich jedenfalls kann Sie nur davor warnen, das Gesetz im Vermittlungsausschuss so zu verwässern, dass seine Substanz verloren geht.

Der Umgang mit dem Tariftreuegesetz ist für uns, die Gewerkschaften, eine ganz wichtige Nagelprobe für den Stellenwert, den Arbeitnehmerinteressen bei den Parteien haben. Wir werden beobachten, was damit passiert. Wir bleiben auch nicht Zuschauer, wenn Mitbestimmungsrechte nach dem neuen Betriebsverfassungsgesetz und die Geltungskraft von Tarifverträgen eingeschränkt werden sollten. Wirklich jeder, ob schwarz, rot, grün oder gelb – ich meine das sehr ernst –, muss dann mit unserem scharfen Protest rechnen, wenn Arbeitnehmerrechte eingeschränkt werden sollten.

Gestatten Sie mir noch, meine Damen und Herren, ein Wort zum Thema Gesundheitsreform. Wir brauchen ohne Zweifel eine Weiterentwicklung des Systems der sozialen Sicherung. Aber nicht nach dem Motto: mehr Privatisierung. Im Gegenteil: Wir wollen, dass die solidarische Grundstruktur unseres Gesundheitssystems erhalten bleibt und alle Versicherten eine gute medizinische Versorgung bekommen. Wir lehnen einen Ausstieg aus der paritätischen Finanzierung ebenso ab wie eine Zweiklassenmedizin, die nach Regel- und Wahlleistungen unterscheidet.

Und da ich gerade bei Finanzierungsfragen bin, noch ein offenes Wort zu Ihrem Ziel, die Staatsquote auf 40 Prozent zu senken. Ich würde gern mit Ihnen darüber diskutieren, ob dieses Ziel wirklich wünschenswert ist. Aus meiner Sicht – daraus mache ich keinen Hehl – ist es das nicht. Denn ein armer Staat mag manchem nutzen; Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben von ihm wenig. Sie können sich einen armen Staat schlicht und ergreifend nicht leisten.

Meine Damen und Herren, so sehr wir hier unterschiedliche Ansichten und auch Diskussionsbedarf haben, so sehr bin ich davon überzeugt, dass wir uns in einem anderen, aktuell sehr umstrittenen Punkt einig sind: Wer aus durchsichtigem wahlpolitischen Kalkül mit antisemitischen Ressentiments spielt, der disqualifiziert sich für alle politischen Ämter, für jede Koalition – in Berlin genauso wie in Düsseldorf.

(Vereinzelt Beifall)

Zum Schluss: Ihrem Parteitag wünsche ich fruchtbare Diskussionen und gute Beratungsergebnisse, bei denen das Gemeinwohl, bei denen Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität im Mittelpunkt stehen. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Christian Wulff, Tagungspräsidium: Lieber Herr Sommer, vielen Dank für Ihre Beiträge in der öffentlichen Debatte und Ihnen als dem Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes viel Erfolg! Wir legen Wert darauf, weiterhin ein gutes, ein enges Verhältnis zu pflegen. Wir haben interessiert zugehört, welche Erwartungen Sie an die neue Bundesregierung haben, und wir werden Sie ab Herbst dieses Jahres in wesentlichen Punkten nicht enttäuschen. In einigen Punkten gibt es noch Diskussionsbedarf, aber den können wir hier jetzt nicht befriedigen.

Ich begrüße nun ganz herzlich den jetzt eingetroffenen Vorsitzenden unserer CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag, den stellvertretenden Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion, Michael Glos. Herzlich willkommen hier in Frankfurt!

(Beifall)

Jetzt darf ich unserem nächsten Gast unter den Grußwortrednern das Wort geben, dem Präsidenten des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks, Herrn Dieter Philipp. Wir freuen uns, dass auch Sie, Herr Philipp, zu uns sprechen. Sie haben das Wort.

(Beifall)

Dieter Philipp: Sehr verehrte liebe Frau Merkel! Sehr geehrtes Tagungspräsidium! Meine Damen und Herren! Es ist warm hier, und aus diesem Grunde halte ich mich nicht mit längeren Vorreden auf. Ich freue mich, hier heute bei Ihnen sein zu können, und stelle zunächst einmal das in den Raum, was unsere Handwerker, unsere Mittelständler in Deutschland uns zurzeit sagen: Schlechter kann es kaum noch werden.

(Beifall)

Das ist die Aussage – kurz, plakativ, aber leider nicht übertrieben. Denn in der Tat, so sieht ganz ungeschminkt die Situation im Handwerk und damit in weiten Teilen des deutschen Mittelstandes aus. Das können wir mit Zahlen und Fakten belegen.

Schlechter kann es kaum noch werden, das sagen unsere Betriebe Monat für Monat in Umfragen, und ich sage hier in aller Deutlichkeit: Wir wollen Deutschland damit nicht schlechtreden. Genauso wenig, wie unsere Handwerksunternehmer ein schlechtes Image, ein schlechtes Klima vertragen können, kann auch die deutsche Volkswirtschaft schlechte Nachrichten nur schlecht verdauen, aber es muss ja auch gesagt werden dürfen, wie die Lage wirklich ist.

Wir wollen einen starken Wirtschaftsstandort in Deutschland, einen Wirtschaftsstandort, der mit hohen Wachstumsraten für hohe Beschäftigung sorgt, für Wohlstand, an dem alle teilhaben können.

„Wenn es dem Betrieb gut geht, dann geht es auch den Mitarbeitern gut.“

(Beifall)

das hat mir vor einigen Jahren ein Spitzenrepräsentant der deutschen Gewerkschaften gesagt. Dem kann ich nur hinzufügen: Wenn es den Betrieben gut geht, dann geht es den Bürgern gut und dann geht es dem Land gut. Das gilt leider auch umgekehrt. Wenn Deutschland derzeit beim Wachstum, bei der Beschäftigung, bei der Zukunftsfähigkeit unserer sozialen Sicherungssysteme und selbst bei der Bildung zu den europäischen Schlusslichtern zählt, dann steht das alles in einem inneren Zusammenhang. Ich muss hinzufügen: Zu den Schlusslichtern gehört Deutschland nicht erst seit kurzem.

Schon seit langem sehen unsere mittelständischen Betriebsinhaber mit Sorge in die Zukunft. Sie fragen sich, wie sie denn noch ihre Leistungen zu einem Preis anbieten können, der ihre Kosten deckt und den der Kunde auch bezahlen kann. Sie fragen sich, wie sie denn angesichts der immer weiter auseinander gehenden Schere zwischen Brutto und Netto durchhalten können. Sie fragen sich, wie sie ihrer Verantwortung gerecht werden können, ihrer Verantwortung gegenüber dem Betrieb, den sie einmal gegründet oder übernommen haben, ihrer Verantwortung gegenüber der Familie, ihrer Verantwortung gegenüber den Mitarbeitern, die in den mittelständischen Betrieben eben keine Rechengröße sind, sondern Menschen, mit denen man täglich zusammenarbeitet, und das, meine Damen und Herren, verpflichtet.

Dennoch müssen viele Betriebsinhaber bereits sehen, wie sich so mancher Kollege, so manche Kollegin stillschweigend als Konkurrent, als Mitwettbewerber verabschiedet hat, mutlos geworden ist. Diejenigen, die noch durchhalten, tun dies nach dem Prinzip Hoffnung.

Umso wichtiger ist, dass sie endlich ein Signal bekommen, das Signal, dass ihre Leistungsbereitschaft anerkannt wird, dass sich ihre Leistung und auch ihr Risiko wieder lohnen. Meine Damen und Herren, machen Sie ihnen Mut, geben Sie das Signal,

(Beifall)

dass der Mittelstand und damit die Mehrheit der Betriebe, der Beschäftigten und der Bürger wieder in den Mittelpunkt rücken.

Deutschland braucht eine moderne Mittelstandspolitik, die ihren Namen, die das Etikett „Mittelstand“ auch wirklich verdient. Wir brauchen einen mittelstandspolitischen Paradigmenwechsel,

(Vereinzelt Beifall)

nämlich eine Politik für mehr als drei Millionen mittelständische Unternehmer mit mehr als 70 Prozent der Beschäftigten, mit mehr als 80 Prozent der Auszubildenden, mit fast 60 Prozent der Bruttowertschöpfung und rund 50 Prozent der weiteren positiven volkswirtschaftlichen Ergebnisse, die ich hier jetzt nicht im Einzelnen aufzählen möchte, eine Politik für den Kernbereich unserer Wirtschaft, für immerhin 98 Prozent unserer Betriebe und damit auch für einen Kernbereich, für den Kernbereich unserer Gesellschaft.

Wir brauchen eine Politik für Menschen, die hier in Deutschland Arbeit schaffen, die hier investieren, die hier Steuern zahlen, eine Politik, die nicht auf die schillernde Welt anonymer Aktiengesellschaften fokussiert ist, bei denen die Haftung auf das Aktienkapital beschränkt ist und der Geschäftszweck Shareholder Value heißt. Das sage ich bei aller Wertschätzung gegenüber meinem Kollegen Rogowski, der morgen hier sprechen wird; denn eine moderne Mittelstandspolitik steht nicht im Gegensatz zu einer Politik, die die berechtigten Belange großer Unternehmen angemessen berücksichtigt.

(Vereinzelt Beifall)

Aber eine moderne Mittelstandspolitik muss endlich wieder für gleiche Wettbewerbschancen sorgen, weil nur eine ausgewogene Balance zwischen großen, mittleren und kleinen wirtschaftlichen Einheiten nachhaltiges Wachstum und Beschäftigung schafft.

(Beifall)

Gerade deshalb muss eine neue Mittelstandspolitik endlich wieder mehr sein als ein bloßer Nachteilsausgleich für die Kleinen, mehr sein als eine Reparaturwerkstatt, die die Fehler einer auf Großunternehmen ausgerichteten Politik im Nachhinein korrigiert. Mittelständler wollen keine Sonder- oder Schutzzaunpolitik, keine Privilegien. Wer Mittelstandspolitik wirklich ernst meint – und wir vernehmen gerne mit großer Aufmerksamkeit, dass in diesen Tagen wieder alle Parteien den Mittelstand umwerben –, der muss sie als politisches Gesamtkonzept verstehen, als durchgängiges Prinzip, das sich wie ein roter Faden durch die Wirtschafts-, Finanz-, Sozial- und Arbeitsmarktpolitik hindurch zieht. Wirtschafts-, Finanz-, Sozial- und Ar-

beitsmarkt -, aber auch Familien- und Bildungspolitik sind keine getrennten Politikfelder, auf denen man unabhängig voneinander gestalten und walten kann. Hier greift alles ineinander, hier hängt alles mit allem zusammen. Die Gründung einer neuen Mittelstandsbank beispielsweise ist deshalb keine hinreichende Antwort auf das Problem der Unterkapitalisierung unserer Betriebe. Die Substanz unserer Betriebe wird durch Steuer- und Abgabenlasten aufgezehrt. Darum muss eine moderne Mittelstandspolitik endlich erkennen, dass mehr als vier von fünf Unternehmen in Deutschland als einkommensteuerpflichtige Personengesellschaften geführt werden, und sie muss diese Personenunternehmen auch im Steuerrecht mit großen Kapitalgesellschaften gleichbehandeln.

(Beifall)

Hier ist nicht, wie man uns immer wieder vorwirft, der Spitzensteuersatz unser Thema, sondern die Absenkung des gesamten Tarifverlaufs bei der Einkommensteuer, damit vor allem die kalte Progression ein Ende hat, die Leistung verhindert, statt Leistungsanreize für Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu setzen.

(Beifall)

Wir erkennen an, dass Sie in Ihrem Wahlprogramm entsprechende Festlegungen und Aussagen schon getroffen haben.

Leistung und Leistungsbereitschaft werden auch durch eine überbordende Bürokratie blockiert. Eine moderne Mittelstandspolitik muss endlich mit dem Bürokratieabbau Ernst machen. Bürokratie belastet den Mittelstand weit überproportional und ist eine entscheidende Wachstumsbremse geworden. Sie verhindert Beschäftigung, statt sie zu fördern. Die Hälfte aller Betriebe in Deutschland nennt die Bürokratie als größtes Hindernis für den Geschäftserfolg. 45 Prozent würden bei einer konsequenten Entbürokratisierung wieder mehr investieren, 40 Prozent mehr Personal einstellen.

Meine Damen und Herren, 731 Stunden im Jahr ist ein durchschnittlicher Mittelständler nur mit bürokratischen Hilfsarbeiten beschäftigt. Das sind, statistisch gesehen, fast fünf Monate normaler Arbeitszeit nur für die Erledigung von Leistungen für den Staat – natürlich unentgeltlich. In Geldwert ausgedrückt sind das circa 32.000 Euro für jeden einzelnen Betrieb.

Meine Damen und Herren, das Wertesystem der Sozialen Marktwirtschaft als Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell ist als Spannungsfeld konstruiert, in dem individuelle Anstrengungen und soziale Verantwortung, Privateigentum und seine Sozialpflichtigkeit eng miteinander verflochten sind. Größtmögliche Freiheit ist mit dem Auftrag zum sozialen Ausgleich und zur Gerechtigkeit verbunden. Auf diese Zusammenhänge hat in der vergangenen Woche Kardinal Lehmann in einem bemerkenswerten Vortrag noch einmal hingewiesen.

Der Mittelstand steht zu diesen Grundprinzipien. Er fordert eine Politik ein, die leistungswilligen und leistungsfähigen Menschen wieder den Freiraum gibt, sich und ihr Können zu entfalten, damit sie selber dem Auftrag nach sozialer Verantwortung gerecht werden können und dies nicht einer anonymen staatlichen Fürsorge überlassen müssen.

(Vereinzelt Beifall)

Eine moderne Mittelstandspolitik fördert in diesem Sinne eine Gesellschaft ohne beschränkte Haftung. Sie gibt Anreize für Menschen, Arbeitgeber wie Arbeitnehmer, die bereit sind, anzupacken, die bereit sind, persönliches Risiko zu übernehmen und dafür auch persönlich zu haften. Sie fördert Menschen, die als mündige Bürger den Wunsch nach mehr Selbstbestimmung und Eigenverantwortung haben, die Selbstbestimmung und Eigenverantwortung bis hin zur Eigenvorsorge für ihre soziale Sicherung übernehmen wollen. Der Mittelstand und die dort tätigen Menschen nehmen für sich in Anspruch, mündige Bürger zu sein. Diese beanspruchen ein hohes Maß an Selbstbestimmung, Eigenverantwortung und Eigenvorsorge, ein höheres Maß, als ihnen bisher eingeräumt wurde. In diesem Sinne müssen die Reformen der sozialen Sicherungssysteme endlich beherzt in Angriff genommen und konsequent weitergeführt werden. Ohne diese Reformen ist nicht nur die Zukunftsfähigkeit der Systeme bedroht, sondern auch – das wäre nicht weniger gefährlich – die Identifikation der Bürger mit ihrem Staat. Es gibt heute bereits zahlreiche Anzeichen, dass dieses Vertrauen bricht. Für die mittelständische Wirtschaft ist eines davon die wachsende Schwarzarbeit, bei der sich Auftraggeber und Auftragnehmer gemeinsam den Solidarsystemen entziehen und verweigern.

Meine Damen und Herren, wir leben heute im 21. Jahrhundert und nicht mehr in den Strukturen des Manchester-Kapitalismus. Das muss auch die staatlich verordnete Betriebsverfassung endlich erkennen. Der Mittelstand ist bereit, seinen Beschäftigten mehr Selbstbestimmung einzuräumen. Wir wollen gemeinsam mit unseren Mitarbeitern eine moderne Arbeitsverfassung formulieren. Mitbestimmung muss sich aber auf die Wirklichkeit in unseren Betrieben beziehen.

(Beifall)

Der Versuch, das Zeitalter der Industrialisierung künstlich wieder zu beleben, geht an den Menschen in einer modernen Dienstleistungs- und Kommunikationsgesellschaft vorbei. Klassenkampf ist Anachronismus.

(Vereinzelt Beifall)

Eine moderne Mittelstandspolitik erfordert deshalb auch eine zeitgemäße Mitbestimmung. Dazu gehört im Übrigen, dass man Beschäftigten, die bereit sind, auf einen Teil ihres Lohnes zu verzichten, um ihre Arbeitsplätze zu sichern und um vielleicht sogar für arbeitslose Kollegen neue Arbeitsplätze möglich zu machen, so viel Eigenverantwortung und so viel Freiraum zugestehet, darüber auch selbst entscheiden zu dürfen.

(Beifall)

Warum müssen heute – das ist eine Frage an die Sozialpartner – grundsätzlich notwendige Flächentarifverträge die gleiche Regelungsdichte wie Steuergesetze haben? Warum können sie zum Beispiel nicht aus Pflicht- und Wahlbausteinen bestehen? Wieso muss das komplizierte Tarifregelwerk durch immer mehr Allgemeinverbindlichkeitserklärungen alle Arbeitnehmer über einen Kamm scheren? Politik und Sozialpartner müssen sich mit diesen Fragen beschäftigen, wenn wir für einen modernen Mittelstand in Deutschland eine moderne Mittelstandspolitik machen wollen.

Meine Damen und Herren, auch bildungspolitische Notwendigkeiten gehören in den Rahmen von Mittelstandspolitik – und das nicht erst seit PISA. Die Prinzipien der Sozialen Marktwirt-

schaft auf den Bildungssektor zu übertragen bedeutet, dass wir Hochqualifizierten die Entfaltung ihrer Potenziale ermöglichen. Damit werden nicht diejenigen abgedrängt, deren Begabungen eher praktisch ausgerichtet sind. Im Gegenteil, sie erhalten dadurch erst eine gerechte Chance. Auf den Bereich der beruflichen Bildung übertragen bedeutet das eine differenzierte modulare Ausbildung nach Maß, die nicht das Ende einer einheitlichen Berufsbildung im dualen System ist, sondern ihre Modernisierung im Hinblick auf die Anforderungen einer Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft. Alles hängt mit allem zusammen.

Deshalb korrespondiert mit dem Bildungssektor nicht zuletzt Familienpolitik. Moderne Mittelstandspolitik verlangt nach einer Familienpolitik, die der Familienförderung einen größeren Stellenwert zuschreibt. Dazu gehören auch Instrumente, die Müttern nach der Rückkehr aus der Familienphase bessere Möglichkeiten zum beruflichen Wiedereinstieg und zur Teilzeitarbeit verschaffen – dann aber bitte ohne gesetzliche Verpflichtungen und ohne Rechtsanspruch. Für einen Staat, der das Subsidiaritätsprinzip ernst nimmt, muss Familienpolitik ganz oben stehen,

(Vereinzelt Beifall)

aber auch die Pflege und kontinuierliche Weiterentwicklung seiner Selbstverwaltungseinrichtungen.

Selbstverwaltung ist – dies wussten bereits die Väter der Sozialen Marktwirtschaft – Bestandteil des Subsidiaritätsprinzips und damit Wesenselement eines modernen Staates, der sich auf seine originären Aufgaben beschränkt. Selbstverwaltung ist gelebte Solidarität.

Der Mittelstand, der Eigenverantwortung auf seine Fahnen geschrieben hat, praktiziert deshalb in hohem Maße Selbstverwaltung in seinen Organisationen. Dort wird Wirtschaftsförderung nicht am grünen Tisch gemacht, sondern aus der gelebten Praxis in den Betrieben. Unsere politische Interessenvertretung ist keine ideologische oder parteipolitische Stimmungsmache. Sie ist letzten Endes auch Ausdruck unserer Verantwortung für das Gemeinwesen. In diesem Sinne beziehen wir nicht nur zu allen mittelstandspolitisch relevanten Themenbereichen Stellung. Wir entwickeln auch Modelle in der Wirtschafts-, Steuer-, Sozial-, Arbeitsmarkt-, Bildungs- und Familienpolitik, die aus der Erfahrung in unseren Betrieben erwachsen, nicht zuletzt aus der Erfahrung der täglichen Zusammenarbeit zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Meine Damen und Herren, diese Erfahrungen stellen wir der Politik zum Dialog. Wir stellen Ihnen diese Erfahrungen zur Verfügung, verbunden mit dem Angebot, gemeinsam das Gerüst einer modernen Mittelstandspolitik zu errichten. Unsere Betriebe – wir Mittelständler – bringen den Leistungswillen und die Leistungsfähigkeit mit, den Standort Deutschland in einer globalisierten Wirtschaft wieder stark zu machen. Haben Sie den Mut zu einer modernen Mittelstandspolitik. Die Zeit drängt. Es ist Zeit für Taten. Der CDU wünsche ich den Mut zu Taten. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Christian Wulff, Tagungspräsidium: Vielen Dank, lieber Dieter Philipp. Wir wissen, dass Arbeitsplätze im Mittelstand oder gar nicht entstehen. Da wir mehr zusätzliche Ausbildungs- und Arbeitsplätze wollen, liegt uns das Handwerk in besonderer Weise am Herzen.

Ich darf allen vier Grußwortrednern – Paul Spiegel, Manfred von Richthofen, Michael Sommer und Dieter Philipp – noch einmal ganz ausdrücklich für die Grußworte Dank sagen. Ich möchte mich auch bei den Delegierten für die trotz der sommerlichen Temperaturen unglaublich hohe Präsenz während der letzten Stunden bedanken. Ich glaube, Sie haben damit auch gezeigt, welche Bedeutung für uns die Gäste aus den vier großen Organisationen haben.

Ich begrüße Frau Erika Steinbach, die Präsidentin des Bundes der Vertriebenen in Deutschland. Herzlich willkommen, Erika Steinbach!

(Beifall)

Das Parteitagspräsidium ist übereingekommen, dass wir an dieser Stelle, bevor wir die Rede unseres Generalsekretärs Laurenz Meyer hören, noch das Grußwort desjenigen hören, der unser schönes Bundesland Mecklenburg-Vorpommern voranbringen möchte.

Dort sind am 22. September Landtagswahlen, die wir zu gewinnen beabsichtigen. Ich gebe jetzt Eckhardt Rehberg für ein Grußwort das Wort.

Eckhardt Rehberg (mit Beifall begrüßt): Lieber Christian Wulff! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Manchmal hat man ja so Schlüsselerlebnisse: Vor einigen Tagen hatte ich zwei zwölfte Klassen aus einem Gymnasium in Mecklenburg-Vorpommern zu Gast. Ich habe sie eingeladen, das Dokumentationszentrum für die Opfer deutscher Diktaturen in Schwerin mit mir und dem Landesbeauftragten für das Stasi-Unterlagengesetz gemeinsam zu besuchen. Dass ich Ihnen das jetzt berichten kann, passt deswegen gut, weil wir heute den 17. Juni haben. Vor 49 Jahren gingen mutige Menschen in der ehemaligen DDR auf die Straße, um für Freiheit, Demokratie und Gerechtigkeit zu kämpfen. Liebe Freunde, niemand von diesen vierzig 18-Jährigen hatte in Geschichte schon einmal etwas von der Zeit der Sowjetischen Besatzungszone gehört – niemand! Es kommt nicht nur darauf an, dass wir mit jungen Menschen Lesen, Schreiben, Rechnen üben. Wenn wir über Werte wie Freiheit und Demokratie reden, müssen wir diesen jungen Leuten – das ist ganz wichtig – deutlich machen, dass zwischen 1945 und 1989 in der ehemaligen DDR, in der Sowjetischen Besatzungszone, ein Unrechtsregime geherrscht hat. Natürlich hat die PDS überhaupt kein Interesse daran, dass der Geschichtsunterricht in den Klassenstufen sieben bis zehn aufgestockt wird.

Liebe Freunde aus Sachsen-Anhalt, ich hoffe, dass ihr in wenigen Monaten die rote Laterne an Berlin abgeben könnt; wir aus Mecklenburg-Vorpommern möchten sie nach dem 22. September erst gar nicht in die Hand nehmen müssen.

(Beifall)

Es kann kein Zufall sein, dass in den alten Bundesländern Bayern und Baden-Württemberg und bei uns Thüringen und Sachsen deutlich weiter vorne sind. Was ist aus den Versprechen von Gerhard Schröder geworden? Haben wir noch die Plakate von vor vier Jahren in Erinnerung? „Chefsache Ost“, „Mehr Arbeit, mehr Gerechtigkeit“. In den letzten vier Jahren ist beim Wirtschaftswachstum die Schere zwischen Ost und West deutlich auseinander gegangen. Das hatte eine fatale Entwicklung zur Folge – ich bin Edmund Stoiber ausdrücklich dankbar, dass er dieses Thema aufgenommen hat -: Mecklenburg-Vorpommern haben seit 1998 mehr

als 30.000 junge Menschen unter 35 Jahren verlassen; zwei Drittel davon waren junge Frauen. Edmund Stoiber hat Recht, wenn er sagt, als bayerischer Ministerpräsident könne er sich darüber freuen, wenn Fachkräfte nach Bayern kommen; für morgen und übermorgen werde das für Gesamtdeutschland zum Problem.

Wir werden diese Abwanderung nur dann stoppen, wenn es in den neuen Bundesländern insgesamt wieder Perspektive, Zukunft und Hoffnung gibt. Die Arbeitslosenzahlen sind in den neuen Bundesländern gar nicht mehr so entscheidend. Bei uns haben allein in den letzten vier Jahren 85.000 Menschen weniger – ich wiederhole: 85.000 Menschen weniger! – ein Beschäftigungsverhältnis im ersten Arbeitsmarkt gehabt; die Zahl ist von 624.000 Ende 1998 auf jetzt 540.000 gesunken. Liebe Freunde, wir müssen deutlich machen und klar nach draußen tragen: Weder die „ruhige Hand“ von Gerhard Schröder noch ein mutloser Harald Ringstorff in Mecklenburg-Vorpommern werden dies ändern.

Christian Wulff und ich – wir sitzen beide oben im Tagungspräsidium – sind uns mit Ole von Beust auch einig: Wir müssen beim Thema Transrapid – unter dem neuen Namen Eurorapid – eine Streckenführung von Holland über Bremen und Hamburg nach Berlin neu auf die Agenda heben.

(Vereinzelt Beifall)

Dies wäre ein Projekt der Zukunft – und die Menschen im Osten brauchen Zukunft!

Liebe Freunde, wir haben in Mecklenburg-Vorpommern – ich mache jetzt ein bisschen Marketing in eigener Sache – prominente Persönlichkeiten gewinnen können, die uns unterstützen. Ich nenne zum Beispiel Professor Köhler, den ehemaligen Rektor der Uni Greifswald. Alle die, die noch nicht auf Rügen waren – es ist übrigens die Insel mit dem schönsten Bundestagswahlkreis Deutschlands, nämlich dem von Angela Merkel –, darf ich herzlich einladen: Kommen Sie einmal nach Rügen zu den Störtebeker-Festspielen! Peter Hick, der Geschäftsführer, hat sich als Parteiloser für die CDU in Mecklenburg-Vorpommern zur Verfügung gestellt. Ich nenne eine dritte Persönlichkeit: Robert Methling managt seit einem Jahrzehnt die Hanse-Sail, das größte maritime Ereignis in Europa. Auch er sagt: Ich will einen politischen Wechsel. Deswegen trage ich das, was die CDU inhaltlich zu bieten hat, mit. – Vielleicht kann ich Ihnen noch die Termine sagen: Die Störtebeker-Festspiele beginnen am 22. Juni und die Hanse-Sail ist vom 8. bis 11. August.

Liebe Freunde, mit dieser Einladung möchte ich den Appell verbinden: Wer zu uns im Sommer nach Mecklenburg-Vorpommern kommt, sollte mit den Menschen reden. Reden Sie mit Ihren Gastgebern in den Ferienwohnungen, sprechen Sie die Menschen beim Bäcker, beim Friseur an und machen Sie deutlich, dass man die Chance eines erfolgreichen Regierens nicht vertun darf. Dass erfolgreich regiert werden kann, haben, so glaube ich, zwei Länder bewiesen. Ich kenne Peter Müller und Roland Koch seit vielen Jahren. Wie sie beide die Verwaltungsreform, die Bildungspolitik angepackt haben, kann für Viele Vorbild sein. Lassen Sie uns nach draußen tragen, dass SPD und PDS eine reine Sackgassenpolitik betreiben! Das muss noch deutlicher werden.

(Beifall)

Ein Letztes: Wer glaubt, die Sozialdemokraten, die aktuell in zwei Ländern mit der PDS regieren, würden auf Bundesebene nicht mit dieser Partei zusammengehen, irrt. Wir haben 1996 und 1998 das Innenleben der SPD kennen gelernt. Wir wissen mittlerweile, wer aus Berlin welche guten Ratschläge gegeben hat. Ich gehe fest davon aus: Wenn es arithmetisch für Schwarz-Gelb nicht reichen sollte, dann bekommen wir eine rot-rot-grüne Republik. Tragen Sie alle mit nach außen, dass Mecklenburg-Vorpommern ein warnendes Beispiel sein sollte und Deutschland so insgesamt in die Sackgasse fährt. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Christian Wulff, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Eckhardt Rehberg! Die CDU Mecklenburg-Vorpommern kann mit der Unterstützung des gesamten Parteitages rechnen.

Wir kommen jetzt zum TAGESORDNUNGSPUNKT 9:

BERICHT DES GENERALSEKRETÄRS DER CDU DEUTSCHLANDS

Ich gebe das Wort an den Generalsekretär, unseren Freund Laurenz Meyer.

Laurenz Meyer, Generalsekretär der CDU (mit Beifall begrüßt): Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Am Freitag der letzten Woche haben wir in der Bundesgeschäftsstelle, auch vor der Öffentlichkeit, die letzten 100 Tage von Rot-Grün in Deutschland eingeläutet. Der rot-grüne Feldversuch wird in 97 Tagen beendet sein. Dann hat Deutschland wieder eine Chance für die Zukunft.

(Beifall)

Aber das werden drei Monate harter, härtester Arbeit. Wir wollen und wir werden diese Wahl gewinnen. Der neue Bundeskanzler wird Edmund Stoiber heißen.

(Beifall)

Liebe Freunde, lassen wir uns jetzt von den Umfragen nicht verrückt machen! Wahlen werden nicht in Sonntagsfragen gewonnen. Was zählt, sind die Stimmzettel am 22. September. Wir sind hier in Frankfurt, der Stadt der Automobilausstellung. Um im Bild zu bleiben, kann man ja sagen: Es ist beruhigend, dass wir zurzeit in der Poleposition sind.

Auch wenn sich der Abstand hin und wieder verändern sollte: Solange wir den Gegner im Blick behalten, ist es in Ordnung, und wenn der Gegner bei uns im Rückspiegel auftaucht, ist es umso besser.

(Beifall)

Liebe Freunde, die SPD ist in den letzten vier Jahren als Partei im Kern stumm geblieben. Sie hat Regierungspartei gespielt. Oder können Sie sich an eine einzige Innovation, an eine einzige neue Idee aus der SPD in den letzten vier Jahren erinnern? Im Gegenteil, Prinzipien wurden aufgegeben und das, was die Regierung, was der Bundeskanzler gemacht hat, ist im Kern nichts anderes als das Wetteifern um den besten Sendeplatz in den Nachrichtensendungen, reiner Opportunismus und sonst gar nichts. Wenn dann ein solcher Bundeskanzler anderen Opportunismus und Populismus vorwirft, ist das angesichts des Verhaltens, das er an den Tag gelegt hat, wirklich schon mehr als scheinheilig.

(Beifall)

Lassen Sie mich deshalb in Ergänzung – Pauf Spiegel musste schon gehen – einen aktuellen Punkt aufgreifen. Wir haben eine klare Position bezogen, und zwar durchgängig alle in der Parteispitze, zu den Vorgängen um die Äußerungen von Herrn Möllemann und anderen. Aber wenn die SPD anschließend die FDP zum Feindbild aufbaut, um hier ihren Wahlkampf führen zu können, dann muss ich einfach einmal darauf hinweisen, dass Günter Grass nichts anderes zum Lebensrecht Israels gesagt hat als Möllemann auch, und mit Günter Grass setzt sich der Bundeskanzler zu Biłok und feiert ihn als seinen Wahlkampf helfer. Das ist scheinheilig hoch drei.

(Beifall)

Liebe Freunde, 1998 hieß der Wahlspruch der SPD „Innovation und Gerechtigkeit“. Wenn wir das im Nachhinein aus der Sicht von heute, 2002, übersetzen sollten, dann muss das Motto „Improvisation und Selbstgerechtigkeit“ heißen. Das ist die Wahrheit in den vergangenen Jahren gewesen.

(Beifall)

Gerhard Schröder hat seine Versprechungen nie eingelöst. Man will uns nun, wenn wir darauf hinweisen, vorwerfen, dies sei Negativ-Campaigning. Liebe Freunde, wenn nicht wir auf die miserable Bilanz dieser Regierung hinweisen – wer soll es denn sonst tun? Die anderen werden es uns doch nicht abnehmen, die machen es doch nicht selbst. Deswegen werden wir immer wieder darauf hinweisen, dass Gerhard Schröder seine Versprechen aus dem Wahlkampf 1998 nicht eingelöst hat. Deshalb haben wir diese Kärtchen nachgedruckt, weil man sie in der SPD-Geschäftsstelle nicht mehr bekommt. In dieser Sache müssen wir ein bisschen aus-helfen, damit die Wähler an das erinnert werden, was 1998 versprochen wurde.

Das erste Versprechen war: Die Zahl der Arbeitslosen wollte Schröder unter 3,5 Millionen senken. Die Wahrheit: durchschnittlich vier Millionen Arbeitslose im Jahr 2002.

Das zweite Versprechen: Wirtschaftlicher Aufschwung in Deutschland. Die Wahrheit: Wir sind Schlusslicht in Europa und das im Wahljahr 2002.

Das nächste Versprechen: Sanierung der Staatsfinanzen. Die Wahrheit: Höchste Neuverschuldung in Europa, Stichwort blauer Brief.

Dann kommt es ganz dicke: Der Aufbau Ost wird Chefsache. Das war das Versprechen. Die Wahrheit: höchste Arbeitslosigkeit in den neuen Ländern im Jahr 2002 seit der Wiedervereinigung, das ist die Wahrheit zu diesem Versprechen von Herrn Schröder.

Deswegen sagen wir: „Versprochen – Gebrochen“, das ist die Bilanz dieser Bundesregierung. Auch deswegen werden wir es anders machen, weil wir wissen: Wenn wir uns so verhalten würden wie diese Bundesregierung jetzt, wären wir in vier Jahren genauso schnell weg vom Fenster, wie es diese Bundesregierung jetzt sein wird.

(Beifall)

Liebe Freunde, „Mehr soziale Gerechtigkeit“, das war das Motto, unter das Gerhard Schröder seine Amtszeit als Bundeskanzler gestellt hat. Jetzt, auf dem DGB-Kongress, hat er versucht,

wieder dieselbe Karte zu ziehen. Er hat dort gesagt: „Es geht um die Erneuerung unserer Gesellschaft in sozialer Gerechtigkeit.“ Meine Damen und Herren, liebe Freunde, nirgendwo ist der Gegensatz zwischen Wort und Wirklichkeit so eindrucksvoll wie beim Stichwort „soziale Gerechtigkeit“. Und die Menschen haben inzwischen gemerkt, dass die soziale Kluft in Deutschland größer geworden ist. Selbst 40 Prozent der SPD-Anhänger sind inzwischen mit der Arbeit der rot-grünen Bundesregierung unzufrieden und sagen, das Stichwort „soziale Gerechtigkeit“ ist kein Markenzeichen der SPD mehr. Wenn Schröder sagt: „Der Mut wächst“, dann sagen wir dagegen: Wir haben den Eindruck, der Unmut in Deutschland explodiert. Schuld ist das Verhalten der Bundesregierung.

(Beifall)

83 Prozent der Deutschen sagen in einer Allensbach-Umfrage, die soziale Kluft in Deutschland hat zugenommen. Diese Menschen liegen richtig. Ich will Ihnen dafür fünf Beispiele nennen.

Erstens: Ökosteuer. Liebe Freunde, während große Energieverbraucher durch Ausnahmeregelungen kaum oder gar nicht belastet werden, werden Rentner, Studenten, Familien, Arbeitslose und Handwerksbetriebe durch die Ökosteuer voll zur Kasse gebeten. Das nenne ich typische Politik à la SPD. Die ruhige Hand des Bundeskanzlers und von Rot-Grün steckt tief in der Tasche der Bürger in Deutschland, und das müssen wir ändern, da hat sie nämlich nichts zu suchen.

(Beifall)

Liebe Freunde, wir sagen, das ist in höchstem Maße unsozial, Herr Bundeskanzler.

Zweites Beispiel: Gesundheit. Die Reserven der gesetzlichen Krankenversicherung sind aufgezehrt, die Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung sind im Schnitt auf 14 Prozent gestiegen, bei einzelnen Versicherungen auf 15 Prozent. Kassenpatienten bekommen oft nicht mehr die beste Medizin, sondern nur noch die billigste. Es gibt zwei Gruppen von Patienten, die ausgenommen sind. Das sind die Privatpatienten und die Sozialhilfeempfänger. Meine Damen und Herren, Menschen mit chronischen Krankheiten erhalten nicht mehr in jedem Fall die notwendige Behandlung für ihre Leiden. Da sagen wir: Das ist in höchstem Maße unsozial, Herr Bundeskanzler.

(Beifall)

Dritter Punkt: Rente. Die Rente, die eingeführt worden ist – Stichwort „private Altersvorsorge“ –, die so genannte Riester-Rente, ist ein Flop. Sechseinhalb Monate vor Ablauf der Frist haben über 30 Millionen infrage kommende Menschen noch keinen Vertrag für private Vorsorge abgeschlossen. Man liest, dass inzwischen 300.000 Verträge sogar wieder storniert sein sollen. Das eigentliche Ziel dieser Rentenreform, das Armutsrisiko im Alter zu verringern, ist damit verfehlt worden – durch überbordende Bürokratie. Deshalb sagen wir: Wir werden das ändern. Das ist in höchstem Maße unsozial, Herr Bundeskanzler.

(Beifall)

Vierter Punkt: Arbeitsmarkt. Allein aus Gründen der Altersentwicklung sind in den vergangenen vier Jahren rund 800.000 Menschen aus der Statistik und aus dem Erwerbsleben ausge-

schieden. Alleine dadurch hätten die Arbeitslosigkeit deutlich zurückgehen müssen. Es wird in Deutschland auch nicht mehr gearbeitet, denn die Zahl der Erwerbsstunden ist seit dem Frühjahr 1999 zurückgegangen, im Jahr 2000 zum Stillstand gekommen und geht seitdem stark zurück. Wir haben einmal – ich möchte dies auf der Großfläche zeigen – einmal die ganze Doppelmoral dieser Regierung aufgezeigt. Sehen Sie sich bitte diese Anzeige mit dem Logo der Bundesanstalt für Arbeit an. Sie sehen auf der Großfläche: „Kein Job – Wandern Sie aus!“ inseriert die Bundesanstalt für Arbeit. Hier werden arbeitslose, qualifizierte Facharbeiter aufgefordert, nach Skandinavien auszuwandern und es wird ihnen sogar noch ein Sprachintensivtraining dafür angeboten.

(Pfliffe)

Liebe Freunde, und das in einer Zeit, in der die SPD mehr Zuwanderung will. Damit wird der Facharbeitermarkt zusätzlich belastet. Das ist ein Skandal und das ist in höchstem Maße unsozial, Herr Bundeskanzler.

(Beifall)

Fünfter Punkt: Liebe Freunde, allein durch die Erhöhungen der Steuern und Abgaben zum 1. Januar 2002 wurde die Hälfte der Steuerreform wieder aufgezehrt, den Menschen wurden durch Ökosteuer, Tabaksteuer, Versicherungssteuer und die Erhöhung der Krankenversicherungsbeiträge 15 Milliarden Euro weggenommen. Der Mittelstand wird durch Rot-Grün massiv benachteiligt. Während Handwerker voll zur Kasse gebeten werden, wenn sie ihr Lebenswerk anschließend verkaufen, was auch ihre Altersversorgung darstellt, müssen große Kapitalgesellschaften bei der Veräußerung ihrer Finanzanlagen keinerlei Steuern bezahlen.

Das sind Steuergeschenke an die großen Unternehmen. Ich erinnere Sie an ein Plakat, das im Wahlkampf 1998 zu sehen war. Da steht eine Konditorenfamilie im vollen Ornat vor ihren Torten. Darüber hat die SPD geschrieben: „Das sind die, um die wir uns kümmern werden, und nicht um die in den obersten Etagen der Wolkenkratzer.“ Wo war denn dieser Bundeskanzler? Wenn überhaupt irgendwo, dann allenfalls in den obersten Etagen der Wolkenkratzer. Die anderen, die kleinen Leute haben ihn doch gar nicht interessiert. Das ist die Wahrheit. Das ist in höchstem Maße unsozial, Herr Bundeskanzler.

(Beifall)

Die SPD 2002, das sind die unsozialsten Sozialdemokraten, die es je gab, liebe Parteifreunde.

(Beifall)

Unter dem Parteivorsitz von Schröder wurde die Identität der SPD regelrecht entkernt. Probleme wurden nicht angepackt. Wenn etwas getan wurde, dann war es allenfalls die Einrichtung von runden Tischen, Arbeitskreisen und Kommissionen. Um nur ein paar zu nennen: Nachhaltigkeitsrat, Nationaler Ethikrat, Weizsäcker-Kommission, Runder Tisch Gesundheit, Zuwanderungskommission und die Hartz-Kommission. Wann immer schwierige Situationen auftraten, wurden Dritte vorgeschickt. Wofür steht eigentlich Gerhard Schröder? Ich sage es Ihnen: Er steht für eine Politik ohne eigene Linie. Er hat zwar einen Posten, aber keine eigene Position. Das ist die ganze Wahrheit über diesen Bundeskanzler.

(Beifall)

Liebe Freunde, Schröder hat selbst einmal davon gesprochen, er sei der Chefkoch und Joschka Fischer sei der Kellner. Dazu sage ich Ihnen nur – geben Sie es ruhig weiter: Bei der Wahl wird es zugehen wie im richtigen Leben; wenn die Preise zu gepfeffert und die Speisen versalzen sind, bleibt die Kundschaft weg. Das ist die Wahrheit und das werden wir bei der Wahl sehen.

(Vereinzelter Beifall)

Liebe Freunde, diesen Sozialdemokraten fehlt sogar offensichtlich jeder Respekt vor den Verfassungsorganen. Wir haben es bei der Verabschiedung des Zuwanderungsgesetzes erlebt. Ich will es einmal in ein Bild kleiden, damit es der eine oder andere draußen besser versteht. Stellen Sie sich einmal vor, ein junges Paar steht vor dem Standesbeamten und der Standesbeamte fragt: „Wollen Sie heiraten?“ Darauf sagt der Mann Ja und die Frau Nein. Auf die erneute Frage sagt der Mann noch einmal Ja und die Frau Sie kennen meine Position. Darauf sagt der Standesbeamte: „Hiermit erkläre ich Sie zu Mann und Frau.“ Das ist genau der Vorgang, wie wir ihn im Bundesrat erlebt haben.

(Beifall)

Das werden wir nicht akzeptieren. Angela Merkel hat heute gesagt, wenn der Bundespräsident das Zuwanderungsgesetz unterschreibt, wird die Union das Bundesverfassungsgericht anrufen.

Aber was noch wichtiger ist als diese juristische Auseinandersetzung, ist die Tatsache, dass wir dieses Zuwanderungsgesetz in der Sache ablehnen; denn mit ihm werden falsche Prioritäten gesetzt und falsche Weichenstellungen vorgenommen. Wir wollen nicht, dass unter dem Deckmantel „Zuwanderung steuern und begrenzen“ mehr Zuwanderung erfolgt. Wir wollen vielmehr Zuwanderung wirklich steuern und begrenzen. Auf dem Gesetz steht Begrenzung drauf und drin ist mehr Zuwanderung. Das ist die Wahrheit über dieses Zuwanderungsgesetz.

Wir merken es bei der PISA-Studie, welchen Einfluss gerade der Anteil der Ausländer hat. Liebe Freunde, wir wollen, dass die Kinder mit sechs Jahren hier sind. Das wird verunglimpft. Es hat aber mit sozialem Verhalten nicht das Geringste zu tun, wenn in Zusammenhang mit dem Familiennachzug ein höheres Alter ausgesucht wird. Man tut den Kindern doch keinen Gefallen. Die haben doch nur eine Chance, wenn sie bei uns die Schulbildung und Ausbildung erhalten haben. Sonst laufen sie wie auf Schienen in die Arbeitslosigkeit und in die Sozialhilfe. Das wollen wir nicht für die Zukunft.

(Beifall)

Die Arbeitslosigkeit der in Deutschland lebenden Ausländer ist prozentual doppelt so hoch wie die der Deutschen. Inzwischen sind 20 Prozent der jungen Türken ohne Hauptschulabschluss, 40 Prozent ohne Berufsausbildung. Wir können das nicht weiter hinnehmen. Wir müssen mehr für die Integration tun. Wenn wir das aber wollen, müssen wir zunächst einmal darauf achten, dass die Zuwanderung nicht noch weiter steigt. Vielmehr müssen wir uns zunächst um die kümmern, die hier sind.

(Beifall)

Wir haben in dem Zusammenhang im letzten Jahr die Diskussion über die Leitkultur gehabt. Der eine mag das Wort und der andere mag es nicht. Aber im Grunde ist das völlig egal. Was wir klipp und klar sagen müssen, ist, was dahinter stand: Wer hier in Deutschland dauerhaft leben will – ob Ausländer oder Deutscher –, muss nicht nur die Verfassung und die Gesetze beachten, sondern auch unsere Bräuche und Traditionen akzeptieren und sich danach richten.

(Beifall)

Sie wissen ja, ich war letztes Jahr an der Diskussion über das Nationalbewusstsein beteiligt. Lassen Sie mich das einmal mit einem Bild verdeutlichen: Alle Kommunalpolitiker, die hier sitzen, engagieren sich für ihre Stadt bzw. Gemeinde, weil sie sie lieben. Ich kann mir einfach nicht vorstellen, dass ein Bundespolitiker Politik für sein Land machen kann, wenn er Deutschland, sein Vaterland, nicht liebt. Sonst macht er es nur aus reinem Machtstreben und um der Karriere willen. Das wollen wir nicht.

(Beifall)

Liebe Freunde, bereits im Frühjahr vergangenen Jahres haben wir die vorbereitenden Planungen unseres Wahlkampfes aufgenommen. Der Vorteil unseres Wahlkampfes ist: Wir haben alle unsere Planungen durchgehalten, manchmal auch gegen Kritiker aus den eigenen Reihen. Sie haben sich als richtig herausgestellt. Im Gegensatz zur SPD – und das darf ich an dieser Stelle sagen: auch zur FDP – haben wir unsere Strategie durchgehalten. Wir fahren keinen Zickzackkurs, sondern wir fahren geradlinig und unbeirrt Richtung Ziel.

An der Stelle kurz ein Wort in Richtung FDP. Ich hoffe, dass sich die FDP bald von der Krankheit erholt, die sie befallen hat. Sie wissen ja, die kränkeln zurzeit alle auf Grund des so genannten „Möller-Virus“. Das ist die Krankheit, die man bekommt, wenn man zu lange in der Luft gewesen ist.

(Beifall)

Die werden sich hoffentlich bald erholen. Dann werden sie feststellen, dass sie ihre Strategie überprüfen müssen, dass es zu Ende ist mit dem Spaßwahlkampf und dass es darum geht, Kompetenz zu zeigen. Das ist die Wahlkampflinie, die wir eingeschlagen haben.

Unsere Wahlkampforganisation läuft rund. Es hat sich ausgezahlt, dass wir die Bundesgeschäftsstelle frühzeitig umstrukturiert haben. Es hat sich auch ausgezahlt, dass wir mit unserem Partner McCann-Erickson eine namhafte Agentur direkt in unsere Organisation eingebaut haben. Ich muss mich hier für die gute Zusammenarbeit bedanken.

Wir führen einen sehr koordinierten Wahlkampf. Ich sage das auch ausdrücklich an die Adresse von Michael Glos und Thomas Goppel. Er ist auch sehr stark koordiniert zwischen CDU und CSU; Angela Merkel hat vorhin schon darauf hingewiesen. Die Zusammenarbeit könnte wirklich besser nicht sein.

(Beifall)

Wir führen auch einen sehr stark koordinierten Wahlkampf mit der Basis der Partei. Wir haben frühzeitig die Landesgeschäftsführer und die Generalsekretäre einbezogen. Wir haben jetzt in den Kampagnekonferenzen alle Funktionsträger, die es wollten, umfänglich informiert. Ich glaube, dass diese Information gut angekommen ist.

Wir führen einen klaren Wahlkampf. Wir haben starke Argumente, die überzeugen. Um diese Argumente auch richtig an den Mann zu bringen, ist es wichtig, dass wir uns im Rahmen dieser koordinierten Wahlkampfleitung auch absprechen. Die regelmäßigen Treffen im Team 40 plus, die täglichen Telefonkonferenzen, die Zusammenarbeit mit der Fraktion und zwischen CDU und CSU zahlen sich aus. Die Union spricht mit einer Stimme. Und das ist wichtig in diesem Wahlkampf. Wir haben in den letzten Monaten einen noch nie da gewesenen Rekordwert in Sachen Geschlossenheit von CDU und CSU erreicht. Darauf können wir stolz sein.

(Beifall)

Wir führen einen modernen Wahlkampf mit ansprechenden Werbelinien. Die Botschaft muss immer auch zeitgemäß umgesetzt werden. Wir sind im Onlinewahlkampf führend. Selbst die Friedrich-Ebert-Stiftung hat dies in einer Untersuchung ermittelt – und das alles vor dem Hintergrund, dass unser Wahlkampf-Budget ausgesprochen gering ist. Mit den neuen Wahlkampfseiten haben wir sogar noch einmal nachgelegt.

Dennoch: Wir haben rund ein Drittel weniger Mittel zur Verfügung als im letzten Bundestagswahlkampf. Auf der anderen Seite können die Sozialdemokraten doppelt so viel Geld ausgeben wie wir. Was die SPD in den letzten Wochen an Anzeigen geschaltet hat, ist mehr, als wir im gesamten Bundestagswahlkampf schalten können. Da aber die Anzeigen der SPD von einer solch miserablen Qualität sind, sage ich mir bei jeder Anzeige: Hopp, schon wieder 240.000 Euro weniger. Dieses Geld kann die SPD für andere Maßnahmen nicht mehr einsetzen. In diesem Fall passt der Spruch: Und das ist auch gut so.

(Beifall)

Liebe Freunde, ich darf Sie bitten, folgende Botschaft mit in die Wahlkreise zu nehmen. Bitte sagen Sie unseren Mitgliedern und all unseren Freunden und Anhängern, dass sie in der heißen Phase nicht nervös werden sollen, wenn die SPD mehr Anzeigen schalten und mehr Fernsehspots buchen kann als wir. Wahlen werden nicht durch Geld, sondern durch Argumente gewonnen. Wir haben die besseren Argumente. Deswegen fühlen wir uns stark.

(Beifall)

Lassen Sie mich ein Wort zu der für uns völlig überraschenden Entscheidung des Berliner Oberverwaltungsgerichts sagen, das in Bezug auf die 21 Millionen Euro anders entschieden hat als das Verwaltungsgericht. Wir können feststellen: Erstens. Unser Wahlkampf ist durch diese Entscheidung nicht bedroht. Zweitens. Wir werden alle Rechtsmittel ausschöpfen, die uns bleiben. Um es in der Fußballsprache zu sagen: Es steht jetzt 1 : 1 und wir gehen in die Verlängerung. So weit zu diesem Thema, damit Sie es in den Kreisverbänden ansprechen können.

Wir haben viel weniger Geld und viel weniger Mitarbeiter als die SPD. Dennoch haben wir es geschafft, die Debatten zu bestimmen. Den Kampf um die Themenhoheit haben wir in den letzten Wochen und Monaten gewonnen. Ich möchte von dieser Stelle – ich bin sicher, Sie stimmen mir zu, dass das angebracht ist – unserer hoch motivierten und disziplinierten Truppe in der Geschäftsstelle ein herzliches Dankeschön aussprechen.

(Beifall)

Wir haben in der Geschäftsstelle eine tolle Truppe. Die Arbeit macht richtig Spaß und die Arbeitsatmosphäre ist prima. Ich bin stolz auf diese Mitarbeiter und auf ihr Engagement. Die Truppe ist im Durchschnitt 36 Jahre jung. Wenn Sie abends um 22 Uhr bei uns anrufen, werden Sie mit Sicherheit noch einige von uns erreichen, die bei der Arbeit sind. Ich finde, es ist eine tolle Leistung, die hier erbracht wird – und das ohne jeden Druck, sondern aus eigenem Antrieb, weil wir diesen Wahlkampf gewinnen wollen.

(Beifall)

Die SPD ist nervös; sie wechselt ständig ihre Strategie. Erst wollten sie unseren Kanzlerkandidaten in die rechte Ecke rücken. Gescheitert. Dann wollten sie ihn als Kreidefresser darstellen. Gescheitert. Dann hieß Schröders Losung „Ich oder er“. Gescheitert. – Das war auch ein bisschen früh; er wollte diese Losung erst in den letzten Wochen des Wahlkampfes ausgeben. – Die nächste Losung hieß „Wir oder die“. Auch das ist schon wieder vergessen. Jetzt wollen sie Angst vor dem politischen Gegner machen. Das ist das Schüren von sozialer Angst. Liebe Freunde, auch diese Strategie ist zum Scheitern verurteilt, weil wir gar nicht dieser miesen Propaganda entsprechen und von dem Bild weit weg sind, das die Sozialdemokraten über uns verbreiten wollen.

In den letzten Wochen ist klar geworden: Der Mythos „Kampa“ ist Geschichte. Müntefering und Co. zeichnen ein Zerrbild von Edmund Stoiber, als wenn er sich jeden Morgen zum Frühstück erst einmal zwei Arbeitnehmer sozusagen reinziehen würde. Das ist doch lachhaft bei einem Mann, der in seinem Bundesland über 50 Prozent der Stimmen der Gewerkschaftsmitglieder erhält. Die Sozialdemokraten sollten erst einmal selber an die Arbeit gehen, ehe sie auf diese Art und Weise Menschen verunglimpfen.

(Beifall)

Es gibt noch einen weiteren kleinen, aber wichtigen Unterschied. Unser Kanzlerkandidat hält beim DGB und beim BDI dieselben Reden. Das kann man von Gerhard Schröder nun wirklich nicht behaupten. Deshalb stimmt, was wir sagen: Edmund Stoiber ist kantig, echt und erfolgreich. Das ist die Einheit von Wort und Tat, die man bei dem Bundeskanzler Schröder vermisst. Ich habe schon ein Versprechen abgegeben: Wir werden uns in den Gremien gemeinsam bemühen, dass er auch nach der Wahl weiter im Einsatz bleiben kann. Wir werden uns dafür einsetzen, dass er eine Talkshow im öffentlich-rechtlichen Fernsehen bekommen wird.

Im SPD-Programm steht auf Seite 1: „Gerhard Schröder zeigt, dass er das Leben mag.“ Das hat mich an meine Zeit in der Industrie erinnert. Wenn sich jemand bei uns beworben hatte, dann war das nicht gerade ausreichend, wenn allein im Zeugnis stand, dass er sympathisch und bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sehr beliebt wäre. Wenn dagegen in dem Zeug-

nis stand, er sei kompetent, tatkräftig und gewohnt, im Team zu arbeiten, dann war das eine sehr gute Beurteilung. Liebe Freunde, wenn Sie als Mittelständler einen Mitarbeiter einstellen wollten, dann wäre Ihnen vielleicht derjenige, der das Leben liebt, sympathisch. Aber einstellen würden Sie doch den, der kompetent und tatkräftig ist und der im Team arbeiten kann. Das ist doch wohl klar.

(Beifall)

Mit unserer Sachbotschaft und mit Edmund Stoiber als Kanzlerkandidaten wenden wir uns an eine übergreifende Zielgruppe, die nicht durch Alter oder gesellschaftliche Stellung begrenzt wird. Wir wollen alle ansprechen, die bereit sind, etwas zu leisten – für sich und für andere. Wir wollen alle ansprechen, die selbst als Leistungsträger angesprochen werden möchten. Wir wollen alle ansprechen, die für ihre Leistung eine gewisse Sicherheit erwarten. Wir wollen schließlich die ansprechen, die für ihre Lebensleistung im Alter Anerkennung erwarten. Das sind unsere Zielgruppen.

Unsere Botschaft „Leistung und Sicherheit“ richtet sich an die Sekretärin, den Handwerker, den Manager, den Studenten, die Existenzgründerin und den Rentner. Wir sprechen auch alle die an, die bei Rot-Grün hinten heruntergefallen sind. Das sind die Jungen wie die Alten. Das sind die Familien, die Mittelständler und die Menschen in den neuen Ländern. Ich möchte zu diesen Gruppen ein paar Worte sagen.

Ich komme zunächst zur Jugend. In den Unterlagen der SPD steht, man habe die Jugendarbeitslosigkeit abgebaut. Das ist doch der reinste Hohn. Wenn man erlebt, was beispielsweise in Nordrhein-Westfalen im Bereich der Schulbildung passiert, dann weiß man, warum die Jugendarbeitslosigkeit gestiegen ist. Gerade in dem letzten Monat Mai ist die Jugendarbeitslosigkeit gegenüber dem letzten Vorjahresmonat dramatisch gestiegen. Wenn man sieht, dass in Bayern ein Schüler bis zum neunten Schuljahr 1000 Unterrichtsstunden mehr erhält als ein Schüler in Nordrhein-Westfalen – das ist ein gesamtes Schuljahr –, dann muss man sagen: Eine Landesregierung wie die in Nordrhein-Westfalen, die so etwas zulässt, versündigt sich an der Zukunft unserer Kinder.

(Beifall)

Es ist auch kein Zufall, dass die Situation in den unionsgeführten Bundesländern auch im Bildungsbereich deutlich besser ist. Das ist genauso wie bei der inneren Sicherheit, beim Wirtschaftswachstum, bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und beim Schuldenabbau: In jedem Bereich sind die unionsregierten Länder besser als die SPD-regierten Länder. CDU-Politiker in den Ländern und im Bund können es einfach besser. Das ist unsere Botschaft an die Menschen.

(Beifall)

Liebe Freunde, ein Drittel der Wählerschaft ist älter als 60. Es soll sich keiner vormachen, wir hätten eine Art Dauerabo auf diese Stimmen. Die Menschen entscheiden nach ihrer eigenen Befindlichkeit und nach der Politik, die wir für sie machen. Deswegen dürfen wir die Menschen mit dem Renteneintritt nicht abschreiben. Wir dürfen nicht zulassen, dass die Rente für diese Menschen eine bloße Verteilmasse wird.

Liebe Freunde, wir dürfen nicht zulassen, dass in unserem Gesundheitswesen langfristig Zustände, wie in England, eintreten. Da bekommt man nämlich ab einem bestimmten Alter eine notwendige Operation nicht mehr, weil es sich nicht mehr lohnt, um es ganz brutal zu sagen. Das wird es mit der CDU/CSU in Deutschland nicht geben.

(Beifall)

Bundeskanzler Schröder und die SPD haben sich auf ihrem Parteitag auch mit Familienpolitik beschäftigt. Meine Damen und Herren, liebe Freunde, ich möchte zunächst einmal sagen, dass sich hier ein Fall von Wählertäuschung in diesem Wahlkampf anbahnt. Es wird versprochen – das ist ein riesengroßes Versprechen der Sozialdemokraten -, man werde nach der nächsten Wahl in der Legislaturperiode vier Milliarden Euro für zusätzliche Betreuungsmöglichkeiten und für Ganztagschulen ausgeben. Liebe Freunde, wissen Sie, was das, wenn man das einmal herunterrechnet, für Ihre Heimatkreise, für Ihre Städte bedeutet? Das bedeutet für jede Schule 25.000 Euro im Jahr. Davon kann man noch nicht einmal Mittagessen bezahlen, geschweige denn die Lehrer oder den Ausbau der Schulen. Das mag vielleicht für das Saarland reichen, aber nicht für Deutschland. Wollen sie die Wähler in Deutschland veralbern oder ist das, was den Wählern angeboten wird, wirklich ernst gemeint? Es wird darauf gesetzt, dass man wenn man eine Milliarde hört, nicht mehr richtig herunterrechnet. Diese Aufgabe müssen wir übernehmen.

Wir werden und in der Familienpolitik einen großen Schwerpunkt setzen. Ich war ganz glücklich, dass der Familienpolitik für Edmund Stoiber keine Pflichtaufgabe ist, sondern eine Herzensangelegenheit.

(Beifall)

Worum geht es? Es geht nicht darum, dass sich die Politik in die Entscheidungen der Familien einmischt. Die Politik hat bei der Entscheidung, wie Familien leben wollen, nichts zu suchen. Die Entscheidung, wie Familien ihr Leben organisieren wollen, ist ausschließlich Sache der Eltern und der Kinder. Politik hat nur die Aufgabe, Möglichkeiten zu schaffen, dass Frauen, insbesondere junge Frauen, Beruf und Familie zu vernünftigen Bedingungen unter einen Hut bringen können oder dass sich die Eltern entscheiden können, dass sich einer ausschließlich um die Kinder kümmert. Beide Entscheidungen sind gleichwertig und müssen möglich gemacht werden. Entscheiden aber müssen das die Familien ganz allein.

(Beifall)

Nun zu den Menschen im Osten und der Drohung von Gerhard Schröder Chefsache Ost: Das Wachstum dort ist schwächer als in den alten Bundesländern. Die Schere geht im Gegensatz zu den Zeiten der Regierung Kohl auseinander. Die Arbeitslosigkeit ist so hoch, wie noch nie seit der Wiedervereinigung. Die Chefsache Ost ist endgültig zur Bedrohung für die Menschen geworden. Viele junge Menschen haben aus dieser Situation leider schon Konsequenzen gezogen, haben ihre Koffer gepackt und sind in den Westen gegangen, um dort Arbeit zu suchen und zu finden.

Dass vernünftige Politik und Wahlerfolge der CDU hier etwas verändern können, dafür habe ich für Sie ein wunderschönes Beispiel zum Weitererzählen, und zwar aus der Berichterstat-

tung im Fernsehen über die großartige Wahl in Sachsen-Anhalt, in die wir alle – ich danke allen noch einmal, die sich daran beteiligt haben – viel Kraft investiert haben. Es wurde ein junger Mann auf der Straße angesprochen, wie seine Reaktion auf das Wahlergebnis in Sachsen-Anhalt sei. Der junge Mann hat in die Fernsehkameras hinein gesagt: „Ich habe sofort meine Frau angerufen und habe ihr gesagt: Schatz, pack die Koffer wieder aus. Wir bleiben in Sachsen-Anhalt, wir werden es jetzt hier schaffen“. Das ist die Botschaft, die von unserem Wahlsieg ausgegangen ist.

(Beifall)

Liebe Freunde, die Programmarbeit, die unter der Führung von Angela Merkel geleistet worden ist und die sich in unserem Regierungsprogramm „Leistung und Sicherheit“ niederschlägt, hat sich ausgezahlt. Wir wollen den Menschen substanzielle Antworten auf ihre Fragen geben. Wir wollen Leistung belohnen und attraktiv machen und zugleich Sicherheit schaffen; dem haben wir uns für die kommenden Jahre verpflichtet. Deshalb lassen Sie mich einen Zusammenhang ansprechen, weil er in der Berichterstattung leider Gottes so nicht herausgekommen ist.

Eine echte Steuerreform und die Reform der sozialen Sicherungssysteme gehören zusammen. Das eine ist ohne das andere nicht möglich. Wir haben einmal Folgendes ausgerechnet: Ein Arbeitnehmer in Deutschland, der im Jahr 33.000 Euro verdient, müsste bis heute, 17. Juni, arbeiten, um nur Steuern und Abgaben zahlen zu können. Erst ab morgen verdient er in die eigene Tasche. Schon bei 33.000 Euro pro Jahr ist die Belastung so hoch, dass er erst ab morgen in die eigene Tasche arbeitet. Können Sie mir einmal sagen, wie man einem solchen Arbeitnehmer wirklich zumuten kann und wie er es leisten soll, dass er in größerem Maße private Altersvorsorge betreibt? Wir müssen doch zunächst einmal mit den Steuern herunter, bevor wir unsere Mitbürger auffordern können, einen größeren Teil an privater Altersvorsorge beizutragen. Die Zusammenhänge sind doch eindeutig. Das kann sich ein Durchschnittsverdiener sonst gar nicht leisten, das in dem Maße aufzubringen. Deshalb gehören Steuerreform und Reform der sozialen Sicherungssysteme unabdingbar zusammen. Wenn Herr Schröder sagt: „Eine Steuerreform ist nicht finanzierbar“, aber er will den Menschen trotzdem eine private Altersversorgung abverlangen, dann zeigt das nur: Wir haben eine andere Einstellung zu sozialer Politik für die Menschen in Deutschland als die derzeitige Regierung.

(Beifall)

Liebe Freunde, einer der Punkte unseres Regierungsprogramms, der viel diskutiert wird, ist das Projekt 3 x 40. Nun muss man einmal, damit es keine Missverständnisse gibt – der eine oder andere hat das vielleicht nicht richtig nachgelesen -, darauf hinweisen, dass das im Zeit-horizont ganz unterschiedliche Programmpunkte sind. Die Punkte Spitzensteuersatz unter 40 Prozent und Eingangssteuersatz unter 15 Prozent wollen wir in der nächsten Legislaturperiode erledigt haben. Das steht in der nächsten Legislaturperiode an. Sozialversicherungsbeiträge unter 40 Prozent ist ein mittelfristiges Ziel. Ob wir das in der nächsten Legislaturperiode erreichen, muss man sehen, wenn ja, ist das gut. Aber wir legen uns da nicht fest. Es sind riesige Anstrengungen nötig, um das zu erreichen. Staatsquote unter 40 Prozent ist ein langfristiges Ziel. Bei dem Misserfolg, den diese Regierung gehabt hat, wird man knapp zehn Jahre brauchen, um dieses Ziel zu erreichen.

Als Gerhard Schröder auf dem DGB-Kongress zur Staatsquote gesagt hat, wir, die CDU/CSU, setzen die Abrissbirne an die Grundmauern des Sozialstaates und damit an die Zukunft unseres Landes, fing ich wirklich an, mir allen Ernstes Sorgen um das Gedächtnis dieses Mannes zu machen. Entweder hat er ein schlechtes oder gar kein Gedächtnis, oder er lügt frech drauf los. Denn er hat vor drei Jahren noch selber vorgetragen, dass es sein Ziel ist, dass er die Staatsquote unter 44 Prozent drücken will. Das wollte er schon im Jahre 2000 erreichen. Liebe Freunde, versprochen – gebrochen, auch in diesem Bereich. Dieser Bundeskanzler Gerhard Schröder hat es eben nicht geschafft und jetzt versucht er, andere zu verunglimpfen. Das lassen wir nicht zu.

(Beifall)

Liebe Freunde, im ersten Jahr einer CDU/CSU-Regierung werden vier finanzwirksame Maßnahmen anstehen:

Erstens – Angela Merkel hat es vorhin angesprochen -: Die Ökosteuer wird zum 1. Januar 2003 nicht erhöht werden.

Zweitens: die Einführung unseres so genannten Dreisäulenmodells. In diesem Zusammenhang möchte ich in erster Linie den Punkt „400-Euro-Verträge“ ansprechen. Wir werden die alte 630-DM-Regelung im Prinzip wieder einführen. Man kann in Deutschland in Zukunft wieder bis zu 400 Euro steuerfrei hinzuverdienen. Der Arbeitgeber zahlt einen Steueranteil von 20 Prozent. Dieses Geld wird an die Sozialversicherungssysteme abgeführt. Die Menschen, die hinzuverdienen wollen, sind alle fleißig. Es sind doch keine Großverdiener, sondern normale Arbeitnehmer, die ein bisschen etwas zuverdienen wollen, damit sie sich mit den Kindern einen Urlaub leisten oder ein paar Sachen zusätzlich kaufen können. Wir werden das wieder möglich machen in Deutschland. Das ist für die Vereine, für die Verbände und für die Menschen gut.

(Beifall)

Was den zweiten Teil des Dreisäulenmodells angeht: Heute Morgen hat es wegen einer Äußerung von Friedrich Merz Verwirrung gegeben. Ich verstehe diese Verwirrung überhaupt nicht. Arbeitslose, die eine Arbeit annehmen, deren Nettolohn bisher bezogene Sozialleistungen nicht erreicht, sollen einen Aufstockungsbetrag erhalten. Aber wer sich dann weigert, eine Arbeit anzunehmen, der wird mit Kürzungen seiner Sozialleistungen rechnen müssen.

(Beifall)

Auch wenn es vor wenigen Jahren noch ein Tabu war, müssen wir in diesem Wahlkampf immer wieder folgenden Satz sagen: Wer in Deutschland arbeitet, der muss mehr Geld in der Tasche haben als der, der nicht arbeitet.

Drittens: die Anrechnung von Kinderbetreuungskosten. Wir werden das schon zum 1. Januar 2003 in einem Rahmen zwischen 1 000 Euro und 5 000 Euro wieder möglich machen.

Viertens. Die frohe Botschaft an alle Kommunalpolitiker lautet: Die Gewerbesteuerumlage wird auf den alten Stand zurückversetzt. Für die Kommunen gibt es ab dem 1. Januar 2003 drei Milliarden Euro zusätzlich.

(Beifall)

Wir müssen im Jahr 2003 die Spielräume für mehr Wachstum und Beschäftigung schaffen. 2004 können wir dann mit Maßnahmen wie der Steuerreform anfangen.

Zurzeit wird die wirtschaftliche Stimmung in Deutschland nach meiner festen Überzeugung leider noch falsch dargestellt. Wer sich mit Mittelständlern vor Ort, aber auch mit den großen Unternehmern unterhält, der stellt fest: Die Lage ist schlechter, als in den Medien berichtet wird. Das lässt sich zum Teil auch mit der Situation der Medien erklären. Die Verlagshäuser sind selbst in Schwierigkeiten. Es ist ganz sicher so, dass auch über kleinste positive Signale relativ groß berichtet wird. Wir haben dafür Verständnis.

Wenn Herr Schröder aber so tut, als wenn das Wirtschaftswunder sozusagen vor der Tür stehe, dann müssen wir wirklich darauf hinweisen, wie sehr sich die Situation geändert hat: Früher hatte der amerikanische Präsident den Kanzler Helmut Schmidt aufgerufen, und ihm gesagt, Deutschland müssten etwas für den Aufschwung der Weltwirtschaft tun; heute schaut die Regierung aus SPD und Grünen nur noch in Richtung USA, in der Hoffnung, dass von dort irgendeine Hilfe kommt; denn man ist nicht in der Lage, selbst etwas für Deutschland zu tun.

Wir müssen das ändern. Wir in Deutschland müssen selbst aktiv werden. Deutschland kann damit nicht zufrieden sein, Schlusslicht in Europa zu sein. Wir wollen wieder in die Spitzengruppe. Das ist das Ziel unserer Wirtschaftspolitik in den kommenden vier Jahren.

(Beifall)

Lassen Sie mich noch einen sehr ernsten Punkt für die kommenden drei Monate des Wahlkampfes ansprechen. Wir haben einen harten Wahlkampf zu erwarten. Worum geht es im Kern? Weshalb werden Rote und Grüne mit Zähnen und Klauen um die Macht kämpfen? Es geht im Kern darum, dass bei dieser Wahl entschieden wird, ob das Projekt der 68-er zu Ende ist, ob es als Fußnote in die Geschichte eingehen wird. Das ist die wahre Entscheidung dieser Bundestagswahl. Bei SPD und Grünen hatte man sich das Projekt der 68-er als Generationenprojekt vorgestellt. Der Durchmarsch durch die Institutionen schien gelungen angesichts all der Größen, die heute der Regierung angehören.

In der Realität ist es nicht so, dass in Deutschland irgendetwas ökologischer, gewaltfreier oder gar sozial gerechter geworden wäre. Die Realität ist anders. Die ursprüngliche Identität der 68-er ist in beiden Parteien, sowohl in der SPD als auch in der Partei der Grünen, regelrecht pulverisiert worden. SPD und Grüne werden – ich sage es Ihnen voraus – schwere Zerreißproben durchmachen, wenn die Regierungsmacht weggefallen sein wird. Das wissen sie. Sie haben das Scheitern vor Augen. Deshalb müssen wir darauf achten, dass die kommenden Angriffe von uns entsprechend eingestuft werden. Wenn einer von uns in den kommenden drei Monaten angegriffen wird, dann müssen wir zusammenstehen und jeder muss den anderen verteidigen. Jeder von uns, der angegriffen wird, hat ein Recht darauf, dass wir zusammenstehen.

(Beifall)

Die eigentlich entscheidende Frage ist nach meiner festen Überzeugung nicht mehr, ob wir vor der SPD liegen werden. Wir werden nach dieser Bundestagswahl vor der SPD liegen! Die entscheidende Frage ist: Liegen CDU/CSU und FDP vor Rot-Rot-Grün? Liebe Freunde, Gregor Gysi hat erklärt, dass seine Partei als Unterstützung für die SPD zur Verfügung steht. Machen wir uns nichts vor: Wenn es erforderlich sein wird, dann werden die Leute um Schröder und Müntefering alles versuchen, um eine Regierung – auch mit Unterstützung der PDS – zustande zu bringen. Ich glaube Herrn Müntefering und Herrn Schröder in dieser Beziehung kein einziges Wort mehr.

(Beifall)

Wir müssen den Menschen sagen, was los ist. Es macht keinen Sinn, darüber hinweg zu sehen, weil man es vielleicht gar nicht für möglich hält. SPD und Grüne werden es tun; sie werden es versuchen, wenn sich die Möglichkeit dazu ergibt.

Wir haben in den vergangenen Jahren festgestellt: Selbst wenn bei der SPD fast gar nichts funktioniert hat, so hat doch die „Abteilung Schmutz“ in ihrer Bundesgeschäftsstelle nahezu immer funktioniert. Das Schlimmste, was unsere Mitglieder in den vergangenen vier Jahren über sich ergehen lassen mussten, waren die üblen Beschimpfungen und Verleumdungen der Strucks, Münteferings und Stieglers, all dieser SPD-Politiker. Ob Leuna oder die inszenierte Aktenaffäre des Herrn Hirsch, das alles hatte nur ein einziges Ziel: Man wollte der CDU schaden und die CDU kaputtmachen. Dabei hat sich die SPD moralisch auf ein sehr hohes Ross gesetzt. Jetzt wundert sie sich darüber, wie tief sie fällt. Aus Wahlkampfgründen ist der Untersuchungsausschuss des Bundestages sogar nach Kanada geflogen. Man hat dieses Parlamentsgremium missbraucht und instrumentalisiert, um von einem mit Haftbefehl gesuchten Mann in Kanada irgendwelche Auskünfte zu bekommen. Ich finde das, was die SPD da macht, unanständig und unerträglich. Wir werden das nicht hinnehmen.

(Beifall)

Dabei hätten die Sozialdemokraten in ihren eigenen Reihen so viel zu tun. Angela Merkel hat schon vorhin auf Saarbrücken und Schleswig-Holstein hingewiesen. Ich sage Ihnen: Ich kenne die ganzen Strickmuster aus meiner Zeit als NRW-Fraktionsvorsitzender. Es ist immer dasselbe: Es wird abgestritten und abgewiegelt, solange es geht. Man täuscht und versucht, dichtzumachen, bis es nicht mehr länger geht. Das hat Herr Müntefering schon in Nordrhein-Westfalen getan und das macht er jetzt auf der Bundesebene wieder. Wie wir inzwischen wissen, handelt es sich in Köln wirklich um Korruption.

Ich will noch etwas zur moralischen Qualität der ganzen Argumentation der SPD sagen. Lassen wir einmal die Finanzgeschichten und die Korruptionsgeschichte vor der Tür. Genauso schlimm wie diese beiden Punkte, die an sich schon schlimm genug sind, ist Folgendes: Wie kann es überhaupt in einer Partei, die etwas auf sich hält, möglich sein, dass ein Mann wie Herr Wienand als Türöffner für Firmen dient? Es ist doch unglaublich, dass ein solcher Mann, ein verurteilter DDR-Spion, Türen für die SPD bei Unternehmen öffnet.

(Beifall)

Was hält diese Partei eigentlich noch von sich? Was ist aus dieser stolzen SPD geworden?

Liebe Freunde, wir haben die SPD-Strategie mehrfach durchbrochen. Wir haben sie gezwungen, ihre Strategie zu ändern. Wir haben sie vor dem Hintergrund ihrer gebrochenen Versprechen und ihres Geredes von der ruhigen Hand sowie angesichts der Situation, dass wir als Schlusslicht in Europa dastehen, sicher in eine für sie argumentativ schwierige Lage gebracht. Wir sagen deutlich: Es ist Zeit für Taten. Das passt zu Edmund Stoiber und zu unserer Politik. Wir werden uns nicht beirren lassen. Wir werden einen klaren Kompetenzwahlkampf um die Frage führen, wer Deutschland besser regieren kann. Unser Regierungsprogramm, das Kompetenzteam und unser Kanzlerkandidat Edmund Stoiber sind unsere Antworten auf vier Jahre Rot-Grün in Deutschland.

(Beifall)

Liebe Freunde, lasst mich auf den wichtigsten Punkt zurückkommen: Der Wahlkampf endet am 22. September abends um 18 Uhr und keine Stunde eher. Mögen die Meinungsumfragen noch so gut sein, bis zum 22. September abends muss die gesamte CDU kämpfen. In den Kreisverbänden, wird mir noch zu wenig getan. Angesichts all der Euphorie, die da ist, fühlt sich manch einer schon zu sicher. Lasst uns gemeinsam kämpfen. Wir werden ein Riesenaufgebot haben. Die ganze Partei in ihrer Breite und Spitze, alle, werden mit riesigem Engagement in diesen Bundestagswahlkampf gehen. Es geht jetzt aber auch darum, dass man sich nicht vor Ort hinsetzt und nach Art des Aufsichtsrates schaut, was die an der Spitze machen, ob die es richtig machen und ob das alles richtig funktioniert. Die organisatorischen Voraussetzungen sind getroffen. Wir dürfen jetzt alles machen. Beim Kämpfen nachlassen dürfen wir auf keinen Fall.

(Beifall)

Liebe Freunde, wir alle werden in der kommenden Zeit viel unterwegs sein, auf Straßen, auf Plätzen, in Betrieben, bei Festen und bei Freunden. Unser Regierungsprogramm ist das beste Argument. Es stellt eine klare Alternative zu Rot-Grün dar. Wir haben auch die besseren Köpfe. Ich bin davon überzeugt, wir werden gemeinsam mit Angela Merkel und Edmund Stoiber unser Land nach vorne bringen. Es ist Zeit für Taten! Lassen Sie uns handeln! – Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall)

Christian Wulff, Tagungspräsidium: Lieber Laurenz Meyer, herzlichen Dank aller Delegierten und der gesamten Partei für den gewaltigen Einsatz, den du als Generalsekretär zeigst und vor allem für das hohe Maß an Geschlossenheit zwischen CDU und CSU. Das hängt maßgeblich von den Generalsekretären und der Zusammenarbeit zwischen den Parteizentralen ab. Das wissen alle hier. Auch das Regierungsprogramm geht wesentlich auf deine Bemühungen zurück. Herzlichen Dank dafür. Viel Erfolg, insbesondere für uns alle am 22. September.

(Beifall)

Wortmeldungen zur allgemeinen Aussprache zum Bericht des Generalsekretärs liegen uns nicht vor, sodass ich die Aussprache mit Ihrem Einverständnis, welches ich im Saal erkennen kann, beschließe.

Ich gehe jetzt unverzüglich zu TAGESORDNUNGSPUNKT 7 über:

GRUSSWORTE

Sie wissen, dass wir in diesen Tagen in Europa eine wahre Erfolgsgeschichte der Europäischen Volkspartei erleben und dass nach Portugal, den Niederlanden und am gestrigen Sonntag Frankreich Land für Land zur freiheitlichen demokratischen Mitte in Europa zurückkehrt und die bürgerlichen Parteien in Europa sich wieder auf Mehrheiten stützen können. Daran hat der Präsident der Europäischen Volkspartei, unser Freund Wilfried Martens, ganz wesentlichen Anteil. Als ehemaligem Ministerpräsident Belgiens hätten wir ihm gewünscht, dass heute Belgien gegen Brasilien gewonnen hätte. Da wir das aber nicht einrichten konnten, wollen wir zumindest dazu beitragen, dass in Deutschland wieder die CDU und damit die EVP regiert. Lieber Wilfried Martens, Sie haben das Wort. Schön, dass Sie heute hier den ganzen Tag unser Gast sind. Wir freuen uns, dass wir mit Ihnen den Präsidenten der EVP in Deutschland, in Frankfurt, zu Gast haben.

(Beifall)

Wilfried Martens, Präsident der Europäischen Volkspartei: Liebe Angela Merkel! Lieber Helmut Kohl! Liebe Freunde der CDU Deutschlands! Ich danke Ihnen herzlich für die Einladung und die Gelegenheit, einige Worte an Sie richten zu können. Die CDU Deutschlands ist die größte Mitgliedspartei der EVP. Daher haben für mich Ihre Parteitage immer eine besondere Bedeutung. Die CDU hat nicht nur aufgrund ihrer Größe, sondern auch aufgrund ihrer Stellung in der politischen Mitte eine entscheidende Funktion in unserer politischen Familie. Sie, liebe Angela Merkel, haben diese wichtige Rolle von Anfang an erkannt und sich in unsere Arbeit engagiert eingebracht. Dafür danke ich Ihnen sehr herzlich.

(Beifall)

Liebe Freunde, für unsere politische Familie spielen die Menschenwürde und unser Verhältnis zur Geschichte eine wichtige Rolle. Daher gedenken wir am heutigen Jahrestag des Volksaufstandes in der DDR aller Opfer. Freiheit und Menschenwürde sind die Werte, die viele von uns für die politische Arbeit motiviert haben. Die Europäische Volkspartei und die CDU haben ein gemeinsames Konzept: die Idee von einer großen Partei der Mitte. Ich möchte hinzufügen: Es ist ein Konzept mit Zukunft. Neue Mitte und New Labour lassen sich nicht von Marketingexperten schaffen; sie hatten nur eine esoterische Existenz.

(Beifall)

Am Ende stand hinter flotten Sprüchen und modernem Anstrich immer die alte reformunfähige Sozialdemokratie. Ich war von Anfang an davon überzeugt, dass sich auf Dauer die Ideen durchsetzen würden, die auf Werten und Überzeugungen aufgebaut sind.

Die Menschen in Europa wollen nicht Beliebigkeit, sondern eine wertorientierte Politik und solide Grundüberzeugungen. So wollen wir die moderne Gesellschaft im 21. Jahrhundert schaffen.

Meine Damen und Herren, liebe Freunde, die Diskussion um den blauen Brief vor einigen Monaten hat es noch einmal deutlich gemacht: Die Regierung Schröder hat den Abstieg verdient.

(Beifall)

Das bevölkerungsreichste Mitgliedsland der Europäischen Union ist zum Sorgenkind geworden. Reformunfähigkeit und das Fehlen von langfristigen Zielen sind bei der Regierung Schröder überdeutlich geworden. Als Helmut Kohl deutscher Bundeskanzler war und ich belgischer Regierungschef, galt Deutschland als Musterbeispiel in der Europäischen Union.

(Beifall)

Ich bin mir sicher, dass die Union mit Edmund Stoiber an der Spitze die Menschen davon überzeugen wird, dass Deutschland eine bessere Regierung verdient.

(Beifall)

Beim Wirtschaftswachstum belegt Deutschland den letzten Platz. In der Europapolitik ist die Funktion des Motors nicht mehr erkennbar. In der Außenpolitik bleibt die Koalition nur durch massive Drohungen des Kanzlers zusammen.

Lassen Sie mich als Beobachter Ihnen sagen: Dieses Land hat eine bessere Regierung verdient, und ich bin mir sicher, dass die Bürgerinnen und Bürger das am 22. September auch so sehen werden.

(Beifall)

Insbesondere in der Europapolitik sind klarere Positionen vonseiten Deutschlands nötig. Innerhalb der Europäischen Volkspartei haben Wolfgang Schäuble und ich gemeinsam ein Konzept zur Zukunft Europas erarbeitet. Wir waren die erste europäische Partei, die sich zu diesem Thema zu Wort gemeldet hat. Dieses Dokument bildet heute die Grundlage für die Vorschläge der EVP im Rahmen des Konvents, in dem Elmar Brok unsere Gruppe anführt. Ebenso danken möchte ich Hans-Gert Pöttering, dem Vorsitzenden der stärksten Fraktion im Europäischen Parlament, unserer Fraktion, und Karl Lamers, der als Vizepräsident der EVP mitgeholfen hat, unserer Politik ein Profil zu verleihen und die EVP in wichtigen Fragen zum Vorreiter zu machen.

(Beifall)

Ich freue mich, dass die europapolitisch Verantwortlichen der CDU wie Peter Hintze als Vizepräsident der Christlich-Demokratischen und der Demokratischen Internationale so eng in unsere Arbeit eingebunden sind.

(Beifall)

Liebe Freunde von der CDU, in der Europäischen Union weht ein neuer frischer Wind, ein wind of change. Nach den Wahlen in Sachsen-Anhalt, Portugal, den Niederlanden und gestern in Frankreich ist es überdeutlich, dass die Linke, die Sozialisten und Sozialdemokraten, in Europa das Vertrauen der Bevölkerung verloren haben.

(Beifall)

Sie waren nicht in der Lage, Sicherheit und Verlässlichkeit zu geben. Die Stunde der Christdemokraten und Volksparteien der Mitte ist gekommen. Wir schaffen es, das Vertrauen der Bevölkerung wieder zu gewinnen.

Jean-Claude Juncker macht seit Jahren für sein Land eine erfolgreiche Politik. José Maria Aznar hat in Spanien mit der Partido Popular ein politisches Wunder vollbracht und die absolute Mehrheit errungen. Wolfgang Schäuble und Silvio Berlusconi haben in ihren Ländern erfolgreich die Führung übernommen. Zwei junge Führer aus den Reihen der EVP werden die Politik in ihren Ländern erneuern: Jose Manuel Barroso als Premierminister von Portugal und Jan Peter Balkenende als Regierungschef der Niederlande. Gestern haben unsere Freunde in Frankreich einen unglaublichen und bisher nie erreichten Wahlsieg mit einer Zweidrittelmehrheit in der Nationalversammlung errungen.

(Beifall)

Aber, liebe Freunde von der CDU, der Schlüssel für eine breite EVP-Mehrheit in Europa liegt in Ihren Händen. Mit Edmund Stoiber kann und soll die CDU diese Politik der Wende für Deutschland und für Europa einleiten.

(Beifall)

Der Erfolg der Union in Deutschland ist für die EVP ausgesprochen wichtig. Wir brauchen eine starke CDU. Ich bin fest davon überzeugt, dass Europa nach dem 22. September durch Deutschland eine neue Politik erfahren wird, eine Politik mit Visionen und dem Willen zu Reformen.

(Beifall)

Ich freue mich darauf, Sie dabei nach Kräften unterstützen zu können. Ich wünsche Ihnen für den Wahlkampf viel Erfolg und Ausdauer. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Christian Wulff, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Wilfried Martens, für die Freundschaft, für die Unterstützung, für die gute Zusammenarbeit der Christdemokraten in Europa! Wir wissen, was wir daran hatten und haben.

Deshalb gebe ich jetzt besonders gerne zu einem Grußwort dem schon erwähnten Vorsitzenden der größten Fraktion im Europäischen Parlament, unserem Freund Professor Dr. Hans-Gert Pöttering, das Wort zu seinem Bericht aus dem Europäischen Parlament. Bitte schön!

(Beifall)

Prof. Dr. Hans-Gert Pöttering: Herr Präsident, lieber Christian Wulff! Frau Vorsitzende, liebe Angela Merkel! Liebe Freunde! Zunächst möchte ich dir, lieber Wilfried, ein herzliches Wort des Dankes für die großartige Arbeit sagen, die du für uns, die Christdemokraten in der Europäischen Volkspartei, leistest. Es ist schön, mit dir in unserer Partei in Brüssel, hier in Frankfurt und überall in Europa immer zusammenzuarbeiten. Wilfried, wir sind stolz darauf, dass du unser Parteivorsitzender in der Europäischen Volkspartei bist. Danke, Wilfried Martens!

(Beifall)

Meine Damen und Herren, liebe Freunde, von der ersten Direktwahl des Europäischen Parlaments im Jahre 1979 an waren die Sozialisten für 20 Jahre, bis 1999, die stärkste Fraktion

im Europäischen Parlament. 1999 haben wir gesiegt, und so überbringe ich Ihnen die Grüße und die guten Wünsche der 232 Abgeordneten der Fraktion der Europäischen Volkspartei, der größten und auch politisch stärksten Fraktion im Europäischen Parlament.

(Beifall)

Die Abgeordneten unserer Fraktion kommen nicht nur aus den 15 Mitgliedsländern der Europäischen Union, sondern auch aus 31 nationalen Parteien.

28 dieser Parteien gehören zur Europäischen Volkspartei. Liebe Freunde, wir sind nicht nur eine politische Gemeinschaft, sondern auch eine ökumenische Gemeinschaft. Evangelisch-lutherische Christen, Calvinisten, Katholiken, Anglikaner, orthodoxe Christen gehören ebenso zu unserer Fraktion wie ein Kollege islamischen Glaubens und ein Kollege jüdischen Glaubens. Sie werden fragen: Wie kann das funktionieren? Liebe Freunde, es funktioniert, weil wir bei allen Interessenunterschieden, die es natürlich gibt, durch die gleichen Werte und Überzeugungen verbunden sind. Wir sind durch das Bewusstsein, ja durch die Gewissheit verbunden, dass unsere Völker und Nationen – natürlich unter Wahrung ihrer Identität – die Einigung Europas verwirklichen müssen, wenn unser Kontinent im 21. Jahrhundert eine Zukunft haben will.

(Beifall)

Liebe Freunde, die Einheit Europas ist auch die Antwort auf die weltweiten Herausforderungen. Wir, CDU und CSU – Hartmut Nassauer, der Vorsitzende der CDU/CSU-Gruppe, wird ja noch zu uns sprechen -, sind eine wichtige Brücke in dieser großen Fraktion der Europäischen Volkspartei mit ihren vielen Strömungen und Meinungen. Deswegen ist es wichtig, dass wir, die CDU in Deutschland, Kurs halten, dass wir die Europapartei in Deutschland bleiben, wie wir es immer waren, von Konrad Adenauer bis zu Helmut Kohl, von Wolfgang Schäuble bis zu Angela Merkel heute. Wir müssen die Europapartei in Deutschland bleiben.

(Beifall)

Europäische Politik wird immer mehr Innenpolitik. Deswegen hat unsere Fraktion in den vergangenen drei Jahren seit der Europawahl im Juni 1999 ein Netzwerk des Dialogs, der Zusammenarbeit und des Vertrauens mit unseren nationalen Parteien, Fraktionen und Parlamenten aufgebaut. Ich danke unserer Parteivorsitzenden Angela Merkel, die sich auf den Besuch von José Maria Aznar vorbereitet, wie sie mir gerade gesagt hat, für die ausgezeichnete Zusammenarbeit. Zweimal im Jahr treffen sich die nationalen Fraktionsvorsitzenden mit dem EVP-Fraktionspräsidium in Brüssel. Ich danke Friedrich Merz dafür, dass er in Brüssel immer dabei ist und den gemeinsamen Weg mit uns in der Europäischen Union geht.

Die Sozialisten im Europäischen Parlament, deren Fraktion gegenwärtig 179 Abgeordnete umfasst, werden immer weniger. Man hört, dass die Gefolgsleute von Chévenement, dem früheren Sozialisten, der gegen Jospin kandidiert hat, die Sozialistische Fraktion verlassen werden. Die Sozialisten leiden noch heute unter ihrer schweren Niederlage. Die Sozialisten haben es in den vielen Jahren ihrer Dominanz – ich erwähne dies als symbolhaften Ausdruck ihrer inneren Haltung – zum Beispiel niemals zugelassen – was in nationalen Parlamenten selbstverständlich ist -, dass die kleinen Fraktionen mit ihren Vorsitzenden auch einen Platz in

der ersten Reihe haben. Wir haben das nach unserem Wahlsieg anders gehandhabt. Auch wenn wir in politischen Sachfragen, wenn es sein muss, mit den Fraktionen hart ringen – dies sage ich auch ein wenig mit Stolz –, gelten wir Christdemokraten bei den kleineren Fraktionen als fairer, verlässlicher und glaubwürdiger Partner. Liebe Freunde, so muss es in der Europäischen Union auch sein. Es darf nicht so sein wie beim gegenwärtigen Bundeskanzler, dass das vermeintliche Recht des Stärkeren gilt. Wenn ein kleines Land wie Portugal und ein größeres Land wie Deutschland einen blauen Brief wegen verfehlter Haushaltspolitik bekommen sollen, darf man dabei keinen Unterschied danach machen, ob es sich um ein kleines Land oder um ein großes Land handelt. In Europa unterliegen alle dem gleichen Recht. Wir dürfen Europa nicht dem politischen Opportunismus unterwerfen.

(Beifall)

Liebe Freunde, in Europa darf nicht das Prinzip der Trickserei gelten. Es müssen vielmehr gleiche Maßstäbe für alle gelten. Als Union, als Europäische Volkspartei dürfen wir heute und auch in der Zukunft nicht für Misstrauen stehen, sondern wir müssen für Vertrauen stehen, denn Vertrauen ist das Wichtigste in der europäischen Politik.

(Vereinzelt Beifall)

Mit der Liberalen Fraktion haben wir nach der Europawahl 1999 eine Vereinbarung über die Wahl des Parlamentspräsidenten getroffen. In der ersten Hälfte der fünf Jahre ist ein christdemokratischer Präsident im Amt, in der zweiten Hälfte von 2002 bis 2004 ein liberaler Präsident. Im Januar haben wir den Vorsitzenden der Liberalen Fraktion, den Iren Pat Cox, zum Präsidenten des Europäischen Parlaments gewählt. Viele haben gezweifelt, ob wir unser Wort halten. Wir haben Wort gehalten und die Fraktion der Europäischen Volkspartei, der Christdemokraten, wird auch in Zukunft ein Garant dafür sein, dass man sich auf unser gegebenes Wort verlassen kann.

(Beifall)

Liebe Freunde, unsere Fraktion ist heute der Motor der europäischen Einigung im Europäischen Parlament. Es war unsere Idee – ich erinnere an den Kongress der EVP im Januar 2001 in Berlin –, vorzuschlagen, dass ein Konvent einberufen werden müsse, der öffentlich tagt und in dem Abgeordnete vertreten sind, welcher einen Vorschlag für eine Verfassung unterbreitet. Meine Damen und Herren, wir waren und sind es Leid, dass in so genannten Regierungskonferenzen hinter verschlossenen Türen jahrelang ohne Ergebnis gemauschelt wird und Europa damit keine Zukunft hat. Wir brauchen eine europäische Verfassung. Deswegen müssen wir jetzt daran arbeiten.

(Beifall)

Wir brauchen Transparenz, wir brauchen Offenheit und wir brauchen europäische Demokratie. Wilfried Martens hat daran erinnert, dass er mit Wolfgang Schäuble einen Verfassungsentwurf für einen Vertrag unterbreitet hat. Ich möchte Wolfgang Schäuble und Wilfried Martens herzlich für ihre Arbeit danken.

(Beifall)

Liebe Freunde, wir stehen heute – das ist meine tiefste Überzeugung – an einem politischen Scheideweg. Denken Sie doch einmal an den unglückseligen Vorgang der Behandlung Österreichs. Denken Sie daran, wie die Sozialisten und bedauerlicherweise auch einige wenige von uns auf der Ebene der Regierungen in Helsinki schnell etwas besprochen haben und dann ohne Anhörung Österreichs die diplomatischen Sanktionen ausgesprochen haben. Liebe Freunde, dieses war ein Missbrauch und ein Brechen des europäischen Rechtes.

(Vereinzelt Beifall)

Deswegen brauchen wir europäische Institutionen, die auf der Grundlage des europäischen Rechtes nach klaren Maßstäben handeln. Wir dürfen Europa nicht dem Opportunismus sozialistischer Regierungen überantworten.

(Beifall)

Dieses ist der entscheidende Punkt für die Entwicklung der europäischen Zukunft. Wir wollen eine Kompetenzordnung. Erwin Teufel als Mitglied des Konventes und ich sind in diesem Punkt gar nicht auseinander, allenfalls bei einigen Details. Wir müssen wissen, was Europa macht und was der Nationalstaat macht. Es ist dann Sache des Nationalstaates, zu entscheiden, was die Bundesländer, die Regionen oder unsere Kommunen machen. Entscheidend ist aber, wenn wir diese Kompetenzordnung haben, dass es europäische Institutionen sind, dass es eine handlungsfähige Kommission gibt, die vom Parlament gewählt wird und dem Parlament verantwortlich ist. Es muss ein starkes europäisches Parlament und einen Ministerrat geben, der bei der Beratung von Gesetzgebungspunkten öffentlich tagt. Wir brauchen europäische Institutionen, die klar sagen, was europäisches Recht ist, damit nicht die Regierungen den Weg vorgeben, wobei es meistens so ist, dass wenige große Länder den Weg vorgeben, während die kleinen Länder Europas auf der Strecke bleiben. Dies ist nicht unser Bild von Europa. Unsere Vorstellungen zielen nicht auf ein Staateneuropa, sondern auf ein gemeinschaftliches Europa mit starken Institutionen und natürlich der Wahrung der Identität unserer Nationen.

(Beifall)

Meine lieben Freunde, der Konvent soll seine Arbeit bis zum Juni des Jahres 2003 abschließen. Da der Vorsitzende des Konvents bei den Sitzungen immer auf dem Stuhl des Fraktionsvorsitzenden der EVP Platz nimmt, weil der Konvent in unserem Fraktionssaal tagt, hoffe ich, dass der Genius loci, der Geist des christdemokratischen Saales, auch das Ergebnis des Konventes beflügeln wird und wir ein gutes Ergebnis bekommen.

Liebe Freunde, es war unsere Fraktion – leider berichten die Medien nicht so darüber, wie es der Sache angemessen wäre; ich beklage mich aber nicht, es wird schrittweise besser -, die in der Beratung mit Kolleginnen und Kollegen aus den nationalen Parlamenten, aus Polen, aus Estland, aus Lettland, aus Litauen, aus der Tschechischen Republik, aus Slowenien, aus der Slowakei, aus Ungarn, aus Bulgarien, aus Rumänien, aus Malta und aus Zypern, vorgeschlagen hat – darauf sind wir ein Stück weit stolz -: Wir brauchen ein symbolisches Datum für den Beitritt der mitteleuropäischen Länder. Wir haben dann entschieden: Dieses symbolische Datum wird die Europawahl im Juni des Jahres 2004 sein. Dieser Vorschlag wurde dann vom

gesamten Europäischen Parlament und anschließend von der Kommission übernommen. Einer der guten Ergebnisse des Gipfels von Nizza war – sonst ist ja über Nizza viel Kritisches zu sagen –, dass die Staats- und Regierungschefs dies akzeptiert haben. Die Mitgliedschaft der Länder Mitteleuropas soll so erfolgen, dass sich diese Völker im Jahre 2004 an der Europawahl beteiligen können.

Liebe Freunde, ich sage Ihnen noch etwas, was wir nicht nur vom Verstand her gutheißen, sondern was zutiefst unsere Gefühle berührt: Ich habe in der vorigen Woche auf einem vergleichbaren Kongress einer uns befreundeten Partei, dem Bürgerforum in Warschau, gesprochen. Wenn man dann in der Reaktion feststellt, dass unsere Überzeugungen – Werte wie Menschenwürde, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, soziale Marktwirtschaft – geteilt werden, dann muss man sagen: Es ist ein großes Glück für Deutschland, es ist ein Glück für Europa, dass ein Land wie Polen in unsere Wertegemeinschaft hineintreten will. Wir müssen dies nachdrücklich unterstützen.

(Beifall)

Wir erleben in diesen Tagen – gerade gestern war es in einer großen deutschen Zeitung –, dass der Bundeskanzler den Beitritt dieser Länder mit der Frage verknüpfen will, ob zuvor eine Reform der Agrarpolitik erfolgt ist. Natürlich kann und muss man die Agrarpolitik reformieren. Wer aber jetzt alles mit allem verknüpft und vor diesem Hintergrund die Agrarpolitik in ein paar Monaten reformieren will, der wird Gefahr laufen, die Erweiterung zu verzögern. Das darf nicht passieren; denn wir würden das Vertrauen, das man in uns setzt, zerstören. Dem Bundeskanzler geht es im Kern ohnehin nicht um die Agrarpolitik. Es geht ihm weder um unsere deutschen Bauern noch um die Bauern in den Beitrittsländern, sondern er hat lediglich ein Thema entdeckt, von dem er meint, dass es in Deutschland populär sei, hier auf Brüssel einzuschlagen. Dies ist, wie ich finde, ein Missbrauch der europäischen Idee. Wir sollten uns mit aller Leidenschaft dagegen wehren.

(Beifall)

Liebe Freunde, lassen Sie mich abschließend noch dies sagen: Edmund Stoiber hat vor einigen Wochen bei uns in der Fraktion gesprochen. Dort hat er sich ausdrücklich zu der Tradition von Konrad Adenauer und Helmut Kohl bekannt. Die Kolleginnen und Kollegen – viele sind ja hier im Saal – waren vom Kanzlerkandidaten begeistert. Nun blicken wir auf den 22. September. In drei Ländern der Europäischen Union haben wir in diesem Jahr bereits Wahlen gewonnen. José Manuel Barroso, der stellvertretende Vorsitzende der EVP, wurde zum Ministerpräsidenten in Portugal gewählt. Jan-Peter Balkenende, der tüchtige junge Fraktionsführer der Christdemokraten in Den Haag, wird der nächste Ministerpräsident der Niederlande sein. Jean-Pierre Raffarin, ein früheres Mitglied unserer Fraktion, ist der neue Ministerpräsident in Frankreich. Am 22. September muss – dies wurde schon von vielen gesagt; ich möchte es für die EVP-Fraktion bekräftigen – Edmund Stoiber Kanzler der Bundesrepublik Deutschland werden. Er ist nicht nur der Kandidat von CDU und CSU, er ist der Kandidat aller Christdemokraten in der Europäischen Volkspartei!

(Beifall)

Liebe Freunde, wir müssen wieder die Lokomotive in Europa werden – nicht mit Dominanz und Arroganz, sondern als ausgleichendes, aber starkes Land. Deutschland braucht den Wechsel – für eine bessere Zukunft unseres Vaterlandes. Deutschland braucht den Wechsel – für eine gute Zukunft Europas. – Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Christian Wulff, Tagungspräsidium: Lieber Hans-Gert Pöttering, Europa ist in guten Händen bei dir und der CDU/CSU-Gruppe innerhalb der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament. Herzlichen Dank für das dortige Engagement.

Wir kommen nun zu einem Punkt, der vielleicht nicht so ganz spannend, aber durchaus wichtig ist, weil wir ja noch Wahlen durchzuführen haben. Es ist TAGESORDNUNGSPUNKT 10:

BERICHT DER MANDATSPRÜFUNGSKOMMISSION

Ich darf Herrn Helmut Hehn bitten, dem Parteitag seinen Bericht zu erstatten und mitzuteilen, wie viele von den 1 001 Delegierten unseres Parteitages ordnungsgemäß verzeichnet sind. – Herr Hehn, Sie haben das Wort.

Helmut Hehn, Mandatsprüfungskommission: Herr Tagungspräsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Mandatsprüfungskommission hat die Delegiertenmeldungen und die Unterlagen des Tagungsbüros überprüft. Sie konnte dabei feststellen, dass alle Delegierten satzungsgemäß gewählt wurden und zum heutigen Zeitpunkt weniger als 24 Monate im Amt sind. Nach § 28 des Statuts der CDU Deutschlands besteht der Parteitag aus 1 001 vollstimmberechtigten Delegierten. Nach Feststellung der Mandatsprüfungskommission waren um 16 Uhr von den 1 001 stimmberechtigten Delegierten des 15. Parteitages 960 anwesend. Der 15. Parteitag ist demnach beschlussfähig.

(Beifall)

Christian Wulff, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Hehn, für den Bericht der Mandatsprüfungskommission. Wir kommen jetzt zum TAGESORDNUNGSPUNKT 16:

BERICHT DES VORSITZENDEN DER CDU/CSU-GRUPPE DER EVP-FRAKTION DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS

Anschließend handeln wir noch den Tagesordnungspunkt 17, Wahlen, ab. Zunächst aber erteile ich dem Sprecher der CDU/CSU-Gruppe der EVP-Fraktion das Wort, unserem Freund Hartmut Nassauer aus dem hier heimischen Landesverband Hessen. Bitte schön, Herr Nassauer.

Hartmut Nassauer: Herr Tagungspräsident! Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Ich muss Ihnen berichten, dass nach vier Jahren rot-grüner Regierung in der Bundesrepublik Deutschland unser Land in der Europäischen Union deutlich an Boden verloren hat. Die EU-Mitgliedstaaten haben in den vergangenen vier Jahren erstmals einen deutschen Kanzler kennen gelernt, der das Poltern zum Prinzip seiner Politik erhoben hat. Sie werden sich unschwer vorstellen können, dass deutsches Poltern in Brüssel wenig Aussicht auf Erfolg hat. Mit deutscher Poltereier in Europa sind unsere Interessen noch nie gut vertreten worden. Das wissen wir seit Wilhelm II.

Auch diesmal hatte das Vorgehen des Bundeskanzlers Schröder keinen Erfolg. Es fing damit an, dass er sich mit den Franzosen anlegte. Er hat viel Porzellan im deutsch-französischen Laden zerdeppert, das, so hoffen wir, in Zukunft wieder aufgebaut werden kann. Insgesamt hat dies dazu geführt, dass unser prägender Einfluss auf die europäische Entwicklung verloren gegangen ist, weil bei den anderen Mitgliedstaaten das Gefühl entstand, die Deutschen wüssten nicht mehr abzuwägen zwischen ihren eigenen Interessen und dem europäischen Gemeinwohl. Früher konnten die Deutschen ihr Interesse und das europäische Wohl in Balance bringen. Das hatten viele vom Bundeskanzler Kohl gelernt. Jetzt scheinen sich alle in der Wagenburg ihrer nationalen Interessen einzumauern. Deshalb stockt der europäische Fortschritt. Das war am Beispiel von Nizza deutlich zu sehen.

Der Vertrag von Nizza hat Europa im Kern nicht nach vorne gebracht. Deswegen müssen jetzt Versuche unternommen werden, im Konvent möglichst bald zu einer Lösung zu kommen. Aber dahinter steht, dass es in der europäischen Politik keinen Staatsmann von Rang mehr gibt, der in einer Problemsituation die europäische Fahne in die Hand nimmt und sowohl einen Ausgleich der nationalen Interessen als auch die Beförderung des europäischen Interesses versucht.

(Vereinzelt Beifall)

Dass die Deutschen in Europa an Boden verloren haben, ist allerdings bedauerlicherweise auch eine in Zahlen erfassbare Bilanz. Beim Wirtschaftswachstum liegen wir bekanntlich deutlich zurück. Im Jahre 2001 war der EU-Durchschnitt 1,6 Prozent, bei uns waren es gerade 0,6 Prozent. In diesem Jahr, 2002, werden der EU 1,4 Prozent vorausgesagt, wir hinken mit prognostizierten 0,9 Prozent deutlich zurück, ganz zu schweigen von den Vereinigten Staaten von Amerika, die 2,3 Prozent Wirtschaftswachstum erwarten dürfen.

Das bedeutet, meine Damen und Herren: Ohne Deutschland wäre das Wachstum in Europa höher. Nach nur vier Jahren rot-grüner Politik ist Deutschland nicht mehr Wachstumsmotor in Europa, sondern Wachstumsbremse. Das heißt, dass das rot-grüne Projekt in Deutschland auch die anderen Europäer teuer zu stehen kommt. Das haben sie glücklicherweise gemerkt. Deswegen haben sie sich inzwischen reihenweise von linken Regierungen in Europa verabschiedet: in Österreich, in Italien, in Portugal, in den Niederlanden und in Dänemark, und, meine Damen und Herren, es gibt guten Grund zu der Annahme, dass der entscheidende Schritt der Verabschiedung der rot-grünen Regierung auch hier bei uns in Deutschland am 22. September bevorsteht.

(Beifall)

Auch die deutsche Fiskalpolitik hat trotz ihres Sparanspruchs ihrer qualitativen Ausrichtung wegen den Wachstumsprozess eben nicht positiv beeinflusst. Es gibt eine Studie des Zentrums für europäische Wirtschaftsforschung, die darlegt, dass der deutsche Sparkurs im Wesentlichen in der Kürzung investiver Ausgaben bei gleichzeitiger Erhöhung der Einnahmen besteht. Das heißt, dass die konsumtiven Staatsausgaben, die Sozialausgaben und die Personalausgaben verschont geblieben sind. Es gibt hinreichend Analysen auf der Basis von Ländervergleichen, die belegen, dass eine Konsolidierung auf dieser Grundlage einen dauerhaften Konsolidierungserfolg nicht erbringt. Das sieht man an dem Vergleich der Zahlen des

Haushaltsdefizits in Europa. Auch da sind wir in der Europäischen Union am Tabellenende. Im Jahre 2001 betrug der europäische Durchschnitt minus 1,3 Prozent, in Deutschland minus 2,7 Prozent, nur die Portugiesen waren mit 2,4 Prozent etwa in unserer Nähe. Für das Jahr 2002 sehen die Voraussagen nicht wesentlich günstiger aus: EU-Durchschnitt 1,4 Prozent, wir werden mit 2,3 Prozent geschätzt und die Portugiesen werden uns, so scheint es, mit 2,5 Prozent geringfügig überholen. Andere Länder, meine Damen und Herren, erwirtschaften Überschüsse. Die Niederländer, Österreich, die Finnen, die Luxemburger, die Iren erwirtschaften Haushaltsüberschüsse, während wir beim Defizit am Tabellenende rangieren – nach vier Jahren rot-grüner Politik. Ein weiteres Argument dafür, dass sich dies ändern muss.

Übrigens erwartet die Kommission ebenso wie die OECD für das Jahr 2002 in Deutschland ein Defizit von 2,8 Prozent. Herr Eichel hatte im Jahr 2001 1,5 Prozent prognostiziert und war dann bei 2,7 Prozent gelandet. Nicht zuletzt diese Differenz war für die Kommission ein Anlass für den blauen Brief. Diese starke Abweichung war für die Kommission ein alarmierendes Signal, das unter Aufbieten unsittlicher Anstrengungen gestoppt worden ist. Hans-Gert Pöttering hat es in zutreffender Weise geschildert.

Also, meine Damen und Herren, das Markenzeichen für Deutschland in Europa sind gegenwärtig der blaue Brief und die rote Laterne – dies alles dank Rot-Grün. Das darf nicht so bleiben, das muss sich ändern und das kann sich auch ändern. Es muss sich deswegen ändern, weil bei uns auch die Arbeitslosigkeit höher liegt als im EU-Durchschnitt, deutlich höher als in den Vereinigten Staaten von Amerika, ja, selbst höher als in Japan.

Meine Damen und Herren, die Ankündigung, die Politik in den neuen Ländern und die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zur Chefsache zu machen, ist heute schon vielfach zitiert worden. Wir haben diese Ankündigung inzwischen als Drohung identifiziert, nicht als Versprechen, wie sie daher kam. Wir können unter diesen Umständen nur froh sein, dass der Bundeskanzler darauf verzichtet hat, die Europapolitik zur Chefsache zu machen. Das gibt uns wenigstens die Chance, es noch einmal im Guten zu versuchen und es besser zu machen.

Ein wesentlicher Bremsklotz unserer Wirtschaftsentwicklung ist die wiederum überdurchschnittlich große Höhe unserer Sozialbeiträge. Wir liegen mit rund 19 Prozent des Bruttoinlandsprodukts an der Spitze in der Europäischen Union und natürlich deutlich über dem EU-Durchschnitt. Es gibt eine ziemlich unverdächtige Kommentatorin dieser Entwicklung. Das ist die sozialistische Kommissarin für Soziales in der Europäischen Kommission. Die hat den Deutschen – der ihr befreundeten Regierung – ins Stammbuch geschrieben: Das Reformtempo im Steuer- und Sozialsystem müsse deutlich erhöht werden, und dann: Unter den gegebenen Bedingungen ist das größte Land im Euroraum nicht attraktiv für Investoren. – Das, meine Damen und Herren, müssen wir ändern und das kann sich ändern.

In der Tabelle des europäischen Wirtschaftens stehen wir auf einem Abstiegsplatz, aber das ist kein Naturgesetz. Das hat es in der Vergangenheit auch nicht gegeben, das ist auch keine Folge unserer Exportabhängigkeit, wie der Bundeskanzler uns einreden will. Im ersten Quartal dieses Jahres sind die Auslandsbestellungen um 3,1 Prozent gestiegen, allerdings vom Rückgang der Inlandsaufträge um 2,6 Prozent aufgeessen worden. Das ist die Ursache dafür, dass sich die erhoffte Konjunkturerholung im ersten Quartal dieses Jahres im Auftrags-

eingang der deutschen Unternehmen nicht widerspiegelt. Die Ursachen dafür liegen eben nicht im Export oder der Situation der Vereinigten Staaten, sondern sie sind hausgemacht. Bei uns sind sie zu suchen und bei uns sind die Probleme zu lösen.

Natürlich haben die Deutschen die Möglichkeit, wieder zum Motor und auch zum wirtschaftlichen Motor Europas zu werden. Unser Programm „3 x 40“ bietet den richtigen Hinweis. Niedrigere Steuern, stabile Sozialversicherungsbeiträge und einen sparsamen Staat brauchen wir. Das zeigt den Weg, der uns auch in der Europäischen Union wieder nach vorne bringen wird.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, die Europäische Union braucht aber nicht nur ein wirtschaftlich starkes, sondern sie braucht auch ein selbstbewusstes Deutschland, ein Deutschland, das vom europäischen Geist getragen ist, in einer Zeit, in der der Charakter politischer Entscheidungen auf der EU-Ebene mehr und mehr die Qualität von Innenpolitik einnimmt und dementsprechend eben auch, wie das in der Innenpolitik üblich ist, gelegentlich kritischer Betrachtung unterzogen werden muss.

Ich will dafür einige wenige Beispiele nennen:

Wir haben uns in der Europäischen Union dazu entschieden, den Aufbau von Behörden der Palästinenser finanziell zu unterstützen. Das ist, denke ich, ein sinnvoller Beitrag bei dem Versuch einer Konfliktlösung im Nahen Osten, der uns alle interessiert, der uns nahe geht. Ob dieses Ziel durch die Aufnahme mutmaßlicher palästinensischer Terroristen in die Europäische Union gefördert wird, finde ich ganz außerordentlich zweifelhaft.

Entschieden hat dies der Europäische Rat, nicht etwa die Europäische Kommission. Der Rat hat es einstimmig entschieden und damit auch mit Zustimmung des deutschen Ratsvertreters. Deswegen möchte ich einmal wissen, ob dem deutschen Ratsvertreter die Identität dieser mutmaßlichen Terroristen und das, was ihnen vorgeworfen wird, vorher bekannt war und, wenn ja, warum er dann der Aufnahme dieser Terroristen zugestimmt hat. Werden sie nun zur Verantwortung gezogen oder, wenn solche Vorwürfe nicht bekannt gewesen sein sollten – was ich bezweifle –, wie gedenkt man jetzt zu reagieren, nachdem eine Reihe von Personen Aufnahme in der Europäischen Union gefunden hat, die schlimmster Verbrechen beschuldigt werden? Werden die nun zur Verantwortung, zur Rechenschaft gezogen oder nicht?

Dass die Europäische Kommission die palästinensische Autonomiebehörde mit einer monatlichen Pauschale von zehn Millionen Euro fördert, gehört sicherlich zum Zweifelhaftesten, was sich die Kommission jemals ausgedacht hat, meine Damen und Herren. Es gibt inzwischen überzeugende Hinweise dafür, dass Arafat die Familien von Selbstmordattentätern persönlich unterstützt. Wenn Sie sich vergegenwärtigen, dass es hier nicht nur um europäische, sondern auch um deutsche Steuergelder geht, dann muss man sagen: Dies ist skandalös und unverantwortlich.

(Beifall)

Bei aller Bereitschaft, den Palästinensern zu helfen, einen eigenen Staat zu errichten, um damit einen Beitrag zum Frieden im Nahen Osten zu leisten: Ohne einen lückenlosen Nachweis

über die Verwendung dieser Pauschalzahlungen werden die Unionsabgeordneten im Haushaltsausschuss des Europäischen Parlaments morgen einer Verlängerung dieser Zahlung ihre Zustimmung verweigern.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, das große Thema auf der europäischen Tagesordnung ist zweifellos die Erweiterung. Es ist unbestritten die historische Chance unserer Generation. Wir haben die Chance, die Einheit Europas zu vollenden, Europa wieder zu vereinen. Wir werden darüber, wie wir mit dieser Chance umgegangen sind, Rechenschaft abzulegen haben. Ich glaube, das ist unter uns unstrittig.

Weniger klar ist, in welchem Umfang wir bereits jetzt wirtschafts- und handelspolitische Vorteile aus der Erweiterung ziehen. Es ist nicht zuletzt eine Sache der CDU und CSU, diese Vorteile in den Vordergrund der Diskussion zu rücken. Deutschland liegt so nahe an den neuen Wirtschaftsmärkten und den neuen Produktions- und Investitionsstandorten Mittel- und Osteuropas wie keine andere Industrienation. Schon im Jahre 2000 hat sich das Handelsvolumen mit den Kandidatenländern mit über 200 Milliarden DM gegenüber 1995 verdoppelt und damit das mit den USA überholt.

Schon heute sichert der Handel mit den Beitrittskandidaten jeden zehnten exportbedingten Arbeitsplatz in Deutschland. Das bedeutet einen direkten Beschäftigungsgewinn von 60.000 Arbeitsplätzen in der Europäischen Union, davon 44.000 in Deutschland; nicht gerechnet indirekte Beschäftigungseffekte. Bei fortgesetztem Wirtschaftswachstum in den Beitrittsländern werden der Importbedarf nach Investitions- und Konsumgütern aus Deutschland und damit die positiven Beschäftigungseffekte bei uns weiter steigen. Das heißt, meine Damen und Herren, die wirtschaftspolitischen Vorteile der Erweiterung werden die denkbaren Belastungen übersteigen. Deswegen sind CDU und CSU wie keine andere Partei gefordert, die Erweiterung offensiv zu ihrem Thema zu machen.

Nun hat der Bundeskanzler erneut zum Mittel des Polterns gegriffen und der Europäischen Kommission vorgehalten, er könne sich mit den Direktbeihilfen für Landwirte in den Beitrittsländern nicht einverstanden erklären. Es ist richtig, dass in der Agenda 2000 diese so genannten Direktbeihilfen nicht ausdrücklich erwähnt sind. Aber ebenso klar ist, dass die Direktbeihilfen zum *acquis communautaire* gehören, zu dem, was in der Europäischen Union rechtens ist. Wir werden es nicht schaffen – und es wäre ganz falsch –, in einem erweiterten Europa eine agrarpolitische Zweiklassengesellschaft einzuführen. Das halten wir auf Dauer nicht durch.

Bis zum Jahre 2006 ist die Erweiterung finanziert, auch mit dem Start der Direktbeihilfen. Danach müssen neue Lösungen gefunden werden, die auch unsere Situation als größter Nettozahler berücksichtigen. Daran besteht kein Zweifel. Da die neue Lösung nur einstimmig gefunden werden kann, gibt es nicht den geringsten Grund, jetzt die Lösung eines Problems zu verlangen, die im Jahre 2006 ansteht. Deswegen, meine Damen und Herren: Wer jetzt auf diese Bremse tritt, setzt sich unweigerlich dem Verdacht aus, die Erweiterung verzögern zu wollen. Das liegt nicht im deutschen Interesse. Schon gar nicht liegt es in unserem Interesse, dass wir dafür verantwortlich gemacht werden.

(Beifall)

Wir werden im Zusammenhang mit der Erweiterung noch genügend Probleme zu lösen haben. Die wirklich gewichtigen und schwierigen Kapitel – Agrarstruktur, Haushalt und auch Institutionelles – stehen noch aus. Zwischendurch lauern allerlei Untiefen auf den Erweiterungsfeldern.

Die Tschechen haben ein neues Parlament gewählt und sie werden eine neue Regierung bekommen. Der Streit um die Benes-Dekrete ist weder die reaktionäre Spielweise einiger weniger noch betrifft er nur die Deutschen. Es geht hier um die Geltung fundamentaler Rechtsprinzipien in einer Gemeinschaft wie der Europäischen Union, die ausschließlich von der Bindungswirkung des Rechts zusammengehalten wird.

(Vereinzelter Beifall)

Die Frage betrifft also keineswegs nur die Deutschen oder bilateral Deutschland und Tschechien, sondern sie betrifft die gesamte Union.

Das, meine Damen und Herren, setzt sich in der Diskussion der Europäischen Union dankenswerterweise auch langsam durch, wenngleich einzuräumen ist, dass nicht allein unsere Bemühungen, dieser Frage den angemessenen Rang zu verschaffen, zu diesem Ergebnis geführt haben. Wir hatten wichtige Verbündete wie den ehemaligen tschechischen Ministerpräsidenten Zeman, der mit seiner unsäglichen Erklärung von den Sudetendeutschen als fünfter Kolonne Hitlers dieses Thema erneut in das Bewusstsein gehoben hat, oder den ehemaligen Parlamentspräsidenten Klaus, der gefordert hat, die Benes-Dekrete in den EU-Rechtsbestand aufzunehmen.

Diese Dekrete, die partiell noch immer angewendet werden, rechtfertigen Vertreibung, Entrechtung, Ausbürgerung von Deutschen und Ungarn und sie stellen schlimme Massaker an Deutschen nicht nur straffrei, sondern sie erklären sie bis heute für rechtmäßig. Daran hat sich nichts geändert. Deswegen sind diese Dekrete weder mit Völkerrecht noch mit EU-Prinzipien zu vereinbaren. Deshalb sage ich, meine Damen und Herren: Wir wollen die Tschechen in der Europäischen Union, aber nicht die Benes-Dekrete.

(Beifall)

Eines der wichtigsten Themen, über die in der Europäischen Union gegenwärtig im Rahmen des Gesetzgebungsprozesses zunehmend gestritten wird, betrifft Einwanderung und Asyl. Die Kernfragen sind leicht beantwortet. Wir stehen zum Asyl für politisch Verfolgte. Das ist eine Frage der Humanität. Wir denken über Einwanderung nach unter dem Gesichtspunkt der Arbeitsmarktsituation, möglicherweise auch unter dem Gesichtspunkt der Überalterung unserer Bevölkerung.

Im Kern kommt es darauf an, auf diesen Feldern der Asylpolitik und der Einwanderung Lösungen in Europa zu finden, die sachlich angemessen sind und die akzeptiert werden. Denn diese Lösungen entscheiden nicht nur über Einwanderungsquoten und Asylverfahren, sondern auch über den inneren Frieden in der Europäischen Union.

Die Felder sind seit dem Amsterdamer Vertrag vergemeinschaftet. Es gibt einen sozialistischen Kommissar Vitorino aus Portugal, eine liebenswerte, aber durch und durch sozialistische

geprägte Erscheinung. Er möchte der Vater des europäischen Asylrechts werden. Das ist schon deswegen problematisch, weil es in Portugal zum Beispiel im vergangenen Jahr sage und schreibe nur 159 Asylanträge gegeben hat. Daraus folgt, dass Herr Vitorino zu diesem Thema eine ganz andere Haltung hat als beispielsweise wir.

Herr Vitorino hat Gesetzentwürfe zum Asyl vorgelegt, die die bewährten Instrumente bei uns – also die Drittstaatenregelung, die Herkunftsstaatenregelung und das Flughafenmodell – praktisch aushebeln. Die Grundlagen des deutschen Asylkompromisses, die der Grund dafür waren, dass die Asylbewerberzahl von 450.000 auf unter 100.000 gesunken ist, sollen praktisch aufgegeben werden.

Der zweite Punkt ist in diesem Zusammenhang der Familiennachzug. Der herkömmliche Familienbegriff wird in den Vitorino-Entwürfen praktisch aufgegeben. Nachzugsansprüche gibt es nicht nur für die Kernfamilie, sondern auch für volljährige Kinder und für Verwandte in auf- und absteigender Linie – natürlich unterschiedslos für verheiratete, unverheiratete und gleichgeschlechtliche Paare.

Nun lohnt es sich, die Haltung des rot-grünen Lagers zu diesen Vorschlägen in den Blick zu nehmen. In der Bundesregierung vertritt bekanntlich Herr Schily in dem zuständigen Innenministerrat die Bundesrepublik Deutschland. Herr Schily gibt in Deutschland den markigen Sheriff. Im Europäischen Parlament aber gehen rote und grüne Abgeordnete über die Vitorino-Vorschläge hinaus. Das heißt, Herr Schily bedient sowohl die Stammtische als auch die linke Klientel, nämlich die rot-grünen Abgeordneten. Dieses Vorgehen dürfen wir ihm nicht durchgehen lassen.

(Beifall)

Der Doppelpass ist im Fußball ein bewährtes Manöver. In der Politik angewandt, ist er eine Täuschung der Wähler. Wir erwarten, dass sich eine unionsgeführte Bundesregierung in der Asyl- und Einwanderungspolitik strikt auf Mindestnormen beschränken muss. Über diese Normen mag in Europa hinausgehen, wer will. Aber unter gar keinen Umständen kann ganz Europa auf den Familienbegriff des Herrn Vitorino verpflichtet werden.

(Beifall)

Das große Thema „die Zukunft Europas“ wird gegenwärtig im Konvent behandelt. Vielleicht gelingt es diesem Konvent, einen Entwurf für einen Verfassungsvertrag zu erarbeiten. Es gibt viele Einzelfragen. Wie wird die Grundrechtecharta in das Vertragswerk eingefügt? Wird es einen Katalog von Zuständigkeiten geben, der die Kompetenzabgrenzung in unserem Sinne regelt? Wie soll die Rolle der nationalen Parlamente in Europa aussehen?

Aber jenseits dieser Einzelfragen gibt es eine Kernfrage, die in der letzten Zeit in der Öffentlichkeit an Bedeutung gewinnt. Das ist die Frage, ob das Europa der Zukunft ein Europa der Regierungen oder ein Europa der Gemeinschaft sein soll. Sollen europäische Angelegenheiten von den Regierungschefs unter Ausschluss von Parlament und Kommission untereinander geregelt werden? Oder wird europäisches Handeln von einem direkt gewählten Europäischen Parlament kontrolliert?

Es gibt in diesem Zusammenhang den Vorschlag einer 5-jährigen Ratspräsidentschaft, nicht zuletzt als Antwort auf die von uns vorgetragene Kritik am halbjährlich wechselnden Ratsvorsitz, der in der Tat nicht sehr effektiv ist. Aber eine 5-jährige Ratspräsidentschaft, verbunden mit der Möglichkeit für den Rat, das Europäische Parlament auf Antrag der Kommission aufzulösen – wenn es sich als unbotmäßig erweist –, ist ein Rückfall in vordemokratische Zustände. Das erinnert an den Wiener Kongress, aber nicht an das Europa der Zukunft im 21. Jahrhundert

(Beifall)

Dieser Ratspräsident, der die Europäische Union im gesamten außenpolitischen Bereich und im Bereich der Außenhandelspolitik vertreten würde, wäre keinerlei Kontrolle unterworfen. Er wäre weder irgendeinem nationalen Parlament noch dem Europäischen Parlament verantwortlich. Deswegen stoßen solche Vorschläge auf unseren hartnäckigen Widerstand.

Da fragt man sich: Welche Rolle spielt in der Konventdiskussion überhaupt der größte Mitgliedstaat in der Europäischen Union? Zu diesen wichtigen Fragen gibt es keine Haltung der Bundesregierung – Sendepause. Das sieht man schon daran, wie die Bundesrepublik Deutschland im Konvent vertreten wird. Andere Mitgliedstaaten schicken ihre Regierungschefs, ehemalige Regierungschefs, stellvertretende Ministerpräsidenten oder Regierungsmitglieder. Deutschland aber schickt einen Hochschulprofessor, der sicherlich sympathisch ist. Er ist aber in europapolitischen Angelegenheiten noch nie in Erscheinung getreten und er ist auf europäischer Ebene ohne ein Amt. Dementsprechend ist er auch ohne Einfluss. Das ist ein Grund, weshalb diese Diskussion weitgehend an der offiziellen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland vorbei geführt wird. Nur unser Freund, der Ministerpräsident Erwin Teufel, entsandt vom Bundesrat, artikuliert die deutsche Stimme im Konvent.

(Beifall)

Die Bundesregierung ist aber nicht vertreten. Auch das muss sich nach dem 22. September nachdrücklich ändern.

(Beifall)

Dahinter verbirgt sich, meine Damen und Herren, dass die Bundesregierung nie ein Konzept hinsichtlich Europa gefunden hat. Vorschläge machen nur die Herren Blair und Aznar. Wir sind nicht mit all diesen Vorschlägen einverstanden. Aber sie denken wenigstens über die Zukunft nach und bestimmen die Diskussion. Demgegenüber gibt es keine deutschen Vorschläge, obwohl wir der größte Mitgliedstaat sind und einen großen Beitrag leisten. Wir tragen eine große Last bei der Erweiterung und auch bei ihrer öffentlichen Darstellung. Aber wir sind in der Diskussion über die Zukunft Europas praktisch nicht vertreten.

Auch daran wird deutlich: Es gibt nicht nur kein europapolitisches Modell dieser Regierung, es gibt auch kein Verständnis für europäische Angelegenheiten. So wie Bundeskanzler Schröder seine europapolitischen Auftritte begonnen hat, so will er sie offensichtlich auch beenden, nämlich mit Gepoltere. Damals war es gegenüber den Franzosen und in der letzten Zeit zunehmend gegenüber der Europäischen Kommission.

Die Deutschen haben einen großen europapolitischen Auftrag. Wir brauchen die Europäische Union. In dieser Union haben wir unsere nationale Einheit wiedererlangt. Aber die Europäische Union braucht auch die Deutschen und ein starkes und selbstbewusstes Deutschland. Die Wahl am 22. September muss die Voraussetzung dafür schaffen, dass auch die Deutschen ihrer europapolitischen Verantwortung wieder gerecht werden. – Danke.

(Beifall)

Roland Koch, Tagungspräsidium: Lieber Hartmut Nassauer, herzlichen Dank für den Bericht und für die Arbeit der CDU/CSU-Gruppe der EVP-Fraktion des Europäischen Parlaments. Hartmut Nassauer hat auch in Kenntnis der Nöte des Präsidiums eine Brücke zu der europapolitischen Diskussion, die heute Abend noch stattfinden soll, geschlagen.

Herr Ministerpräsident Aznar wird in wenigen Minuten bei uns sein. Ich schlage Ihnen aus Gründen der Zeitökonomie vor, dass wir in der Tagesordnung fortfahren.

Ich rufe den TAGESORDNUNGSPUNKT 17 a auf:

**WAHL DER CDU-MITGLIEDER UND STELLVERTRETENDEN MITGLIEDER
FÜR DEN VORSTAND DER EUROPÄISCHEN VOLKSPARTEI (EVP)**

Wird diesem Aufruf widersprochen? – Das ist nicht der Fall. Ich weise darauf hin, dass nach unserem Statut die CDU-Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder für den Vorstand der Europäischen Volkspartei durch den Bundesausschuss auf Vorschlag des Bundesvorstandes gewählt werden. Ersatzweise – wir sind sozusagen das Hilfsorgan – wird die Wahl heute durch den Bundesparteitag vorgenommen, weil wir nur so fristgerecht zur Bestellung der Beteiligten kommen können.

Die Namen der vom Bundesvorstand vorgeschlagenen Kandidaten liegen Ihnen in den Tagungsunterlagen schriftlich vor. Ich frage, ob es dazu Wortmeldungen, Änderungs- oder Ergänzungsvorschläge gibt? – Das ist nicht der Fall. Unser Statut lässt es zu, dass die Wahlen offen durchgeführt werden. Ich frage Sie, ob es Widerspruch dagegen gibt. – Das ist nicht der Fall. Ich bitte diejenigen, die dem Vorschlag zustimmen, um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Damit sind die beteiligten Kolleginnen und Kollegen gewählt. Herzlichen Glückwunsch! Unterstützen Sie das, was wir in der europapolitischen Diskussion hier gerade besprochen haben.

(Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, den Tagesordnungspunkt 17 b, Wahl der Delegierten und stellvertretenden Delegierten zum XV. EVP-Kongress, werden wir morgen beraten. Denn wir wollen in der Erwartung der Damen und Herren, die vor der Tür stehen, nun in der Tagesordnung fortfahren.

Ich rufe den TAGESORDNUNGSPUNKT 11 auf:

**REDE DES MINISTERPRÄSIDENTEN DES KÖNIGSREICHS SPANIEN
JOSÉ MARIA AZNAR LOPEZ,
PRÄSIDENT DES RATES DER EUROPÄISCHEN UNION**

Ich freue mich, auf dem Bundesparteitag der CDU Deutschlands in Frankfurt den spanischen Ministerpräsidenten José Maria Aznar Lopez und Dr. Edmund Stoiber begrüßen zu können.

(Beifall – Die Anwesenden erheben sich)

Dr. Angela Merkel, Vorsitzende der CDU Deutschlands: Lieber José Maria Aznar! Lieber Edmund Stoiber! Wir begrüßen José Maria Aznar, den Ministerpräsidenten von Spanien und den Ratspräsidenten der Europäischen Union. Lieber José Maria, Sie haben in Spanien gezeigt, dass Europa nicht rot sein muss. Sie waren eine ganze Zeit lang fast der Einzige, der unter den EVP-Parteivorsitzenden auch Ministerpräsident war und Regierungsverantwortung hatte. Wir danken Ihnen dafür, dass Sie Spanien wieder nach vorne gebracht haben. Wir möchten, dass Edmund Stoiber genauso wie Sie in Spanien Regierungsverantwortung in Deutschland übernimmt, damit die bürgerlichen Kräfte in Europa stark werden, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Liebe Freunde, ich freue mich ganz besonders, dass José Maria Aznar trotz seiner vielen Reisen durch Europa in diesen Tagen bereit war, zu unserem CDU-Parteikongress zu kommen. Wir freuen uns auf seine Worte.

(Beifall)

Senor Presidente del Gobierno, querido José María tienes la palabra adelante.

José Maria Aznar Lopez, Ministerpräsident des Königreichs Spanien, Präsident des Rates der Europäischen Union: Liebe Freundinnen und Freunde der CDU!

(Beifall)

Es ist mir eine Ehre und eine große Freude, auf diesem Parteitag zu Ihnen zu sprechen.

(Beifall)

Die CDU hat sich wie kaum eine andere Partei um Demokratie und Freiheit in Deutschland und Europa verdient gemacht. Als Demokrat, als Verfechter der Freiheit und als Europäer fühle ich mich an diesem Rednerpult der CDU wie zu Hause.

(Beifall)

(Niederschrift auf der Grundlage der deutschen Übersetzung)

Jetzt aber fahre ich in Spanisch fort, meine Damen und Herren.

Heute weiß ich, wie auch Sie, dass dieser Tag nicht irgendein Tag in der deutschen und europäischen Geschichte ist. Heute vor 49 Jahren gab das deutsche Volk der ganzen Welt ein Lehrstück zum Thema Freiheit. Am 17. Juni 1953 stellten sich die Deutschen gegen eine sozialistische Diktatur, die Deutschland seiner Freiheit und seiner Einheit beraubt hatte. Beinahe 50 Jahre später will auch ich Ihnen in der hessischen Hauptstadt eine Botschaft der Freiheit und der Einheit überbringen. Europa erlebt einen der bewegendsten Augenblicke in seiner Geschichte. Der weltweite Wandlungsprozess im Zeitalter der Globalisierung stellt Europa vor eine der wichtigsten Weichenstellungen. Uns Europäern bietet sich erneut die Chance,

die Zukunft für uns zu gewinnen und wieder eine Führungsposition zu erlangen. Jetzt brauchen wir Selbstvertrauen. Jetzt müssen sich die Deutschen, die Spanier und alle Europäer der Herausforderung stellen, ihr Vertrauen in die Freiheit zu setzen und das schöpferische Potenzial ihrer Gesellschaften auszunutzen.

Die Zeiten, in denen unsere Bürger einen Staat verlangten, der immer als Beschützer interveniert und dabei ungeniert in alle Sphären des Lebens der Menschen vordringt, sind vorbei.

(Beifall)

Die alten Modelle der europäischen Sozialdemokratie greifen heute zu kurz, um die Herausforderungen der Zukunft erfolgreich zu bewältigen. Die Deutschen und die Europäer im 21. Jahrhundert müssen Reformen vorantreiben, die uns in die Lage versetzen, im Wettbewerb in einer globalisierten Welt mit Erfolg zu bestehen. Für uns Europäer ist es unabdingbar, dass Deutschland der wichtige Motor der europäischen Wirtschaft, eine neue Spritze und einen neuen politischen Kraftstoff erhält, um Fortschritt sowie Beschäftigung zu schaffen und das Vertrauen des ganzen europäischen Kontinents erhält.

Ich weiß sehr genau, dass die Politik, die Beschäftigung und Wohlstand schafft, nur diejenige Politik sein kann, die die Quellen für Arbeitsplätze und Reichtum ungehindert sprudeln lässt. Die Menschen müssen spüren, dass ihr Unternehmergeist ein Gut ist, das wir Politiker nicht zu verschleiern bereit sind. Unser politisches Vorhaben gründet auf einer tiefen Überzeugung, nämlich darauf, dass die beste Sozialpolitik eine Politik ist, die Arbeit, Sicherheit und mehr soziale Gerechtigkeit für die Bürger schafft, und dass das größtmögliche Maß an Solidarität mit der Beschäftigung und der Sicherheit zusammenhängt. Ohne Reformen gibt es keine Beschäftigung. Wohlstand ist von dem Erfolg der Reformen abhängig.

(Beifall)

Liebe Freunde, ich habe schon zu Beginn gesagt, dass ich heute auch über die Einheit sprechen will. Die CDU und die spanische Partido Popular sind im Europäischen Parlament politisch zusammengeschlossen. Unsere solide Einheit im Rahmen der Europäischen Volkspartei ist der Garant dafür, dass die politische Sprache und das politische Projekt unserer Fraktion das einzige ernsthafte und wirklich europäische Konzept bieten, das in der Lage ist, in den europäischen Institutionen Führung zu übernehmen.

Wenn wir von der Einheit in der europäischen Volkspartei sprechen, dann tun wir das in dem Wissen, dass unsere größte Kraft genau darin liegt, dass wir eine gemeinsame Wertegemeinschaft und gemeinsame Prinzipien teilen. Von dieser Stelle aus möchte ich die gesamte Fraktion und insbesondere meinen Freund Hans-Gert dazu beglückwünschen, dass sie das Grundverständnis zwischen Spanien und Deutschland immer wieder mit Geschick zu lenken wussten.

(Beifall)

Das Verständnis zwischen Spaniern und Deutschen erachten wir in der Europäischen Volkspartei für grundlegend, um die Debatte über die Zukunft des neuen Europas gemeinsam zu gestalten.

Helmut Kohl hat immer wieder gesagt, dass die deutsche Einheit und die Einheit Europas zwei Seiten derselben Medaille seien.

(Beifall)

Wenn ich von der Einheit zwischen den Europäern spreche, dann kann ich das heute, auf diesem Parteitag, nicht tun, ohne demjenigen meine ganz aufrichtige Ehrerbietung auszusprechen, der sein politisches Leben dem Werk der deutschen und der europäischen Einheit gewidmet hat. Ich möchte Helmut Kohl für sein Vermächtnis, auf das sicherlich auch der große Konrad Adenauer zutiefst stolz wäre, danken.

(Beifall)

Wenn die politischen Kräfte von CDU und Partido Popular die Zukunft Europas gemeinsam vorantreiben wollen, dann dürfen wir nicht aufhören, ganz eng an der Verwirklichung einer bestimmten Realität zu arbeiten, und zwar an Problemen der Menschen zu arbeiten, die heute in Europa ganz anders sind als noch vor einigen Jahren.

Die europäischen Sozialdemokraten haben das Problem der Sicherheit immer wieder mit einer gewissen Sorglosigkeit behandelt. Die europäischen Sozialdemokraten leiden schon seit sehr langem unter einem schrecklichen politischem Übel. Sie leiden unter einem sehr gefährlichen Realitätsverlust. Wir haben es mit einer Realität zu tun, die uns Tag für Tag immer wieder starrsinnig zeigt, dass das Sicherheitskonzept des 20. Jahrhunderts der Vergangenheit angehört. Wir stehen heute in der Verantwortung, den Menschen in Deutschland, in Spanien und in ganz Europa zu sagen, dass der Erfolg des europäischen Projektes davon abhängt, ob wir fähig sind, die neuen Bedrohungen zu verstehen, zu begreifen, und ob wir fähig sind, uns ihnen entgegenzustellen und sie zu überwinden.

(Beifall)

Ich möchte Ihnen hier meine Überzeugung darlegen: Wenn wir die ausländerfeindlichen, reaktionären und antieuropäischen Töne, die sich im politischen Bereich einnisten wollen, demokratisch zum Schweigen bringen wollen, dann müssen die CDU und die Partido Popular als Parteien, die sich der Freiheit und der Zukunft Europas verpflichtet haben, mit Mut und mit Verantwortungsgefühl die Probleme angehen, die die Bürger in Europa belasten. Wir müssen in der Lage sein, auch die entsprechenden Entscheidungen zu treffen.

(Beifall)

Europa darf keine verschlossene Festung für die Menschen in anderen Teilen der Welt sein, die in diesem Raum von Freiheit und Fortschritt, den wir mit so großen Anstrengungen gemeinsam errichtet haben, legal arbeiten wollen. Europa wird auch weiterhin ein Raum für Freiheit und Achtung der Menschenrechte sein, genau derjenige Raum, für den wir uns immer eingesetzt haben. Damit diese Grundfeste nicht den kleinsten Riss erhält, müssen wir ganz deutlich machen, dass die Integration der legalen Einwanderer in unsere Werte- und Prinzipiengemeinschaft in unserem politischen Projekt einen prioritären Platz besitzt.

Wir müssen aber auch ganz deutlich machen, dass diese Integration nur dann funktionieren wird, wenn wir einen klaren, geordneten gesetzlichen Rahmen für die Aufnahme errichten;

denn das Gegenteil hieße, unverantwortlich vorzugehen und den Samen für Marginalisierung, für Unsicherheit und für Fremdenfeindlichkeit zu säen.

(Beifall)

Daher müssen die verantwortungsbewussten und ernsthaft arbeitenden Parteien, wie die CDU/CSU und die PP, sehr ernsthafte Bemühungen unternehmen und konzertiert Kräfte im Kampf gegen die illegale Einwanderung in Europa und gegen die Mafiabanden, die mit dem Elend der Träume anderer Menschen ihr Geschäft machen, investieren.

Es ist einfach nicht zu akzeptieren, dass diese Mafiabanden toleriert werden.

(Beifall)

Liebe Freundinnen, liebe Freunde, das neue Paradigma der Sicherheit verpflichtet uns auch dazu, das Phänomen des Terrorismus als das zu behandeln, was es ist: Der Terrorismus stellt eine Bedrohung gegen die Freiheit und die Demokratie in Europa und in der ganzen Welt dar. Wir dürfen es nicht zulassen und akzeptieren und nicht damit einverstanden sein, dass in unserem Umfeld hierzu halbherzige Haltungen eingenommen werden, die den Mördern als Deckung dienen. Das einzige Ziel im Hinblick auf den Terrorismus muss sein, ihm Niederlagen zuzufügen und ihn komplett zu beseitigen, mit allem, was dazu gehört.

(Beifall)

Wir in Spanien wissen, wie hoch der Preis für ein Leben in Demokratie und Freiheit ist. Wir wissen, dass Demokratie und Freiheit keine Errungenschaften sind, die ewig halten, sondern dass gerade ihr Bestand von allen Demokraten permanente Einsatzbereitschaft zu ihrer Verteidigung verlangt.

Liebe Freundinnen, liebe Freunde, liebe Angela, lieber Edmund,

(Beifall)

ihr wisst besser als jeder andere, dass in Europa ein neuer Wind weht. Vor sechs Jahren nun streifte die sanfte Brise, der leichte Wind der reformfreudigen Mitte Spaniens. Danach folgten Veränderungen in Österreich, Italien und Dänemark, danach in Portugal, in den Niederlanden und jetzt in Frankreich.

(Beifall)

Jetzt seid ihr dran!

(Lebhafter Beifall)

Dir, lieber Edmund, dir, liebe Angela, liebe Freundinnen und Freunde der CDU, ihr habt die Verantwortung und ihr habt auch die Chance. Ich wünsche euch viel Glück. Ich möchte euch sagen, dass ihr bei dieser Aufgabe immer die Partido Popular auf eurer Seite haben werdet. – Vielen Dank und viel Erfolg.

(Anhaltender lebhafter Beifall)

Roland Koch, Tagungspräsidium: Sehr verehrter Ministerpräsident Aznar, der Parteitag der CDU Deutschlands dankt Ihnen herzlich. Er wünscht Ihnen alles Gute in Spanien. Bundeskanzler Edmund Stoiber wird Sie im Europäischen Rat unterstützen, um die gemeinsame Vision der Europäischen Volkspartei Wirklichkeit werden zu lassen. Herzlichen Dank für Ihren Besuch auf dem Bundesparteitag der CDU.

(Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe Edmund Stoiber nicht verabschiedet, denn wir werden ihn in fröhlicher Umgebung gleich wieder sehen. Wir wollen den offiziellen Teil des heutigen Parteitages beschließen. Ich will alle beteiligten Delegierte und Gäste darauf hinweisen, dass Sie alles, was Sie auf dem Tisch in einigermaßen ordentlichem Zustand liegen lassen, morgen früh wieder finden werden. Was Sie unter dem Tisch in welchem Zustand auch immer liegen lassen, werden Sie nicht wieder finden. Diese Halle wird, sobald Sie sie verlassen haben, abgeschlossen. Es wird nicht möglich sein, in zwei Stunden schnell noch einmal das Portemonnaie zu holen; aber sie sind ja eingeladen. In diesem Sinne bitte ich jeden, sich angemessen ausgerüstet auf den Hessenabend zu begeben.

Aus der Sicht des Parteitages geht es zum Hessenabend nach rechts, aus der Sicht des Präsidenten nach links. Wenn Sie also die Türen auf der Seite der Halle benutzen, kommen Sie relativ schnell in die Halle, in die wir Sie heute Abend gemeinsam zum Hessenabend einladen. Ich hoffe, Sie alle da begrüßen zu können und dass wir fröhlich feiern. Der erste Tag des Parteitages ist geschlossen.

Wir sehen uns morgen früh – bitte trotz aller Feierei pünktlich – um 9 Uhr wieder. Wir haben noch ein anstrengendes Programm. Wir sollten es gemeinsam abwickeln.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss: 19.07 Uhr)

Dienstag, 18. Juni 2002
Zweite Plenarsitzung
Beginn: 9.23 Uhr

Eckhardt Rehberg, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren! Ich bin weder der Milch- noch der Eiermann, freue mich aber, dass Sie doch schon zu dieser frühen Stunde in relativ großer Zahl erschienen sind. Einen herzlichen guten Morgen vom Tagungspräsidium!

Als Erstes eine positive Botschaft. Sie sehen vor sich, gesponsert von der Bundesgeschäftsstelle, eine Flasche Wasser als Dankeschön dafür, dass Sie gestern so toll durchgehalten haben.

(Beifall)

Dann eine etwas negativere Botschaft. Unser Generalsekretär guckt noch ganz intensiv in die Zeitung. Wenn nicht noch die restlichen Hörgeräte, die wir gestern bei der Simultanübersetzung benötigt haben, auf den Tisch kommen, kann er eine Anzeige weniger im Bundestagswahlkampf schalten. Dies wäre das Äquivalent bei den Kosten, die wir zurückerstatten müssten. Von daher ergeht im Namen von Herrn Hausmann, Herrn Meyer und allen anderen die herzliche Bitte: Geben Sie die fehlenden Geräte – es ist eine relativ große Anzahl – hier vorne rechts, wo die Wortmeldungen eingereicht werden, zurück. Ich glaube, es gehört sich, dass man diese Geräte abgibt. Herzlichen Dank, wenn Sie das tun.

(Beifall)

Herr Hausmann gibt mir gerade noch den Hinweis, dass die Geräte für Sie allenfalls die Funktion eines Maskottchens haben können. Ansonsten kann damit keiner etwas anfangen, weil die Geräte mit einer Festfrequenz aus der Halle arbeiten. Ihr könnt damit zu Hause also nichts anfangen. Bringt sie bitte zurück. Der Betrag ist beträchtlich, den wir als CDU dem Veranstalter sonst zurückerstatten müssten.

Ich rufe nun den TAGESORDNUNGSPUNKT 18 auf:

BERATUNG UND BESCHLUSSFASSUNG ÜBER SONSTIGE ANTRÄGE

Wir haben besonders fleißige Berliner unter uns. Ich rufe den Initiativantrag 1 der Delegierten Professor Dr. Scholz, Nooke, Zeller und weiterer 27 Delegierter auf. Der Antrag ist im Saal verteilt worden. Wird dazu das Wort gewünscht? – Wenn das nicht der Fall sein sollte – es kann ja sein, dass alle Berliner noch in den Betten liegen -, lasse ich über den Initiativantrag 1 abstimmen. Die Antragskommission empfiehlt die Annahme in der ausgedruckten Fassung. Wer dieser Empfehlung zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Keine. Der Antrag ist einstimmig angenommen. Ich bedanke mich.

(Beifall)

Ich rufe nun TAGESORDNUNGSPUNKT 17 b auf:

**WAHL DER DELEGIERTEN UND STELLVERTRETENDEN DELEGIERTEN
ZUM XV. EVP-KONGRESS**

Wir hatten gestern die Tagesordnungspunkte 19 und 17 a vorgezogen. Ich bitte nun um Ihre Aufmerksamkeit für die Wahl der Delegierten und stellvertretenden Delegierten zum XV. EVP-Kongress. Die Delegierten und stellvertretenden Delegierten werden laut _ 31 Abs. 4 des Statuts der CDU durch den Bundesausschuss auf Vorschlag des Bundesvorstandes gewählt. Die Landesverbände sind vor dem Bundesparteitag schriftlich gebeten worden, entsprechende Vorschläge zu unterbreiten. Die vom Bundesvorstand beschlossene Liste der Delegierten und stellvertretenden Delegierten zum XV. EVP-Kongress finden Sie in Ihren Unterlagen. Gibt es zu dieser Liste Wortmeldungen? – Ich sehe, das ist nicht der Fall. Ich schlage Ihnen vor, bei der Wahl der Delegierten und stellvertretenden Delegierten zum EVP-Kongress das gleiche Verfahren zu wählen wie bei der Wahl der CDU-Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder für den Vorstand der Europäischen Volkspartei, also offen abzustimmen. Erhebt sich dagegen Widerspruch? – Ich sehe, das ist nicht der Fall.

Wir kommen nun zur offenen Abstimmung. Wer dem Vorschlag des Bundesvorstandes unter Berücksichtigung der Vorschläge der Landesverbände zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Keine. Hiermit sind die Delegierten und stellvertretenden Delegierten zum XV. EVP-Kongress gewählt. Im Namen des Präsidiums darf ich allen Gewählten recht herzlich gratulieren.

(Beifall)

Christian Wulff, Tagungspräsidium: Wir bedanken uns für die Aufmerksamkeit und kommen jetzt zu TAGESORDNUNGSPUNKT 14:

BERICHT DES VORSITZENDEN DER CDU/CSU-FRAKTION IM
DEUTSCHEN BUNDESTAG, FRIEDRICH MERZ

Ich gebe unserem Freund Friedrich Merz zu seiner Rede das Wort.

(Beifall)

Friedrich Merz: Herr Parteitagpräsident, lieber Christian Wulff! Liebe Angela Merkel! Liebe Gäste! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Gestern sind es 97 Tage gewesen; heute Nacht haben wir schon einmal ein kleines Fest miteinander gefeiert, das zum Teil bis in die frühen Morgenstunden gereicht hat; jetzt sind es nur noch 96 Tage bis zum Regierungswechsel in Berlin und zum Ende von Rot und Grün.

(Beifall)

Ich gebe Ihnen heute – wie auf jedem Bundesparteitag der CDU Deutschlands – den Bericht des Vorsitzenden der Unionsfraktion im Deutschen Bundestag, heute zum letzten Mal für diese Wahlperiode. Diese Wahlperiode, die sich in drei Monaten ihrem Ende zuneigt, wird als eine Wahlperiode in die Geschichte der Republik eingehen, die vermutlich von allen diejenige war, die am meisten von Auf und Ab geprägt war, von Freude und Niederlage, von großer Wechselhaftigkeit.

Am Anfang stand eine Wahlniederlage der Union, und am Ende steht die große Chance, dass wir nicht nur wieder stärkste Fraktion im Deutschen Bundestag werden, sondern auch wieder Regierungsfraktion im Deutschen Bundestag werden, liebe Freunde.

(Beifall)

Bis dahin ist es allerdings noch ein langer Weg. Drei Monate können in der Politik eine sehr lange Zeit sein. Deswegen, meine Damen und Herren, liebe Freunde, müssen wir bis zum Ende dieser Legislaturperiode, bis zum Ende des Wahlkampfes jeden Tag und jede Woche das tun, was wir auch in den letzten dreieinhalb Jahren getan haben: Wir müssen die Regierung stellen – im Parlament und außerhalb -, wir müssen sie dort, wo sie Fehler macht, kritisieren, wir müssen Angriffe der Regierung auf die Union weiter beherzt abwehren, und wir müssen eine überzeugende Alternative der Union für die Bundestagswahl jeden Tag und immer wieder darstellen.

Nach vier Jahren rot-grüner Politik in Berlin gilt es Bilanz zu ziehen. Die rot-grüne Regierung schließt ab mit vier Millionen Arbeitslosen, mit einer Steigerung der Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland um über 15 Prozent im Jahresvergleich. Sie schließt ab mit dem niedrigsten Wachstum aller Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Sie schließt ab mit der höchsten Neuverschuldung aller Mitgliedstaaten in Europa. Sie schließt ab mit der höchsten Arbeitslosigkeit in den neuen Ländern seit der Wiedervereinigung. Sie schließt ab mit einem größer werdenden Abstand bei Forschung und Entwicklung zu anderen Industrienationen, insbesondere zu den Vereinigten Staaten von Amerika. Sie schließt ab mit einer geradezu katastrophalen Lage des deutschen Mittelstandes. Sie schließt ab mit einer Depression in der deutschen Landwirtschaft, die von dieser Bundesregierung nur mit Füßen getreten wird. Sie schließt ab mit dem Urteil nicht der deutschen Opposition, sondern unserer europäischen und transatlantischen Partner mit dem Attribut vom „kranken Mann Europas“.

Meine Damen und Herren, im Regierungsprogramm der SPD heißt das wörtlich so: Die Richtung stimmt, wir werden den Weg weitergehen.

(Zurufe: Pfui!)

Liebe Freunde, in diesen Tagen wird immer wieder davon gesprochen und darüber spekuliert, ob es denn Grausamkeiten gäbe, die eine unionsgeführte Bundesregierung den Menschen in Deutschland zumuten würde. Ich sage dazu: Die größte Grausamkeit, die den Menschen in Deutschland passieren könnte, wäre die Fortsetzung der rot-grünen Politik in Berlin. Das wäre die größte Grausamkeit, die die Menschen in Deutschland erleben könnten!

(Beifall)

Es hat in dieser Legislaturperiode immer wieder und bis zum heutigen Tag unverändert den Versuch gegeben, die Union zu diffamieren, ihre Politik zu delegitimieren, und der rot-grünen Bundesregierung, insbesondere den Sozialdemokraten, war dabei kein Instrument zu schmutzig und keine Methode zu abwegig.

Ich spreche das an, weil in diesen Tagen die Arbeit des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses über die Parteispendenaffäre der CDU, aber auch über die Verfehlungen der Sozialdemokraten zu Ende gegangen ist und weil die Abschlussberichte der Mehrheit und der Minderheit geschrieben worden sind. Liebe Freunde, es hat bei uns und bei den Sozialdemokraten Verstöße gegen das Parteiengesetz gegeben. Wir, die CDU Deutschlands, haben viel verloren. Wir haben Geld verloren, wir haben Wahlen verloren, und, was viel schlimmer ist, wir

haben bei den Menschen in Deutschland politisches Vertrauen verloren. Es ist ein schwerer Weg gewesen, dieses Vertrauen bei den Menschen Schritt für Schritt zurückzugewinnen, auch in der Aufarbeitung und in der Aufklärung dessen, was war.

Aber damit kein Missverständnis entsteht: Wir haben es zu keinem Zeitpunkt zugelassen, dass die Arbeit der früheren Bundesregierung von Helmut Kohl und der CDU und der CSU von SPD und Grünen kriminalisiert wurde.

(Beifall)

Liebe Freunde, bei allem, was da war, was uns beschwert hat und was wir offen angesprochen haben: Die Politik der früheren Bundesregierung ist nicht käuflich gewesen, und die CDU Deutschlands ist nicht eine kriminelle Vereinigung, wie Rot-Grün das immer hinzustellen versucht hat.

(Beifall)

Zwischenzeitlich sind die Sozialdemokraten von ihrem sehr hohen Ross der moralischen Überlegenheit, die sie für sich selbst immer in Anspruch genommen haben, ziemlich hart heruntergefallen. Wenn es in diesen Tagen über Kriminalität, über Bestechlichkeit, über viele Dinge zu reden gilt, dann betrifft das Vertreter der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands von Kiel bis Saarbrücken, im ganzen Land Nordrhein-Westfalen, an den verschiedensten Stellen.

Die deutsche Öffentlichkeit hat Anspruch darauf, dass jetzt dieselben Maßstäbe an die Sozialdemokraten angelegt werden, wie das über dreieinhalb Jahre – zu Recht – bei uns der Fall war.

(Beifall)

Wir erwarten, dass die Sozialdemokratische Partei Deutschlands auch in den eigenen Reihen die Maßstäbe durchsetzt, die sie an uns angelegt hat. Wir erwarten, dass diejenigen, die sich wirklich schwerer Verfehlungen und Vergehen, bis hin zu schweren Verstößen gegen das Strafgesetzbuch, schuldig gemacht haben, nun auch wirklich aus der SPD ausgeschlossen werden. Ich nenne stellvertretend für viele nur die Namen Hoffmann aus Saarbrücken und Wienand aus Köln. Das wird in den nächsten Wochen und Monaten eine Rolle spielen.

(Beifall)

Ich möchte in diesem Zusammenhang ein herzliches Wort des Dankes an diejenigen Kolleginnen und Kollegen sagen, die im Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestages ihre Arbeit geleistet haben. Ich nenne stellvertretend für alle den Obmann in diesem Ausschuss, unseren Freund Andreas Schmidt.

(Beifall)

Liebe Freunde, es ist nicht immer angenehm, in einem Untersuchungsausschuss zu arbeiten, insbesondere dann nicht, wenn er sich – von der Mehrheit im Parlament instrumentalisiert – gegen die eigene Fraktion und gegen die eigene Partei richtet. Aber das, was unsere Kolleginnen und Kollegen im Untersuchungsausschuss geleistet haben, ist eine wirklich gute Ar-

beit gewesen. Nicht nur die Bundestagsfraktion, sondern auch beide Parteien, CDU und CSU, schulden diesen Kollegen Dank und Anerkennung für die Arbeit, die sie für uns alle in diesem Untersuchungsausschuss geleistet haben.

(Beifall)

Mit dem Abschluss dieses Untersuchungsausschusses ist der Versuch der Sozialdemokraten, die Politik der Union zu diffamieren und zu delegitimieren, aber nicht zu Ende. Ich halte hier eine Publikation in den Händen, die deutlich macht, wie die SPD und mit ihr die Bundesregierung gegen die Union vorgehen wird. Es handelt sich um eine Veröffentlichung des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, vor wenigen Monaten erschienen, die überschrieben ist mit „Zehn Jahre vereint -- Deutschland 2000“, ein Bericht über zehn Jahre deutsche Einheit.

Auf 100 Seiten dieses Berichtes werden große Teile der deutschen Geschichte umgeschrieben, wird die Geschichte der deutschen Einheit verfälscht. Es werden im Zusammenhang mit der deutschen Einheit Namen genannt, immer wieder und fast auf jeder Seite Gerhard Schröder, darüber hinaus Willy Brandt, Otto Schily, Wolfgang Thierse, Erich Honecker, Egon Krenz, Günter Schabowski, Günther Kleiber und Erich Mielke. Alle die, die dort genannt sind, werden in den historischen Kontext der deutschen Einheit gestellt. Der Name Wolfgang Schäuble – derjenige, der den Einigungsvertrag ausgehandelt hat – wird nicht ein einziges Mal erwähnt.

(Pfiiffe und Buhrufe)

– **Dr. Wolfgang Schäuble:** In der Sippschaft will ich auch nicht genannt werden!

– Er sagt gerade völlig zu Recht, in der Sippschaft wolle er auch nicht genannt werden.

(Beifall)

Lieber Wolfgang Schäuble, da haben Sie wohl Recht. Nicht genannt zu werden ist in diesem Zusammenhang ja noch ehrenvoll.

Helmut Kohl wird auf diesen 100 Seiten in nur einem Satz erwähnt, und der lautet so: „Mit Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl verlässt eine Generation die politische Bühne, deren Biografien“ – jetzt hören Sie gut zu! – „von Krieg und Nachkriegsära geprägt sind.“ Liebe Freunde, wenn das das Einzige ist, was den Sozialdemokraten in diesem Land zur deutschen Einheit, zur CDU/CSU und zu Helmut Kohl einfällt, dann müssen wir mit aller Entschiedenheit dieser Verfälschung unserer Geschichte entgegentreten. Das werden wir in den nächsten Wochen und Monaten auch tun.

(Beifall)

Wenn man ein solches Machwerk in die Hände bekommt, dann fällt es schon verdammt schwer, dem zu widersprechen, was ein Leser in der Zeitung „Die Welt“ Mitte Mai in einem Leserbrief geschrieben hat, der meinte, das seien „Geschichtsfälschungen in fast stalinistischer Manier“. Es fällt verdammt schwer, dagegen noch ein gutes Argument zu finden.

(Beifall)

Ich sage Ihnen, wir werden uns diesem Versuch, die deutsche Geschichte umzuschreiben und die deutsche Einheit allein für die Sozialdemokraten, für die Grünen und zunehmend auch für die PDS in Anspruch zu nehmen, auch ganz aktuell weiter entgegenstellen.

Wir diskutieren, ja, wir streiten im Deutschen Bundestag derzeit über eine Änderung des Stasi-Unterlagengesetzes. Auch dazu ein klares Wort: Wir wollen, dass die Machenschaften der Staatssicherheit in Deutschland weiter aufgeklärt werden. Wir wollen, dass klar wird, wer in Deutschland in den 40 Jahren des real existierenden Sozialismus wofür Verantwortung getragen hat – in einem Staat, in dem ein Unterdrückungssystem geherrscht hat, das aufzuklären und Verantwortlichkeiten festzumachen heute mehr denn je eine lohnenswerte Arbeit, auch des Gesetzgebers, ist. Aber damit auch das ganz klar ist: Wir werden es nicht zulassen, dass über diesen Weg der Änderung des Stasi-Unterlagengesetzes die Grundrechte der Menschen in ganz Deutschland – dies hat keineswegs allein etwas mit Helmut Kohl zu tun – infrage gestellt werden. Mit CDU und CSU ist dieser Weg nicht zu machen.

(Beifall)

Nun wissen wir alle, dass die Auseinandersetzung bei dieser Bundestagswahl – so wollen wir es jedenfalls – nicht über die Vergangenheit geführt wird. Ich habe das in Dresden schon gesagt und wiederhole es: Wenn die Sozialdemokraten das wollen, können wir diese Auseinandersetzung führen. Wenn sie zur Entschuldigung ihres eigenen Versagens immer wieder auf 16 Jahre unionsgeführte Bundesregierungen Bezug nehmen, dann werden wir über diese 16 Jahre reden. Dann habe ich bei aller Kritik, die berechtigt ist, überhaupt kein Problem damit, auch öffentlich zu sagen: Jedes, aber auch wirklich jedes dieser 16 Jahre war für Deutschland besser als die vier Jahre, die Rot und Grün in Deutschland regiert haben. Ich habe keine Hemmung, das zu sagen.

(Beifall)

Aber die Auseinandersetzung, liebe Freunde, soll um die Zukunft gehen. Wir wollen, auch aus der Bundestagsfraktion heraus, einen Wahlkampf mit denen, die dabei sind, und mit denen, die neu dazukommen, über die großen Fragen der Zukunft in Deutschland führen. Eine der wesentlichen Fragen, vielleicht die entscheidende Frage, zu Beginn eines neuen, des 21. Jahrhunderts wird sein: Wie schaffen wir es, die größte nicht sozialpolitische, sondern gesellschaftspolitische Herausforderung zu bestehen, die darin besteht, mindestens vier Millionen Menschen in Deutschland wieder Arbeit im ersten Arbeitsmarkt zu eröffnen.

Wir haben heute den 18. Juni. Meine Damen und Herren, liebe Freunde, dies ist ein historisches Datum. Am 18. Juni 1948, heute genau vor 54 Jahren, sind von den drei Westmächten in Berlin die Gesetze erlassen worden, die die Einführung der D-Mark ermöglicht haben. Zwei Tage später, am 20. Juni 1948, ist die D-Mark eingeführt worden. Mit der Einführung der D-Mark hat Ludwig Erhard eine Entscheidung verbunden, die von vielleicht noch größerer Tragweite war als die Währungsumstellung. Er hat die Entscheidung getroffen, in dem für die Menschen damals wichtigsten Bereich, nämlich der Versorgung mit Lebensmitteln, die Bewirtschaftung aufzuheben. Er ist dafür von dem amerikanischen Militärkommandanten General Lucius Clay zur Rechenschaft gezogen worden. Er hat ihn zu sich bestellt und hat gesagt: „Herr Erhard, ich habe gehört, Sie haben an den Regeln der Bewirtschaftung etwas geändert.“

Daraufhin hat Erhard erwidert: „Herr General, ich habe an den Regeln nichts geändert. Ich habe die Bewirtschaftung abgeschafft.“ Das Ergebnis war, dass mit Währungsumstellung und Marktwirtschaft in Deutschland ein unglaublicher Boom ausgelöst war und es über Nacht Lebensmittel in allen Geschäften gab.

Liebe Freunde, 16 Jahre später, Anfang der 60er-Jahre, hat es wieder einen von der Union gestellten Minister gegeben, der Mut hatte. Das war der Wohnungsbauminister Paul Lücke, der Anfang der 60er-Jahre die staatliche Bewirtschaftung des Wohnraums in Deutschland abgeschafft hat. Die Entscheidung 1948 genauso wie die Entscheidung Anfang der 60er-Jahre musste gegen den erbitterten Widerstand der Sozialdemokraten und der Gewerkschaften in Deutschland durchgesetzt werden. Jedes Mal wurde der Einwand erhoben: Wenn die Bewirtschaftung aufgehoben wird, dann können sich nur Reiche Lebensmittel und Wohnraum leisten. Genau das Gegenteil ist beide Male eingetreten. Es sind nicht die Reichen gewesen, sondern es ist die Masse der Bevölkerung gewesen, die plötzlich ausreichend mit Lebensmitteln und später mit Wohnraum versorgt wurde.

Warum sage ich das und warum nehme ich gerade heute Bezug auf dieses historische Datum? Liebe Freunde, man kann in diesem Zusammenhang noch ein drittes Datum nennen, nämlich die Entscheidung mutiger Postminister einer unionsgeführten Bundesregierung in den 80er-Jahren des letzten Jahrhunderts, die Bewirtschaftung des Post und Telekommunikationssektors nicht zu ändern, sondern abzuschaffen, wieder gegen den erbitterten Widerstand von Sozialdemokraten und Gewerkschaften. Wieder war es so, dass nicht nur die Besserverdienenden, sondern alle Menschen in Deutschland eine ausreichende Versorgung mit Post- und Telekommunikationsdienstleistungen bekamen. Ich kann mich gut daran erinnern; ich war in meinem ersten Wahlkampf für das Europäische Parlament 1989. Da wurde behauptet, mit dieser Politik der CDU-geführten Bundesregierung gebe es keine ausreichende Versorgung mehr mit Post- und Telefon in den ländlichen Räumen. Ich komme aus einem solchen ländlichen Raum. Meine Damen und Herren, wenige Jahre später war die Versorgung gerade der ländlichen Räume mit einer so erstklassigen Post- und Telekommunikationsinfrastruktur erreicht, wie wir es uns vorher nie haben vorstellen können.

Warum sage ich das? Ich sage das, weil wir heute wieder den gleichen Mut brauchen, den Menschen etwas zuzumuten, aber auch ein Wagnis einzugehen. Wir brauchen den Mut, 50 Jahre nach Gründung der Bundesrepublik Deutschland die staatliche Bewirtschaftung unseres Arbeitsmarktes Schritt für Schritt zurückzunehmen.

(Beifall)

Wir werden dabei, liebe Freunde, wieder auf den erbitterten Widerstand der Sozialdemokraten und auch den erbitterten Widerstand von Teilen der deutschen Gewerkschaften stoßen. Ich will es ganz offen sagen, so wie wir es in der Fraktion sehen und so wie ich denke: Wenn wir den Mut nicht haben, hier eine klare Alternative zur staatlichen Bewirtschaftung der Arbeitslosigkeit von Rot und Grün politisch vor der Wahl zu benennen und politisch nach der Wahl durchzusetzen, dann werden die Probleme auf unserem Arbeitsmarkt für Jahre und Jahrzehnte nicht gelöst werden.

(Beifall)

Deswegen stehen jetzt Entscheidungen an. Was ist in diesem Land eigentlich los, dass wir bei vier Millionen Arbeitslosen und 1,5 Millionen offenen Stellen, die angeblich nicht besetzt werden können, ganz ernsthaft über die Frage diskutieren, den deutschen Arbeitsmarkt für Arbeitskräfte aus nicht-europäischen Kulturkreisen zu öffnen, damit wir weitere Arbeitskräfte bekommen, um die Probleme auf unserem Arbeitsmarkt zu lösen?

Ich sage bewusst „nicht europäische Kulturkreise“, liebe Freunde, weil der Zuzug von Franzosen, von Spaniern, von Portugiesen, von Briten, von Iren, von all denen, die Bürger der Europäischen Union sind, auf den deutschen Arbeitsmarkt offen ist. Niemand von denen braucht eine Aufenthaltsgenehmigung und auch keine Arbeitsgenehmigung. Jeder aus der Europäischen Union kann nach Deutschland kommen. Nein, wir sprechen über Einwanderung und Zuwanderung aus nicht-europäischen Kulturkreisen auf den deutschen Arbeitsmarkt, weil wir unsere Probleme angeblich nicht mehr selber lösen können.

Ich gebe eine Antwort: Bevor wir nicht dafür gesorgt haben, dass 1,5 Millionen offene Stellen aus dem Potential von vier Millionen Arbeitslosen in Deutschland besetzt werden, ist für einen weiteren Zuzug von Ausländern nach Deutschland kein Platz, meine Damen und Herren. Das müssen wir auch sagen und darüber müssen wir mit den Sozialdemokraten, wenn es nötig ist, auch streiten.

(Beifall)

Ich will in diesem Zusammenhang übrigens auch darauf hinweisen: Das Thema Integration der bereits in Deutschland lebenden Ausländer muss auch ein Thema der Auseinandersetzung mit Rot und Grün werden; denn jeder, der von uns in der Kommunalpolitik tätig ist, weiß, dass nicht Integration, sondern Desintegration, dass nicht besseres Zusammenleben, sondern schlechteres Zusammenleben der Menschen den Alltag in den Städten und Gemeinden Deutschlands bestimmen. Wir wollen zunächst Integration der bereits in Deutschland lebenden Ausländer, bevor wir uns über den Zuzug weiterer Ausländer miteinander unterhalten. Auch das ist ein Thema, wenn es um eine klare Alternative geht.

(Beifall)

Wie lösen wir das Problem? Es gibt eine Umfrage des Deutschen Industrie- und Handelskammertages. Danach können nur fünf Prozent der Unternehmen in Deutschland offene Stellen mit Hilfe der Arbeitsämter besetzen. fünf Prozent! 28 Prozent sagen, wenigstens mit der Hilfe privater Vermittler geht es. 75 Prozent der repräsentativ befragten Unternehmen klagen darüber, dass Sie von den Arbeitsämtern nur ungeeignete Bewerber vermittelt bekommen.

Meine Damen und Herren, wir machen in diesem Zusammenhang niemandem der Betroffenen einen Vorwurf. Wir wissen, dass die Anreize nicht stimmen, dass es sich in Deutschland sehr viel häufiger lohnt, nicht zu arbeiten, als wieder arbeiten zu gehen. Ich finde, auch darüber sollten wir vorurteilsfrei miteinander sprechen. Auch deshalb haben wir unser Konzept für ein Familiengeld entwickelt.

Ich gebe zu, ich war anfangs skeptisch, auch ablehnend, als unsere Familienpolitiker Anfang des letzten Jahres in der Fraktion gesagt haben: Jetzt wollen wir endlich bessere Leistungen für die Familien durchsetzen; wir wollen mehr tun für die Familien mit Kindern, wir wollen vor

allen Dingen dafür sorgen, dass Kinder aus der Sozialhilfe herauskommen. Ich war anfangs skeptisch, ob es richtig ist, einen solchen Weg zu gehen; denn er bedeutet zwangsläufig höhere Ausgaben, höhere Mittel aus dem Bundeshaushalt für Familien mit Kindern.

Aber, meine lieben Freunde, ich bin heute mehr denn je davon überzeugt, dass dieses Konzept, das wir formuliert und mitentwickelt haben, richtig ist. Es ist richtig, weil es eine Million Kinder aus der Sozialhilfe herausbringt,

(Vereinzelter Beifall)

und es ist vor allen Dingen richtig, weil es den Anreiz der Eltern wieder erhöht, einer Beschäftigung im ersten Arbeitsmarkt nachzugehen. Diesen Zusammenhang müssen wir erläutern und erklären, wenn wir über Familiengeld in Deutschland reden.

(Beifall)

Seien wir doch bitte ehrlich miteinander. Wir diskutieren in Berlin über Kombilohn – Mainzer Modell, Leipziger Modell, welche Modelle es da alles gibt. Dabei haben auch wir offensichtlich übersehen, dass es in Deutschland ein Kombilohnmodell seit Jahren, wenn nicht seit Jahrzehnten gibt: Das ist die sehr erfolgreiche Kombination aus Einkommen aus sozialem Transfer und Erwerbseinkommen in der Schattenwirtschaft. Ja, meine Damen und Herren, dieser Kombilohn funktioniert in Deutschland wirklich.

Nochmals, damit kein Missverständnis entsteht: Wir machen keinem der Betroffenen einen Vorwurf. Im Gegenteil: Diese Menschen verhalten sich marktwirtschaftlich völlig richtig; sie stellen sich nämlich die Frage, wie sie mit einem Minimum an Aufwand ein Höchstmaß an Ertrag für sich selbst erwirtschaften können, und kommen in der Regel zu dem Ergebnis, dass dies nicht auf dem ersten Arbeitsmarkt geht. Wenn das so ist, meine Damen und Herren, dann müssen wir es ändern und dann müssen wir Perspektiven aufzeigen, wie man es ändern kann. Das Familiengeld der Union ist eine solche Perspektive, um es zu ändern.

(Beifall)

Nun hören wir in diesem Zusammenhang viele Vorwürfe. Familiengeld bedeutet auch höhere Transfereinkommen für die Eltern, die sich ganz oder teilweise entschließen, eine gewisse Zeit nicht außer Haus zu arbeiten, sondern den Kindern zur Verfügung zu stehen. Wir wollen Wahlfreiheit. Wir wollen die Freiheit, ob die Eltern ganz oder teilweise zu Hause bleiben, sich eine gewisse Zeit um ihre Kinder kümmern und dann wieder einer beruflichen Tätigkeit außer Hause nachgehen, oder ob sie gleich wieder arbeiten gehen wollen und eine Betreuung für ihre Kinder ermöglichen. Ich sage angesichts dieser wirklichen Wahlfreiheit, die wir wollen: Wer dieses Konzept des Familiengeldes der Union – so wie es der Bundeskanzler auf dem SPD-Bundesparteitag vor wenigen Tagen getan hat – als Küchengeld oder Küchenprämie diffamiert, der diffamiert Hunderttausende von Familien in Deutschland, die sich dazu entschlossen haben, die Sorge und Verantwortung für ihre Kinder zu Hause zu übernehmen. Wir werden nicht zulassen, dass dies weiter geschieht.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wir werden es nicht zulassen, weil wir wissen, was es bedeutet, dass ein Land immer weniger Kinder hat. Wir wissen umgekehrt, was es bedeutet, Verantwortung für Kinder zu übernehmen. Gerade nach dem schrecklichen Ereignis in Erfurt ist es doch wohl notwendiger denn je, dass wir uns über Familie, über Erziehung, über Werte unterhalten.

Wenn dies nun schon aus den Reihen der Union auf Kritik und auf Ablehnung stößt, dann erlauben Sie mir, wenn ich an dieser Stelle etwas vortrage, was nicht in unseren Reihen formuliert worden ist, sondern von einer namhaften Redakteurin der Wochenzeitung „Die Zeit“, von der ich erst gestern Abend erfahren habe, dass sie mit einem SPD-Bundestagskollegen verheiratet ist. Susanne Gaschke schrieb Anfang Mai:

Die Freizeitgestaltung, die jugendlichen Subkulturen, die Selbststigmatisierung durch Piercing und Gettomode, all dies wird nur selten infrage gestellt, weil es Mühe machen würde, weil man Verbote durchsetzen und zeitaufwendige Alternativen anbieten müsste, auch weil es als spießig gilt, sich einzumischen. Unser Bequemlichkeitsliberalismus

– so schreibt Sie weiter –

ist hochentwickelt. Die Kinder werden schon wissen, was gut für sie ist.

Und im nächsten Absatz:

Sie wissen es nicht und wir liegen falsch, wenn wir ihre Coolness zum Nennwert akzeptieren.

Die Kinder sehnen sich nach Einmischung, die vor allem eines bedeutet: Zuwendung. Doch die wird ihnen tausendfach verweigert.

(Beifall)

Die Schlussfolgerung ist: Warum soll man reden, wenn niemand zuhört? Warum soll man Gefühle zeigen, die keinen interessieren? Warum soll man sich an Regeln halten, die von den Erwachsenen nicht verteidigt werden? In dem Artikel heißt es weiter:

Das Schweigen zwischen Eltern und Nachwuchs muss aufhören und ebenso der fehlgeschlagene gesellschaftliche Großversuch, Verantwortung für Kinder überall hinzuschieben, um nur ja nicht diejenigen damit zu belasten, die allein verpflichtet und berechtigt sind, sie zu tragen.

Wir können jede Zeile und jedes Wort davon unterstreichen.

(Beifall)

Es geht um Wahlfreiheit und um Verantwortung für Familien. Es geht auch darum, dass junge Frauen ihre Chancen im Berufsleben haben. Ich sage das aus einem ganz banalen Grund: Die Volkswirtschaft der Bundesrepublik Deutschland kann in den nächsten Jahren und Jahrzehnten auf dieses gut ausgebildete Potenzial der Bevölkerung überhaupt nicht verzichten. Wir brauchen in Zukunft gerade junge Frauen in Führungspositionen in jedem Beruf. Deswegen wollen wir Wahlfreiheit für junge Familien, aber so, dass sie sich auch noch für Kinder entscheiden und zur Verantwortung der Erziehung ihrer Kinder bekennen können.

(Beifall)

Wer dies mit einer Küchenprämie abtut, wer daherredet wie der Bundeskanzler vor Jahr und Tag, nämlich dass Kinder und Topfblumen in keinen anständigen Haushalt gehören würden, braucht sich nicht darüber zu wundern, dass junge Familien mit dieser rot-grünen Bundesregierung ein Glaubwürdigkeitsproblem verbinden. Die rot-grüne Bundesregierung entdeckt die Familien jetzt plötzlich, weil sie merkt, dass die gesellschaftliche Entwicklung in Deutschland längst über die Lebenswelten dieser am Ziel angekommenen Generation der 68er hinweggegangen ist. Wir stehen mitten in der Gesellschaft und nicht die späten 68er, die plötzlich da waren und nun mit ihrer Macht nichts mehr anzufangen wissen.

(Beifall)

In den nächsten Tagen werden die Ergebnisse über die Qualität der Schulpolitik veröffentlicht, nämlich PISA und PISA II. Nächste Woche werden wir die Ergebnisse für die einzelnen Länder in Deutschland erfahren. Nach allem, was wir bisher wissen, wird das Ergebnis so sein, dass dort, wo die Union lange regiert, die Schulen besonders gut sind, und dass dort, wo die Sozialdemokraten lange regieren, die Schulen besonders schlecht sind. Liebe Freunde, ich erwähne das, weil jetzt schon der Versuch gemacht wird, zu sagen: Es geht um unsere Kinder; wir dürfen nicht streiten und dürfen vor allen Dingen keinen parteipolitischen Streit zwischen den großen Parteien um die Bildungspolitik entfachen.

Liebe Freunde, ich bin völlig anderer Auffassung.

(Beifall)

Stellen Sie sich einmal vor, Baden-Württemberg, Sachsen, Thüringen oder gar Bayern wären auf den letzten Plätzen in Deutschland. Glauben Sie, dass uns die Sozialdemokraten in Deutschland eine parteipolitische Auseinandersetzung über die Bildungspolitik ersparen würde? Nein, sie würden Tag für Tag und Woche für Woche darüber sprechen, dass die Union unseren Kindern die Zukunft verbaut hätte. Jetzt müssen wir es umgekehrt tun.

(Beifall)

Wir müssen sagen, dass sich Generationen von sozialdemokratischen Kultusministern – ich nenne beispielsweise von Oertzen und Friedeburg – Jahre und Jahrzehnte an der Zukunft unserer Kinder versündigt haben. Das muss in den nächsten Wochen und Monaten zu einem Thema werden.

(Beifall)

Liebe Freunde, da der Herr Bundeskanzler in seiner früheren Funktion als niedersächsischer Ministerpräsident der Meinung war, Lehrer als faule Säcke beschimpfen zu müssen, nehmen wir ihm heute nicht ab, wenn er nun über die Verantwortung der Schulen für Wertevermittlung und Erziehung redet. Leute wie er sind Opportunisten. Sie haben keinen Kompass. Sie haben nie einen gehabt und werden auch im Jahre 2002 keinen haben.

(Beifall)

Damit ist auch klar, wie die Agenda für die Zeit nach der Wahl geschrieben werden muss. Da die Spielräume in den öffentlichen Haushalten durch die rot-grüne Finanz- und Steuerpolitik

so reduziert worden sind, dass zunächst nichts auf den Weg gebracht werden kann, was nennenswerte Auswirkungen auf die öffentlichen Haushalte hat, werden wir zunächst beim Arbeitsmarkt ansetzen müssen, so wie es der Präsident des Ifo-Institutes in einem lesenswerten Namensbeitrag in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ geschrieben hat: Die Rückkehr zu einem dauerhaften Wachstums- und Beschäftigungspfad in Deutschland geht nur über neue Arbeitsmarktpolitik, über eine beherzte Politik, die die staatliche Bewirtschaftung unseres Arbeitsmarktes Schritt für Schritt zurücknimmt.

Liebe Freunde, wir müssen den Mut haben, Reformen in Deutschland nicht nur anzukündigen, sondern sie auch durchzusetzen. Ich stimme ausdrücklich dem zu, was Roland Koch und Christian Wulff gesagt haben: Wir dürfen und wir werden nach der Bundestagswahl nichts anderes machen als das, was wir vorher angekündigt haben. Wir werden nach der Bundestagswahl nur Erfolg haben – das gilt vor allem für Niedersachsen und Hessen, im weiteren Verlauf des Jahres auch für Bayern, wo ebenfalls Landtagswahlen stattfinden -, wenn wir nach dem 22. September schnell wieder auf einen Kurs der Marktwirtschaft und auf einen Kurs der Erneuerung zurückkehren. Die Menschen in Deutschland und insbesondere in Hessen und in Niedersachsen müssen bis Anfang Februar spüren, dass es sich gelohnt hat, eine neue Regierung in Deutschland gewählt zu haben. Wenn Sie es nicht spüren können, dann haben unsere beiden Freunde in Hessen und in Niedersachsen ein großes Problem, zu begründen, warum es in Deutschland einen Regierungswechsel geben musste.

(Beifall)

Ich plädiere dafür, dass wir ehrlich sind und dass wir in einem der sensibelsten Bereiche, den wir in der deutschen Politik haben, nämlich im Gesundheitsbereich, den Menschen die Wahrheit sagen. Die Wahrheit ist die: Nicht die Vorschläge der Union – das ist ein Vorwurf, den wir jeden Tag hören – führen in die Zweiklassenmedizin. Wir sind in Deutschland nämlich längst bei der Zweiklassenmedizin angekommen. Vielleicht merken die Damen und Herren Sozialdemokraten, die überwiegend privat versichert sind, das selbst noch nicht. Die Ärzte, die Krankenhäuser und die Zahnärzte sagen uns, dass jeder zweite in der Gesetzlichen Krankenkasse Versicherte in Deutschland schon heute nicht mehr die Leistung bekommt, die er eigentlich braucht. Daneben bekommt er Leistungen zum Teil erst mit einer großen Zeitverzögerung.

Was ist das anderes als eine Zweiklassenmedizin, wenn die gesetzlich Krankenversicherten in Deutschland heute – nicht morgen, sondern heute – die Leistungen nicht mehr bekommen, die sie eigentlich brauchen?

In diesem Zusammenhang möchte ich ganz offen darüber reden, wer noch immer die vollen Leistungen des Gesundheitssystems bekommt. Meine Damen und Herren, es gibt in der Bevölkerung zwei Gruppen, die die vollen Leistungen unseres Gesundheitssystems unverändert in Anspruch nehmen können – Gott sei Dank immer noch zwei Gruppen. Das eine sind die Privatversicherten – sie sind außen vor – und das andere – auch darüber muss man offen reden – sind die Sozialhilfeempfänger. Jeder Kommunalpolitiker hier im Saal weiß: Für die Sozialhilfeempfänger gilt das so genannte Kostenerstattungsprinzip. Sozialhilfeempfänger werden beim Arzt, beim Zahnarzt und im Krankenhaus wie Privatpatienten behandelt. Wohl ge-

merkt – damit auch da kein Missverständnis entsteht -, ich will das nicht abschaffen. Ich streite nicht, dass das auch seine Richtigkeit hat. Aber ich möchte den Damen und Herren Sozialdemokraten die Frage stellen: Wie lange wollen Sie eigentlich den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in Deutschland – dem als wichtigsten ausgemachten Wählerpotenzial – noch erklären, dass sie immer höhere Beiträge zahlen und ein immer schlechteres Gesundheitssystem in Anspruch nehmen müssen, während andere gar keine Beiträge zahlen und die höchste Qualität in unserem Gesundheitssystem in Anspruch nehmen können? Diese Frage müssen die Sozialdemokraten schon beantworten, wenn sie über Gesundheitspolitik in Deutschland sprechen.

(Beifall)

Wir wollen mehr Eigenverantwortung, mehr Wahlfreiheit, Transparenz und Wettbewerb. Ich finde, es spricht überhaupt nichts dagegen, dass in Zukunft gesetzlich Krankenversicherte in Deutschland eine Kopie der Rechnung des Arztes, des Zahnarztes oder des Krankenhauses bekommen.

(Beifall)

Allein dadurch kommen Kontrolle und Transparenz in das System. Wir sprechen nicht nur am Sonntag vom mündigen Bürger, sondern wir nehmen ihn auch von Montag bis Samstag in Anspruch. Wir sorgen für Transparenz, für Wettbewerb und Effizienz in diesem System und wir werden vor allen Dingen dafür sorgen, dass die Breite der Bevölkerung in Deutschland mit der besten Medizin ausgestattet bleibt bzw. wieder wird, die wir in Deutschland zur Verfügung haben.

(Beifall)

Ich habe zu Beginn gesagt, dass die Spielräume eng sind. Es gilt gleichwohl, zum 1. Januar 2003 eine Reihe von ersten Entscheidungen zu treffen. Wir werden die fünfte Stufe der Ökosteuer nicht in Kraft setzen. Wir werden die Absetzbarkeit von Betreuungskosten für Kinder erhöhen. Ich sage ganz ausdrücklich an die Adresse unserer Kommunalpolitiker: Das ist unsere starke politische Basis in Deutschland. Ich sage das aus der Sicht Nordrhein-Westfalens – ich komme aus Nordrhein-Westfalen -: Wir haben in Nordrhein-Westfalen – es ist das größte Bundesland – bei der letzten Kommunalwahl 50,3 Prozent der Stimmen bekommen. Wir stellen in Nordrhein-Westfalen mehr Oberbürgermeister und Landräte als in jedem anderen Bundesland der Republik.

(Beifall)

Den Kommunalpolitikern sage ich: Wir werden zum 1. Januar 2003 die Gewerbesteuerumlage wieder so reduzieren, dass die Gemeinden in Deutschland wenigstens ein bisschen Luft zum Atmen und zum Investieren haben.

(Beifall)

Darüber hinaus gibt es nur einen Bereich, in dem wir schnell etwas tun müssen, alle Anstrengungen unternehmen müssen, damit es wieder besser wird: Wir müssen im nächsten Jahr ein wenig mehr Geld für die Bundeswehr zur Verfügung stellen. Liebe Freunde, ich sehe unseren Freund und meinen Ersten Stellvertreter Michel Glos hier im Saal. Michel Glos und ich sind vor

wenigen Wochen in Kabul gewesen und haben dort unsere Soldaten besucht. Wir haben einmal mehr den Eindruck und das Empfinden mit nach Hause genommen, dass die deutschen Bundeswehrsoldaten insbesondere dann, wenn sie in Auslandseinsätzen stationiert sind, eine wirklich hervorragende Arbeit leisten, auf die wir als Deutsche stolz sein können.

(Beifall)

Wir haben im Camp der deutschen Soldaten im Zelt und auf Feldbetten übernachtet. Es war eine wichtige Erfahrung, mit den Soldaten dort abends lange zusammensitzen. Nicht so wie der Bundeskanzler: 75 Minuten Besuch, Kulissenschieberei für die Fernsehanstalten, damit in Deutschland die richtigen Bilder ankommen, und zum Übernachten rausfliegen, um irgendwo in einem feinen Hotel zu übernachten. Nein, meine Damen und Herren, liebe Freunde, wir, die Union, müssen Solidarität mit unseren Soldaten leisten. Die Soldaten haben ein Stück Anspruch auf mehr Fürsorge, mehr Zuwendung und auf eine bessere Ausstattung, als sie gegenwärtig unter der rot-grünen Bundesregierung bekommen. Mit uns werden sie das alles bekommen.

(Beifall)

Mehr geht nicht zum 1. Januar 2003.

Im Jahre 2003 müssen wir grundlegende Reformen konzipieren. Wir werden Reformen für den Arbeitsmarkt und eine große umfassende Steuerreform konzipieren. Diese Steuerreform soll zum 1. Januar 2004 in Kraft treten. Liebe Freunde, wir tun dies alles nicht losgelöst und allein in Deutschland, sondern wir wollen dies in guter und gelebter Partnerschaft mit unseren Freunden in der Europäischen Union tun.

Ich finde, wir dürfen auch an dieser Stelle noch einmal sagen, dass wir alle – die Bundestagsfraktion, aber auch die Delegierten der CDU Deutschlands – stolz, dankbar und froh darüber sind, dass unsere Freunde in Frankreich am letzten Sonntag einen so überwältigenden Wahlsieg der politischen Mitte errungen haben. Das ist ein sehr ermunterndes Zeichen.

(Beifall)

Nach einem Regierungswechsel in Berlin, liebe Freunde, wird die deutsch-französische Freundschaft mit unseren Freunden in Paris wieder auf ein neues Fundament gestellt.

(Beifall)

Wir werden Anfang 2003 40 Jahre Elysée-Vertrag und 40 Jahre deutsch-französische Freundschaft begehen. Diese Gelegenheit werden wir zum Anlass nehmen, deutlich zu machen, dass die unerträglichen Tritte gegen die Europäische Union, dass das unerträgliche Verhalten eines deutschen Bundeskanzlers, dass die Macho-Allüren einer deutschen Regierung in Brüssel beendet werden, dass wir uns jetzt wieder europäisch engagieren, dass die deutsch-französische Freundschaft das wichtigste Fundament ist, auf dem wir stehen, und dass die Franzosen und die Deutschen wieder zum Motor in der Europäischen Union werden. Wir werden es zeigen, liebe Freunde.

(Beifall)

In diesem Sinne lassen Sie mich mit einem ganz persönlichen Wort schließen. Ich lese in vielen Zeitungen, höre in vielen Berichten und werde in fast jedem Interview gefragt: Wer wird denn nun was nach der nächsten Bundestagswahl? Liebe Freunde, ich sage es Ihnen, aber insbesondere all denjenigen, die uns heute zuhören, zuschauen oder nachlesen, was wir auf diesem Bundesparteitag miteinander besprochen und diskutiert haben: Es geht nicht um Ämter. Es geht nicht darum, dass der eine oder andere für seinen Lebenslauf noch den einen oder anderen Titel braucht, sondern es geht darum, dass wir in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und in beiden Parteien engagiert um die Ablösung von Rot und Grün in Deutschland kämpfen.

(Beifall)

Jeder von uns, jeder Abgeordnete der Bundestagsfraktion und jeder, der nach dem 22. September Abgeordneter der Bundestagsfraktion wird, einschließlich des Vorsitzenden, stellen sich in den Dienst der gemeinsamen Sache. Hier oben ist eine Mannschaft versammelt, die sich zutraut, die rot-grüne Bundesregierung abzulösen. Dieses Land wird hundsmiserabel regiert. Es geht nicht um Posten und es geht nicht um Macht um ihrer selbst willen, sondern um Verantwortung und um eine bessere Zukunft für Deutschland. Deutschland hat eine bessere Regierung verdient, liebe Freunde! – Herzlichen Dank.

(Anhaltender lebhafter Beifall)

Christian Wulff, Tagungspräsidium: Lieber Friedrich Merz, vielen Dank für diese tolle Rede. Am Samstag war ich in Hannover und habe viele Bürger getroffen, die sagten: Gestern haben wir begriffen, worum es am 22. September geht. Was war geschehen? Diese Menschen sagten mir, dass du am Tag zuvor, also am Freitag, Teile dieser Rede in Hannover vorgetragen hattest. Die Leute haben gesagt: Jetzt wissen wir, worum es geht; jetzt wählen wir die Union, damit es mit Deutschland wieder aufwärts geht. Herzlichen Dank für diese Rede an den Parteitag. Den Beifall, den du erhalten hast, braucht man, glaube ich, nicht zu kommentieren. Wir alle sind beglückt, dass die Fraktion in den besten Händen ist.

Ich begrüße natürlich auch die Ehefrau von Friedrich Merz, Charlotte Merz, ganz herzlich. Sie nimmt an diesem Parteitag teil. Herzlich Willkommen!

(Beifall)

Ich darf jetzt als weiteren Gast dieses Parteitags Dr. Michael Rogowski begrüßen, den Präsidenten des Bundesverbandes der Deutschen Industrie. Lieber Herr Dr. Rogowski wir freuen uns, dass Sie heute auf diesem Parteitag zu Gast sind und ein Grußwort an die Delegierten richten. Wer Sie kennt – die meisten kennen Sie -, freut sich auf Ihr Grußwort, weil Sie meistens sagen, was Sie von uns erwarten. Wir erwarten von Ihnen nur Arbeits- und Ausbildungsplätze sowie Wachstum in Deutschland. Wir sollten ein Bündnis schließen.

(Beifall)

Herr Dr. Rogowski, Sie haben das Wort:

Dr. Michael Rogowski: Sehr geehrte Frau Merkel! Sehr geehrter Herr Merz! Meine sehr verehrten Damen! Meine Herren! Ich danke Ihnen und ich freue mich, dass ich anlässlich des 15. Parteitages der CDU an Sie die Grüße der deutschen Industrie richten darf.

Der BDI ist ja überparteilich. Insofern ist es nicht ganz alltäglich, dass ein BDI-Präsident auf einem Parteitag auftritt. Erst recht während des Wahlkampfes, drei Monate vor der Bundestagswahl, ist das unüblich. Allerdings ist der Dialog zwischen Politik und Wirtschaft von so großer Bedeutung, dass ich mich freue, einige Worte zu Ihnen sagen zu dürfen. Wenn der Bundeskanzler und der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion meinen, ich sei parteilich, dann entgegne ich: Nein, ich bin nicht parteilich; aber ich bin programmatisch.

(Beifall)

Ich kenne da andere Organisationen, die viel parteilicher sind; aber das wird nicht als parteilich angesehen, sondern das gilt lediglich als Interessenvertretung.

(Beifall)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben uns die Wahlprogramme der Parteien sehr genau angesehen und gefragt: Von welcher Partei sind jene wirtschaftspolitischen Weichenstellungen am ehesten zu erwarten, die wir, die Vertreter der deutschen Industrie, für notwendig erachten und die Deutschland voranbringen. Was ich persönlich für nötig erachte, habe ich anlässlich einer Tagung des BDI in der vergangenen Woche in fünf Maximen zusammengefasst:

Erstens: mehr Macht am Arbeitsmarkt.

Zweitens: mehr Eigenverantwortung anstatt staatlicher Entmündigung.

Drittens: weniger Regulierung.

Viertens: mehr staatliche Investitionen anstatt staatlichen Konsums.

Fünftens: mehr Netto für alle.

(Beifall)

Im Kern geht es darum, den wirtschaftlichen Akteuren in unserem Land, seien es Arbeitnehmer, seien es Konsumenten, seien es Unternehmer, wieder mehr Freiheit und mehr Freiraum zuzugestehen. Es geht darum, die Aktivitäten des Staates auf seine Kernaufgaben zu reduzieren.

Außerdem müssen wir unser föderales System reformieren, und zwar mit dem Ziel, dass ein solcher Kurs tatsächlich effektiv umgesetzt werden kann. Die Strukturen und Prozesse politischer Entscheidung müssen effizienter werden.

(Beifall)

Niemand vom BDI und kein Vertreter der deutschen Industrie insgesamt erwartet, dass ein Regierungsprogramm Punkt für Punkt unsere Wünsche erfüllt. Aber die Richtung muss im Großen und Ganzen sowie in wichtigen Einzelaspekten stimmen. Für uns Unternehmer heißt das: Es muss wieder Freude machen, in Deutschland ein Unternehmen zu gründen.

Es muss sich doch wieder lohnen, in Deutschland zu investieren.

(Beifall)

Dass die PDS wirtschaftspolitische Vorstellungen artikulieren würde, bei denen uns Unternehmern die Haare, sofern wir noch welche haben, zu Berge stehen, hätte ich nicht anders erwartet. Deshalb bin ich davon auch gar nicht enttäuscht.

Zwar haben die Grünen teilweise durchaus vernünftige wirtschaftspolitische Ideen, jedoch pendeln sie ständig zwischen mehr Staat und weniger Staat bzw. mehr oder weniger Freiheit. Das macht sie schwer kalkulierbar. Dort, wo ihre Politik kalkulierbar ist, ist sie teuer und interventionistisch.

Dass es die FDP als kleinere Partei leichter hat, wirtschaftspolitisches Profil zu zeigen, entspricht meinen Erwartungen und freut mich durchaus. Letztlich bestimmen natürlich die großen Volksparteien das Maß, in welchem sich Deutschland bewegt. Die Perspektive des Stillstandes – das hat Ihre Partei auch schon einmal erlebt – ist immer weniger mehrheitsfähig.

Der Bundeskanzler ist angetreten mit dem Motto: Wir machen nicht alles anders, aber wir machen vieles besser. Wohin ist Deutschland in den letzten Jahren gekommen? Hat sich unser Investitionsstandort im internationalen Wettbewerb weiterentwickelt? Sehr begrenzt. Sind wir bei der Überwindung unserer Wachstumsschwäche, beim Abbau der Arbeitslosigkeit nennenswert vorangekommen? Nein. Deutschland ist seit langem Wachstumsschlusslicht in Europa. Die Arbeitslosigkeit stagniert auf hohem Niveau. Bezüglich der Staatsverschuldung sind wir knapp dem so genannten blauen Brief entgangen; ich sage: leider. Die Regulierungen und Interventionen nehmen permanent zu. Der Saldo aus Unternehmensneugründungen und Schließungen von Unternehmen wird immer kleiner. Dies und anderes zeigt: Wir brauchen einen fundamentalen wirtschaftspolitischen Kurswechsel.

(Beifall)

Ich bin überzeugt, Deutschland kann es besser und Deutschland will es besser.

(Beifall)

Es freut mich, dass CDU und CSU der Belebung unserer Marktwirtschaft durch mehr Freiheit in ihrem Regierungsprogramm einen so großen Raum und Stellenwert einräumen. Die Richtung stimmt, meine Damen und Herren. Dennoch hätte ich mir an mancher Stelle mehr Mut zu mehr Klarheit, mehr Mut zu noch mehr Freiheit, mehr Mut zu ökonomischer Offensive erhofft.

Herr Ministerpräsident Stoiber hat auf der Jahrestagung des BDI angekündigt, er werde das Fenster öffnen, um zu lüften. Ich schlage vor, gleich noch ein zweites Fenster aufzureißen. Das gibt Durchzug. Diesen Durchzug brauchen wir in unserem Land.

(Beifall)

Allerdings fehlt dieser Durchzug auch in Ihrem Programm in einigen wichtigen Punkten. Lassen Sie mich einige Beispiele nennen. Warum lassen sich CDU und CSU von der Regierung bezüglich der Senkung des Spitzensteuersatzes in die Defensive drängen? 35 Prozent Gesamtsteuerbelastung ist beileibe genug. Dahin müssen wir kommen. Das wäre ein schönes Ziel.

Warum, zum Zweiten, will die Union zurückrudern, indem sie eine Überprüfung der Steuerfreiheit von Veräußerungen von Anteilen an Kapitalgesellschaften fordert? Nützt das dem Mit-

telstand? Das nützt dem Mittelstand nicht. Zur Forderung, mehr für den Mittelstand zu tun, sage ich unbedingt Ja, dazu, die Kapitalgesellschaften zu bestrafen, Nein.

Warum das Zugeständnis an die Gewerkschaften, bei der tarifrechtlichen Flankierung von betrieblichen Bündnissen für Arbeit ein Einspruchsrecht der Tarifvertragsparteien vorzusehen? Das wäre, meine Damen und Herren, ja sogar ein Rückschritt gegenüber dem Zustand, den wir heute haben. Dabei brauchen wir Fortschritt. Dieser Fortschritt muss letztlich auch umfassen, dass der Flächentarifvertrag in den Wettbewerb entlassen wird.

Warum lavieren die unionsregierten Länder im Hinblick auf das Tariftreuegesetz? Es ist rechtlich höchst umstritten; es schadet ostdeutschen Unternehmen. Es wirkt ähnlich negativ wie die Allgemeinverbindlichkeitserklärung. Es schafft neue Unbeweglichkeit. Warum erteilt die Union einem Gesetz nicht endgültig eine Absage, das eigentlich Tariftreuegesetz heißen müsste?

Warum bekennt sich die Union nicht offensiver zu einer vernünftig gesteuerten Zuwanderung? Sicher, wir wollen nicht mehr Zuwanderung in unsere sozialen Netze und können sie uns auch nicht leisten. Damit wir aber im Wettstreit mit den großen anderen Nationen um die klügsten Köpfe Schritt halten können, brauchen wir die Zuwanderung von Fachkräften und Spezialisten, und zwar bald.

Warum wollen die unionsgeführten Länder jetzt eine Bundesratsinitiative einleiten, die den mühsam gegenüber Brüssel in Verhandlungen durchgesetzten Netzzugang auf den Energiemärkten infrage stellt? Wenn das Energiewirtschaftsgesetz im Vermittlungsausschuss landet, droht am Ende eine komplizierte Regulierung. Übrigens wäre das auch gegenüber Brüssel ein erheblicher Glaubwürdigkeitsverlust.

Haben Sie den Mut, die notwendigen Einschnitte in unsere sozialen Verunsicherungssysteme klar zu benennen! Präzisieren und betonen Sie die Herausforderungen in den Themenbereichen Forschung und Entwicklung sowie Bildung ganz besonders! Davon hängt die Zukunft unserer Nation ab. Mein Appell: Halten Sie noch entschlossener Kurs in Richtung Freiheit, Selbstverantwortung und Wettbewerb! Wir müssen weg von der lahmen Spaßgesellschaft. Wir müssen wieder hin zur Leitidee einer motivierten Leistungsgesellschaft.

(Beifall)

Auf der BDI-Jahrestagung hatten wir drei Schulklassen, mit denen wir über verschiedene Themen diskutiert haben. Eines war Bildung.

Es war wirklich erfreulich, den Sprecher der einen Schulklasse an einem Pult stehen zu sehen und zu hören, wie er sagte: Wir haben es satt, die Letzten zu sein, wir wollen gefordert werden, wir wollen in unserer Bildung und in unserer Leistung vorankommen.

(Beifall)

Ich bin überzeugt, die Mehrheit der Bürger in unserem Land hat durchaus ein Gespür für das, was notwendig ist, dafür, dass es so nicht weitergehen kann und auch nicht weitergehen soll. Ich glaube, die Menschen erwarten klare politische Führung, ungeschminkte Wahrheit und klare Konzepte. Trauen Sie sich diese Führungsfähigkeit zu! Ich möchte Sie ausdrücklich da-

zu ermutigen. Treten Sie selbstbewusst mit klaren Positionen vor die Wähler! Schenken Sie den Bürgern reinen Wein ein! Machen Sie keine faulen Kompromisse! Packen Sie, sollten Sie die Wahl gewinnen, die notwendigen Reformen schnell an!

(Beifall)

Im internationalen Wettbewerb ist es ja vielleicht gar nicht so unähnlich wie beim Fußball: Stillstand führt leicht zum Rückschritt, zum Rückstand. Zughaftigkeit wird in aller Regel auch nicht belohnt. Wer auf Weltklasseniveau gewinnen will – und das wollen wir –, der muss angreifen, und er muss schnell sein.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Christian Wulff, Tagungspräsidium: Lieber Michael Rogowski, herzlichen Dank für Ihr Grußwort als Präsident der deutschen Industrie! Den kundigen Zuhörern ist klar geworden, dass es nur uns gibt, wenn es darum geht, diese Dinge in Deutschland im Wesentlichen voranzubringen. Auch insofern bedanken wir uns für Ihr Grußwort.

Ich darf jetzt zu PUNKT 13 DER TAGESORDNUNG überleiten:

KONZEPTE UND KOMPETENZEN
BEITRÄGE DER MITGLIEDER DES KOMPETENZTEAMS

Wir begrüßen Mitglieder des Kompetenzteams von CDU und CSU und bitten sie um Beiträge an den Parteitag, zunächst

PROF. DR. H. C. LOTHAR SPÄTH
VORSITZENDER DES VORSTANDES DER JENOPTIK AG

Der Spitzenkandidat Thüringens, der ehemalige Ministerpräsident von Baden-Württemberg und zukünftige Superminister für Wirtschaft, Arbeitsmarkt und Aufbau Ost, unser Freund Lothar Späth, erhält nun das Wort.

(Beifall)

Lieber Herr Späth, wir freuen uns, dass Sie sich in den Dienst der Sache stellen und die Wirtschaftspolitik Ludwigs Erhards personifizieren. Herzlich willkommen! Sie haben das Wort.

Prof. Dr. h. c. Lothar Späth: Herr Präsident! Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Ich melde mich geordnet zurück.

(Beifall)

Selbst meine Frau habe ich jetzt bald davon überzeugt, dass das richtig war.

Sie hören an meiner Tonart, dass ich mit dem Thüringischen noch ein bisschen Schwierigkeiten habe, aber meine Thüringer Freunde haben Schwäbisch als erste Fremdsprache mindestens für den Raum Jena zugelassen.

(Beifall)

Deshalb merken Sie auch, dass ich im Ton und im Dialekt sehr nahe beim Präsidenten des BDI bin, und ich will auch einige seiner Bemerkungen gleich aufgreifen.

Wenn ich über Wirtschaftspolitik ein paar grundsätzliche Anmerkungen machen will, möchte ich an dem Punkt einsteigen, dass alle Reden, die wir jetzt zur Wirtschaftspolitik, zur Finanzpolitik, zu Arbeit und Arbeitsmarkt gehört haben, eines zeigen: Wirtschaft und Arbeit gehören zusammen. Deshalb ist die erste wichtige Entscheidung, die wir getroffen haben, Wirtschaft und Arbeitsmarkt in einem Ressort zusammenzufassen.

(Beifall)

Für die Fachleute ist es ganz wichtig, die Globalisierung zu betrachten, Überlegungen dazu anzustellen, wie Deutschland auf die Globalisierung reagiert, was wir tun müssen, um unsere Gesellschaft und unsere Wirtschaft darauf vorzubereiten und umzustrukturieren; aber der Mann auf der Straße versteht unter Wirtschaftspolitik die Frage: Wie komme ich zu einem stabilen Job in Deutschland? Wenn wir dieses Problem gelöst, wenn wir diese Frage beantwortet haben, dann können wir nach vorn gehen, und dann glauben uns die Leute, dass wir es besser können.

(Beifall)

Lassen Sie mich einen vielleicht etwas schwierigen Vergleich aus der Wirtschaft anstellen. Wenn ein Unternehmen Schwierigkeiten hat, dann kann es mehrere Restrukturierungsprozesse machen, indem es ununterbrochen nicht auf die Dynamik seiner Ideen, seiner Menschen und seiner Konzepte setzt, sondern ununterbrochen organisatorische Streichakte macht. Das wird ja übrigens jetzt von uns allen verlangt. Jeder fragt uns, was wir denn alles streichen und verändern wollen. Das ist wie bei einem Unternehmer, der keine Ideen mehr hat und der im Grunde nur noch statisch auf seinen Haushalt starrt; dann macht er fünf Restrukturierungen, und danach geht er zum Konkursrichter. Das ist die Politik dieser Regierung: dass sie dauernd etwas restrukturieren will, was nicht mehr funktioniert, aber nichts Neues beginnen will. Wir wollen etwas Neues beginnen, und das ist der Unterschied.

(Beifall)

Aber damit es keine Missverständnisse gibt, will ich gleich darauf hinweisen: Der Unterschied zwischen Politik und Wirtschaft ist, dass die Politik nicht ein großes Wirtschaftsunternehmen ist, das alles selber tun will. Die Politik muss vielmehr daran glauben, dass in der Gesellschaft, dass bei den Menschen in den kleinen und den großen Unternehmen so viele Ideen und Konzepte vorhanden sind, dass dann, wenn wir die freisetzen, unser Staat und unsere Wirtschaft wieder dynamisch wachsen; und daraus bekommen wir das Geld, das wir brauchen, um die Gesellschaft neu zu gestalten, nicht aber daraus, dass wir sagen, wir kriegen eh nichts mehr hin. Diese Resignation haben wir ja jetzt erlebt. Das sehen Sie beim Wirtschaftswachstum. Da fahren alle nach Amerika, fühlen den Amerikanern den Puls und sind ganz glücklich, wenn die Amerikaner sagen, wir haben wieder Wachstum, denn dann fällt auch für den deutschen Export etwas ab. Es ist noch nicht lange her, da hat die Welt Deutschland so ernst genommen, dass sie die Frage gestellt hat:

Welchen Beitrag kann Deutschland zur Dynamik der Weltwirtschaft leisten? Danach fragt gar niemand mehr. Wenn das kein Zeugnis für Politik ist, dann weiß ich nicht, nach welchen Kriterien wir Dynamik beurteilen wollen.

(Beifall)

Wir müssen die Dinge strategisch einfach wieder zusammendenken, denn wir haben jetzt gesehen, wohin Deutschland mit dem Gewurstel der rot-grünen Koalition kommt. Wenn Sie in der Frage, welche Übersicht die Regierung noch über ihre eigene Politik hat, den Höhepunkt sehen wollen, dann müssen Sie heute, ob Sie wollen oder nicht, die „Frankfurter Rundschau“ lesen. Sie bringt zwei interessante Meldungen. Auf Seite 1 steht: „Rentenbeitrag wird 2003 steigen“. Das Haus von Herrn Riester bestätigt, man gehe davon aus, dass es eine Steigerung des Beitragssatzes von derzeit 19,1 auf 19,3 Prozent des Bruttolohnes geben werde.

Jetzt dürfen Sie die Zeitung aber nicht weglegen, sondern müssen Seite 5 aufschlagen. Dort finden Sie eine Anzeige der SPD. Darin heißt es: „CDU/CSU und FDP: Rentenbeiträge werden erhöht.“ Und: „SPD: Rentenbeiträge bleiben stabil.“ So die Zeitung von heute!

(Lachen)

Wir würden so etwas „Management by chaos“ nennen.

(Beifall)

Wir haben in der Frage der Wirtschafts- und Finanzpolitik drei klare Ziele. Das ist ein ehrgeiziges Regierungsprogramm, und ich werde Herrn Rogowski bei einem Tete-à-Tete gelegentlich noch einmal sagen: Man soll auch Mut nicht übertreiben. Das gilt im Unternehmen wie in der Politik. Es ist ehrgeizig, aber richtig, wenn wir sagen: 40 Prozent Staatsquote, 40 Prozent Spitzensteuersatz, 40 Prozent Soziallasten. Wenn wir diese Zahlen erreicht haben, machen wir gerne weiter, aber jetzt brauchen wir erst einmal eine klare Zielsetzung, die wir durchsetzen. Meine Freunde, das ist ehrgeizig; daran gibt es keinen Zweifel.

(Beifall)

Wenn Gerhard Schröder sagt, das geht alles nicht, das ist unseriös, dann schlage ich ihm vor, er soll einmal seine Aussagen aus seiner Blair- und Fortschrittsphase nachlesen. Diese Phase war sehr kurz, weil zu anstrengend. Er wollte so etwas auch einmal, aber er hat nach einiger Zeit erkannt, dass seine Truppenteile äußerst schwerfällig sind. Und was macht ein stürmischer General ohne Truppen? Er macht es sich lieber in der Etappe wieder gemütlich. Das hat er sich auch gedacht, und deshalb sagt er heute: Das geht alles nicht.

Genau deshalb muss diese Regierung abgelöst werden.

(Beifall)

Wir brachten heute nicht über vier verlorene Jahre zu reden, wenn mit diesen Vorstellungen wirklich überhaupt ernsthaft begonnen worden wäre. Wenn die SPD sagt, dieses Konzept sei nicht finanzierbar, sage ich: Richtig! Das ist in einem Land nicht finanzierbar, dessen wirtschaftliche Kraftfelder wie Gulliver von bürokratischen Schlingen gefesselt sind. In einem solchen Land können Sie so ein Konzept nicht durchsetzen. Sie müssen erst die

bürokratischen Schlingen beseitigen, damit die freien Kräfte dieser Gesellschaft, die wir haben, sich wieder entfalten können. Sonst geht das nicht. Das ist klar.

(Beifall)

Es geht auch nicht mit einer Regierung, die dauernd Unternehmen von Unternehmern unterscheidet, in etwa nach dem Prinzip: Wir können nicht behaupten, dass wir Unternehmen nicht brauchen. Was uns aber stört, sind die Unternehmer, denn diese sind so eigensinnig; sie wollen alles durcheinander bringen, sie stehen morgens früh auf, gehen abends spät ins Bett und freuen sich am Sonntag auf den Montag. Das ist eine atypische Gesellschaft, die diese Menschen mit ihrer Denke von Staat und Staatsregelung stört. Deshalb muss das anders werden.

(Lebhafter Beifall)

Wir spüren dieses Misstrauen doch auf allen Wegen: Erst ein bisschen lockern und dann sechs Gesetze, um aufzupassen, dass sie sich nicht selber lockern. Spätestens dann hört bei denen der Spaß auf.

Dieses Konzept ist nicht mit einer Steuerpolitik finanzierbar – das würde ich gerne Herrn Rogowski sagen -, die den großen Kapitalunternehmen hilft, und zwar in einem Umfang, bei dem es diesen Unternehmen jetzt selber graust. Ein Körperschaftsteuersatz von 25 Prozent ist ja in Ordnung. Jetzt wird aber noch durch handwerkliche Fehler bei der Gestaltung oder gar gewollt das Eigenkapital alter Zeiten versteuert. Ich weiß das von unseren schwäbischen Unternehmen, die es immer versteuert zurückgelegt haben. Ich gucke gerade Ebbo Schleyer an. Der alte Zorn hat uns Jungen immer erzählt, wie er das Geld versteckt hat. Jetzt können die Unternehmen alle Rücklagen und thesaurierten Gewinne hochholen, ausschütten und dann vom Fiskus die damals zuviel gezahlten Steuern zurückholen. Diesen handwerklichen Fehler hat die jetzige Bundesregierung verbockt. Was wollen Sie denn den Mittelständlern, die sich 70 Stunden und mehr in der Woche abrackern, erzählen, wenn Sie sagen: Die Großen brauchen gar keine Steuern mehr zu zahlen oder bekommen sie zurück, dafür holen wir uns alles bei euch?

(Beifall)

Auch schneidige große Unternehmen müssen uns zugestehen, dass wir etwas machen wollen, das wir allen Seiten als stabil und gerecht erklären können. Dann kann nicht die eine Sache so abgefahren sein, dass jetzt sogar mehr Steuer ausbezahlt wird, als eingenommen wird und der Mittelstand auf die Warteschleife gesetzt wird. Der Mittelstand bleibt dann im Bürokratenschlingel und kann dort gewissermaßen in der Warteschleife auf 2005 hoffen, wobei er zugleich bangen muss. Dies ist keine Politik, die gerecht ist. Außerdem hat sie unsere Haushalte mittlerweile so nachhaltig beschädigt, dass wir große Schwierigkeiten haben, die vernünftigsten Dinge zu tun.

(Vereinzelt Beifall)

Lassen Sie mich hinzufügen: Dieses Konzept kann nicht eine Regierung durchsetzen, die den ersten Ansatz von Vermögensbildung zur Alterssicherung – als Riester-Rente bezeichnet – so gestaltet, dass man nicht einmal mehr eine Übersicht über die Broschüren hat, die Sachverständige erarbeitet haben, damit man versteht, was dort geht. Im Grunde herrscht die alte

Denkschule vor: Der Mann muss sparen und wir sagen ihm, wie, wann und wo. Dann kann er bei sich selber Kredit aufnehmen. – Das ist in etwa die Bürokratenvorstellung von Zukunftsvorsorge im Alter.

(Beifall)

Wir müssen den Leuten erklären, dass Entmündigte keine Dynamik entfalten. Wer die Leute dauernd entmündigt, kann nicht hoffen, dass sie selbst für sich sorgen, dass sie etwas unternehmen, wenn sie es können. Damit sind wir eigentlich beim entscheidenden Punkt. Weil diese Regierung und die Politik dieser Regierung nur noch als schlechtes Beispiel dienen können, ändern wir den Satz und sagen: Wir machen nicht alles, aber fast alles anders.

(Beifall)

Wir bauen die Bürokratie ab. Wir schaffen für alte und neue unternehmerische Aktivitäten Spielräume. Ich will das konkretisieren und Ihnen deshalb kurz die wichtigsten Beispiele nennen. Was meinen Sie, was das an Luft gibt, wenn wir im Niedriglohsektor die komische Konstruktion der 325-Euro-Jobs beseitigen, bei der einer, der 20 solcher Leute beschäftigt, mit 40 Krankenkassen abrechnen muss. Das muss weg! Wir wollen 400-Euro-Jobs einführen, wobei von den 400 Euro 20 Prozent an das Finanzamt gehen. Mit dem Finanzamt ist der Arbeitgeber den Umgang schon gewohnt. Er spart sich dann die Abrechnung. Wir geben das Geld von der einen Kasse, nämlich der Steuerkasse, in die Renten- und Sozialversicherungskasse. Das nennt man Verwaltungsvereinfachung. Das ist Management und Organisation.

(Beifall)

Weiterhin werden wir – das kostet gar nichts – das Scheinselbstständigengesetz abschaffen, weil es wider die Denke ist. Die meisten Selbstständigen waren beim ersten Auftrag einmal Scheinselbstständige. Scheinselbstständigkeit in diesem Sinne ist eine Brücke, die selbstständige Menschen zunächst betreten. Jetzt will die Regierung denen auch schon wieder einen Rettungswagen mitgeben. Wer den Leuten dauernd Angst macht und sagt: Nur beim Staat seid ihr gut aufgehoben, dem sagen wir: Lasst doch in einer Gesellschaft, die unternehmerisch ist und die Ideen hat, die jungen Leute scheinselbstständig sein und dann selbstständig werden. Die Lebensentwürfe einer jungen Generation sind nicht mehr die der Produktionsgesellschaft des Anfangsjahrhunderts oder des letzten Jahrhunderts.

(Beifall)

Deswegen muss sich das Denken entsprechend ändern. Wir brauchen keine Organisation für jede einzelne Gruppe, die der Staat überwacht. Also weg mit dem Scheinselbstständigengesetz!

(Beifall)

Auch das Tariffreugesetz – das ist auch wieder so ein vornehmer Name für eine unglaublich bürokratische Veranstaltung – muss weg. Es darf zwischen Deutschland Ost und Deutschland West keine Trennung geben.

(Beifall)

Das darf nicht wieder losgehen. Lassen Sie mich ganz einfach sagen: Der Westen hat die Vorteile sämtlicher Konzernsitze Deutschlands. Sie sind alle im Westen geblieben. Der Westen hat eine Infrastruktur, die der Osten noch nicht haben kann. Jetzt hat der Osten einmal einen kleinen Vorteil und deshalb soll nun eine Regelung her. Sie funktioniert aber sowieso nicht. Sie können sich darauf verlassen. Stellen Sie sich vor, ein westdeutscher Bauunternehmer übernimmt einen Auftrag in Lübeck mit drei Unterlieferanten aus dem Osten. Dann braucht der Polier erst einmal zwei Lohnsteuerkarten wegen der verschiedenen Tarifbezahlung. Wenn er dann noch auf die Idee kommt, die Fertigteile im Osten zu produzieren und im Westen zu montieren, müssen Sie an der alten Grenze wieder Zollstellen einrichten, damit Sie bei den Fertigteilen bezeichnen können, was Tarif Ost und was Tarif West ist. Mit uns nicht, meine Freunde!

(Beifall)

Wir wollen – Friedrich Merz hat das vorhin aufgezeigt – den Haushalt wieder als Arbeitsplatz. Wir wollen der jungen Frau mit ihren Kindern, wenn sie entscheidet, dass sie arbeiten gehen will, die Chance geben, die Kosten, die ihr im Haushalt entstehen, steuerlich abzusetzen. Das ist doch absolut logisch.

(Beifall)

Warum soll denn die Frau, die die Wirtschaft dringend haben will, für 6.000 DM arbeiten, wenn sie dann für 3.000 DM eine Haushalts- und Kinderhilfe einstellen muss? Wenn sie diese Kosten für die Haushalts- und Kinderhilfe nicht steuerlich absetzen kann, muss sie 50 Prozent beim Staat abliefern. Diese Neidgesellschaft, diese Bürokratengesellschaft hat nicht begriffen, wie ein Arbeitsmarkt dynamisiert wird.

(Beifall)

Wir wollen weiterhin ganz schnell und zügig die grundlegende Reform der Arbeitsverwaltung. Die Hartz-Kommission und auch Herr Gerster machen jetzt die Vorarbeit. Ich halte das für ganz vernünftig. Wir werden auf diese Weise viele Sachvorschläge bekommen, die mit der jetzigen Regierung eh nicht umzusetzen sind. Diejenigen, die die Vorschläge machen, fühlen sich wahrscheinlich wohler, wenn wir die Sache dann in die Hand nehmen. Wir können diese Vorschläge nämlich auch umsetzen und entsprechende Beschlüsse fassen. Angesichts dessen, was ich aus der Kommission höre, gehe ich davon aus, dass die Ergebnisse der Kommission, wenn diese wirklich Mehrheitsbeschlüsse fasst, entweder nicht veröffentlicht werden oder die Kommission entlassen wird, bevor die Arbeitsergebnisse bekannt werden.

(Beifall)

Die Kommission fängt nämlich wirklich an, Konsequenzen zu ziehen. Ich sage Ihnen: Wenn wir die Umgestaltung so machen, dass wieder die Dynamik des Arbeitsmarktes und nicht das Versorgungsdenken im Mittelpunkt steht, dann brauchen wir weniger Leute, weniger Organisation, weniger Ämter. Wir sollten die modernen Technologien nutzen, um Arbeitsvermittlung so zu gestalten, wie man es heute in der Informationsgesellschaft managen könnte.

(Beifall)

Wenn wir das alles gemacht haben, können wir wahrscheinlich auch auf das Job-AQTIV-Gesetz verzichten. Denn dort steht ohnehin nur drin, was passieren müsste, wenn die anderen Gesetze nicht wären. Wenn wir die weghaben, dann brauchen wir kein Gesetz, in dem steht: Arbeitslose sollen schnell vermittelt werden. – Ich weiß keine Alternative dazu.

(Heiterkeit und Beifall)

Aber das eben ist die Art dieser Regierung: Erst fesseln sie alle und dann gibt es ein Handbuch, wie man sich befreien könnte.

Wenn wir das weghaben, dann gehen wir an das Bündnis für Arbeit. Wir wollen hier zwei Veränderungen: Erstens. Wir wollen ein Bündnis für Arbeit, in dem ein Jahr lang keine Pressekonferenz abgehalten wird, die schon angekündigt ist, noch bevor man sich getroffen hat. Derzeit läuft es nämlich so: Man trifft sich um neun Uhr und verliert auf der Pressekonferenz um elf Uhr Vorlagen, deren Erarbeitung mindestens zwei Stunden in Anspruch nimmt. Da fragt man sich: Was haben die eigentlich diskutiert? Zweitens wollen wir ein Bündnis für Arbeit ohne Tabus. Man kann doch nicht alle wichtigen Dinge ausklammern, bevor man sich überhaupt getroffen hat.

Herr Rogowski, das ist der Platz, um auch über die betrieblichen Bündnisse zu reden. Nur, wir wollen nicht, wie es die andere Seite macht, zunächst die Scheiben einschlagen und dann sagen: Hoppla, da sind wir, wir wollen mit euch reden. – Wir wollen erst reden und wenn wir dann mit dem Reden nicht weiterkommen, werden wir das gesetzgeberisch Notwendige tun. Aber auch wir wollen mit guten, starken Gewerkschaften arbeiten. Wir wollen uns nur nicht von denen immer sagen lassen, was wir alles nicht dürfen, um dann zu hören: Bringt gefälligst den Laden auf Vordermann!

(Beifall)

Wir werden das Thema der Existenzgründer intensiv angehen und in dem Zusammenhang die Investitionsquote der öffentlichen Haushalte erhöhen müssen. Denn genau dort ist das Gap bei der Infrastruktur, das nachher den Standortwettbewerb behindert. Auch das, Herr Rogowski, will ich an dieser Stelle sagen: Wir wollen international wettbewerbsfähige, große Kapitalunternehmen in Deutschland haben, die sich bei uns wohl fühlen, auch steuerlich. Aber niemand kann es uns doch übel nehmen, wenn wir darauf hinweisen, dass die Wirtschaftspolitik von morgen genau aufpassen muss, dass uns der Mittelstand aufgrund der Summation von Bürokratie, Steuerlast und Unbeweglichkeit nicht einfach weg bricht. Wenn die Alten nicht mehr Unternehmer sind, fehlt das Vorbild für die Jungen. Die Alten müssen die Jungen zum Unternehmer machen wollen, anstatt ihnen zu raten, in die Bürokratenstuben zu gehen.

(Beifall)

Das ist übrigens auch der Grund, warum wir auf Basel II schauen müssen. Das, was dort zurzeit passiert, geht schief. Wir haben keine amerikanischen Verhältnisse. Ich bin für Basel II, wenn die deutschen Unternehmen so wenig Steuern zahlen wie die amerikanischen; dann können sie auch so viel Eigenkapital bilden wie die amerikanischen.

(Beifall)

Die Mittelständler bei uns haben ein Eigenkapital von im Westen vielleicht zwölf Prozent und im Osten vier Prozent hat – und das auch nur, wenn er nicht genau rechnet; wenn er es genau nimmt, hat er gar keines. Diesem Mittelständler erzähle ich dann: Wenn er sein Geschäft mit genügend Eigenkapital unterlegen kann, bekommt er auch Kredit. Verschärfen wird sich die Situation, wenn es die alten Kreditstrukturen der Genossenschaften und der Sparkassen nicht mehr geben wird. Ich will jetzt nicht darüber reden, welche Strategien die Großbanken dann entwickeln würden. Lassen Sie uns jedenfalls den Weg vermeiden, an dessen Ende die Kreditgeber für den Mittelstand fehlen, weil die Strukturen nicht mehr funktionieren. Wir haben keinen Ersatz.

(Beifall)

Es ist ja nichts dagegen zu sagen, wenn die staatliche Gewährleistung aus Gründen des Wettbewerbs bei den Sparkassen wegfallen muss. Aber wenn zum Ausgleich eine staatliche Mittelstandsbank eingeführt wird, wie dies die Regierung will, die dann die Garantien als Staatsbank übernimmt, dann bekommt man schon den Eindruck, dass dies gewissermaßen die letzten Flöhe sind, die vom Boot dieser Regierung türmen.

(Beifall)

Da schließt sich der Kreis. Wir wollen, dass man zunächst einmal begreift: Die Mittelständler sind nicht Leute, die einen Haufen Geld haben und ein schönes Leben führen. Im Osten wachen Tausende der Unternehmer morgens schweißgebadet auf, weil sie nicht wissen, wie sie ihre Rechnungen bezahlen sollen. Wenn am Montag der ersten Woche die Einkommensteuerbehörde kommt, in der nächsten Woche die Lohnsteuerbehörde, in der dritten Woche die Regulierungsbehörde und in der vierten Woche die Ratingagentur, dann müssen wir uns nicht wundern, dass die Leute aufgeben und Pleite machen.

(Beifall)

Deshalb müssen wir das machen, was auch der Unternehmer tun muss, wenn er Schwierigkeiten hat: Ideen entwickeln. Für den Osten kann man das schon anhand weniger Beispiele aufzeigen und mit nur einigen Sätzen erläutern. Wenn man dies richtig verknüpft, kann man etwas daraus machen. Wir werden das in unserem Ost-Programm beachten. Die Bundesregierung prahlt damit, sie werde mit den Haushaltsproblemen fertig. Das wundert mich nicht, sagt sie doch zum Beispiel nicht dazu, dass die größten „Sparmaßnahmen“ darin bestehen, dass sie von der EU 4,5 Milliarden bekommt, weil diese gar nicht anders kann, als insgesamt 15 Milliarden an die Geberländer zurückzuzahlen, weil das Regionalprogramm mit 80 Milliarden im Rückstand ist. Herr Eichel wird den so gewonnenen Spielraum wahrscheinlich als Ergebnis eines von ihm hart durchgesetzten Sparprogramms und als eine Erfolgsgeschichte verkaufen.

Parallel dazu warnen alle Institute davor, dass im Osten ein Verfall der Infrastrukturen stattfindet. Damit meine ich nicht die Schließung von Spaßbädern, sondern den Zustand in den ländlichen Räumen des Ostens. Da kommt Herr Schröder bei seinen Besuchen natürlich nicht hin, aber sein Herr Schwanitz müsste ihm das sagen. Mancherorts findet man in Kindergärten und Schulen Toiletten, die so aussehen, dass man dort einfach nicht hingeht, auch die Kinder

nicht. Wir dagegen werden ein Programm auflegen, sodass die örtlichen Handwerker mit kleinen Aufträgen den Winter überstehen, mit Dachsanierungen, mit Sanitär- und Heizungsbauten. So können wir Zigtausende Arbeitsplätze retten, weil die Firmen dann, wenn im Frühjahr die Konjunktur wieder anzieht, noch da sein werden. Die Firmen brauchen diese Aufträge. Wenn sie sie nicht bekommen, dann passiert das, was die SPD wahrscheinlich erwartet, nämlich dass diese Unternehmen Pleite gehen. Dann muss man natürlich wieder ABM machen, wo Staatsunternehmen mit ihren Mitarbeitern die Decke sanieren und die Toiletten in Ordnung bringen.

(Beifall)

Man muss nämlich wissen, dass diese Mehrausgaben im Sinne des Haushaltsrechts zwangsläufig der Arbeitsverwaltung zufallen. Dann braucht man über diese Ausgaben nicht mehr zu diskutieren.

Ich frage mich: Wo ist denn jetzt eigentlich die Ostkompetenz? Die Antwort, warum das, was ich geschildert habe, nicht geht, hat mir nicht der Wirtschaftsminister gegeben, auch nicht der Ostbeauftragte der Bundesregierung, sondern der Sprecher des Bundeskanzlers. Wahrscheinlich ist das Nichtstun jetzt auch Chefsache, genauso wie die Begründung für das Nichtstun. Dann können sie die Regierungsgewalt auch gleich freiwillig an uns abgeben.

(Beifall)

Lassen Sie mich dies zusammenfassend sagen: Ein großer Teil dessen, was wir machen müssen, muss natürlich unter Berücksichtigung der internationalen Entwicklung erfolgen. Ich werde immer wieder gefragt: Warum sind Sie denn so vorsichtig? – Wir wollen diese Ziele in einem gewissen Zeitplan erreichen. Natürlich müssen wir dafür beobachten, wie die internationale Konjunktur läuft. Für die Dinge im Inneren sind wir selbst zuständig; da werden wir schon für Veränderung sorgen. Je nachdem, wie die internationalen Wachstumsraten aussehen und welche Finanzierungsmöglichkeiten wir haben, werden wir das Programm in dem einen Teil schnell durchziehen und für den anderen Teil etwas länger brauchen. Aber das ist nicht die Frage. Zunächst einmal müssen doch klare Ziele vorgegeben und diese erreicht werden. Das ist wie bei einem Unternehmer: Auch dieser wird das eine Jahr mehr und das andere weniger machen; aber er wird von seinem Ziel nicht abgehen. So gehen auch wir nicht von unserem Ziel ab, dass eine freie Gesellschaft eine Staatsquote von mehr als 40 Prozent nicht verträgt.

(Beifall)

Lassen Sie mich zum Schluss vor allem eines sagen: Was wir mit all diesen Maßnahmen, die gar nichts kosten, ändern, ist die Stimmung im Land. Wer Ludwig Erhard studiert und wer die Bücher seiner Mitstreiter liest, vor allem die von Müller-Armack, der weiß, dass Erhard zu Recht immer davon ausging, dass die Hälfte vom Erfolg vor allem in der Wirtschaft Psychologie ist. Ich zitiere jetzt Herrn Rogowski von vornhin, der gesagt hat, das Wichtigste ist, dass in unserem Land Unternehmer mit Freude Unternehmer sind, und ich füge hinzu: und Verbraucher mit Freude Verbraucher, weil sie etwas zum Verbrauchen haben und sie etwas verbrauchen können. Was wir brauchen, ist, dass junge Leute begeistert teilnehmen und Unterneh-

mer werden wollen. 70 Prozent unserer Studenten wollen Unternehmer werden. Früher wollten 70 Prozent in den öffentlichen Dienst. Stellen Sie sich vor, das wäre Wirklichkeit geworden! Dann bräuchten wir über Staatsquote nicht mehr zu reden.

(Heiterkeit und Beifall)

Wir setzen diesem, das wir jetzt jeden Tag von der Regierung hören, beleidigten hilflosen „Ihr sollt unser Land nicht schlecht reden“ entgegen: Wir, unser Land ist gut und die Leute wollen vorwärts und die Leute sind leistungsbereit und zukunfts offen, jetzt brauchen wir aber auch eine Regierung, die für diesen Wandel die Voraussetzungen schafft. Das ist unsere zentrale Aufgabe, die nur wir erfüllen können und die anderen nicht.

(Beifall)

Man kann es auch so sagen: Wir wollen nicht die rote Laterne mit allen möglichen Tricks verdecken, damit niemand sieht, wo wir sind, sondern wir wollen die Lok unter Dampf setzen, dann verschwindet das rote Licht hinten, meine ich, von selber. Wir brauchen eine Lok unter Dampf. Wir vertrauen den Menschen, wir glauben an ihre Begeisterungsfähigkeit. Wir glauben an die Erfahrung der Alten und an die Leistungsbereitschaft der Jungen. Deshalb wollen wir nicht mit Herrn Schröder über die lustigste Dekoration streiten, die den Mief, der sich inzwischen angesammelt hat, verbirgt, sondern wir räumen den Mief weg. Denn dann sind die Produkte ohne Dekoration schön und brauchbar, auch für die Menschen in unserem Lande.

(Beifall)

Deshalb nennt Edmund Stoiber sein Team „Kompetenzteam“. Der Herr Schröder müsste sein Team eher „Dekorationsteam“ nennen.

(Heiterkeit und Beifall)

Damit es keine Zweifel gibt: Wir wollen bei alledem auch Spaß haben. Aber nur wer zuerst Spaß an der Arbeit und an der Leistung hat, kann sich den Spaß auch mit den schönen Dingen des Lebens leisten. Das ist der Wert der Marktwirtschaft. Deshalb werden wir mit Edmund Stoiber dafür sorgen, dass es unserem Land und seinen Menschen wieder gut geht. Wir nehmen dabei in Kauf, dass unseren politischen Gegnern dabei der Spaß vergeht. – Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall)

Christian Wulff, Tagungspräsident: Vielen Dank, Lothar Späth. Wir sind Ihnen dankbar, dass Sie sich erneut in die Verantwortung für unser Land stellen und freuen uns auf Ihre Zeit als Superminister für Wirtschaft, Arbeitsmarkt und den Aufbau Ost.

(Beifall)

Wenn Deutschland die Selbstständigenquote bekommt, die wir in Baden-Württemberg am Ende Ihrer Amtszeit hatten, dann hätten wir 3,2 Millionen Arbeitsplätze mehr in Deutschland. Insofern ist das Programm mehr als stimmig.

Ich darf noch mitteilen, dass die Türkei, unsere türkischen Freunde, gegen den hervorragenden sympathischen Gastgeber Japan 1 : 0 gewonnen haben. Sie müssen den Saal nicht verlassen, Sie erfahren alles hier. Die Türkei ist bei der Fußballweltmeisterschaft also eine Runde weiter.

Ich darf einen anderen Spitzenkünstler unter uns begrüßen, nämlich den bayerischen Ministerpräsidenten und Vorsitzenden der CSU, unseren Freund Edmund Stoiber.

(Beifall)

Wir freuen uns auch, dass wir heute Frau Karin Stoiber auf dem Parteitag begrüßen können. Seien Sie uns herzlich willkommen.

(Beifall)

Ich übergebe jetzt das Wort an das nächste Mitglied des hier vorgestellten Kompetenzteams, die Hoffnungsträgerin für den Bereich Bildung und Forschung in Deutschland, die erfolgreiche Kultusministerin Baden-Württembergs, Annette Schavan, bitte schön.

Dr. Annette Schavan (mit Beifall begrüßt): Herr Tagungspräsident! Liebe Angela Merkel! Lieber Herr Stoiber! Liebe Freunde! Meine Damen und Herren! Im Wahlkampf sollte bitte nicht über Bildung gesprochen werden, so hat die Bundesbildungsministerin zur besten Fernsehzeit am Samstag über gleich zwei Fernsehkanäle, bei ARD und ZDF, uns zugerufen. Ich finde, das ist ein komisches Amtsverständnis: für Bildung zuständig zu sein, aber nicht über Bildung reden wollen.

(Beifall)

Wir werden ihr das nicht durchgehen lassen. Wir reden über Bildung. Und vor allem: Wir gestalten Bildungspolitik in Sachsen und Thüringen, im Saarland und hier in Hessen, in Bayern und Baden-Württemberg und jetzt auch in Sachsen-Anhalt. Wir reden darüber und wir machen erfolgreich Bildungspolitik.

(Beifall)

Wir tun das mit Leidenschaft und Kompetenz, weil es um Kinder und Jugendliche geht, weil der einzige wirkliche Maßstab für unsere Bildungspolitik die Zukunftschancen der jungen Generation sind, weil wir wissen, dass nichts so sehr über Zukunft und Orientierung bei Kindern und Jugendlichen entscheidet wie gute Bildung und gestärkte Erziehung. Deshalb sage ich Ihnen: Die Sozialdemokraten haben nicht nur wenig Kompetenz, sie haben auch Null Lust auf Bildungspolitik.

(Beifall)

Im Übrigen, wenn nicht in Wahlkampfzeiten, wann darf denn über Bildung gesprochen werden? Wahlkampf in einer Demokratie ist für uns Gespräch mit dem Bürger und im Gespräch mit dem Bürger bestimmen nicht Minister, worüber gesprochen wird. In einer Demokratie entscheidet der Bürger darüber, worüber gesprochen wird. Das müsste eigentlich auch eine Bundesbildungsministerin wissen.

(Beifall)

Heute ist in vielen Zeitungen zu lesen, sie und auch andere SPD-Politiker warnen vor Parteiengezänk, wenn es um Bildung und Schule geht.

Liebe Freunde, wer streitet da eigentlich mit wem und worüber? erinnert sich niemand mehr an die großen Auseinandersetzungen in den 70er-Jahren? Friedrich Merz hat die Namen der damaligen SPD-Kultusminister genannt. Wir kennen die Namen derer doch alle noch, die uns weismachen wollten, unsere Konzepte seien von gestern, und die Konzepte entwickelt haben, an denen viele SPD-regierte Länder bis heute festhalten, sodass wir nach allem, was sich da abspielt, sagen: Das sind nicht einmal Konzepte von gestern, das sind Konzepte von vorgestern, aus dem letzten Jahrhundert.

(Beifall)

Im Zusammenhang mit dem Parteiengezänk ist es vor allem die Bundesbildungsministerin, die in diesen Tagen keine Gelegenheit auslässt, um zu erklären, dass die Zuständigkeit der Länder, dass die Kulturhoheit Kirchturmspolitik sei. Das ist abenteuerlich. Der Föderalismus, liebe Freunde, ist ein Motor für Wettbewerb. Und Wettbewerb ist die einzige Chance für bessere Leistungen in unseren Schulen. Deshalb brauchen wir Wettbewerb und nicht Uniformität.

(Beifall)

Es stelle sich doch bitte einmal einer vor, die Schröder-Regierung sei zuständig für die Schulen in Sachsen und Thüringen, in Baden-Württemberg und Bayern, im Saarland und in Hessen oder in Sachsen-Anhalt. Das ist eine abenteuerliche Vorstellung. Wenn es so wäre, hätten wir beim internationalen Vergleich noch viel schlechter abgeschnitten, als es jetzt deutsche Mittelwerte zeigen.

(Beifall)

Uns führen auch nicht die vielen pädagogisch wertvollen Sätze und bildungspolitisch richtigen Einsichten in Deutschland weiter. Es ist ja alles richtig, was da gesagt wird. Der Bundeskanzler hat in seiner Regierungserklärung zur Bildungspolitik auch ein Beispiel solch wertvoller Sätze gegeben, von denen es in Deutschland wimmelt. Aber uns fehlen nicht Einsichten, uns fehlen nicht Sachverständige oder Gutachten. Das alles gibt es in Deutschland zuhauf. Es wimmelt von bildungspolitischen Papieren. Es fehlt in vielen Bundesländern und es fehlt im Bund die Bereitschaft zu Taten. Deutschland braucht in Sachen Bildung, Wissenschaft und Forschung Taten und nicht weitere Papiere.

(Beifall)

Worum geht es uns ganz konkret? Erstens. Es muss Schluss sein mit der Legende aus eben diesen 70er-Jahren des letzten Jahrhunderts, dass Schulen, dass Lernen und Leistung so etwas wie ein unsittlicher Anschlag auf Kindheit sei. Das ist eine der großen Legenden in Deutschland, mit denen systematisch Schule und Leistung kaputtgemacht wird. Kinder werden unterfordert, verlieren die Lust an Schule. Deshalb sagen wir: Wir wollen von der Grundschule an, das heißt in allen Schulen, eine Stärkung der Leistung. Wir wollen, dass Kinder gefordert und gefördert werden. Wir wollen, dass sie sich nicht langweilen, sondern ihre Talente entfalten dürfen. Das ist Fairness Kindern gegenüber.

(Beifall)

Wir haben überhaupt nichts gegen Ganztagschulen und Ganztagesangebote. Wer in das von der CDU regierte Baden-Württemberg und das von der CSU regierte Bayern schaut, der weiß, dass wir voll in der Entwicklung sind. Bayern hat gerade 300 Millionen Euro zur Verfügung gestellt, um ein stimmiges Gesamtkonzept für Betreuung zu entwickeln. Aber, meine Damen und Herren, der erste Satz als Antwort auf PISA ist nicht: mehr Betreuung in der Schule, sondern der erste Satz als Antwort auf PISA ist: mehr Qualität von Unterricht und dann auch mehr Betreuung, aber nicht umgekehrt.

(Beifall)

Bildungspolitik hat viel mit der Fairness Kindern und Jugendlichen gegenüber zu tun. Sozialdemokraten begreifen Bildungspolitik immer noch als die Klüngelrunden von Verbänden, Gewerkschaften, Parteivorständen und Arbeitskreisen reiner Experten oder solcher, die sich selbst dazu ernannt haben. Nein, Bildungspolitik muss Kindern eine faire Chance geben. Bildungspolitik muss die Zukunft von Kindern und Jugendlichen im Blick haben.

Leistung ist für uns ein Prinzip der Gerechtigkeit. Leistung ist der Schlüssel für Chancen, eben nicht die Herkunft oder der Geldbeutel der Eltern. Deshalb sage ich: Wer für Chancengerechtigkeit ist, wer für Fairness ist, der kann nicht unentwegt gegen Leistung reden und so tun, als müsse man Leistung möglichst verstecken, um Kindern eine Chance zu geben. Das war immer schon falsch und das wird immer falscher.

(Beifall)

Wer Leistung nicht mag, mag keine Begabtenförderung, schafft keine Benachteiligtenförderung. Das haben wir alles erlebt. Für uns gilt der Grundsatz: Niemand darf zum Modernisierungsverlierer werden und keiner soll seine Talente verstecken müssen. Das ist die Erwartung an ein leistungsfähiges Bildungswesen. Das ist die Erwartung an Schule und das ist auch die Erwartung an Bildungspolitik. Niemand darf verloren gehen. Wir brauchen Förderung und Forderung.

Meine Damen und Herren, deshalb braucht es in unseren Schulen mehr Naturwissenschaften. Es ist ein Drama, dass die Zahlen der Studienanfänger in den Naturwissenschaften so absinken. Wir brauchen früher die Fremdsprachen. Wir brauchen eine Unterrichtsversorgung, die vernünftig ist und nicht von Jahr zu Jahr abgebaut wird.

Wenn die Bundesbildungsministerin sagt, wir brauchen nationale Bildungsvergleiche, dann sage ich Ihnen: Die SPD hat in der letzten Kultusministerkonferenz genau das zum wiederholten Male abgelehnt. Sie scheint auch genau zu wissen, warum sie sich mit uns nicht vergleichen will.

(Beifall)

Liebe Freunde, ein Schlüsselbereich in der Bildungspolitik ist die berufliche Bildung. Hier arbeiten Bund und Länder gemeinsam. Wer die neuen Zahlen vom neuen Chef der Bundesanstalt für Arbeit gehört hat, weiß, dass die Perspektiven für den Herbst des Jahres 2002 eine Bankrotterklärung für die Berufsbildungspolitik dieser Bundesregierung bedeuten. 600.000 Jugendliche suchen in Deutschland eine Lehrstelle. Bis heute sind aber nur 485.000 Stellen

gemeldet. Herr Gerster sagt, im Herbst wird es vermutlich keinen Ausgleich geben zwischen denen, die eine Lehrstelle suchen, und denen, die eine Lehrstelle anbieten können. Liebe Freunde, das ist nicht nur eine Bankrotterklärung dieser Bundesregierung, sondern es ist eine massive Gefährdung der Zukunftschancen der jungen Generation, wenn die, die ausgebildet werden wollen, keine Lehrstelle finden.

(Beifall)

Dann wird gesagt, es sei ziemlich klar, dass es dort, wo viel Wohlstand herrsche, auch eine bessere Bildung gebe. Auch diese Argumentation ist abenteuerlich. Jeder weiß in Deutschland – und übrigens in vielen Ländern der Welt -: Wenn in einer Region der Arbeitsmarkt zusammenbricht, wenn ein Land vor großen Strukturveränderungen steht – die Länder, die in Deutschland jetzt als Wohlstandsländer gelten, Bayern und Baden-Württemberg, haben das in den 70er-Jahren alles erlebt: in den Regionen den Zusammenbruch des Arbeitsmarktes und das Wegbrechen von Branchen -, dann ist die einzig vernünftige Antwort darauf, in Bildungsinfrastruktur zu investieren. Umgekehrt wird also ein Schuh daraus: Da, wo in Bildung, Schule, Hochschule und Wissenschaft investiert wird, da entsteht Wohlstand, da entstehen Arbeitsplätze und Ausbildungsplätze. Auch das muss in Deutschland deutlich gesagt werden.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wir stehen als Union dazu: Die Schule bleibt Ländersache. Nur dann gibt es einen vernünftigen Wettbewerb in Deutschland. Nur dann wird es uns gelingen, international an die Spitze zu kommen.

Der Bund braucht neue Akzente in der Hochschul- und in der Forschungspolitik. Da gilt das, was Lothar Späth und viele andere in den letzten Tagen gesagt haben: Im Bereich der Hochschule und der Wissenschaftsgesellschaft brauchen wir nicht ein immer engeres Netz von Regeln und auch nicht ständig neue Tabus. Unsere Hochschulen in Deutschland brauchen mehr Selbständigkeit. Nur selbständige Hochschulen sind auf Dauer starke Hochschulen im internationalen Wettbewerb.

(Beifall)

Wir werden zu Beginn Folgendes tun: Erstens: Wir wollen wieder ein eigenständiges Forschungsministerium; denn was im Wirtschaftsministerium an industrienaher Forschung angesiedelt ist, gehört ins Forschungsministerium. Zweitens: Wir wollen eine Verschlinkung der Bundesrahmengesetzgebung. Es kann nicht sein, dass der Bund immer mehr Vorschriften erlässt. Deshalb muss es eine Zurücknahme dieser vielen Regeln geben, die unsere Hochschulen im internationalen Wettbewerb schwach machen. Das hätten die vielen guten Hochschulen in Deutschland wirklich nicht verdient.

Wir wollen, dass Studierende ihre Hochschulen und Hochschulen ihre Studierenden auswählen können. Wir wollen ferner eine Rückführung der ZVS und eine Auflösung des Staatsvertrags 2005. Das ist der erste wichtige große Schritt für eine Neuordnung auch der Beziehung zwischen den Studierenden und ihren Hochschulen.

(Beifall)

Wir werden die Habilitation wieder einführen. Es ist richtig gewesen, die Juniorprofessur einzuführen. Aber mit Blick auf die Vielfalt der Fächer an den Hochschulen ist es falsch, die Habilitation abzuschaffen, wie es überhaupt falsch ist, immer weniger Möglichkeiten zu schaffen. Es braucht mehr Möglichkeiten. Deshalb wird die Union in den ersten hundert Tagen die Habilitation wieder einführen.

(Beifall)

Nun zum Thema Studiengebühren. Was sich da in den letzten Wochen abgespielt hat, ist ein gutes Beispiel dafür, wie weit Theorie und Praxis, Papiere und Taten in der SPD auseinander klaffen. Wir wollen keine Vorschrift, die verbietet, über Gebühren und über bessere Einnahmemöglichkeiten unserer Hochschulen zu sprechen. Auch diese Vorschrift wird wieder abgeschafft.

Natürlich wollen wir nicht einfach singuläre Studiengebühren einführen. Aber wir müssen unseren Hochschulen mehr Möglichkeiten für eine bessere Finanzierung ihrer Bildungsangebote, für ein besseres Stipendiumswesen und für das Schaffen von mehr Anreizen zur Verbesserung der Qualität der Lehre geben. Wir müssen den Studierenden Signale geben, dass sie finanziell die Hochschulen stärken können.

Es ist schon ein Witz, dass der Finanzminister von Nordrhein-Westfalen erklärt, es würden Langzeitstudiengebühren eingeführt. Diese sollen aber nicht – wie in Baden-Württemberg – für die Hochschule selbst, sondern zur Haushaltssanierung in Nordrhein-Westfalen eingesetzt werden. Das ist SPD-Politik: Studentensteuer für den Finanzminister. Das ist nicht in Ordnung und unsozial.

(Beifall)

Wer über Bildung spricht, muss sich um Erziehung kümmern. Wer über Erziehung spricht, muss sich um die Vermittlung der Werte kümmern. Er muss dafür sorgen, dass Kinder Vorbilder haben. Bildung und Erziehung gedeihen nicht in einem Klima der Beliebigkeit. Der Bundeskanzler macht nämlich bei jeder Gelegenheit deutlich, wie wenig er von Pädagogen hält. Wer Bildung wichtig erachtet und wer Erziehung stärken will, der muss daran mitwirken, dass die Erziehenden in unseren Familien und in den Schulen auch tatsächlich Autorität besitzen.

Deshalb gilt: Bildungspolitik der Union basiert auf einem Fundament an Werten und an Orientierungen. Unsere Bildungspolitik hat einen Kompass. Wir wollen keine Politik, die Menschen ständig vor sich selbst schützt. Wir gestalten Politik so, dass wir den Menschen mit ihren Talenten und mit ihrer Leistungsfähigkeit etwas zutrauen.

Jede Umfrage zeigt: Die Menschen in Deutschland warten auf eine Politik, die Leistung stärkt und die die Menschen und ihre Talente ernst nimmt. Die Menschen in Deutschland warten auf einen verlässlichen Partner für Bildung, Wissenschaft und Forschung. Wir, die Union, sind ein solcher verlässlicher Partner.

(Beifall)

Christian Wulff, Tagungspräsidium: Liebe Annette Schavan, viel Erfolg ab September für dich als Bildungsministerin.

Ich darf als Nächstem Dr. Wolfgang Schäuble, dem erfolgreichen ehemaligen CDU-Vorsitzenden und Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion, das Wort erteilen. Er ist im Kompetenzteam der Union jetzt für den Bereich Außen-, Sicherheits- und Europapolitik verantwortlich.

(Beifall)

Dr. Wolfgang Schäuble: Herr Tagungspräsident! Liebe Parteifreunde! Meine Damen und Herren! Gestern, am 17. Juni, haben wir daran erinnert, dass nationale Einheit, nationale Identität und europäische Einigung für uns Christliche Demokraten zusammengehören. Das ist die Grundlage unserer Politik seit Konrad Adenauer. Das haben wir in langen Kämpfen gegen die Linken durchgesetzt und ist zur Staatsräson auch des wiedervereinten Deutschland geworden. Das hat uns die Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit ermöglicht.

Jetzt stellen sich nach Überwindung der deutschen Teilung und nach dem Ende des Kalten Kriegs neue Aufgaben und neue Verantwortlichkeiten. Davon spricht auch die rot-grüne Bundesregierung. Das ist im Grundsatz nicht falsch, zumal die entscheidenden Weichungsstellungen dafür schon vor dem Amtsantritt Schröders erfolgt sind.

Aber wie fast überall in der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik, wie fast überall auf dem Arbeitsmarkt, in der Bildung und Forschung und im Gesundheitswesen bleibt Deutschland derzeit auch in der Außen-, Sicherheits- und Europapolitik hinter seinen Möglichkeiten zurück. Unser Land wird durch Rot-Grün unter seinem Wert regiert. Deutschland kann es besser. Wir können es ändern. Wir werden das auch ändern. Es ist Zeit für Taten.

(Beifall)

Aktuell am bedrückendsten sind die Defizite in der Europapolitik. Vier Jahre rot-grüne Regierung haben das Ansehen Deutschlands in Europa und unseren Einfluss in Brüssel nicht gemehrt, sondern beschädigt bzw. vermindert. Die Zusammenarbeit mit Frankreich wird ohne Engagement betrieben. Vor und nach dem Gipfel von Nizza war die Klage europaweit zu hören, dass der deutsch-französische Motor für die europäische Einigung kraftlos geworden sei. Wir werden das ändern.

Natürlich gibt es auch unterschiedliche Betrachtungsweisen und Interessen zwischen Frankreich und Deutschland, nicht nur, aber auch in der Agrarpolitik. Aber im Ziel eines großen und starken Europas sind wir uns einig. Deshalb werden wir mit unseren Freunden und Partnern in Frankreich, denen wir zu ihrem großartigen Wahlerfolg gratulieren, gemeinsam Vorstellungen erarbeiten.

(Beifall)

Das, liebe Freunde, muss man wollen. Dazu muss man miteinander offen reden; dazu muss man sich Mühe geben. Aber wenn man das tut und wenn man sich im Ziel einig ist, dann schafft man es auch.

Die deutsch-französische Partnerschaft ist nicht alles in Europa; das ist wahr. Aber ohne die deutsch-französische Partnerschaft geht in Europa vieles viel schwerer.

(Beifall)

Was nützen uns die schönsten europapolitischen Grundsatzreden des Außenministers, wenn der Bundeskanzler alle naselang deutlich macht, dass ihn andere im Grunde einen Dreck interessieren und dass es ihm nur darum geht, wie er bei dieser oder jener Wählerklientel kurzfristig punkten kann?

Die Aufregung über Möllemanns plumpen Populismus ist zu Recht weit verbreitet. Ich finde, es wird auch Zeit, dass sich in der FDP Vernunft und Klarheit wieder durchsetzen. Man muss die Politik der israelischen Regierung nicht für richtig halten. Darüber wird auch in Israel kräftig gestritten. Israel ist übrigens in diesem Teil der Erde die einzige Demokratie, eine Demokratie, in der man über die Politik der Regierung in Freiheit und Offenheit streiten kann.

(Beifall)

Dass Deutschland eine besondere Verantwortung für das Recht Israels auf ein Leben in gesicherten Grenzen und auf ein Leben ohne terroristische Bedrohung hat, daran sollte kein Zweifel bestehen.

(Beifall)

Im Übrigen, ob einer Christ, Muslim, Jude oder Atheist ist, das macht einen Menschen nicht zu etwas Besonderem. Aber dass es nach Hitler und Auschwitz wieder jüdisches Leben in Deutschland gibt, liebe Freunde, das ist etwas Besonderes und Kostbares und es sollte niemand damit spielen.

(Beifall)

Es zeigt sich eben auch da: Politischer Führungsanspruch muss sich durch Verantwortlichkeit legitimieren und das gilt auch in der Europapolitik. Es war Bundeskanzler Schröder, der davon gesprochen hat, dass Schluss damit sein müsse, dass in Brüssel das Geld deutscher Steuerzahler verbraten werde. Große Sprüche! Dabei sind wir Schlusslicht in der wirtschaftlichen Dynamik in Europa. Wir gefährden mehr als jedes andere Land aktuell die Stabilität der gemeinsamen europäischen Währung. So schafft man sich keine Freunde und so bildet man kein Vertrauen – nicht im Ausland und auch nicht im Inland.

Wir sind immer dafür eingetreten, dass ein großes und starkes Europa die beste Vorsorge für Frieden, Freiheit und Stabilität in einer enger zusammenrückenden und sich schneller verändernden Welt ist. Deshalb muss die Einigung ganz Europas gelingen. Die Osterweiterung der Europäischen Union ist doch keine Bedrohung, sondern der Beitritt unserer Nachbarn im Osten zur Europäischen Union ist die beste Chance, die Folgen von Jahrzehnten der Teilung und Diktatur zu überwinden.

(Beifall)

In diesen Tagen wird die deutsche Bundesregierung als Haupthindernis für einen erfolgreichen Abschluss der Beitrittsverhandlungen verdächtigt. Das, liebe Freunde, entspricht unserem nationalen Interesse nicht.

(Vereinzelt Beifall)

Deshalb ist es gut, dass Edmund Stoiber, der künftige Bundeskanzler, die Kommission gegen die unqualifizierten Angriffe des derzeit noch amtierenden Bundeskanzlers in Schutz genommen hat.

(Beifall)

Natürlich müssen die europäische Agrarpolitik und auch die Regional- und Finanzpolitik reformiert werden. Das haben wir schon 1999 gefordert. Die rot-grüne Bundesregierung hat beim Berliner Gipfel mit der Agenda 2000 nichts zustande gebracht.

(Vereinzelt Beifall)

Ohne flächenbezogene Nahrungsmittelproduktion – das ist bäuerliche Landwirtschaft – leiden Umweltschutz, ländlicher Raum und im Übrigen auch eine ausgewogene Entwicklung in den städtischen Ballungszentren.

(Vereinzelt Beifall)

Aber die Subvention von noch immer mehr Überschussproduktion ist der falsche Weg, nicht zuletzt auch für die Entwicklungsländer; man muss daran erinnern. Der Welt Ernährungsgipfel in Rom in der vergangenen Woche, der wenige Erfolge gebracht hat, hat gerade wieder gezeigt, wie die Industrieländer mit ihrer Agrarpolitik die Chancen der Entwicklungsländer, sich selber eine Landwirtschaft aufzubauen, zerstören.

(Beifall)

Deshalb müssen wir die Bewirtschaftung der Fläche stärker fördern. Das geht besser in nationaler Mitverantwortung als zentralistisch-einheitlich für ganz Europa von Portugal bis Finnland. Was die rot-grüne Regierung beim Berliner Gipfel nicht erreicht hat, das muss bis 2006 zustande gebracht werden. Aber wer jetzt, in der Endphase der Beitrittsverhandlungen, plötzlich die vorherige Reform der europäischen Agrarpolitik zur Bedingung erheben will, der verrät, dass ihn nicht Verantwortung für Deutschland und für Europa antreibt, sondern nur die Angst, im September die Wahl zu verlieren. Im Übrigen wird auch das nichts mehr nützen, liebe Freunde.

(Beifall)

Wir treten für einen Abschluss der Beitrittsverhandlungen – so steht es in unserem Regierungsprogramm – bis Ende dieses Jahres ein. Die Überwindung der europäischen Teilung kann die Wunden der Vergangenheit, die Wunden von Diktatur, Krieg und Vertreibung, am ehesten heilen. Nicht mehr über Grenzen streiten, sondern Grenzen abbauen, ist der bessere Weg für die Zukunft. Dazu gehört auch die Bereitschaft zur Versöhnung. Auch wenn Unrecht nicht ungeschehen gemacht werden kann, muss Unrecht aber doch als solches benannt werden. Das, liebe Freunde, gilt auch für das Unrecht der Benes-Dekrete.

(Beifall)

Viele sorgen sich über rechtspopulistische Strömungen in Europa. Da ist in den letzten Jahren in Europa viel Unfug getrieben worden. Herr Zeman in Prag ist gewiss ein Linker.

Nur, seine populistischen Sprüche sind auch nicht besser. Das beweist wieder einmal, dass man weder auf dem rechten noch auf dem linken Auge blind sein soll.

(Beifall)

Wer wie die Sozialdemokraten Populismus in Europa angeblich bekämpfen will und gleichzeitig mit der PDS koalitiert, der verliert Orientierung und Glaubwürdigkeit zugleich.

(Beifall)

Wer ein großes und starkes Europa wie wir will, der muss die europäischen Institutionen und Entscheidungsverfahren reformieren – jetzt. Europa leidet – das ist inzwischen fast unbestritten – unter einem dreifachen Mangel: unter einem Mangel an Effizienz, an Transparenz und an demokratischer Legitimation. Das ist die Aufgabe des Europäischen Konvents, für den wir lange gekämpft haben und für den CDU und CSU sowie wir gemeinsam in der Europäischen Volkspartei substantiellere Vorschläge als alle anderen erarbeitet haben.

(Beifall)

Aber die Stärkung des Einflusses der nationalen Regierungen zulasten von Europäischem Parlament und Europäischer Kommission, wie sie der derzeitige Bundeskanzler vertritt, ist, liebe Freunde, genau die falsche Richtung.

Was wir brauchen, ist eine bessere Ordnung in Europa. Die Europäische Union muss nicht alles machen und Europa darf nicht in einem Wust von Bürokratie ersticken. Was die einzelnen Staaten für sich allein nicht mehr leisten können, das muss Europa machen. Aber was unterschiedlicher Erfahrung und Tradition entspricht, das muss in den Nationalstaaten verbleiben. So werden nationale Identitäten und europäische Einigung nicht zum Gegensatz. Einheit und Vielfalt zugleich, das ist und bleibt der Reichtum Europas. Deshalb ist eine bessere Zuständigkeitsordnung in einem Verfassungsvertrag der Schlüssel. Auf dieser Grundlage müssen europäische Entscheidungen durch ein stärkeres Europäisches Parlament, durch eine vom Parlament zu wählende Kommission und durch den Ministerrat als zweite Kammer europäischer Gesetzgebung getroffen werden. Nur so gibt es ein großes und starkes Europa. So geht es auch. Zeit für Taten, liebe Freunde.

(Beifall)

Ein großes und starkes Europa – an diesen alten Satz von Jean Monnet muss wieder erinnert werden – ist ein Beitrag zu einer besseren Welt. Ein großes und starkes Europa ist nötig, damit die atlantische Partnerschaft nicht zerbröckelt. Es war herzlich, anfangs den Grünen Fischer mit der amerikanischen Außenministerin Madeleine Albright beinahe schäkern zu sehen. Auch die Solidaritätsbekundungen nach dem 11. September waren ganz eindrucksvoll.

Aber schnell, schon ein paar Wochen danach, hatte der Alltag Rot-Grün wieder erreicht. Beispielsweise wurden die Vereinbarungen unter den Innenministern zur Verbesserung der inneren Sicherheit von der roten und grünen Koalitionsfraktion in Berlin schnell wieder zurückgepiffen. Stattdessen konzentrierte man sich mehr und mehr auf besserwisserische Ratschläge, die zum Inhalt hatten, was die Amerikaner tun und was sie lassen sollen. So kommt

es nicht zu mehr Sicherheit. Es wäre schon überzeugender, wenn wir Deutsche und wir Europäer unsere Fähigkeiten zur Bewahrung von Frieden und Sicherheit in Zeiten ganz neuer Spannungen und Bedrohungen so weiterentwickeln würden, dass auch wir einen unserem Potenzial und unserem Interesse entsprechendem Beitrag leisten können. Worte und Taten klaffen bei Rot-Grün zu weit auseinander.

Die Atlantische Allianz bleibt militärisch und politisch unser wichtigster Schutz im 21. Jahrhundert. Aber die atlantische Partnerschaft wird nur erhalten werden, wenn auch die Europäer angemessene Beiträge zur gemeinsamen Verantwortung sowie zur gemeinsamen Sicherheit leisten und wenn unsere militärische Zusammenarbeit bei konkreten Einsätzen in der Zukunft überhaupt noch möglich ist. Die Lücke in den Fähigkeiten wächst zu sehr.

Übrigens, nur in Luxemburg – das ist nicht gegen Jean Claude Juncker gerichtet; es ist einfach die Wahrheit – ist der Anteil der Verteidigungsaufwendungen am Volkseinkommen im Vergleich mit allen NATO-Partnern niedriger als bei uns in Deutschland. Der Verteidigungsminister ist durch seinen Kanzler ein ums andere Mal im Stich gelassen und demontiert worden. Er hat sich auch selbst ein wenig demontiert. Man fragt sich, was die Soldaten der Bundeswehr eigentlich davon halten, dass es selbst einem Oppositionspolitiker immer peinlicher wird, sich mit diesem Verteidigungsminister noch ernsthaft auseinander zu setzen. Das haben die Soldaten der Bundeswehr und die Sicherheit dieses Landes nicht verdient.

(Beifall)

Wir werden und wir müssen die Bundeswehrreform an einer realistischen Bedrohungsanalyse ausrichten. Es ist wahr – da hilft alles Geschrei nichts -: Die Trennlinien zwischen äußerer und innerer Sicherheit verwischen zusehends. Mit diesen Worten haben wir das in unserem Regierungsprogramm beschrieben. Die wachsende militärisch-technologische Lücke zwischen den Europäern und den Amerikanern ist offensichtlich geworden.

Deshalb muss die Bundeswehr wieder voll einsatz- und bündnisfähig werden. Wir werden dafür die notwendigen Korrekturen vornehmen und wir werden auch eine glaubwürdige Finanzierung sicherstellen. Das Konzept der Bundeswehrreform muss ergänzt und die Bundeswehr muss im Hinblick auf Struktur, Umfang und Ausrüstung so erneuert werden, dass sie ihren Auftrag erfüllen kann. Dieser Auftrag heißt: Landes- und Bündnisverteidigung, die neuen Aufgaben der Prävention, der Krisenreaktion und des Stabilitätstransfers sowie ihr Beitrag aufgrund ihrer spezifischen Fähigkeit zu zivil-militärischer Zusammenarbeit im Inneren.

Übrigens, die rot-grüne Behauptung, wir leisteten mehr für präventive Politik und für Entwicklungspolitik und könnten daher einen immer unzureichenderen Verteidigungshaushalt in Kauf nehmen, ist eine Ausrede; das ist verlogen. Der Anteil der öffentlichen Entwicklungshilfe ist seit 1998, also seit Beginn der rot-grünen Regierung, zurückgegangen. Das ist die Wahrheit.

(Beifall)

Wenn man die Haushalte des Auswärtigen Amts, des Verteidigungsministeriums und des Entwicklungshilfeministeriums des Jahres 1990 zusammenzählt, dann zeigt sich, dass der Anteil dieser drei Haushalte zusammen am Bundeshaushalt bei rund 20 Prozent lag. In die-

sem Jahr, also 2002, ist dieser Anteil auf unter zwölf Prozent gesunken. So kann das nicht weitergehen. In Zeiten der Globalisierung hängt unser Schicksal – eher mehr als in der Vergangenheit – von den Entwicklungen außerhalb unseres Landes, von Entwicklungen in allen Teilen der Welt ab.

(Vereinzelt Beifall)

Wenn wir unsere Verantwortung für die Zukunft, insbesondere für die Zukunft unserer Kinder, ernst nehmen, dann müssen wir einen angemessenen Beitrag leisten. Die Wahrnehmung seiner Interessen in der Welt war immer die klassische Aufgabe eines Staates. Diese klassische Aufgabe ist in Zeiten der Globalisierung nicht weniger wichtig geworden.

Henry Kissinger hat einmal gesagt, Deutschland sei wirtschaftlich ein Riese, aber politisch ein Zwerg. In den Zeiten der deutschen Teilung gab es dafür gute Gründe. Wahrscheinlich hätte sich aber nicht einmal Henry Kissinger vorstellen können, dass eine rot-grüne Regierung ein Jahrzehnt nach Überwindung der deutschen Teilung die Balance dadurch herstellen will, dass wir in der wirtschaftlichen Dynamik inzwischen ebenfalls auf den letzten Platz zurückgefallen sind. Das entspricht jedenfalls nicht unseren Vorstellungen. Deutschland kann es besser. Es ist Zeit für Taten.

(Beifall)

Im Übrigen, liebe Freunde, beschäftigt mich oft, seit langem und in zunehmendem Maße, dass es in der Gesellschaft eine Neigung zu Introvertiertheit gibt, die letzten Endes in unzureichender Wahrnehmung außenpolitischer, sicherheitspolitischer und europapolitischer Verantwortung sichtbar wird. Eine solche Neigung zu Introvertiertheit fördert nicht die Innovations- und Reformkräfte in der Gesellschaft, die wir so dringend brauchen. Wer sich nur noch mit sich selbst beschäftigt, der wird sich immer mehr an jeden Besitzstand klammern. Wenn das geschieht, dann werden Reformen und die Überprüfung von Besitzständen immer schwieriger. Wir werden so nicht stärker und übrigens auch nicht zufriedener.

Wenn wir uns auf unsere wirklichen Aufgaben besinnen, dann machen uns auch die Erfolge nicht so schnell müde. Es handelt sich um Erfolge, die wir in den glücklichen 50 Jahren seit dem Zweiten Weltkrieg, übrigens in weiten Teilen unter der Führung der Union, erzielt haben. Leistung ist ein Schlüssel für eine gute Zukunft. Sicherheit zu gewährleisten, soweit das überhaupt möglich ist, bleibt mit die wichtigste Aufgabe von Politik. In einer Welt, die sich so rasch verändert, schafft dies Orientierung und Vertrauen.

Ohne Partnerschaft geht das nicht. Europäische Einigung, atlantische Solidarität, Verantwortung für den Abbau von Spannungen, von Konflikten und für eine friedliche Entwicklung unserer einen Welt, liebe Freunde, das ist unser Weg, der Weg von CDU/CSU mit Edmund Stoiber als Bundeskanzler für eine gute Zukunft. Dafür werden wir beharrlich und entschieden arbeiten. Liebe Freunde, es ist Zeit für Taten.

(Anhaltender Beifall)

Roland Koch, Tagungspräsidium: Lieber Wolfgang Schäuble, herzlichen Dank. Auch Ihnen gelten alle guten Wünsche für eine heftige Kampagne. Wenn wir Regierung sind, dann werden viele in Deutschland und auch viele in der Welt gerade Sie wegen Ihrer Aufgabenstellung

nach unserer Rolle und unserer Funktion fragen. Je ernster man uns schon dann nimmt, wenn wir auf dem Weg zur Regierungsübernahme sind, umso erfolgreicher wird unser Ergebnis sein. Vor vier Jahren gab es einen Bundeskanzlerkandidaten, der schon vor der Regierungsübernahme behauptete: Ich bin der Aufschwung. Ich bin sicher, dass wir schon jetzt aufgrund des Kompetenzteams, das die CDU und die CSU mit Edmund Stoiber an der Spitze aufbieten, erklären können, wie wir die deutsche Politik wieder in ein besseres Fahrwasser bringen. Viele werden uns danach fragen, was wir machen wollen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren – manche haben es heiß ersehnt; viele betrachten es natürlich als den wichtigsten Punkt des Parteitags -, ich komme zum TAGESORDNUNGSPUNKT 12:

REDE DES KANZLERKANDIDATEN DER UNION

DR. EDMUND STOIBER

MINISTERPRÄSIDENT DES FREISTAATES BAYERN

(Filmvorführung)

Das Wort hat Edmund Stoiber.

(Beifall)

Dr. Edmund Stoiber, Vorsitzender der CSU: Liebe Freunde! Einen herzlichen Dank für diesen aufmunternden Applaus. Ich möchte heute mit Ihnen einen ganz wichtigen Abschnitt auf den Weg zum 22. September beginnen. Am 31. Januar dieses Jahres haben wir uns hier in der Frankfurter Messe zum Wahlkampfauftakt von CDU und CSU getroffen. Unser damaliges Signal war: Wir packen an! Deutschland braucht eine neue Regierung!

(Beifall)

Wenn Sie sich noch erinnern, dann wissen Sie, dass damals dieser Anspruch von vielen politischen Beobachtern und den Meinungsforschungsinstituten als sehr weit reichend oder sogar, wie einige sagten, als nicht ganz realistisch qualifiziert wurde. Heute, 96 Tage vor der entscheidenden Wahl in Deutschland, haben wir eine gute, vielleicht sogar sehr gute Chance, diese Wahlen zu gewinnen. Das heißt, wir haben in den letzten Monaten eine gute Arbeit für Deutschland geleistet. Darauf können wir stolz sein.

(Beifall)

Ich glaube, man hätte für diesen Parteitag nichts Besseres als diese recht heiße Halle wählen können. Damit zeigt die CDU: Uns ficht nichts an. Wir sind Hitze gewohnt und wir sind bereit, auch die Hitze des Wahlkampfes souverän auszuhalten, ihn mit Stärke zu gestalten und letztlich zu gewinnen.

(Beifall)

Unser heutiges Signal aus Frankfurt ist: In 96 Tagen ist der rot-grüne Spuk in Berlin vorbei.

(Beifall)

Sie klatschen für die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger in Deutschland; denn in der Zwischenzeit glaubt die Mehrheit an einen Regierungswechsel in Deutschland.

Meine Damen, meine Herren, die verbleibenden 96 Tage bis zu den Bundestagswahlen müssen 96 Tage des Angriffs auf Rot-Grün sein. Wir müssen 96 Tage Überzeugungsarbeit für unsere Politik und unser Programm leisten. Wir müssen den Menschen das Signal geben: In 96 Tagen geht es wieder aufwärts mit Deutschland in Europa und in der Welt.

(Beifall)

Wir sind gut gerüstet. Der Schulterschluss zwischen CDU und CSU, zwischen den verlässlichen Kräften der bürgerlichen Mitte, ist so eng wie nie zuvor. Das ist sicherlich ein entscheidender Garant für unseren Erfolg. Angela Merkel und ich kämpfen gemeinsam mit vollem Einsatz und aller Kraft für den Erfolg. Herzlichen Dank, Angela Merkel, für die ausgezeichnete und vertrauensvolle Zusammenarbeit. Wir haben politisch und menschlich einen Draht zueinander. Das ist die Grundlage für unseren gemeinsamen Erfolg.

(Beifall)

Unsere Bundestagsfraktion hat besonders in den letzten Wochen und Monaten die Schwächen der rot-grünen Regierung schonungslos aufgezeigt. Für die Arbeit in der Fraktion möchte ich einen ganz besonders herzlichen Dank an alle Bundestagsabgeordneten von CDU und CSU richten, und in besonderer Weise Ihrem Vorsitzenden, Friedrich Merz, der heute eine hervorragende Rede gehalten hat, und seinem Stellvertreter, Michael Glos, danken.

(Beifall)

Denken Sie immer daran: Politik ist auch ein Mannschaftsspiel. Der Spielführer muss die weiten Pässe schlagen, aber er kann nicht alles alleine machen. Die Mannschaft ist entscheidend. Ich lege Wert auf eine exzellente Mannschaft. Dazu gehören insbesondere natürlich beide Generalsekretäre. Herzlichen Dank an Laurenz Meyer vom Konrad-Adenauer-Haus und Thomas Goppel vom Franz-Josef-Strauß-Haus dafür, wie gut die Zusammenarbeit funktioniert.

(Beifall)

Wir ziehen – das haben uns nur wenige zugetraut – geschlossen, entschlossen und mit Zuversicht an einem Strang für den Wechsel in Deutschland. Überall in Deutschland habe ich in den letzten Wochen und Monaten bei meinen Auftritten von Ihnen, von vielen Freunden in der CDU, viel Zustimmung und Sympathie erfahren. Ich habe ein riesiges Engagement erlebt und spüre, wie Sie sich alle einbringen und – so könnte man es fast sagen – zerreißen, um die Chance zu nutzen, Deutschland wieder auf den richtigen Weg zu führen.

Meine Damen, meine Herren, die große Schwesterpartei, die ist in einer sehr guten Verfassung. Ich will nur noch einmal einen ganz kurzen Blick zurückwerfen: Rot-Grün wollte der CDU vor einem bzw. vor zwei Jahren das moralische Rückgrat brechen. Sie wollten die CDU diskreditieren und ihr das Recht absprechen, sich mit den großen Fragen unserer Nation aus-

einander zu setzen. Es gab ja Leute, die auf dem hohen moralischen Ross saßen und der CDU das Recht absprachen, sich überhaupt in die politische Diskussion einzubringen. Das war natürlich für die SPD sehr bequem. Heute aber steht die CDU kraftvoll da. Diejenigen, die damals vom hohen moralischen Sockel herunter riefen, sollten einmal anfangen, mit den Fingern auf sich selbst zu zeigen.

(Lebhafter Beifall)

Meine Damen und Herren, all diejenigen, die uns angreifen, sollen auch wissen, dass wir bei aller Fairness und aller Bereitschaft, einen sachlichen Wahlkampf zu führen, auch in der Lage sind, Unfairness zurückzuweisen. Was haben wir an Vorwürfen erleben müssen! Korruption und politische Korruption haben in Deutschland gegenwärtig einen Namen, und der heißt Köln und Wuppertal, nicht aber CDU, meine Damen und Herren. Das möchte ich einmal deutlich zum Ausdruck bringen.

(Beifall)

Aber so, wie wir zusammenstehen, macht der Wahlkampf Spaß. Ich möchte alles einbringen, was ich einbringen kann. CDU und CSU werden noch zu weiterer Form auflaufen.

Ein Meilenstein auf dem Weg zum Sieg am 22. September war für uns natürlich der überragende Wahlsieg in Sachsen-Anhalt.

(Beifall)

Noch nie in den letzten 50 Jahren hat die SPD bei einer Landtagswahl so hoch verloren wie in Magdeburg. Für diesen Sieg haben unsere Freunde in Sachsen-Anhalt hart gekämpft, und genauso gewinnen wir am 22. September.

Die wichtigste Nachricht aus Sachsen-Anhalt lautet aber: Der rot-rote Spuk in Magdeburg ist vorbei.

(Beifall)

In Magdeburg heißt es ab sofort: Schluss mit Schlusslicht. Jetzt wird angepackt für die Menschen im Land. Dafür viel Erfolg, Wolfgang Böhmer!

(Beifall)

SPD und PDS waren verheerend für Sachsen-Anhalt, SPD und PDS sind verheerend für das Land Berlin und für Mecklenburg-Vorpommern. Der Nordosten Deutschlands braucht am 22. September den Wechsel genauso nötig wie Deutschland. Lieber Eckhardt Rehberg, liebe Freunde aus Mecklenburg-Vorpommern: Gemeinsam wollen wir in 96 Tagen auch den Wechsel in Schwerin schaffen!

(Beifall)

Meine Damen und Herren, eine Bundesregierung, die von der PDS abhängig ist, wäre verheerend für Deutschland.

(Beifall)

Schröder hat zwar versprochen: keine Zusammenarbeit mit der PDS auf Bundesebene. Aber wir alle wissen doch, was die Versprechen des Machtopportunisten Schröder wert sind, nämlich gar nichts.

(Beifall)

Ihm geht Machterhalt über alles, egal wo die Stimmen herkommen. Wer die Wahl zum Bundestag auf die Entscheidung verkürzt, es ginge nur um ihn oder um den anderen, der nimmt jede Stimme, die er nur irgendwie kriegen kann, um an der Macht zu bleiben. Wir müssen alles tun, damit die PDS niemals das Zünglein an der Waage für die Wahl von Gerhard Schröder im Bundestag wird.

(Beifall)

Wir müssen das mit aller Kraft verhindern. Aus dem Bundeskanzleramt darf kein rot-rotes Rathaus werden.

(Beifall)

Meine Damen, meine Herren, Gerhard Schröder bittet die Wählerinnen und Wähler: Gebt mir vier weitere Jahre. – Ja, für was denn?

(Heiterkeit)

Für was denn?

(Beifall)

Nochmals vier Jahre Verlängerung für diese Mannschaft, vier weitere Jahre für Verteidigungsminister Scharping? Meine sehr verehrten Damen und Herren, um Gottes willen!

(Heiterkeit und Beifall)

Vier weitere Jahre für Finanzminister Eichel?

(Zurufe: Nein!)

Der Mann steht für die höchste Neuverschuldung in Europa, für Steuerausfälle in Milliardenhöhe, und er steht für den schamlosen Griff in die Kassen der Länder und vor allen Dingen der Kommunen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich sage es in aller Deutlichkeit: Eichel ist ein Bundesfinanzminister, der nur auf seine Kasse schaut, dem es gleichgültig ist, in welcher finanziellen Situation die Länder und die Kommunen sind. Es ist ihm gleichgültig, sonst würde er eine andere Politik machen und würde registrieren, wie die Kommunen zum Teil am finanziellen Krückstock gehen. Das hat die Regierung zu verantworten, und deswegen muss sie abgewählt werden!

(Beifall)

Für vier weitere Jahre Frau Künast?

(Zurufe: Nein!)

Meine Damen und Herren, sie ist doch eine einzige politische Katastrophe.

(Beifall)

Das haben unsere Bauern nicht verdient. Unsere Bauern haben schon genügend mit Naturkatastrophen zu kämpfen, da brauchen sie nicht auch noch solch eine politische Katastrophe.

(Beifall)

Deswegen abwählen, nach Hause schicken!

(Lebhafter Beifall)

Vier Jahre Verlängerung für Arbeitsminister Riester?

(Lachen und Zurufe: Nein!)

Alles, was der anpackt, geht doch schief. Das Job-AQTIV-Gesetz: gescheitert. Weniger Vermittlungen als vorher! Die Reform der Arbeitsvermittlung? Funkstille. Der Riester-Plan? Ein bürokratischer Flop. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist kein Arbeitsminister, das ist ein „Master of Disaster“!

(Lebhafter Beifall)

Und die meisten anderen aus der Mannschaft? Die erwähnt ja nicht einmal der Bundeskanzler.

(Heiterkeit)

Da hat er eigentlich Recht, denn dieses Schattenkabinett – es steht ja wirklich im Schatten – regiert noch 96 Tage. Meine sehr verehrten Damen und Herren, die überstehen wir auch noch, und dann geht's los!

(Beifall)

Wollen wir es einmal zuspitzen, wie es Friedrich Merz heute Vormittag schon getan hat: Mit dieser rot-grünen Truppe hat Deutschland wirtschaftlich verloren. Wir haben verloren gegen Frankreich, wir haben verloren gegen Italien, wir haben verloren gegen Dänemark, ja sogar gegen Portugal und gegen Griechenland liegen wir im wirtschaftlichen Wachstum gegenwärtig zurück. Überall sind wir unter Rot-Grün wirtschaftlich und politisch Schlusslicht in Europa. Deutschland kann es aber besser!

(Beifall)

Was ist die Bilanz? Schlusslicht beim Wirtschaftswachstum, Schlusslicht beim Beschäftigungswachstum. Nur in einem ist Deutschland kein Schlusslicht, sondern da liegen wir vorne: Bei den Unternehmenspleiten. Meine Damen und Herren, in diesem Jahr werden wir mit 40.000 Pleiten Spitzenreiter in Europa sein.

Für diese Politik darf es keine Verlängerung geben. Wer in vier Jahren nichts schafft, der bringt doch auch in acht Jahren nichts zustande.

(Lebhafter Beifall)

In 96 Tagen muss es heißen: Das Spiel ist aus. Deutschland kann es besser mit der CDU/CSU und mit mir als Bundeskanzler, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Lebhafter Beifall)

Liebe Freunde, was hat Gerhard Schröder vor den Wahlen nicht alles versprochen! Schröder ist der Kanzler der gebrochenen Versprechen. Ich nenne nur einige Beispiele. Arbeitslosigkeit – das Schlüsselthema -: Versprochen wurde, die Zahl der Arbeitslosen sinke unter 3,5 Millionen. Gebrochen! Im Jahre 2002 sind vier Millionen Menschen arbeitslos. Bemerkenswert ist auch, dass Altbundeskanzler Helmut Schmidt Gerhard Schröder dazu Folgendes ins Stammbuch geschrieben hat – ich zitiere wörtlich –:

Arbeitslosigkeit hat nichts mit Globalisierung zu tun. Sie ist vollständig hausgemacht.

Schröder will das aber übertünchen. Er will suggerieren, als wäre Amerika, als wäre die Weltkonjunktur schuld. Nein, schuld ist die Politik hier in diesem Lande in den letzten vier Jahren, die die Impulse zu mehr Beschäftigung durch falsche Gesetze abgewürgt hat.

(Beifall)

Nehmen wir das Versprechen der Sanierung der Staatsfinanzen. Dazu gehören Bund, Länder, Kommunen und Sozialkassen. Gebrochen! Deutschland hat 2002 die höchste Neuverschuldung in Europa.

Ein drittes Beispiel: Gesundheitsreform. 1998 wurde bezahlbare Gesundheit für alle versprochen. Gebrochen! 2002 registrieren wir Rekordbeiträge für die Krankenversicherung. Die Beiträge waren noch nie so hoch wie in diesem Jahr. Spitzenmedizin für jedermann – ein Markenzeichen von CDU/CSU -, das gibt es heute nicht mehr. Ich will das wiederholen, was Friedrich Merz heute Vormittag gesagt hat; man kann es nicht oft genug wiederholen: Spitzenmedizin haben wir in Deutschland heute nur noch für Privatversicherte und für Sozialhilfeempfänger. Da kann etwas nicht stimmen, meine Damen und meine Herren. Die Menschen zahlen immer mehr Beiträge und nehmen nicht alle am Fortschritt der Medizin Anteil.

(Beifall)

Und schließlich die Ökosteuern. 1998 wurde versprochen: Bei sechs Pfennig Ökosteuern ist Ende der Fahnenstange. Gebrochen! 2003 zahlen wir 15 Cent Ökosteuern pro Liter.

Erwartet Gerhard Schröder wirklich eine Verlängerung für seine Politik des gebrochenen Wortes? Dafür gibt es keine Verlängerung. Schröder hatte seine Chance. Er hat sie nicht genutzt. Eine zweite Chance für Schröder kann sich Deutschland nicht leisten, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Lebhafter Beifall)

Wofür will er eigentlich eine Verlängerung? Wofür steht er denn? 1998 wurde die neue Mitte ausgerufen. Was ist davon heute übrig geblieben? Nichts! Kein Wort mehr davon im SPD-Wahlprogramm. Jetzt sucht Schröder verzweifelt Zuflucht bei den alten Linken à la Lafontaine. Erinnern Sie sich noch an das Schröder-Blair-Papier? Schröder erinnert sich nicht mehr daran, denn da ging es ja um Leistung, um Eigenverantwortung, um Dynamik in Staat und Gesellschaft.

Jetzt setzt Schröder auf den Umverteilungsstaat. Das haben wir auf dem DGB-Kongress ja alle miterlebt. Sein Motto ist: Regieren nach Tagesparolen, sein Programm: Er oder ich? Mehr Grundsätze hat er nicht. Das ist zu wenig für einen Kanzler der Bundesrepublik Deutschland.

(Beifall)

Wenig Inhalt, viel Show. Bei Schröder weiß wirklich niemand, wofür, wozu, mit welchen Zielen er Deutschland regiert.

Ich wundere mich im Übrigen, was viele Hunderttausende von Mitgliedern der SPD alles mit sich machen lassen. Das ist etwas, was man aufmerksam registrieren sollte. Meine Damen und meine Herren, das ist aber deren Problem. Ich sage Ihnen: Schröder hat ja einmal in seinem Machtstreben vor Jahren vor dem Kanzleramt gestanden und am Tor gerüttelt: Ich will da rein. – Liebe Freunde, er muss da wieder raus! Raus muss er!

(Lebhafter Beifall)

Da ist der Unterschied: Deutschland braucht jetzt eine Regierung, die eine verlässliche und eine längerfristig berechenbare Politik betreibt, weil sie Prinzipien und auch Werte verkörpert. Das Fundament von CDU und CSU ist das christliche Menschenbild. Bei uns zählen Leistung und Solidarität, individuelle Freiheit und soziale Sicherheit, Eigenverantwortung und Hilfe für Bedürftige, Weltoffenheit und Heimat, Fördern und Fordern. Der Mensch ist ein einzigartiges Wesen. Er ist so verschiedenartig und gleichzeitig gleich. Wir wollen aber natürlich zunächst einmal die Kräfte des Menschen fördern und nach vorn bringen. Wir wollen nicht alles über den Staat verwalten. Wir wollen nicht das Kollektiv, sondern wir wollen den Einzelnen in den Mittelpunkt rücken.

Meine Damen und Herren, weil wir das immer gefordert haben, war und ist und bleibt unsere Politik berechenbar. Unsere Politik war und ist auch erfolgreich, weil sie den Menschen die besten Chancen eröffnet.

PISA ist dafür der beste Beweis. Ich glaube, es liegt jetzt ein Testat, ein Zeugnis vor: Die linken Schalexperimente der 70er- und 80er-Jahre sind gescheitert.

(Beifall)

Linke Schulpolitik hat einer ganzen Generation die Chancen und Erfolge massiv erschwert. Die Fünfjährigen in Bremen, Nordrhein-Westfalen oder anderen SPD-regierten Ländern sind nicht weniger intelligent als zum Beispiel die Kinder in Baden-Württemberg und Bayern. Wenn aber die Schulleistungen von 15-jährigen Schülern in den SPD-regierten Ländern schlechter sind, dann kann dafür nur die linke Schulpolitik der SPD verantwortlich sein. Wir brauchen Qualität, wir brauchen Leistung. Das ist das Beste für unsere Zukunft. Weil die SPD ihr Versagen jetzt nicht eingestehen will, zettelt sie eine sinnlose Zuständigkeits- und Zentralisierungsdiskussion an. Der Bundeskanzler hätte das, was er in seiner Regierungserklärung vor ein paar Tagen im Bundestag gefordert hat, als Ministerpräsident in Niedersachsen über acht Jahre verwirklichen können. Das ist der entscheidende Punkt.

(Beifall)

Die SPD hat Angst, über die Ursachen dessen zu reden, was dazu geführt hat, dass die Schülerinnen und Schüler in Deutschland so schlecht abgeschnitten haben. Das hat doch Gründe, die in der Bildungspolitik liegen. Wenn es denn nun so ist, dass einige Länder besser sind als andere, dann sollen die schlechteren von den besseren lernen und sollen umgekehrt die besseren den schlechteren helfen. Darüber muss man reden. Die SPD sollte heute wenigstens eingestehen: Ja, wir haben aus ideologischen Gründen Fehler gemacht. Diese Fehlerhaftigkeit der Politik bezahlen die Kinder heute. Das wollen wir ändern – mit Annette Schavan!

(Beifall)

Meine Damen, meine Herren, mit unserem Regierungsprogramm zeigen wir: Wir werden die bessere Regierung sein, wir machen bessere Politik für Deutschland. In 96 Tagen geht es los.

Trotz der angeblich größten Steuerreform aller Zeiten zahlen Bürger und Unternehmen heute 29 Milliarden Euro mehr Steuern als 1998. Jetzt diskutiert die SPD auch noch eine Anhebung der Erbschafts- und Schenkungssteuer sowie die Wiedereinführung der Vermögenssteuer. Dieser Weg in den Steuerdschungel ist doch perspektivlos. Damit würgt man jegliche wirtschaftliche Dynamik ab. Wir wollen alle Bürger, Unternehmen und Unternehmer in Deutschland wirksam entlasten. Als erstes Signal – das ist eine klare Ansage – werden wir deshalb die nächste Stufe der Ökosteuer aussetzen.

(Beifall)

Zum 1. Januar 2004 werden wir dann eine große Steuerreform auf den Weg bringen. Unsere Leitlinien sind dabei: einfacher, niedriger, gerechter. Wir werden für neue Dynamik und neue Chancen am Arbeitsmarkt sorgen. Wir werden unnötige Regulierungen und Einstellungshemmnisse beseitigen und kleinere Beschäftigungsverhältnisse effektiv fördern. Ich verspreche Ihnen: Das alte 630-DM-Gesetz kommt wieder – und mehr: 400 Euro im Monat brutto für netto!

(Beifall)

Wir werden durch eine gezielte Förderung Menschen von der Sozialhilfe in Arbeit bringen. So können bis zu 800.000 neue Beschäftigungsverhältnisse geschaffen werden. Das ist doch für hunderttausende von Menschen in Deutschland eine ganz klare Perspektive.

Meine Damen, meine Herren, die SPD setzt einseitig auf die Großindustrie. Die Genossen haben es bis heute nicht verstanden: Der Mittelstand ist der Jobmotor Nummer Eins in Deutschland. Dort entstehen die meisten der neuen Arbeitsplätze. Dort werden 80 Prozent unserer Lehrlinge ausgebildet. Es ist daher der Kardinalfehler der rot-grünen Steuerreform, die mittelständischen Personengesellschaften gegenüber den großen Kapitalgesellschaften massiv zu benachteiligen. Damit wollte man die Personengesellschaften in die Kapitalgesellschaften, in die Aktiengesellschaften und GmbHs, zwingen. Das ist ein verhängnisvoller Fehler. Ich wünsche mir, dass die vielen, vielen Unternehmer, die persönlich mit ihrem Vermögen für ihre Arbeit haften, nicht gegenüber den großen Kapitalgesellschaften benachteiligt werden. In dieser Ungleichbehandlung liegt der grundsätzliche Fehler, den diese Regierung gemacht hat.

(Beifall)

Auf dem DGB-Kongress habe ich die Gewerkschaften gefragt, ob sie es für gerecht hielten, dass die Lohn- und Einkommensteuer steigt, während die Körperschaftssteuer, das heißt die Einkommensteuer der großen Kapitalgesellschaften, von Jahr zu Jahr zurückgeht. Für mich ist es eine der größten Ungerechtigkeiten überhaupt, dass im ersten Quartal dieses Jahres nur noch 10 Prozent dessen an Körperschaftsteuer eingegangen ist, was im Vergleichszeitraum des Jahres 2000 vereinnahmt wurde. In den letzten beiden Jahren wurde es stetig weniger. Hier liegt ein ganz schwerer Fehler der Steuerreform,

(Beifall)

der dazu führt, dass in den Ländern zum Teil Hunderte von Millionen Euro an Steuern ausfallen bzw. zurückgezahlt werden müssen. Und wo müssen diese eingespart werden? Bei den freiwilligen Leistungen der Länder, bei der Förderung der Gesangsvereine, bei den Übungsleitern, bei den Sportvereinen. Das hat diese Regierung zu verantworten.

(Beifall)

Ich hätte nie geglaubt, dass eine SPD-Regierung auf der einen Seite Dividenden steuerlich fördert – und die SPD-Mitglieder das alles auch noch so akzeptieren – und auf der anderen Seite den Haushaltsfreibetrag für Alleinerziehende praktisch abschafft. Das ist eine Art von Gerechtigkeit, die mit der CDU/CSU nicht zu machen sein wird.

(Beifall)

Wir werden Bürokratie abbauen, weil sie Investitionen und Beschäftigung hemmt. In Sachen Bürokratie und Regelungsdichte ist Deutschland ganz vorn mit dabei. Für die Gründung einer GmbH sind in Großbritannien nur sieben Tage, in den Vereinigten Staaten zehn Tage, in Deutschland aber sage und schreibe vier Monate notwendig. Da will sich doch keiner selbstständig machen. Wir brauchen aber mehr junge Unternehmer, denn Arbeit gibt es genug in Deutschland. Woran es fehlt, sind Arbeitsplätze. Arbeitsplätze werden von Unternehmen geschaffen. Die Existenzgründer sind es, die Innovationen vorantreiben, die neue Märkte erobern, die in neue Produkte investieren. Nicht nur die Unternehmen, nein, auch die Unternehmer sind die Baumeister unserer Zukunft. Ohne Unternehmer können wir nicht mehr Arbeitsplätze in unserem Land bekommen. Deswegen muss ihnen zum Beispiel mit Steuererleichterungen geholfen werden.

(Beifall)

Vor allem der Osten Deutschlands braucht mehr selbstständige Unternehmer. Die Selbstständigquote in den neuen Ländern ist einfach viel zu gering.

Unter Gerhard Schröder ist der Aufbau Ost zum Abbau Ost geworden.

(Beifall)

Die Arbeitslosigkeit in den neuen Ländern ist so hoch wie nie seit der Wiedervereinigung. In den neuen Ländern haben wir die höchste Arbeitslosenquote in ganz Europa, um auch das einmal deutlich zu machen. Die Wirtschaft in den neuen Ländern wächst erstmals seit der Wiedervereinigung langsamer als im Westen. Die Schere zwischen Ost und West geht auseinander.

der. Und die Abwanderung junger Menschen erreicht neue Rekorde. Für diese Politik, für diesen Abbau Ost darf es keine Verlängerung geben. In 96 Tagen muss damit Schluss sein.

(Beifall)

Wenn der Abbau Ost nicht endlich gestoppt wird, hat ganz Deutschland keine gute Zukunft. Ganze Landstriche, in denen die Jugend keine Perspektive mehr für sich sieht, kann sich Deutschland nicht leisten. Wir wollen und werden das auch nicht tatenlos hinnehmen. Die Abwanderung junger und kreativer Leute aus dem Osten muss gestoppt werden. Schröders Chefsache Ost, das ist doch angesichts dieser Ergebnisse keine Verheißung für die Menschen, sondern eine Drohung. Bei uns ist der Aufbau Ost keine blutleere Chefsache. Bei uns steht dafür auch der richtige Mann und das ist Lothar Späth. Er hat die Aufgabe, hier Impulse zu setzen.

(Lebhafter Beifall)

Wenn man den Aufbau Ost ernst nimmt, dann muss man dafür Schwergewichte einsetzen. Ich will dem gegenwärtigen Aufbau-Ost-Registrator und Administrator im Kanzleramt persönlich keine Vorhaltungen machen, er mag ein netter Mensch sein. Aber für diese schwierige Aufgabe, die Angleichung von Ost an West, brauchen wir das stärkste und beste, was wir – um das einmal deutlich zu sagen – neben mir haben.

(Beifall)

Dazu brauchen wir jemanden, der Erfahrung in der Politik und Erfahrung in der Wirtschaft hat, der nach Amerika, England und Brüssel gehen kann und selber für etwas steht, weil er weiß, was er will. Das will ich den Menschen in den neuen Ländern anbieten. Wir nehmen die Dinge in die Hand, weil ich weiß, dass das für ganz Deutschland von entscheidender Bedeutung ist. Lothar, anpacken!

(Lebhafter Beifall)

Wir brauchen Reformen, die den Arbeitsmarkt entfesseln. Wir müssen Bürokratie abbauen, wir müssen Innovation fördern, wir müssen die Wachstumskräfte stärken, darum geht es am 22. September in Deutschland. Wir wollen und wir brauchen viele gezielte Formschritte hin auf ein großes Ziel: 3 x 40 Prozent. Das heißt erstens Senkung des Spitzensteuersatzes unter 40 Prozent und damit eine Entlastung auf der ganzen Linie, die allen zugute kommt, zweitens Senkung der Sozialversicherungsbeiträge auf unter 40 Prozent und drittens Senkung der Staatsquote auf unter 40 Prozent. Gegenwärtig wird jede zweite Mark, die Sie verdienen, über öffentliche Kassen umverteilt. Das ist zu viel an Staat. Wir wollen die Menschen stärker in die Lage versetzen, mehr von dem zu behalten, was sie verdienen. Deswegen wollen wir die Staatsquote senken. Das ist ein langfristiges wichtiges Ziel.

(Beifall)

Wir wollen, dass den Menschen in Deutschland mehr Geld in der Tasche bleibt. Mit jedem Prozent weniger Staatsquote geben wir den Menschen ein Stück ihrer eigenen Leistung, ein Stück Freiheit zurück. Der Denkansatz von Schröder, dies wäre eine Verarmung der Bevölkerung, ist geradezu Unsinn, es ist absoluter Unsinn. Und wie der Mann mit den Worten jon-

gliert! Vor drei Jahren hat er selber die Staatsquote auf 40 Prozent senken wollen. Heute sagt er, das was er damals sagte, sei des Teufels. Was hat Schröder nur für ein Wertekoordinatensystem, wenn er heute das verteufelt, was er vor drei Jahren in einer Art lucidum intervalum selber für richtig erklärt hat?

Eine geringere Belastung der Bürger mit Steuern und Abgaben schafft mehr Leistungsanreize. Das führt zu mehr Einnahmen des Staates und auch zu mehr Einnahmen der Sozialkassen. Gerhard Stoltenberg hat das Mitte der 80er-Jahre mit seiner großen Steuerreform bewiesen.

Meine Damen, meine Herren, lassen Sie mich an dieser Stelle ein deutliches Wort sagen. Unser Regierungsprogramm wird ab dem 22. September in die Tat umgesetzt, ohne Zögern und ohne Zaudern.

(Beifall)

Lassen Sie mich auch eines klarstellen: Wir werden das umsetzen, was wir im Regierungsprogramm ankündigen und nichts anderes.

(Beifall)

Viele sagen, da ist zu wenig an Reformschritten enthalten. Die haben das Programm meistens nicht gelesen. Wenn wir das, was wir austariert haben, umsetzen, wird es in Deutschland wieder besser gehen.

(Beifall)

Wir müssen alle zusammenstehen, um das, was wir erarbeitet haben, morgen umzusetzen.

Meine Damen, meine Herren, wir werden die notwendige Erneuerung Deutschlands mit den Menschen und nicht gegen sie durchführen. Das ist das Markenzeichen einer Volkspartei wie CDU/CSU. Wir wissen, wir dürfen die Reformbereitschaft der Menschen nicht überfordern. Die Arbeitnehmer und ihre Familien erwarten zu Recht auch Sicherheit. Deshalb wollen wir keine amerikanischen Verhältnisse. Ich kritisiere nicht die Amerikaner, die haben eine andere Mentalität und eine andere Gesellschaft. Aber ich stehe nicht für „hire and fire“-Verhältnisse in Deutschland.

(Beifall)

Wir erhalten die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, wir erhalten den Kündigungsschutz. Ich sage ganz offen: Wir sind eine Partei gerade der kleinen Leute.

(Beifall)

Selbstverständlich können sich große Vorstandsvorsitzende, die ich alle schätze, äußern und volkswirtschaftliche Ratschläge erteilen. Aber wenn Leute, die Millionen von Euros verdienen, gleichzeitig sagen: „Gürtel enger schnallen“, dann frage ich: Wo soll denn der Busfahrer, wo soll denn die Krankenschwester ihren Gürtel enger schnallen? Diese Reden ärgern mich. Ich muss mich doch auch mit den Lebensverhältnissen der kleinen Leute auseinandersetzen.

(Beifall)

Auf der einen Seite sich selber höhere Tantiemen zu gewähren, auf der anderen Seite aber den kleinen Leuten zu sagen: „Schnallt Euren Gürtel enger!“ – das passt nicht in unsere Landschaft. Dafür stehe ich nicht. Deswegen will ich die Menschen bei den notwendigen Erneuerungen mitnehmen.

(Beifall)

Für uns sind auch ältere Arbeitnehmer vollwertige Arbeitnehmer, die nicht zum alten Eisen gehören. Aber welcher ältere Arbeitslose bekommt denn heute noch eine Stelle? Wir wollen deshalb älteren Arbeitslosen die Chance auf einen Arbeitsplatz eröffnen, indem wir ihnen ein Wahlrecht ermöglichen zwischen dem bestehenden Kündigungsschutz und einer Abfindungszusage des Arbeitsgebers. Wenn Herr Riester kommt und sagt, das sei nicht notwendig, es sei alles bestens, dann muss ich ihm entgegenhalten: Von den vier Millionen Arbeitslosen sind 1,1 Millionen über 50. Davon suchen viele verzweifelt eine Stelle. Für diese Menschen müssen wir etwas tun. Wer diese Möglichkeit des Wahlrechts als Abbau von Schutzrechten bezeichnet, der weiß nicht, wovon er redet. Die wahre Alternative lautet doch: Wollen wir Älteren eine Chance auf dem Arbeitsmarkt geben oder wollen wir sie zur Dauerarbeitslosigkeit verurteilen? Wir sind für die Chance!

Meine Damen, meine Herren, unser Regierungsprogramm ist ein ehrliches Angebot an die Menschen in Deutschland. Wir haben auch – ich habe es gerade erwähnt – richtige Köpfe für die Erreichung unserer Ziele und die Umsetzung unserer Ideen. Ich habe Lothar Späth erwähnt. Jetzt geht es aber auch um das Megathema Bildung in Deutschland. Da brauche ich als Kanzler jemanden, der es kann. Und Annette Schavan – eine erfahrene Wissenschaftlerin, eine erfahrene Kultusministerin – hat zuletzt mit Ihrer Rede im Bundestag wieder einmal gezeigt, dass sie es kann. Da hat sie dem Bundeskanzler in der Bildungspolitik die Grenzen aufgezeigt. Herzlichen Glückwunsch, Annette Schavan!

(Beifall)

In der Außenpolitik, in der Sicherheitspolitik, in der Europapolitik stehen weit reichende Entscheidungen an. Ich brauche Ihnen Ihren früheren Parteivorsitzenden nicht in besonderer Weise ans Herz zu legen. Wolfgang Schäuble ist international ein angesehenes Schwergewicht. Er wird mit seinen ungeheuren Erfahrungen und seiner politischen Brillanz unserer Außen- und Sicherheitspolitik, unserer Europapolitik wieder neuen Schwung geben.

Lieber Wolfgang, ich freue mich nicht nur, dass Sie mit mir nach Moskau und nach Frankreich fahren, sondern ich freue mich auch in besonderem Maße, dass Sie eine Einladung nach Israel und nach Ramallah angenommen haben.

Ich sage auch hier noch einmal ganz deutlich: Man kann die Politik Ariel Scharons, die Politik Israels selbstverständlich kritisieren. Aber wir Deutsche müssen auch immer wissen, dass sich Israel keine militärische Niederlage leisten kann, weil das den Untergang dieses Landes bedeuten würde. Deswegen haben wir Deutsche – und alle Europäer – nicht nur wegen des Holocausts, sondern insgesamt – die politische Verantwortung, das Existenzrecht Israels mit aller Kraft zu sichern. Dazu gehört auch ein angstfreies Leben gegenüber dem Terror. Es ist

unerträglich, wenn in diesem Land – wie auch heute wieder – zig Menschen durch Sprengstoffattentate zerrissen werden. Meine Damen, meine Herren, da muss man dann auch sagen: Dieses Land braucht unsere Unterstützung.

(Beifall)

Wer Kritik gegenüber Israel als verdeckten Antisemitismus praktiziert, der wird auf den erbit-
terten Widerstand von CDU und CSU stoßen. Hier spreche ich im Namen von Angela Merkel,
des Kollegen Rüttgers, des Kollegen Wulff und allen anderen: Ja zum Existenzrecht Israels,
Ja auch zu einem Palästinenserstaat, Ja zu einem gemeinsamen Zusammenleben in gesi-
cherten Grenzen – das ist unsere Losung und wir lassen uns durch niemanden von diesem
Weg abbringen, meine Damen, meine Herren.

(Beifall)

Ich kann Ihnen allen versichern: In den nächsten Tagen wird unser Kompetenzteam um wei-
tere hervorragende Frauen und Männer aus ganz Deutschland wachsen.

Schröder hat Recht: Bei der Bundestagswahl am 22. September geht es um eine Richtungs-
entscheidung – aber nicht zwischen links oder rechts, nicht zwischen vorwärts oder rückwärts,
wie er uns weismachen will. Vielmehr geht es um die Richtungsentscheidung zwischen auf-
wärts oder abwärts. Das ist die Richtungsentscheidung.

(Beifall)

Wir brauchen als Allererstes Wachstum und mehr Arbeitsplätze, damit der Staat mehr Steu-
ern einnimmt und mehr Gelder in die Sozialkassen fließen. Nur durch diese Dynamik gewin-
nen wir den politischen Gestaltungsrahmen für eine Gesundheitspolitik, eine Rentenpolitik, ei-
ne Familienpolitik, die das Wort sozial wirklich verdienen. Und nur mit höherem wirtschaftli-
chem Wachstum können wir auch unsere außenpolitischen Verpflichtungen erfüllen. Das soll-
ten wir nie vergessen.

Dafür hat Schröder keine Konzepte, nur Sprechblasen. Deshalb will er sich im Wahlkampf in
andere Themen flüchten. Und siehe da, plötzlich haben Gerhard Schröder und die SPD die
Familienpolitik für sich entdeckt. Die Union hat schon in den 80er-Jahren mit dem Bundeser-
ziehungsgeld für die Familien gekämpft. Damals stand das Wort Familie auf dem ideologi-
schen Index der Linken.

Die Familie ist eines der wichtigsten Anliegen für die Menschen, auch im Blick auf den Zu-
sammenhalt unserer Gesellschaft. Wir müssen uns fragen: Was gilt die Leistung einer Mutter
und eines Vaters in unserer Gesellschaft? Wie unterstützen wir sie? Wie kinder- und familien-
freundlich sind unsere Städte und unsere Arbeitswelt? Alle diese Fragen betreffen Familien in
Deutschland, das Herz unserer Gesellschaft. Hier entscheidet sich, ob wir eine menschliche
Gesellschaft bleiben. Hier entscheidet sich, ob unsere Gesellschaft lebendig, innovativ und
leistungsfähig bleibt. Hier entscheidet sich unsere Zukunft.

Meine Damen, meine Herren, ich weiß, wie wichtig es heute für die meisten Frauen ist, Kin-
der zu haben und gleichzeitig einem Beruf nachzugehen. Sie wollen unabhängig sein. Der
Beruf macht ihnen Spaß. Viele Frauen müssen auch arbeiten, weil das Geld einfach nicht

reicht oder weil sie ihre Kinder allein erziehen müssen. Ich habe selbst – es ist immer gut, wenn man eigene Erfahrungen hat – zwei Töchter, 25 und 30 Jahre alt.

Ich weiß, dass es ihnen wichtig ist, Familie und Beruf zu vereinbaren und ihre Unabhängigkeit zu sichern. Ich weiß, wie schwierig es für junge Eltern in der konkreten Situation ist, Familie und Beruf zu vereinbaren.

Vierorts gibt es noch viel zu lange Wartelisten für einen Platz in der Kinderkrippe, bei einer Tagesmutter oder in einem Hort. Deshalb brauchen wir ein besseres Betreuungsangebot. Wir leisten – da spreche ich für alle Ministerpräsidenten der Union – bereits heute eine ganze Menge für den Ausbau des Betreuungsangebots. Wir leisten mehr als so manches SPD-regiertes Land. Wir sind dabei, dieses Angebot noch zu steigern.

Damit bin ich wieder bei der Kernfrage: Wer ist für diese Politik verantwortlich? In Berlin wird darüber geredet, was alles gemacht werden soll. Vollziehen müssen es aber die Länder und vor allen Dingen die Kommunen. Ich möchte einmal den Herrn Bundeskanzler und den Herrn Bundesfinanzminister fragen: Was haben Sie in den letzten drei Jahren getan, um die finanzielle Situation der Länder und der Kommunen zu verbessern? Die finanziellen Bedingungen haben sich doch massiv verschlechtert. Wir brauchen daher eine neue Regierung, die kommunalfreundlicher und länderfreundlicher ist, was die Finanzen angeht.

(Beifall)

Der Bundeskanzler bietet jetzt vier Milliarden Euro für Ganztagschulen an. Wenn er richtigerweise der Meinung ist, der Bund würde den Ländern zu wenig Geld geben, dann soll er ihnen Geld über den Finanzausgleich zukommen lassen. Aber ich habe etwas dagegen, dass dieser Kanzler wie ein spendabler Vater durch die Lande zieht und über alle Zuständigkeiten hinweg das Geld für den Bau von Ganztagschulen verteilt, das er zuvor den Gemeinden durch die Erhöhung der Gewerbesteuerumlage weggenommen hat. So geht es nicht! Das müssen wir abstellen.

(Beifall)

Wir werden sehr schnell damit beginnen, Regelungen zu schaffen, damit die Betreuungskosten von Eltern steuerlich abgesetzt werden können. Das wollen wir bereits ab dem 1. Januar des nächsten Jahres durchsetzen. Ich danke in diesem Zusammenhang Angela Merkel und Friedrich Merz für Ihre klaren Aussagen zum Familiengeld. Was wollen wir mit diesem Familiengeld erreichen? Wir wollen damit die Familien materiell stärken. Kinder sind nämlich das Kostbarste, was wir haben. Kinder dürfen für eine Familie letztendlich nicht zum Armutsrisiko werden. Über eine Million Kinder sind heute von der Sozialhilfe abhängig. Wer weiß, wie bitter es für ein Kind sein kann, beim Klassenausflug nicht mitfahren zu können, weil das Geld nicht reicht, der darf doch nicht gegen unser Familiengeld wettern.

Wir werden mit dem Familiengeld Familien und Kinder aus der Sozialhilfe herausholen. Es ist ein Unsinn, wenn das Familiengeld als ein Instrument diffamiert wird, das Frauen am Herd halten soll. Wir wollen vor allen Dingen Kindergeld und Erziehungsgeld zusammenfassen. Wir wollen nicht, dass die Menschen, die sich in sozialer Not befinden, zuerst zum

Sozialamt gehen müssen, um Geld zu bekommen. Allein aufgrund der Tatsache, dass sie Kinder haben, sollen sie einen Anspruch auf Unterstützung haben. Das ist unser Angebot.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wir wollen echte Wahlfreiheit schaffen, weil dies unseren Vorstellungen von einer individuellen und eigenverantwortlichen Lebensgestaltung in der modernen Gesellschaft entspricht. Ich sage auch ganz offen: Ob jemand Familie und Beruf vereinbaren will oder nicht, ob jemand heiraten oder lieber ohne Trauschein zusammenleben will, ob jemand als Mann oder als Frau in einer gleichgeschlechtlichen Beziehung leben will, das ist alles Privatsache. Das geht den Staat primär nichts an. Aufgabe des Staates ist es, für Familien und Kinder und damit für die Zukunft unserer Gesellschaft gute Bedingungen zu schaffen. Dafür stehen CDU und CSU.

(Beifall)

Damit aber eines klar ist: Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutz des Grundgesetzes. Diesen Schutz von Ehe und Familie werden wir stets verteidigen und niemals aufgeben. Auch dafür stehen CDU und CSU.

(Beifall)

Zur Familienpolitik gehört es auch, unseren Kindern alle Zukunftschancen zu geben. Diesbezüglich geht es in Deutschland nicht gerecht zu. Die sozial Schwächeren in unseren Großstädten – beispielsweise im Frankfurter Gallusviertel, in Hamburg Wilhelmsburg, im Münchener Hasenberg und in Berlin Kreuzberg – müssen die zusätzliche Last der Integration von Ausländern tragen.

Ich möchte dieses Thema einmal von einer anderen Seite betrachten. Wo gibt es denn Probleme mit der Integration von Ausländerinnen und Ausländern? Mit über neun Prozent sind wir das Land mit dem größten Anteil an ausländischen Bürgerinnen und Bürgern. Der Großteil der Ausländer lebt in den westdeutschen Großstädten und in Berlin. Über ein Viertel der Bürgerinnen und Bürger in München, Berlin und Frankfurt sind ausländischer Nationalität.

Wenn Sie als Vater oder Mutter in einem so genannten gehobenen Wohnviertel leben, dann haben Ihre Kinder keine Probleme mit nicht Deutsch sprechenden Ausländerkindern. Wo laden wir aber diese Probleme ab? Wo gibt es Probleme mit Klassen, in denen auf fünf deutsche Kinder 17 ausländische Kinder kommen? Diese Problemfälle finden sich in den sozial schwachen Gebieten der westdeutschen Großstädte. Den dort lebenden Menschen muten wir ein Stück Sonderlast bei der Integration zu.

Wer ein Mehr an Zuwanderung haben will, der nimmt in Kauf, dass wir mit dieser Aufgabe nicht zurechtkommen. Wir haben doch schon heute zu viele türkische Schüler, die keinen Hauptschulabschluss oder keinen Berufsschulabschluss schaffen. Wir müssen für diese Schüler noch mehr tun. Trotzdem will diese Regierung mit ihrem Zuwanderungsgesetz die hier lebenden Ausländer von einem Rechtsanspruch auf Sprachkurse ausschließen. Das ist doch Unsinn! Reden die niemals mit ihren Kommunalpolitikern?

(Beifall)

Ich sage Ihnen: Lassen Sie sich einmal von Eltern und von Lehrern berichten, was es heißt, eine Klasse zu unterrichten, in der einige Schüler dem Unterricht nicht folgen können, weil sie zu wenig Deutsch verstehen. Das bedeutet weniger Chancen für die einheimischen Kinder und weniger Chancen für die ausländischen Kinder. Es geht nicht an, dieses Problem nicht anzusprechen, nur weil man Angst hat, dass dies zu einem Wahlkampfthema wird.

Wir alle sind der Meinung, dass wir eine Neuordnung der Zuwanderung brauchen. Aber über das Wie gibt es sehr unterschiedliche Auffassungen. Ich sage Ihnen mit allem Nachdruck: Wir sind als das Land, das die meisten Ausländer aufnimmt, Deutschland ist gegenwärtig gerade noch in der Lage, 500.000 bis 600.000 Menschen jedes Jahr zu integrieren. Das ist die Größenordnung von Städten wie Nürnberg oder Dortmund. Wer mehr will, überfordert Deutschland.

(Beifall)

Deshalb braucht Deutschland eine Begrenzung und Steuerung der Zuwanderung. Gegenwärtig liegt dem Bundespräsidenten ein entsprechendes Gesetz vor. Unabhängig davon, was der Bundespräsident tut – ob er unterschreibt oder nicht –, werden wir, werde ich nach der Regierungsübernahme ein neues Gesetz zur Begrenzung und Steuerung vorlegen.

(Beifall)

Wer eine bessere Bildungspolitik in Deutschland haben will, wer Annette Schavan als Bildungs- und Forschungsminister haben will, der muss CDU und CSU wählen, der muss mich als Kanzler wählen. Wer ein vernünftiges Ausländerrecht, ein vernünftiges Zuwanderungsrecht ohne Überforderung der Menschen in Deutschland haben will, der muss Schröder abwählen, der muss Fischer in den Ruhestand schicken und der muss mich mit der Übernahme des Amtes des Bundeskanzlers beauftragen. Darum geht es am 22. September.

(Beifall)

Wir wollen ein Miteinander, kein Nebeneinander. Für dieses Miteinander braucht unsere Gesellschaft ein Mindestmaß an Konsens über ihre Werte. Grundlage dieses Konsenses ist die Werteordnung unseres Grundgesetzes. Dazu gehört aber auch Vertrautsein mit der Sprache, der Geschichte und der Kultur Deutschlands. Die Menschen in Deutschland wissen: Wir, CDU und CSU, standen und stehen für Zusammengehörigkeitsgefühl und aufgeklärten Patriotismus, für ein positives Verhältnis zu unserer Nation. Das war immer das Credo im Besonderen von Adenauer, von Kiesinger und im ganz Besonderen von Helmut Kohl.

(Beifall)

Aus diesem Bewusstsein heraus hat er die deutsche Einheit geschaffen, die uns wahrlich nicht in den Schoß gefallen ist. Genau das will Rot-Grün vergessen machen: Die Einheit Deutschlands in Freiheit mit unseren europäischen Nachbarn ist und bleibt ein historisches Verdienst von CDU und CSU, von Franz Josef Strauß und in ganz besonderem Maße von Helmut Kohl. Er bleibt der Kanzler der Einheit Deutschlands.

(Anhaltender lebhafter Beifall – Dr. Helmut Kohl erhebt sich)

Ralf Dahrendorf hat Recht: Das sozialdemokratische Zeitalter in Europa geht zu Ende. Gestern hat uns das José Maria Aznar eindrucksvoll beschrieben. Spanien: Ablösung von Felipe Gonzales. Österreich: Ablösung der Sozialdemokraten. Italien: Ablösung der Linken. Norwegen: Ablösung der Linken. Dänemark: Ablösung der Linken. Portugal: Ablösung der Linken. Morgen wird unser Freund Balkenende Ministerpräsident von Holland werden. Ich sage noch einmal, was Frankreich betrifft: Dort ist ein weiterer wichtiger Stein gefallen. Europa wird wieder aus der Mitte heraus regiert. Wir brauchen die richtige Entscheidung am 22. September. Dann wird es auch wieder eine ganz andere Zusammenarbeit zwischen Paris und Berlin geben, als das gegenwärtig der Fall ist. Das verspreche ich Ihnen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall)

Ich sage von hier aus noch einmal: Herzlichen Glückwunsch Jacques Chirac und Raffarin zum überragenden Wahlsieg! Das ist natürlich auch für uns ein ermutigendes Zeichen.

(Beifall)

Es wird immer gesagt: Die Deutschen wählen nach einer Legislaturperiode die Regierung nicht ab. – Wissen Sie, das galt auch in Frankreich. Aber es gibt immer ein erstes Mal. Lionel Jospin war fünf Jahre im Amt und dann ist er nach Hause geschickt worden. Die Deutschen sollen es den Franzosen nachmachen. Vier Jahre Schröder waren Stillstand für Deutschland. Damit muss Schluss sein! Deutschland kann es besser!

(Beifall)

Meine lieben Freunde, die alte Programmpartei SPD ist erschöpft. Sie hat nicht mehr die Kraft für die Modernisierung unseres Landes. Ihr fehlen auch die Köpfe dafür. Sie steht nicht mehr für Inhalte, sondern für Beliebigkeit. Weil sie sich den Sieg selber nicht mehr zutrauen, reden sie jetzt von einer großen Koalition. Diese SPD ist noch nicht einmal für eine große Koalition zu gebrauchen. Was wollen wir mit denen denn überhaupt noch bewegen? Die große Koalition ist für mich überhaupt kein Thema. Dann ginge es in Deutschland nicht vorwärts, sondern es gäbe Stillstand. Wir brauchen keinen Stillstand mehr. Deswegen alle Kraft für die CDU/CSU. Das ist unsere Lösung.

(Beifall)

Meine lieben Freunde, eine Partei, die ohne Murren ein Wahlprogramm beschließt, das statt Programmatik Sätze der Größe wie „Gerhard Schröder mag das Leben“ enthält,

(Lachen)

eine Partei, die so etwas als programmatischen Satz formuliert, hat sich faktisch doch selbst aufgegeben. Auch ich mag das Leben. Wir würden aber nie auf die dumme Idee kommen, dies in unser Wahlprogramm zu schreiben. Das hat doch in einem Programm nichts zu suchen. Da sieht man einmal, mit was sich die SPD heutzutage beschäftigt!

(Beifall)

Erfüllen wir den Wunsch der SPD. Geben wir Gerhard Schröder am 22. September die Chance, das Leben wirklich zu genießen. Sorgen wir dafür, dass er abgewählt wird.

(Beifall)

Meine Damen, meine Herren, CDU und CSU standen immer für klare und wertbezogene Programmatik. Dafür stehen wir auch heute. Unsere Politik stand und steht auf einem tragfähigen Fundament.

Die Union ist seit dem Zweiten Weltkrieg die große, gestaltende, kraftvolle Volkspartei in Deutschland. Wir haben die konfessionellen Gegensätze in unserer Gesellschaft überwunden. Wir haben Bauern und Beamte, Arbeiter und Angestellte, Sozialhilfeempfänger und Selbstständige zusammengeführt und ihre gegensätzlichen Interessen zusammengebunden.

Wir haben die Zersplitterungen und die Zerklüftung unserer Gesellschaft in viele kleine Parteien verhindert und so die Demokratie stabilisiert. Ich sage das gerade denjenigen, die mit radikalen Positionen unsere Gesellschaft verändern wollen. Eine Zerklüftung der Gesellschaft ist sehr schnell da. Die gab es in der Weimarer Republik. Das Verdienst gerade der CDU war, am Anfang der neuen Republik, also 1949, alle Kräfte der Mitte und der demokratischen Rechten zusammenzubinden.

Wir stehen für das Volk und für den Querschnitt des Volkes. Deswegen wollen wir das Volk bei den Reformen mitnehmen. Deswegen muss man mit den Menschen reden; man muss sie überzeugen. Man darf ihnen nicht mit radikalen Positionen Angst machen, sonst bekommen wir in unserem Lande eine zerklüftete Gesellschaft. Das will ich nicht.

Lassen Sie mich zusammenfassen. Wir sagen den Bürgerinnen und Bürgern klar und deutlich, worum es am 22. September geht: Es geht um die Wahl zwischen neuen Arbeitsplätzen und einer steigenden Arbeitslosigkeit. Es geht um die Wahl zwischen Leistungsstärke und Schlusslicht. Es geht um die Wahl zwischen Aufschwung und Stillstand. Darin liegt die eigentliche Richtungsentscheidung am 22. September. Nur mit mehr Beschäftigung und nur mit mehr Wirtschaftsleistung schaffen wir wieder ein verlässliches und soziales Deutschland, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Ich sage Ihnen: Die Zeit der ruhigen Hand ist vorbei.

Erstens: Ich werde sofort nach meiner Wahl die nächste Erhöhung der Ökosteuer stoppen.

Zweitens: Ich werde sofort neue steuer- und abgabenfreie 400-Euro-Jobs für die Arbeitnehmer einführen. Ich werde dafür sorgen, dass Arbeitslose über 50 Jahre wieder eine echte Chance auf Arbeit bekommen.

Drittens: Ich werde in diesem Land sofort den Grundsatz wieder durchsetzen: Wer arbeitet, muss mehr in der Tasche haben als der, der nicht arbeitet.

(Beifall)

Dafür werden wir die Arbeitslosenhilfe, die Sozialhilfe und den Niedriglohnbereich reformieren.

Viertens: Ich werde die private Altersvorsorge wirklich attraktiv machen. Das bürokratische Monstrum „Riester-Rente“ muss weg.

(Beifall)

Fünftens: Ich werde eine Offensive „Zukunft Ost“ starten. Dafür werde ich auch Privatisierungserlöse des Bundes einsetzen.

Liebe Freunde der CDU, diese Botschaft müssen wir in den kommenden 96 Tagen bis zur Wahl immer und immer wieder hinaustragen. Ich bin zuversichtlich. Wohin ich komme, welchen Landesverband der CDU ich auch besuche, überall ist Aufbruchstimmung spürbar. Auch hier auf dem Parteitag herrscht eine große Zuversicht, die Wahl zu gewinnen. Man spürt den Willen, diese Wahl zu gewinnen, bei allen Delegierten. Er ist sowohl in ihren Köpfen als auch in ihren Herzen. Das ist es, was wir noch weiter „nach unten“ tragen müssen, zu den 800.000 Mitglieder von CDU und CSU.

Ich sage Ihnen auch: In Sachsen-Anhalt hat sich die Aufbruchstimmung mit Wolfgang Böhmer erfolgreich durchgesetzt. Auch in Mecklenburg-Vorpommern stehen die Zeichen mit Eckhardt Rehberg auf Sieg. In Niedersachsen kämpft Christian Wulff mit enormem Einsatz und hoher Kompetenz für den Sieg. Er wird es schaffen, meine Damen und meine Herren.

(Beifall)

In Hessen steht Roland Koch für Aufbruch und Leistung. Er hat im Bereich der Bildungspolitik bewiesen, wie sich ein Wechsel sofort für die Menschen auszahlen kann. Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall)

Baden-Württemberg gehört dank Erwin Teufel und der CDU zur Spitzenklasse in Deutschland. Die können wirklich alles außer Hochdeutsch – und das im Zweifel auch, meine Damen und meine Herren.

(Beifall)

In Hamburg räumt Ole von Beust mit dem rot-grünen Filz auf. Das Saarland macht Peter Müller souverän und umsichtig zukunftsfit. Er löst es aus seiner Starre, liebe Freunde. Das ist seine Leistung.

(Beifall)

Im Freistaat Sachsen führt Georg Milbradt mit großer Erfahrung und Kompetenz das reiche Erbe von Kurt Biedenkopf fort. In Thüringen kämpft Bernhard Vogel wie der Löwe im Landeswappen für den Erfolg seines Freistaates.

(Beifall)

Ich war am Freitag wieder einmal mit Jürgen Rüttgers den ganzen Tag in Nordrhein-Westfalen, unserem größten Bundesland, unterwegs. Wir waren im Ruhrgebiet, im Münsterland und in Garzweiler. Ich sage Ihnen, meine Damen und Herren: Auch da spürt man eine bei der CDU eine Aufbruchstimmung. In Nordrhein-Westfalen zeigt Jürgen Rüttgers: Dieses Land hat mehr als diese ausgegaltete rot-grüne Koalition in Düsseldorf verdient.

(Beifall)

Unsere Hauptstadt Berlin müssen wir mit einem neuen Vertrag zwischen Bund und allen Ländern auf eine neue wirtschaftliche Grundlage stellen. Dazu brauchen wir aber eine leistungsstarke Regierung. In Berlin steht Christoph Stözl für den Aufbruch.

(Beifall)

In Brandenburg hat Jörg Schönbohm die CDU zu neuer Stärke und Kampfkraft zusammengeführt. In Bremen hat Hartmut Perschau das Land ein Stück nach vorne gebracht. In Rheinland-Pfalz steht Christoph Böhr für die Werte der CDU. In Schleswig-Holstein kämpft Peter-Harry Carstensen mit der Nord-CDU für eine bessere Politik, für eine Politik ohne Skandale. Auch in Kiel haben wir eine sehr gute Chance, die Regierung zu stellen, meine sehr verehrten Damen und Herren. Die CDU ist hervorragend aufgestellt.

(Beifall)

Ich sage das nur, um zu zeigen, welche Kraft die Volksparteien CDU und CSU haben. Wir können uns mit Fug und Recht 40 Prozent plus x zutrauen. 40 Prozent plus x. Das muss zu schaffen sein, meine Damen und Herren. Angesichts der Repräsentanten der CDU an der Spitze, in den Ländern und in den Kommunen bedarf es sozusagen nur noch eines kleinen Sprühens in die lodernde Glut, um dieses Ziel zu erreichen.

(Beifall)

In 96 Tagen muss mit rot-grüner Schlusslichtpolitik Schluss sein.

Der CDU Parteitag, die Aufbruchsstimmung, die von ihm aufgeht, ist das Tüpfelchen auf dem i, damit sich jedes Mitglied der CDU und der CSU von diesem Parteitag angesprochen fühlt und mitbekommt, dass die gesamte Union der deutschen Politik eine neue Richtung geben will. Sie, die Sie als Delegierte die Mitglieder von CDU und CSU vertreten; Sie, unsere Orts- und Kreisvorsitzenden, unsere Mandatsträger auf den verschiedenen Ebenen, bitte ich: Gehen Sie hinaus zu den Menschen, tragen Sie die Stimmung der Zuversicht und des Aufbruchs zu den Menschen in Deutschland und werben und überzeugen Sie!

Ich kann Ihnen zuletzt nur sagen: Ich werde mich mit allem, was ich einbringen kann, mit meiner gesamten politischen Erfahrung als Leiter der Bayerischer Staatskanzlei, als Innenminister und seit neun Jahren als Ministerpräsident eines erfolgreichen Landes, mit meinem Intellekt, meiner Kraft und meinem Herz, für dieses Land, für unser Vaterland einsetzen.

(Beifall)

Ganz selbstbewusst sage ich: Ich bin und war ein besserer Ministerpräsident als Schröder und ich werde der bessere Bundeskanzler für die Bundesrepublik Deutschland sein.

(Lebhafter Beifall)

Erlauben Sie mir eine letzte, ganz offene Bemerkung: Das ist auch für einen bayerischen Ministerpräsidenten, einen langjährigen Streiter in der Bundes- und Landespolitik, die größte Herausforderung seines Lebens. Ich freue mich auf diese Herausforderung, denn ich spüre, dass alle, wie es selten der Fall ist, an einem Strang ziehen. Sie alle wollen, dass wir gewinnen.

Meine Damen und Herren, ich habe eine Stütze, die ich auf dem CDU-Parteitag ganz besonders erwähnen möchte. Auch ich brauche wie jeder Mensch eine Stütze, einen Partner. Ohne meine Frau würde ich diese Herausforderung nicht so angehen können. Deshalb möchte ich sie ganz besonders herausheben.

(Beifall)

Denken Sie daran: Nur gemeinsam können wir es schaffen. Meine Frau steht nicht zur Wahl. Meine Frau ist auch keine Politikerin. Meine Frau gibt auch keine politischen Interviews. Ich sage Ihnen aber auch ganz offen: Ich lasse mich nicht -jeder hat sein Leben und jeder hat sein Schicksal – von der anderen Seite diffamieren, weil ich 34 Jahre mit derselben Frau verheiratet bin. So weit sind wir noch nicht.

(Beifall)

Zum Schluss: Die Schröder-Truppe kann es nicht. Sie hat uns in der Bilanz nach unten geführt. Wir wollen es besser machen und wir werden es besser machen. Deswegen wollen wir regieren und wir werden auch regieren und ich freue mich auf das Regieren in Berlin.

Glück auf für uns alle und Gottes Segen für Deutschland! Ich werde mit Ihnen zusammen alles tun, um dieses Land wieder an die Spitze in Europa zu führen. Geben Sie mir Kraft mit und überzeugen Sie die Menschen in unserem schönen Land, in unserem Vaterland!

Glück auf Deutschland! Alles Gute Deutschland! Alles Gute Ihnen! Alles Gute uns! – Danke schön für die Aufmerksamkeit. Alles Gute!

(Anhaltender lebhafter Beifall – Die Delegierten erheben sich – Anhaltendes Rhythmisches Klatschen – Zurufe: Edmund!)

Roland Koch, Tagungspräsidium: Lieber Edmund Stoiber, der Parteitag dachte über die Frage eines Geschenks nach. Wir haben einen guten Wegbegleiter für Edmund Stoiber, nach einer heißen Rede auf einem heißen Parteitag einen Wegbegleiter aus Hessen für die nächsten Wochen, für eine wachsame und starke Begleitung. Man kennt ihn: Wir zeigen, was die Bayern und die Hessen als Wappentier gemeinsam haben, den Löwen: Edmund Stoibers starken Bewacher für die nächsten Wochen bis zum Sieg als Bundeskanzler.

(Weiter anhaltender Beifall)

Lieber Edmund Stoiber, der Parteitag hat gezeigt: Wir alle wollen kämpfen, wir alle werden kämpfen. Ich denke, wer die letzten Wochen in Deutschland beobachtet hat, weiß: Dies war von allen Parteien in Deutschland der beste Beginn eines Wahlkampfes und der klarste Auftrag. Wir grüßen am Bildschirm Franz Müntefering. Es wird sein letzter Wahlkampf gewesen sein. Jetzt sind wir dran, und wir haben die Chance zu gewinnen.

(Beifall)

Zu dem Kanzlerkandidaten und zu seiner Mannschaft gehört unser Regierungsprogramm, erarbeitet in den letzten Jahren und jetzt vorgestellt auf der Seite der CDU von unserem Ge-

neralsekretär Laurenz Meyer gemeinsam mit den Kollegen in der CSU. Er wird uns jetzt die Kernpunkte dieses Regierungsprogramms vorstellen, bevor wir es beschließen, und deswegen gebe ich jetzt zu PUNKT 15 DER TAGESORDNUNG

VERABSCHIEDUNG DES REGIERUNGSPROGRAMMS
2002 BIS 2006 VON CDU UND CSU
„LEISTUNG UND SICHERHEIT – ZEIT FÜR TATEN“

Laurenz Meyer das Wort.

Laurenz Meyer, Generalsekretär der CDU: Liebe Parteifreunde! Leistung und Sicherheit für unser Land, das ist unsere Botschaft, das ist unser Programm, und das ist auch die Chance am 22. September.

Wir wissen, die Menschen in Deutschland arbeiten hart für ihre Zukunft, und deshalb haben sie auch eine Regierung verdient, die hart für sie arbeitet, eine Regierung, die Leistung anerkennt und honoriert und jene Sicherheit schafft, die die Menschen verdient haben. Deswegen sage ich, liebe Freunde, ehe wir zur Abstimmung kommen: Wir werden gemeinsam wieder Optimismus geben, wir werden die Ärmel gemeinsam hochkrepeln und die Zukunft anpacken und werden nach vier verlorenen Jahren den Kurs für unser Land neu bestimmen.

2002 ist das Jahr der Weichenstellungen. Der Wechsel tut Not. Das spüren die Menschen im Lande. Sie wollen aber auch wissen, warum sie uns wählen sollen; deshalb kurz und knapp und zum Weitergeben für alle sieben Gründe, CDU zu wählen:

Erster Grund: Wir stehen für kraftvollen Aufschwung, denn wir schaffen Wirtschaftswachstum in Deutschland und führen Deutschland wieder nach vorn in Europa. Schlüssel dazu ist der Mittelstand. Wir führen die 400-Euro-Jobs ein, für Arbeitnehmer steuerfrei, damit sich Nebenjobs wieder rechnen. Wir werden sicherstellen, dass einfache Jobs wieder mehr Geld einbringen als Sozialleistungen. Wer arbeitet, soll mehr Geld in der Tasche haben als der, der nicht arbeitet.

Wir öffnen den Arbeitsmarkt und beseitigen unsinnige Bürokratie. So machen wir es leichter, Jobs zu schaffen und Jobs zu finden. Wir werden Arbeitslose fördern und fordern. Wer arbeiten will, wird fit gemacht für eine neue Stelle. Wer arbeitslos ist und arbeiten kann, bekommt aber nur dann Hilfe vom Staat, wenn er sich aktiv um eine Stelle bemüht.

Wir geben dem Aufbau Ost neuen Schwung – durch schnellere Verfahren und gezielte Investitionen in bessere Verkehrsbedingungen.

Der zweite Grund, liebe Freunde: Wir stehen für bessere Bildung. Wir schaffen mehr Qualität und Leistung in unserem Bildungssystem mit vergleichbaren Abschlüssen und mit mehr Wettbewerb an unseren Schulen und Hochschulen. Wir schaffen optimale Bedingungen für Forschung und Wissenschaft, für mehr Innovation made in Germany.

Drittens: Wir stehen für gerechte Steuern. Wir senken die Steuern vor allem für Normalverdiener. Leistung muss sich wieder lohnen. Wir sorgen dafür, dass jeder seine Steuererklärung wieder selbst machen kann. Wir stoppen die weitere Erhöhung der unsinnigen Ökosteuer.

Der vierte Grund: Wir stehen für mehr Sicherheit, denn wir sind für null Toleranz gegenüber Verbrechen und für konsequente Bekämpfung des Terrors.

Wir werden Zuwanderung im Interesse unseres Landes steuern und begrenzen, und wir wollen Zuwanderer besser integrieren.

Fünftens: Wir stehen für den stabilen Sozialstaat. Wir werden das Vertrauen in die Altersvorsorge wiederherstellen. Wir machen eine verlässliche Rentenpolitik und fördern die private Vorsorge aller Bürger.

Wir sorgen für bezahlbare Gesundheit und machen Schluss mit dem Zweiklassen-Medizinsystem in Deutschland. Dabei setzen wir auf mehr Wettbewerb unter den Krankenkassen.

Der sechste Grund: Wir stehen für starke Familien. Wir führen schrittweise ein Familiengeld ein, damit wir eine Million Kinder aus der Sozialhilfe herausholen. Wir schreiben den Menschen nicht vor, wie sie leben sollen. Wir lassen die Eltern entscheiden, ob sie sich ganz der Familie widmen oder Berufstätigkeit und Kindererziehung miteinander verbinden wollen. Deswegen sorgen wir dafür, dass Beruf und Familie sich besser vereinbaren lassen und Erziehungsleistungen stärker anerkannt werden.

Siebtens: Wir stehen für verlässliche Außenpolitik, denn wir wollen ein starkes Deutschland in einem geeinten Europa, das seine Interessen selbstbewusst wahrnimmt und seine Aufgaben verlässlich erfüllt. Dazu gehört auch eine Bundeswehr, die ihren Aufgaben gerecht wird.

Das ist unser Angebot für Deutschland: ein Regierungsprogramm mit einem klaren Projekt „Leistung und Sicherheit“. Das sind sieben gute Gründe, die CDU, die Union zu wählen. Wir haben jetzt noch 96 Tage Wahlkampf vor uns. Die sieben guten Gründe, die für die CDU sprechen, unsere Argumente müssen unter die Bürger gebracht werden. Jede Bürgerin, jeder Bürger muss bei der Wahlentscheidung in der Kabine um diese sieben Gründe wissen. Denken Sie in den letzten 96 Tagen daran: Wir haben den Menschen in diesem Land wirklich etwas zu bieten. Wir haben einen Auftrag. Wir wollen Deutschland nach vorne bringen. Diesen Auftrag wollen wir erfüllen. Dafür werden wir kämpfen. In diesem Sinne, liebe Freunde: Es ist Zeit für Taten, für uns alle und für unser Land.

Liebe Freunde, nach der Darstellung des Programms in dieser kurzen, knappen Fassung, kommen wir nun zur Verabschiedung des Regierungsprogramms 2002 bis 2006 von CDU und CSU „Leistung und Sicherheit – Zeit für Taten“.

Wer das Regierungsprogramm unterstützen will, den bitte ich, sich von seinem Platz zu erheben. –

(Beifall)

Liebe Parteifreunde, ich stelle fest, dass die Delegierten des 15. Parteitages der CDU Deutschlands das Regierungsprogramm unterstützen. Liebe Freunde, es ist Zeit für Taten. Es ist Zeit für den Wechsel in Deutschland.

(Beifall)

Liebe Parteifreunde, ich möchte nun Angela Merkel und Edmund Stoiber bitten, nach vorne zu kommen, um auf der hier aufgestellten Bildwand mit Ihrer Unterschrift symbolisch

für die Delegierten in diesem Saal zu beurkunden, dass wir alle hinter diesem Regierungsprogramm stehen und dieses und nichts anderes, als was darin steht, in den nächsten vier Jahren umsetzen wollen.

(Dr. Angela Merkel und Dr. Edmund Stolber setzen ihre Unterschriften auf die Bildwand – Beifall)

Zum Abschluss des Parteitages und zum Schlusswort von Angela Merkel möchte ich alle Bundesvorstandsmitglieder und alle Mitglieder des Kompetenzteams aus der CDU auf die Bühne bitten, damit wir mit diesem Zusammenschluss gemeinsam demonstrieren: Wir wollen mit allen Delegierten, mit allen Mitgliedern der CDU, mit den 600.000 Außendienstmitarbeitern, die wir haben, in die letzte Phase des Wahlkampfes gehen. Wir werden am 22. September gewinnen, damit bessere Politik in Deutschland gemacht wird. Es ist Zeit für Taten. Es ist Zeit für den Wechsel in Deutschland.

(Beifall – Die Bundesvorstandsmitglieder und die Mitglieder des Kompetenzteams der CDU gruppieren sich auf der Bühne)

SCHLUSSWORT DER VORSITZENDEN DR. ANGELA MERKEL

Dr. Angela Merkel, Vorsitzende der CDU: Liebe Freunde! Ein Parteitag geht zu Ende, ein Parteitag, der ein Signal der Geschlossenheit war, ein Parteitag, der ein Signal der Kampfbereitschaft war, ein Parteitag, der eine klare Alternative zu Rot-Grün aufgezeigt hat.

Ich möchte mich bei allen bedanken, die zum Gelingen des Parteitages beigetragen haben, bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Frankfurter Messe. Es war toll bei Ihnen, nur ein wenig warm, aber ansonsten toll.

(Beifall)

Ich bedanke mich bei der Oberbürgermeisterin dieser wunderschönen Stadt, bei Petra Roth. Wir haben uns hier wohl gefühlt, liebe Petra Roth.

(Beifall)

Ich bedanke mich bei dem Ministerpräsidenten des Landes Hessen. Lieber Koch -

(Heiterkeit)

Eine kleine Nebenbemerkung: Wir kochen noch in Mecklenburg-Vorpommern, mit Koch. Das wird Dein Teil des Wahlkampfes sein. – Lieber Roland Koch, wir haben uns in diesem tollen Land Hessen wohl gefühlt. Weiter so mit der Landesregierung, mit dem Ministerpräsidenten Roland Koch.

(Beifall)

Ich möchte mich bei Ausstellern und Sponsoren, bei der Polizei, der Feuerwehr, bei den Sanitätern und Ärzten bedanken.

Ich möchte mich bei den Medien bedanken, mit denen wir eine gute Zusammenarbeit hatten.

Ich bedanke mich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der CDU-Bundesgeschäftsstelle, die alles toll vorbereitet hatten.

(Beifall)

Ich möchte mich bei all denen bedanken, die uns mit dem Aufbau der Bühne, mit dem Ausleuchten, mit dem Erstellen der Filme einen visuell sehr angenehmen Parteitag bereitet haben. Herzlichen Dank für diese Arbeit.

(Beifall)

Liebe Freunde, ein letzter Dank an Sie, die Delegierten dieses Bundesparteitages. Sie waren toll. Sie haben hier ausgeharrt, obwohl es warm war. Sie haben gute Laune verbreitet. Sie haben Stimmung gemacht. Sie haben damit deutlich gemacht: Wir, CDU und CSU, wollen gemeinsam in den 96 Tagen in die Kreis- und Ortsverbände herausgehen, heraus zu den Menschen auf der Straße, heraus zu den Menschen in ihre Wohnungen. Wir wollen mit den Menschen darüber sprechen, welche Kraft in Deutschland steckt, welche Kraft in diesem Lande steckt, was man aus diesem Lande machen könnte und dass wir mit Edmund Stoiber als Bundeskanzler, mit einer starken Union und einer starken Bundestagsfraktion wieder regieren wollen.

Liebe Freunde, wir wollen stärkste Kraft werden. Wir wollen die stärkste Fraktion im Deutschen Bundestag sein. Wir wollen die Regierung stellen. Wir wollen genau darüber mit den Menschen in den nächsten Wochen diskutieren. Scheuen Sie sich nicht, auch harte Diskussionen zu führen. Es lohnt sich. Edmund Stoiber hat es mit seiner Rede heute gezeigt. Alles Gute und guten Heimweg!

(Die Anwesenden erheben sich und singen die Nationalhymne – Beifall)

Liebe Freunde, der Parteitag ist geschlossen.

ANHANG

Beschlussprotokoll des 15. Parteitages der CDU Deutschlands vom 16. bis 18. Juni 2002 in Frankfurt am Main

Tagesordnung:

1. Eröffnung
2. Wahl des Tagungspräsidiums
3. Beschlussfassung über die Tagesordnung
4. Bestätigung der Antragskommission
5. Wahl der Mandatsprüfungskommission
6. Wahl der Stimmzählkommission
7. Grußworte
8. Bericht der Vorsitzenden der CDU Deutschlands
- 8 a) Aussprache zum Bericht der Vorsitzenden
9. Bericht des Generalsekretärs der CDU Deutschlands
- 9 a) Aussprache zum Bericht des Generalsekretärs
10. Bericht der Mandatsprüfungskommission
11. Rede des Ministerpräsidenten des Königreichs Spanien
12. Rede des Kanzlerkandidaten der Union
13. „Konzepte und Kompetenzen“
Beiträge der Mitglieder des Kompetenzteams
14. Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag
15. Verabschiedung des Regierungsprogramms 2002 bis 2006 von CDU und CSU „Leistung und Sicherheit – Zeit für Taten.“
16. Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Gruppe der EVP-Fraktion des Europäischen Parlaments
17. Wahlen
- 17 a) Wahl der CDU-Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder für den Vorstand der Europäischen Volkspartei (EVP)
- 17 b) Wahl der Delegierten und stellvertretenden Delegierten zum XV. EVP-Kongress

18. Beratung und Beschlussfassung über sonstige Anträge
19. Schlusswort der Vorsitzenden

Zu TOP 1: **Eröffnung und Begrüßung** durch die Vorsitzende der CDU Deutschlands Frau Dr. Angela Merkel MdB

Zu TOP 2: Folgendes **Tagungspräsidium** wurde nach Eröffnung des 15. Parteitages der CDU Deutschlands am 17. Juni 2002 in offener Abstimmung einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen gewählt:

Vorsitzender: - Ministerpräsident Roland Koch MdL
Beisitzer: Hildegard Müller
Eckhardt Rehberg MdL
Petra Roth
Christian Wulff MdL

Zu TOP 3: Die eingangs wiedergegebene **Tagesordnung** wurde in offener Abstimmung einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen angenommen.

Zu TOP 4: Die vom Bundesvorstand gemäß § 10 Abs. 3 GO-CDU für den 15. Parteitag der CDU Deutschlands bestellte **Antragskommission** wurde in offener Abstimmung einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen wie folgt bestätigt:

Vorsitzender: Laurenz Meyer MdL
Stellv. Vorsitzender: Dr. Willi Hausmann
Weitere Mitglieder: Dieter Althaus MdL
Hermann-Josef Arentz MdL
Dr. Peter Bendixen
Prof. Dr. Maria Böhmer MdB
Jochen Borchert MdB
Ilse Falk MdB
Peter Götz MdB
Ursula Heinen MdB

Uda Heller
Dr. Franz-Josef Jung MdL
Volker Kauder MdB
Martina Krogmann MdB
Dr. Kurt J. Lauk
Hans Ley MdL
Thomas Lunacek MdL
Gesine Matthes MdL
Hildegard Müller
Hartmut Nassauer MdEP
Bernd Neumann MdB
Günter Nooke MdB
Peter Rauen MdB
Herbert Reul MdL
Helmut Sauer
Birgit Schnieber-Jasträm
Karin Strenz
Barbara von Wnuck-Lipinski
Prof. Dr. Otto Wulff

Zu TOP 5: Die vom Bundesvorstand für den 15. Parteitag vorgeschlagene **Mandatsprüfungskommission** wurde in offener Abstimmung einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen wie folgt bestätigt:

Vorsitzender: Ulf Leisner
Leiter Eventmanagement & Logistik
der CDU-Bundesgeschäftsstelle

Weitere Mitglieder: Klaus-Dieter Götz
Geschäftsführer des CDU-Landesverbandes
Mecklenburg-Vorpommern
Helmut Hehn
CDU-Landesverband Hessen

Hans Joachim Pack
Geschäftsführer des CDU-Landesverbandes Saar

Randolf Stamm
Geschäftsführer des CDU-Landesverbandes Sachsen

Zu TOP 6: Die Stimmzählkommission wurde in offener Abstimmung einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen wie folgt gewählt:

Vorsitzender: Jürgen Zander
CDU-Bundesgeschäftsstelle

Stellv. Vorsitzender: Hans-Joachim Woelke
CDU/CSU – Fraktion

Weitere Mitglieder:

Winfried Adams	Kreisgeschäftsführer	KV Vogelsberg
Johannes Arnold	Kreisgeschäftsführer	KV Fulda
Willi Beck	Kreisgeschäftsführer	KV Odenwaldkreis
Michael Braun	Kreisgeschäftsführer	KV Hochtaunus
Uwe Dietrich	Kreisgeschäftsführer	KV Bergstraße
Norbert Fischer	Kreistagsfraktionsmitglied	KV Hochtaunus
Wilma Gatzka	Kreisgeschäftsführerin	KV Wetterau
Johann G. Hecker	Kreisgeschäftsführer	KV Gießen
Jürgen Jüttermann	Kreisgeschäftsführer	KV Trier-Saarburg
Gabriele Keimer	Kreisgeschäftsführerin	KV Rhein-Hunsrück
Ursula Landau	Kreisgeschäftsführerin	KV Lahn-Dill
Josef Lehnert	Kreisgeschäftsführer	KV Bad Kreuznach
Michael Leimbach	Kreisgeschäftsführer	KV Ludwigshafen/ Frankenthal
Peter J. Mehringer	Kreisgeschäftsführer	KV Groß-Gerau
Harald Orthey	Kreisgeschäftsführer	KV Westerwald
Michael Reißer	Stadtbezirksverbands- vorsitzender	KV Darmstadt-Stadt
Karina Reul	Mitarbeiterin	KV Main-Kinzig
Ute Robanus	Kreisgeschäftsführerin	KV Offenbach-Stadt

Gerda Stahl	Kreisgeschäftsführerin	KV Limburg-Weilburg
Marianne Strauß	Kreisgeschäftsführerin	KV Trier
Ulla Caren Steger	CDU-Bundesgeschäftsstelle	
Dr. Vera Anna Touché	CDU-Bundesgeschäftsstelle	
Ulrich Weinerth	Kreisgeschäftsführer	KV Wiesbaden

Zu TOP 7: Grußworte

Zu TOP 8/8a): Der 15. Parteitag der CDU Deutschlands nahm den **Bericht der Vorsitzenden der CDU Deutschlands, Frau Dr. Angela Merkel MdB**, nach Aussprache zustimmend zur Kenntnis.

Zu TOP 9/9 a): Der 15. Parteitag der CDU Deutschlands nahm den **Bericht des Generalsekretärs der CDU Deutschlands, Laurenz Meyer MdL**, nach Aussprache zustimmend zur Kenntnis.

Zu TOP 10: Bericht der Mandatsprüfungskommission

Die **Mandatsprüfungskommission des 15. Parteitages** erstattete am Montag, 17. Juni 2002, folgenden Bericht:

„Die Mandatsprüfungskommission hat die Delegiertenmeldungen und die Unterlagen des Tagungsbüros überprüft. Sie konnte dabei feststellen, dass alle Delegierten satzungsgemäß gewählt wurden und zum heutigen Zeitpunkt weniger als 24 Monate im Amt sind.“

Nach § 28 des Statuts der CDU Deutschlands besteht der Parteitag aus 1.001 voll stimmberechtigten Delegierten.

Nach Feststellung der Mandatsprüfungskommission waren um 13:15 Uhr von den 1001 stimmberechtigten Delegierten des 15. Parteitages 932 anwesend.

Der 15. Parteitag ist beschlussfähig.“

gez. Ulf Leisner
– Vorsitzender –

gez. Helmut Hehn
gez. Randolf Stamm

gez. Hans Joachim Pack
gez. Klaus-Dieter Götz

(Die Mandatsprüfungskommission aktualisierte ihren Bericht später dahingehend, dass um 16.00 Uhr von den 1001 stimmberechtigten Delegierten des 15. Parteitages 960 anwesend waren.)

- Zu TOP 11:** Rede des Ministerpräsidenten des Königreichs Spanien, Präsident des Rates der Europäischen Union, **José Maria Aznar Lopez**
- Zu TOP 12:** Rede des Kanzlerkandidaten der Union, Ministerpräsident des Freistaates Bayern, **Dr. Edmund Stoiber MdL**
- Zu TOP 13:** Der 15. Parteitag der CDU Deutschlands nahm die Beiträge der Mitglieder des Kompetenzteams,
Vorsitzender des Vorstandes der Jenoptik AG
Prof. Dr. h. c. Lothar Späth
Ministerin für Kultus, Jugend und Sport des Landes Baden-Württemberg
Dr. Annette Schavan MdL
Bundesminister a. D.
Dr. Wolfgang Schäuble MdB,
zustimmend zur Kenntnis.
- Zu TOP 14:** Der 15. Parteitag der CDU Deutschlands nahm den **Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Friedrich Merz MdB,** zustimmend zur Kenntnis.
- Zu TOP 15:** Der 15. Parteitag der CDU Deutschlands verabschiedete das Regierungsprogramm 2002 bis 2006 von CDU und CSU „**Leistung und Sicherheit – Zeit für Taten**“ nach Aussprache in offener Abstimmung einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen.
- Zu TOP 16:** Der 15. Parteitag der CDU Deutschlands nahm den **Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Gruppe der EVP-Fraktion des Europäischen Parlaments, Hartmut Nassauer MdEP,** zustimmend zur Kenntnis.
- Zu TOP 17 a):** Wahl der **CDU-Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder für den Vorstand der Europäischen Volkspartei (EVP)**

Es wurden in offener Abstimmung ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen gewählt:

Ordentliche Mitglieder:

Elmar Brok MdEP
Michael Gahler MdEP
Ursula Heinen MdB
Péter Hintze MdB
Günter Nooke MdB
Dr. Egon Klepsch
Dr. Martina Krogmann MdB
Karl Lamers MdB
Horst Langes
Prof. Dr. Günter Rinsche
Armin Laschet MdEP
Hildegard Müller
Hartmut Nassauer MdEP
Doris Pack MdEP
Dr. Werner Langen MdEP

Stellvertretende Mitglieder:

Reimer Böge MdEP
Tanja Gönner
Dr. Guido Herz
Ruth Hieronymi MdEP
Peter Kittelmann MdA
Markus Pösentrup
Katherina Reiche MdB
Franz-Josef Reuter
Peter Scheib
Dr. Andreas Schockenhoff MdB

Reinhard Stuth
Prof. Dr. Rita Süßmuth MdB
Mario Vogt
Annette Widmann-Mauz MdB
Dr. Karl von Wogau MdEP

Zu TOP 17 b): Zu Delegierten und stellvertretenden Delegierten für den XV. EVP-Kongress wurden in offener Abstimmung einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen gewählt:

Landesverband:	Delegierte:	Ersatzdelegierte:
Baden-Württemberg	Edith Grupp Dr. Wolfgang Schäuble MdB Dr. Erwin Vetter MdL	Monika Wüllner Nicole Razavi Dr. Inge Gräßle MdL
Berlin	Andreas Apelt MdA	Joachim Zeller
Brandenburg	Martin Habermann MdL	Michael Stübgen MdB
Bremen	Bernd Neumann MdB	Michael Teiser MdBB
Hamburg	Dr. Georg Jarzembowski MdEP	
Hessen	Elisabeth Apel MdL Aloys Lenz MdL Dr. Peter Lennert MdL	Gudrun Osterburg MdL Dr. Walter Lübcke Dorothee Diehl
Mecklenburg- Vorpommern	Klaus-Dieter Götz	Reiner Holznagel
Niedersachsen	Stephanie Lösche Friedberg Pflüger MdB (kraft Amtes) Helmut Sauer Bernd-Josef Scheerer	Friedhelm Biestmann MdL Wilhelm Hogrefe MdL Dr. Hilde Moennig
Nordrhein-Westfalen	Dr. Stefan Berger MdL Lothar Hegemann MdL Ilka Keller MdL Prof. Horst Posdorf	
Rheinland-Pfalz	Dr. Egon Klepsch und Horst Langes (als Mitglieder des EVP- Vorstandes)	

Saarland	Peter Altmaier MdB Karl Rauber	Hanno Thewes Helma Kuhn-Theis
Sachsen	Stanislaw Tillich Volker Schimpf MdL	Gesine Matthes MdL Hermann Winkler MdL
Schleswig-Holstein	Peter Harry Carstensen MdB Manfred Ritzek MdL	Dr. Johann Wadephul MdL Dr. Peter Bendixen
Thüringen	Gustav Bergemann MdL Fritz Schröter MdL	Siegfried Jaschke MdL Volker Pöhler MdL

Zu TOP 18: Beratung und Beschlussfassung über den Initiativ-Antrag Nr. 1

Der 15. Parteitag der CDU Deutschlands nahm den Initiativ-Antrag Nr. 1 i.d.F. der Antragskommission in offener Abstimmung einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen an.

Initiativ-Antrag Nr. 1 i.d.F. der Antragskommission

„Die Entwicklung der Bundeshauptstadt Berlin zu einem Ort, von dem positive Signale in die Welt hinausgehen, ist Aufgabe aller Deutschen. Was in Berlin gelingt, gelingt für die ganze Nation.

Die Bundeshauptstadt hat also eine dienende, keine zentralisierende Funktion für unser föderales Land. Berlins Hauptstadt-Rolle wird nachdrücklich gefördert durch seine reiche und lebendige Kulturtradition und durch blühende Wissenschaften. Diese sind immer bewusst international ausgerichtet gewesen und repräsentieren deshalb sehr gut den Geist eines weltoffenen, europäisch gesinnten Deutschlands.

Die Länder sind eingeladen, sich in der Bundeshauptstadt stärker noch als bisher in ihrer Vielfalt darzustellen und Verantwortung zu ergreifen. Die CDU Deutschlands unterstützt Berlin auf dem Weg, diesen neuen – in der ganzen Welt einmaligen – Typus einer „föderalen Metropole“ bald Wirklichkeit werden zu lassen.“

**Zu TOP 20: Schlusswort der Vorsitzenden der CDU Deutschlands
Frau Dr. Angela Merkel MdB**

Namensverzeichnis	Seite
Aznar Lopez, José Maria	127ff.
Grindel, Reinhard	70ff.
Hartmann, Anette	76
Hehn, Helmut	118
Juncker, Jean-Claude	23ff.
Koch, Roland	8f., 11ff., 28, 48f., 52, 55, 59, 61ff., 64f., 67, 126f., 131, 170f., 191f.
Kohl, Helmut	17ff.
Lambertz, Rolf	75
Martens, Wilfried	111ff.
Merkel, Angela	5ff., 16f., 28ff., 127, 194f.
Merz, Friedrich	133ff.
Meyer, Laurenz	69f., 96ff., 192ff.
Müller, Hildegard	11, 15f., 62ff.
Müller, Peter	59ff., 71f.
Nassauer, Hartmut	118ff.
Neubert, Hildigund	64f.
NiederGESÄß, Fritz	61f.
Philipp, Dieter	89ff.
Pöttering, Hans-Gert	113ff.
Rehberg, Eckhardt	85, 94ff., 132f.
Reiche, Katherina	65ff.
Rogowski, Michael	146ff.
Roth, Petra	9ff., 23, 69, 70, 76f., 81f.
Rüttgers, Jürgen	49ff., 75
Schäuble, Wolfgang	165ff.
Schauerte, Hartmut	67f.
Schavan, Annette	72f., 160ff.
Schneider, Günter	72
Schönbohm, Jörg	55ff.
Sommer, Michael	85ff.
Späth, Lothar	150ff.

Spiegel, Paul	77ff.
Stoiber, Edmund	171ff.
Stölzl, Christoph	48f.
Teske, Alexander	73
von Richthofen, Manfred	82ff.
von Wnuk-Lipinski, Barbara	52ff.
Wulff, Christian	74, 88f., 93f., 96, 110f, 118, 133, 146, 150, 59f., 164f.



